Willy Klages

Die Geheimorganisationen des globalen NWO-Terrorimperiums

2.000 Jahre Gewaltherrschaft der Antichristen vom 29. Dezember 2018 bis zum 2. April 2019

NWO-Sonderheft Nr. 119

2.000 Jahre Gewaltherrschaft der Antichristen vom 29. Dezember 2018 bis zum 2. April 2019

NWO-Sonderheft Nr. 119

Terror der Antichristen vom 29.12.2018-02.04.2019

Inhaltsverzeichnis	Seite
Berichte und wissenschaftliche Publikationen über die Gewaltherrschaft der Antichristen vom 29. Dezember 2018 bis zum 2. April 2019	2-98
Hinweise für den Leser Quellen- und Literaturnachweis	99

Berichte und wissenschaftliche Publikationen über die Gewaltherrschaft der Antichristen vom 29. Dezember 2018 bis zum 2. April 2019

Die Wahrheit geht nicht unter, es dauert nur lange, bis sie einen Ankerplatz findet.
Marie Freifrau von Ebner-Eschenbach (1830-1916, österreichische Schriftstellerin)

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtete am 29. Dezember 2018 (x1.000/…): >>**Operationen unter falscher Flagge bestätigt!**

… Unter dem Namen "False Flag Operations", also Operationen unter falscher Flagge, werden verdeckte Operationen bezeichnet, welche zum Ziel haben, dem Gegner Gewalttaten in die Schuhe zu schieben. Eine Regierung, Militär oder Geheimdienst verübt zum Beispiel ein Attentat auf die eigene oder fremde Bevölkerung und gibt dem unbeteiligten Gegner die Schuld. Das Ziel solcher Operationen unter falscher Flagge ist meist, eine aufgehetzte Stimmung unter der Bevölkerung zu schaffen, um eigene politische Entscheidungen durchzusetzen oder um einen Grund zum Kriegseintritt zu schaffen.

Dies bestätigte auch der verstorbene türkische General Sabri Yirmibesoglu: "Im verdeckten Krieg werden eigene Sabotageakte häufig dem Feind in die Schuhe geschoben, um den Zorn der Bevölkerung zu erregen." Derartige Aktionen werden in der Regel so angelegt, daß die betreffende Regierung oder die Leitung des jeweiligen Geheimdienstes glaubhaft abstreiten kann, etwas damit zu tun zu haben.

Heute jedoch sind einige verdeckte Operationen bestätigt. Verschiedene Regierungen, Geheimdienste, Armeechefs oder beteiligte Soldaten haben zugegeben, daß solche Operationen unter falscher Flagge stattgefunden haben. Meist wurden diese Operationen dann aber erst von nachfolgenden Regierungsmitgliedern bestätigt. Die nachfolgende Auflistung zeigt nur einen kleinen Ausschnitt dutzender weiterer verdeckter Operationen, welche zu unfaßbarem Leid, Tränen und Blutvergießen führten.

Japan, 1931

Japanische Truppen lösten im Jahr 1931 eine kleine Explosion auf einer mandschurischen Bahnstrecke aus und schoben es auf China, um eine Invasion in der Mandschurei zu rechtfertigen. Dies ist bekannt als der "Mukden-Zwischenfall". Vor einem internationalen Gericht wurde festgestellt: Einige der Teilnehmer des Plans, einschließlich ein hochrangiger japanischer Offizier namens Hashimoto, erklärten bei verschiedenen Anlässen ihre Rolle und bestä-

tigten, daß das Ziel die Invasion gewesen sei.
Quellen: https://en.wikipedia.org/wiki/Mukden_Incident
https://de.wikipedia.org/wiki/Mukden-Zwischenfall

Sowjetunion, 1940

Das russische Parlament räumte ein, daß der sowjetische Führer von 1927-1953 Josef Stalin seiner Geheimpolizei den Befehl erteilte, 22.000 polnische Offiziere und Zivilisten im Jahr 1940 zu ermorden und es auf die Deutschen zu schieben. Putin wie auch der ehemalige sowjetische Staatschef Gorbatschow bestätigten beide, daß die Sowjets für das Massaker von Katyn verantwortlich waren.
Quellen: https://www.theguardian.com/world/2010/nov/26/russian-parliament-guilt-katyn-massacre
https://www.zeit.de/politik/ausland/2010-04/katyn-massaker-putin

USA, 1950er

Sowohl die CIA als auch Ex-Präsident Barack Obama gaben 2013 bzw. 2009 zu, daß CIA und MI6 (amerikanischer und britischer Ausland-Geheimdienst) in den 1950ern am Umsturz im Iran beteiligt waren. Angeworbene Iraner gaben sich als Kommunisten aus und verübten Bombenanschläge auf Ziele im Iran. Das Ziel war die Bevölkerung gegen den amtierenden iranischen Präsidenten Mohammad Mossadegh aufzuhetzen. 1953 wurde Mossadegh dann auch gestürzt.
Quellen: https://www.nytimes.com/library/world/mideast/041600iran-cia-index.html
https://de.wikipedia.org/wiki/Operation_Ajax

USA, 1950er

Der ehemalige italienische Ministerpräsident, Richter und ehemaliger Leiter der italienischen Spionageabwehr Giulio Andreotti enttarnte am 3. August 1990 die unter dem Namen "Gladio" bekannte italienische Geheimarmee. Er gestand, daß die NATO mit Hilfe des Pentagon und der CIA Terroranschläge in Italien und anderen europäischen Ländern in den 1950er Jahren verübte und die Schuld den Kommunisten gab. Man wollte eine antikommunistische Stimmung in Europa schaffen und die Menschen dazu "zwingen", sich an den Staat zu wenden, damit dieser für mehr Sicherheit sorgt.
Quelle: https://www.siper.ch/de/geschichte/operation-gladio.html

USA, 1964

Die NSA (Nationale Sicherheitsbehörde) gab zu, daß der Tonkin-Zwischenfall im Jahr 1964 eine Lüge war. Bei dem Zwischenfall, der jedoch nie stattfand, sollen zwei US-amerikanische Kriegsschiffe mehrmals von nordvietnamesischen Schnellbooten beschossen worden sein. Damit begründete die US-Regierung unter Präsident Lyndon B. Johnson das Eingreifen der USA in den Vietnamkrieg.
Quellen: https://de.wikipedia.org/wiki/Tonkin-Zwischenfall
https://web.archive.org/web/20080203204207/
https://rawstory.com/news/afp/Report_reveals_Vietnam_War_hoaxes_f_01082008.html
https://de.wikipedia.org/wiki/Pentagon-Papiere

USA, 1950er bis 1970er

Der von Senator Frank Church geleitete Untersuchungsausschuß "Church Committee" des US-Kongresses untersuchte ab 1975 illegale Aktivitäten von US-Geheimdiensten und FBI. Der US-Kongreß gab an, daß das FBI im Rahmen der Kampagne "Cointelpro" in den 1950er bis 1970er Jahren Gewalttaten durch Provokateure verüben ließ und diese auf politische Aktivisten schob, um sie politisch zu "eliminieren".
Quellen: https://www.intelligence.senate.gov/resources/intelligence-related-commissions
https://de.wikipedia.org/wiki/COINTELPRO
https://web.archive.org/web/20130113222024/

https://www.icdc.com/~paulwolf/cointelpro/cointelsources.htm

USA, 2001

Das FBI gab zu, daß im Auftrag der US-Regierung ein oder mehrere Militärforscher die "Anthrax-Anschläge" im Jahr 2001 durchführten. Briefe mit Milzbrandsporen wurden an mehrere amerikanische Nachrichtensender und Senatoren verschickt. Dabei starben fünf Menschen. Ein leitender FBI-Mitarbeiter sagte, daß das FBI tatsächlich durch die US-Regierung selbst damit beauftragt wurde, um die Anschläge islamistischen Terroristen anzulasten.

Ein Nachspiel dieser und der 9/11-Anschläge war der Erlaß des Antiterrorgesetzes "USA PATRIOT Act". Das FBI darf dadurch z.B. ohne richterliche Anordnung Telefongespräche abhören und Einsicht in die finanziellen Daten von Bankkunden nehmen. Über Terrorverdächtige, die nicht die US-Staatsbürgerschaft besitzen, kann eine unbeschränkte Haft ausgesprochen werden.

Quellen: https://www.nydailynews.com/news/world/fbi-told-blame-anthrax-scare-al-qaeda-white-house-officials-article-1.312733

https://www.nytimes.com/2001/12/22/us/nation-challenged-anthrax-trail-us-inquiry-tried-but-failed-link-iraq-anthrax.html

https://de.wikipedia.org/wiki/USA_PATRIOT_Act

USA, 2003

Die USA beschuldigten den Irak für seine Rolle bei den Anschlägen des 11. September 2001. Selbst als durch eine 9/11-Kommission bestätigt wurde, daß es keine Verbindung zwischen Al-Qaida und Saddam Hussein gab, sagte Dick Cheney, Vizepräsident unter George W. Bush, daß die Beweise "überwältigend" seien. Einige amerikanische Politiker und ranghohe Offiziere, darunter der Verteidigungsminister Chuck Hagel sowie der ehemalige General der US-Army von 2003-2007 John Abizaid gaben zu, daß der Irakkrieg 2003 nicht wegen 9/11 oder Massenvernichtungswaffen geführt wurde, sondern aufgrund der Ölvorkommen.

Quellen: https://www.washingtonsblog.com/2013/03/top-republican-leaders-say-iraq-war-was-really-for-oil.html

https://de.wikipedia.org/wiki/Begr%C3%BCndung_des_Irakkriegs

In einem Fernsehinterview im September 2005 bedauerte der ehemalige US-Außenminister Colin Powell, daß er den UN-Sicherheitsrat mit Behauptungen zur Notwendigkeit des Irakkrieges zu überzeugen suchte. Er sagte, dies sei ein Schandfleck in seiner Karriere. Obwohl er und viele andere die Invasion im Irak - die übrigens erst 2011 mit dem Abzug der letzten US-Kampftruppen endete - als Fehler betrachten, wurde nie eine strafrechtliche Verfolgung eingeleitet. Statt dessen dreht sich das Rad immer weiter.

Fazit: Eine Rückschau in die Vergangenheit zeigt, daß False-Flag-Aktionen keine Erfindung von Verschwörungstheoretikern sind. Rücksichtslos wurde die Bevölkerung z.B. im Iran, in Vietnam, Japan, im Irak etc. für die Pläne der Globalstrategen geopfert. Und dies ohne jegliche strafrechtliche Konsequenzen. Auch in der heutigen Zeit gibt es unzählige Indizien für weitere False-Flag-Aktionen. Wenn solche Aktionen schon in der Vergangenheit verübt wurden, warum sollte sich dies in der heutigen Zeit geändert haben? Um dieses Rad zu durchbrechen, braucht es flächendeckende Aufklärung. …<<

Die evangelisch-lutherische "Kommunität St. Michael" berichtete am 30. Dezember 2018 auf ihrer Webseite "www.stmichael-online.de" über einen Staat ohne Religion (x1.011/…):

>>**Nicht Religion, sondern Atheismus ist Opium für das Volk**

Überlegungen zur Notwendigkeit transzendenter Bindung des Staates

Von *Walter Rominger*

I.

Als vor inzwischen gut zehn Jahren die Mauer verschwand und zumindest in einem Teil der sozialistischen Staaten Lockerungen eintraten, da wurde, vielleicht etwas vorschnell, von ei-

nem Niedergang des Sozialismus gesprochen. Jedenfalls scheinen seine tragenden Gedanken nicht mehr staatstragend gewesen zu sein und hat sich das Volk in der weit überwiegenden Mehrheit, falls es den sozialistischen Ideen überhaupt jemals zuneigte, davon entfernt.
Diese Ideen erwiesen sich auf Dauer demnach nicht als tragfähig. Die Entwicklung strafte die grundlegende Doktrin des Sozialismus lügen: Religion ist Opium für das Volk. Um der Wirklichkeit zu entsprechen, müßte formuliert werden: Sozialismus ist Opium für das Volk, und ein Staat auf Dauer nicht ohne Religion (über)lebensfähig. Das bedarf einer näheren Begründung.

II.

Ein Staat kann nicht über längere Zeit ohne transzendente Bindung bestehen. Erkennt ein Staat nichts über sich an und ist die ihn tragende Staatsideologie rein immanent ausgerichtet, so wird er nicht unbeschadet eine längere Zeit überstehen. Der nationalsozialistische Staat wäre deshalb auch bei für ihn siegreichem Kriege kein tausendjähriges Reich geworden, als was er in der Staatspropaganda ausgegeben wurde. Ihm wäre es ähnlich ergangen wie dem Sozialismus, von dem er ja, wie schon der Name sagt, lediglich eine Spielart ist, eins jedenfalls darin, atheistisch und damit antitheistisch zu sein. Man mag durchaus den verlorenen Krieg als Bestätigung dessen ansehen.
Nicht das sog. "Dritte Reich" erwies sich als tausendjähriges Reich, sondern viel eher das erste deutsche Reich, das Heilige Römische Reich Deutscher Nation. In all seiner Unvollkommenheit und trotz aller nötigen Kritik an ihm verstand es sich, wie der Name schon sagt, als von Gott - und dies konnte nur der dreieinige sein - abhängig und ihm gegenüber verantwortlich und zum Gehorsam verpflichtet. Es wurde bewußt als christlicher Staat empfunden.
Der Ausdruck christliches Abendland kommt nicht von ungefähr. Es war demnach bewußt, daß der Staat einer metaphysischen Begründung bedarf. Man war bestrebt, dieses Reich nach christlich vertretbaren Grundsätzen zu führen. Daß es dabei zu Fehlentwicklungen kam, soll überhaupt nicht bestritten werden. Doch hebt der falsche Gebrauch den rechten nicht auf.
Die Empirie bestätigt, daß ein Staat, der rein immanent ausgerichtet ist, keine Zukunft hat. In negativer Hinsicht wurde dies am Sozialismus gezeigt und von diesem unter Verweis auf den Zweiten Weltkrieg auf den Nationalsozialismus geschlossen. Man könnte in positiver Hinsicht beispielhaft darauf verweisen, daß im (antiken) Römischen Reich alle möglichen Religionen geduldet waren. Christen gerieten deshalb in Konflikt mit dem Staat, weil sie den Kaiserkult ablehnten, der für alle Bewohner des Römischen Reiches als conditio sine qua non galt. Jedenfalls scheint das Bewußtsein geherrscht zu haben, daß ein Staat nur existieren kann, wenn er nicht atheistisch ist.
Im antiken Athen wurde Sokrates im Grunde genommen wegen des Vorwurfs, er vertrete Atheismus, hingerichtet. Man mag das, daß nach einer transzendenten Begründung gesucht wird, mit der revelatio generalis bzw. universalis in Verbindung bringen, welche das Neue Testament ja durchaus kennt (vgl. z.B.: Johannes 1, 9; Apostelgeschichte 14, 15-17; 17, 24-28; Römer 1, 19-21, 28). Dazu gehören auch die ethischen Inhalte der Zehn Gebote (vgl. Römer 2, 14 ff.).
Daß dies keine Heilsoffenbarung ist, sei ausdrücklich erwähnt. Von unserem christlichen Verständnis aus betrachtet handelt es sich um falsche Religion. Die Absolutheit des Christentums bzw. seinen Absolutheitsanspruch dürfen wir nicht aufgeben, und wir haben begründet zu bezeugen, daß wir in Christus die Wahrheit haben und damit unverrückbar das Wort Jesu gilt: "Ich (Jesus) bin der Weg und die Wahrheit und das Leben; niemand kommt zum Vater denn durch mich" (Johannes 14, 6). Trotz der Gültigkeit und Unverrückbarkeit dessen muß auch die Richtigkeit dessen festgehalten werden, was Luther im Großen Katechismus zum Ausdruck bringt, wonach noch nie ein Volk so gottlos gewesen sei, daß es nicht eine Religion gehabt habe.

III.

Atheismus, ob nun als philosophischer oder vor allem als praktischer, scheint im großen und ganzen ein neuzeitliches Phänomen zu sein. Dennoch kennt das Neue Testament die gottlosen Epikuräer, die eine atheistische Philosophie vertraten ("Laßt uns essen und trinken; denn morgen sind wir tot!" 1. Korinther 15, 32), aber staatstragende Idee scheint der Atheismus in der Antike nie gewesen zu sein, und als dann das Christentum im Römischen Reich Staatsreligion wurde, konnte dies sowieso nicht mehr sein, und das Heilige Römische Reich Deutscher Nation verstand sich als christlicher Staat.

Dieser Zusammenhang von Staat und Religion (Christentum in Europa) war bewußt. In der nachreformatorischen Zeit, als die (sichtbare) Einheitlichkeit der Konfession nicht mehr gegeben war, ging dies soweit, daß in einem bestimmten Herrschaftsgebiet eine bestimmte Konfession galt, die sich nach der des Herrscherhauses richtete. Dies sollte das Herrschaftsgebiet leichter regierbar machen und zum Erhalt des Friedens dienen.

Europaweit sind wir, trotz des Abbröckelns des europäisch-asiatischen kommunistischen Herrschaftsblocks in einer gänzlich anderen Situation. Die Bundesrepublik Deutschland versteht sich als weltanschaulich neutraler, säkularer Staat. In der Tendenz gilt dies für andere europäische Staaten genauso. Zwar wird in der Präambel des Grundgesetzes (GG) noch ein Gottesbezug festgehalten und ebenso - aber nicht obligatorisch - ein solcher in der Vereidigungsformel für Präsident, Kanzler und Minister. Vor noch nicht allzulanger Zeit erlebten wir es erstmalig, daß die Hälfte der Bundeskabinettsmitglieder (einschließlich Kanzler) auf diesen Gottesbezug bei ihrer Vereidigung verzichtete.

Sie sind darauf also nicht behaftbar. Sie wollen ganz bewußt Politik ohne Gott machen. Es ist dann auch nicht verwunderlich, wenn die Präambel des Grundgesetzes mit ihrem Gottesbezug noch mehr zur Leerformel wird, auch wenn das zum unveränderbaren Bestandteil des Grundgesetzes gehört. Erlebten wir bereits durch die Studentenrevolte (1968 ff.) und die Wiedervereinigung (1989/90) einen Atheisierungsschub, so wurde im Herbst 1998 ein weiterer kräftiger Atheisierungsschub angestoßen, mit von solchen, die vor dreißig Jahren bei den revoltierenden Studenten waren. Die Gesetzgebung deutet dies an (z.B. "Homoehe").

Allem Anschein nach ist eine nachchristliche Prägung verhängnisvoller als eine vorchristliche. Zu beachten ist auch, daß der Islam als nachchristliche Religion als solche schon antichristlich und unentschuldbar ist. Dasselbe gilt für andere nachchristliche Religionen auch (vgl. Apostelgeschichte 17, 30 ff.; Römer 1 + 2).

Bewußter Atheismus, das wurde doch bereits bei den Überlegungen zum Sozialismus und Nationalsozialismus deutlich, führt einen Staat in seinen Ruin. Wohl haben wir keinen aggressiven und militanten, aber einen schleichenden Atheismus. Er leitet sich aus keiner totalitären Ideologie her, viel eher aus Liberalismus und Libertinismus. Das Ergebnis dürfte dasselbe sein. Denn der Transzendenzbezug fällt weg.

Die Ethik wird systematisch untergraben, und eine natürliche Ethik, wozu die Zehn Gebote in ihren ethischen Aussagen zählen, wird immer mehr zurückgedrängt zu Gunsten einer von Jürgen Habermas u.a. geforderten und geförderten "Diskursethik", die sich nicht an feststehenden Normen orientiert, sondern an der herrschenden oder auch nur vorgeblichen Meinung der Gesellschaft, die sich dann an rasch wechselnden Mehrheitsmeinungen ausrichtet. Ganz unschuldig daran sind die Theologen Karl Barth, der jede natürliche Ethik bestritt, und Rudolf Bultmann und Helmut Thielicke, die nur eine Situationsethik kannten, nicht.

Eine solche nimmt freilich die natürliche Befindlichkeit des Menschen nicht ernst, da sie unter Verkennung, daß der Mensch Sünder ist, davon ausgeht, der Mensch würde von selbst richtig handeln. Das jedoch trifft nicht einmal für Christen zu. In Theologie und Kirche haben Barth und Bultmann zum Atheismus beigetragen. Freilich wird man nicht einfach eine theologische und kirchliche Entwicklung auf die gesellschaftliche und staatliche übertragen können, aber

unbeeinflußt lassen sie diese selbst in einer Zeit, in der ihr Ansehen und ihr Einfluß und mit aufgrund ihrer atheistischen Tendenz abnehmen, nicht.
Jedenfalls wird ein Volk, das aus jüdisch-christlicher Tradition herkommt, mehr schuldig als eines, dem dieses hohe Gut nie anvertraut war. Wir sind dabei, unsere abendländische Tradition, die eine christliche ist, zu verlieren. Europa ist unter dem Kreuz geworden, also unter transzendentem Bezug. Wenn sich die Staaten Europas im großen und ganzen lediglich als säkulare Staaten verstehen, die über sich keine transzendente Größe anerkennen, dann gehen sie den Weg der sozialistischen Staaten, da sie, diesen gleich, atheistisch ausgerichtet werden, selbst wenn der Atheismus nicht vorgeschriebene Staatsdoktrin wird.
So kann ein Staat nicht überleben, sondern wird über kurz oder lang ins Chaos stürzen. Der Einzelne wird sowieso nur noch zum Rädchen im Getriebe; aber dahin geht die Tendenz. Europa, das das, was es geworden ist, unter dem Kreuz geworden ist, kann nicht unter vollständiger Absehung davon auf einer wackligen Monopolywährung, die ein Großteil überhaupt nicht will, und welche keinen transzendenten Bezug hat und auch keinen haben will, weitergebaut werden. Staatstragend können Güter dieser Welt nicht sein.

IV.

Entscheidende Aufgabe der Kirche(n) ist (Innere) Mission, damit Menschen zum Heil gelangen. Aber damit fällt gewissermaßen ein wichtiges Nebenprodukt ab. Der Atheismus wird durchstoßen. Mit Atheisten läßt sich nämlich kein Staat machen und es stellt sich die Frage, wie lange noch die zehn Gerechten (vgl. 1. Mose 18, 32) da sind, die das Verderben aufhalten.
Um des eigenen Bestandes willen kann ein Staat nicht auf religiösen Bezug verzichten. Zum Abbau dieses transzendenten Bezuges hat bereits die Aufklärung beigetragen, wobei dieser Abbau durch Romantik, Restauration und Neuluthertum (z.B. durch Friedrich Julius Stahl in Preußen) zumindest vorübergehend aufgefangen werden konnte.
Zum Glauben Erweckte sind letztlich auch für den Staat von Nutzen. Schließlich ist es ja auch ein beachtlicher Unterschied, wer Politik macht. Aber allem Anschein nach ist unsere Kirche / sind unsere Kirchen (das gilt für alle Konfessionen Europas) damit überfordert. Sie ist / sind diesseitsbezogen.
Damit wird/werden sie nicht allein am Heil des einzelnen, sondern auch mit am Erhalt des Staates schuldig, der auf transzendente Bindung angewiesen bleibt, auch wenn dies die meisten nicht mehr zu wissen scheinen und nicht wollen. Doch mit ihrem jetzigen Gebaren wird/werden sie in trauter Zusammenarbeit mit gottlosen Politikern zu Totengräbern nicht allein der Kirche(n), sondern auch des Staates/der Staaten, weil beide für sich selbst den transzendenten Bezug in Wort und Tat leugnen.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" 12/2018 berichtete im Dezember 2018:

>>**Die Geheimbünde der globalen Eliten**

_von Jürgen Elsässer

Wer steckt hinter der Überflutung Europas durch Massenmigration und allen anderen Weltübeln? Wer diesen Fragen nachgeht, wird schnell als Verschwörungstheoretiker gebrandmarkt. Nun hat der britische Historiker Niall Ferguson den Weg für eine differenzierte Debatte eröffnet.
… 2016 hat er den ersten Band seiner Kissinger-Biographie (*Der Idealist*) vorgelegt, und im Mai 2018 ist im renommierten Propyläen-Verlag sein neuestes Werk *Türme und Plätze. Netzwerke, Hierarchien und der Kampf um die globale Macht* erschienen. "In diesem Buch versuche ich, einen Mittelweg zwischen der Hauptströmung der Historiographie, welche die Rolle von Netzwerken tendenziell unterschätzt hat, und den Verschwörungstheoretikern zu finden, die ihre Rolle gewöhnlich überschätzen."
Die Metapher im Titel weist auf eine Konstellation hin, die systemkonforme Spötter wie Eco nicht begreifen: Spätestens seit dem Mittelalter stehen sich vertikale Hierarchien - damals die

dynastischen Staaten, die ihre Herrschaft mit Türmen sicherten - und horizontale Netzwerke - symbolisiert in den Plätzen, wo Händler und gemeines Volk in Kontakt kamen und eigene politische Ansprüche anmeldeten - gegenüber. Während der Adel seine Macht über die katholische Kirche legitimierte, stürmte die entstehende Bourgeoisie mit der Aufklärung gegen die klerikalen Dogmen.
Der neue Rationalismus fand als wichtigste Träger Geheimbünde wie die Illuminaten und die Freimaurer. Ferguson belegt, daß Letztere die Sezession Nordamerikas von der britischen Krone entscheidend vorangetrieben haben. Denselben Nachweis führte der langjährige FAZ-Redakteur Lorenz Jäger in seinem Buch *Hinter dem großen Orient. Freimaurerei und Revolutionsbewegungen* (2009) für den Sturz der Bourbonen in Frankreich 1789. Auch der italienische Aufstand unter Giuseppe Garibaldi, beweist Professor Aldo Mola, Dozent für Geschichte der Neuzeit an der Universität Mailand, war eine Operation der Freimaurer.
… Es gibt zwar mächtige Netzwerke in Vergangenheit und Gegenwart - aber diese konkurrieren miteinander und zerfallen auch immer wieder. So spalteten sich die Freimaurer schon im 18. Jahrhundert in eine anglophile und eine frankophile Richtung auf. Erstere bekämpfte Napoleon, Letztere unterstützte ihn. Daß der Korse 1798 eine Expedition nach Ägypten unternahm, war militärisch ohne Sinn, sollte ihm aber Legitimation gegen die anglophilen Freimaurer verschaffen: Während diese ihre Tradition auf das Alte Testament, also auf die Juden, zurückführten, suchten die Frankophilen ihre Wurzeln in den Mythen der Pharaonen.

Das Soros-Netzwerk

Dieser Kampf unterschiedlicher Netzwerke prägt auch die Gegenwart. Lorenz weist auf den freimaurerischen Einfluß auf den französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy (2007 bis 2012) hin. Doch dieser Einfluß hat ihm wenig genützt: Er verlor sein Amt und war 2017 sogar wegen Korruptionsvorwürfen ("Gaddafi-Gate") in Untersuchungshaft.
Auch die Bilderberger-Gruppe ist nur ein Knoten im globalen Machtnetz, nicht dessen Zentrum. Der auf David Rockefeller und Henry Kissinger zurückgehende Elite-Club versammelt zwar seit 1954 jedes Jahr die einflußreichsten Politiker und Finanzmagnaten des Globus hinter verschlossenen Türen und hat 2005 die Ersetzung von Kanzler Gerhard Schröder durch Angela Merkel befördert.
Aber in den letzten Jahren setzte er bei seinem Politiker-Casting oft auf die Falschen: Der Sozialdemokrat Peer Steinbrück (2011 bei den Bilderbergern) und sein potentieller Koalitionspartner Jürgen Trittin (2012) konnten Merkel bei den Bundestagswahlen 2013 nicht besiegen und verschwanden anschließend in der Versenkung. Nicht besser scheint es Ursula von der Leyen zu ergehen: Obwohl dieses Jahr Gast auf der geheimen Jahreskonferenz, kommt sie aus den Negativschlagzeilen nicht heraus und spielt im Rennen um die Nachfolge der Rautenfrau keine Rolle. …<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" 12/2018 berichtete im Dezember 2018:

>>**Der Pakt: "Nicht bindend"?**

_von *Karel Meissner*

Das von der UNO vermittelte Abkommen für globale Migration zerstört die Souveränität der Staaten - dabei war diese Souveränität das Fundament der Vereinten Nationen. Wie konnte der Gärtner zum Bock werden?

Wie kann eine Institution, die sich "Vereinte Nationen" nennt, zu einem Rammbock gegen die Nationen werden? Wie kann sie einen Pakt initiieren, der souveräne Nationen verpflichtet, Millionen Fremde aufzunehmen und ihnen dieselben Rechte, Jobs, Gesundheitsversorgung und Renten zu bieten wie den Einheimischen? Genau das ist der Inhalt des Global Compact for Migration, der auf einer UN-Konferenz am 10./11. Dezember in Marrakesch unterzeichnet werden soll.
Man komme nicht mit dem Argument, die UNO sei als Konsequenz aus dem Nationalsozia-

lismus entstanden, und deswegen dürfe niemand "diskriminiert" werden, wenn er illegal Grenzen überschreite. Es stimmt zwar, daß die "Deklaration der Vereinten Nationen" auf die Atlantik-Charta zurückgeht, die US-Präsident Franklin D. Roosevelt und der britische Premier Winston Churchill 1942 im Krieg gegen Hitler-Deutschland entwarfen. Aber deren Prinzip war ja gerade, die Souveränität der Nationalstaaten, die durch die deutsche Besetzung von halb Europa zerstört worden war, wiederherzustellen.
Diese Souveränität wurde sogar in den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen ab 1945 noch respektiert, wenigstens auf dem Papier: Die NS-Führer wurden in erster Linie wegen "Verbrechen gegen den Frieden", also Aggression gegen andere Staaten, angeklagt - aber nie wegen ihrer Innenpolitik bis 1938, auch nicht was die grausame Judenverfolgung anging. Keine Einmischung in innere Belange der Nationalstaaten - das war der eherne Grundsatz der UN. Deswegen gab es auch während des Kalten Krieges nie Resolutionen gegen Diktatoren, egal ob gegen linke wie Mao oder gegen rechte wie Franco, was deren Politik im eigenen Land anging. …

Die Transformation der UNO

Die neuartigen Zwitterformen internationaler Beratungen - parallel zu den angestammten UN-Gremien und im Unterschied zu diesen mit einem starken Einfluß nichtstaatlicher Pressure Groups in Form der NGOs - spielten nicht nur im Bereich der Klimapolitik eine wichtige Rolle, sondern auch bei der Durchsetzung von Gender Mainstreaming und anderen Dogmen der Achtundsechziger.
Sie sind insgesamt Kennzeichen der Neuen Weltordnung, die sich nach dem Ende der Bipolarität herausgebildet hat. Marguerite Peeters, Direktorin des Instituts für die Dynamik des Interkulturellen Dialogs in Brüssel, hat die Prozesse 2007 für das *Vatican Magazin* untersucht: "Der entscheidende politisch-strategische Faktor zur Durchsetzung der Kulturrevolution war die tatsächliche Kontrolle über die UN-Maschinerie durch NGOs - die Motoren der Revolution - und andere nicht-staatliche Akteure: eine Kontrolle, die sich indirekt über das Sekretariat der UNO auch auf die Mitgliedsstaaten erstreckte. Die NGOs waren die privilegierten Partner des UNO-Sekretariates und seiner Untergliederungen."
Vor diesem Hintergrund kann auch nicht beruhigen, wenn die Bundesregierung in Bezug auf den Migrationspakt hervorhebt, er sei "rechtlich nicht bindend". In schreiendem Kontrast dazu steht ja bereits, daß in dem Text an fast hundert Stellen davon die Rede ist, daß sich die Unterzeichnerstaaten zu einer Aufnahme von Migranten "verpflichten", einschließlich sogenannter Klimaflüchtlinge. Tatsächlich ist es dieselbe Vorgehensweise wie in der Klima- und Genderpolitik: Die Vorgaben sind streng juristisch gesehen zwar nicht einklagbar; aber sowohl mächtige Lobbyorganisationen als auch die linksgerichtete Presse werden sich darauf berufen und Druck machen.
Insbesondere Richter können sofort mit Verweis auf den Migrationspakt - wie bei den Dieselverboten mit Verweis auf die Klimaziele des IPCC - Musterurteile fällen und damit Rechtskonventionen stiften. Man bedenke: Die ebenfalls "nicht bindende" Gender-Resolution der UN-Weltfrauenkonferenz in Peking 1995 wurde innerhalb von zwei Wochen (!) von der EU-Kommission übernommen und eine entsprechende Arbeitsgruppe eingerichtet, die dieses "Soft Law" dann in allen Mitgliedsländern durchsetzte. Das droht auch bei der Massenmigration. Millionen von Afrikanern sehen dem Vertragsabschluß Mitte Dezember freudig entgegen.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" 12/2018 berichtete im Dezember 2018:

>>**Ghostwriter Soros**

_von *Daniell Pföhringer*

… Weltweite Grenzenlosigkeit und Freizügigkeit - das ist der Traum von George Soros, der vorgibt, Philanthrop zu sein, aber immer nur schnöde Kapitalinteressen verfolgt. Von Huma-

nität und "Migration zum Nutzen aller" sprach auch die im September 2016 von den Staats- und Regierungschefs der UNO beschlossene "New Yorker Erklärung für Flüchtlinge und Migranten", die den Ausgangspunkt des dann unter Federführung Mexikos und der Schweiz ausgearbeiteten Global Compact for Safe, Orderly und Regular Migration (GCM) bildete.
Der Pakt läßt die Grenzen zwischen tatsächlichen Flüchtlingen und sonstigen Migranten verschwimmen, will bislang illegale Migration legalisieren, sieht in interkontinentalen Wanderungsbewegungen grundsätzlich etwas Positives und redet vor allem den Staaten des Westens ein schlechtes Gewissen und eine Verantwortung für das Schicksal der Menschen in den Drittweltländern ein.

Heilsfigur Migrant

… Davon, daß Migration für die Zielländer größtenteils ein Defizitgeschäft darstellt, wollen weder der GCM noch Soros etwas wissen. Letzterer fordert gar, daß jeder der rund eine Million (später reduzierte er die Zahl freundlicherweise auf 500.000) Kostgänger, die die EU in jedem Jahr aufnehmen solle, 15.000 Euro Stütze jährlich erhalten müsse. Eine entsprechende Rundumversorgung zur "Integration" sieht auch der Migrationspakt vor.
"Verbesserung der Verfügbarkeit und Flexibilität der Wege für eine reguläre Migration."

Ziel des GCM

Und nicht nur das. Im GCM heißt es, daß "allen Migranten, denen in Transit- und Zielländern die Freiheit entzogen wird oder werden könnte, Zugang zur Justiz" zu gewähren sei, "unter anderem, indem der Zugang zu einer kostenlosen oder bezahlbaren qualifizierten und unabhängigen Rechtsberatung und -hilfe sowie der Zugang zu Informationen und dem Recht auf ordnungsgemäße Prüfung einer Anordnung zur Freiheitsentziehung erleichtert werden". …

Freie Fahrt für NGOs

Das wird auch noch an einem anderen Punkt deutlich. In seinem Beitrag fordert der Megaspekulant sichere Reiserouten für Migranten, "darunter zunächst der Weg von Griechenland und Italien in ihre Zielländer". …
Und was steht dazu im Migrationspakt? Als Ziel Nummer fünf wird eine "Verbesserung der Verfügbarkeit und Flexibilität der Wege für eine reguläre Migration" ausgegeben. Und schon unter Punkt acht verpflichten sich die unterzeichnenden UN-Staaten nicht nur dazu, sogenannte Such- und Rettungsaktionen selber auszubauen, sondern auch private "Seenotrettung" nicht mehr als ungesetzlich zu qualifizieren.
Mit anderen Worten: Dem Treiben der NGO-Schiffe auf dem Mittelmeer, dem Italiens Innenminister Matteo Salvini durch seine Konsequenz und Beharrlichkeit zuletzt einen Riegel vorschieben konnte, soll ein Freibrief erteilt werden. Notabene: Jene NGOs werden maßgeblich von den Open Society Foundations des George Soros unterstützt. Noch Fragen?<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" 12/2018 berichtete im Dezember 2018:

>>**Sie wollen eine Weltregierung**

_ *Viktor Orban* im Interview

Noch vor den Europawahlen im Mai sollen Fakten geschaffen werden - daher wird jetzt der UN-Migrationspakt durchgepeitscht. Das ist ein radikaler Bruch mit dem Völkerrecht.
Nächste Woche wird es einen EU-Gipfel geben. Ob die Frage des Grenzschutzes zur Sprache kommen wird, die neulich angeschnitten worden ist?
(Orban:) Wenn ich die europäische Situation jetzt in einem Satz als Antwort auf Ihre Frage zusammenfassen müßte, dann würde ich sagen: Die Einsätze liegen auf dem Tisch, alle Masken sind gefallen. Im Mai 2019 wird es also die Wahlen zum Europäischen Parlament geben: Jene Dinge, die jetzt geschehen, kann man am ehesten als Teil eines Wahlkampfes deuten. Beziehungsweise:
Die Politiker, die in Brüssel an der Macht sind ... - denn in Brüssel gibt es heute eine die Einwanderung befürwortende Mehrheit -, wollen jetzt noch alles bis zu den Wahlen im Mai

durchdrücken, denn ... es kann auch passieren - und das ist zugleich auch unsere Hoffnung -, daß es in Europa nach den Wahlen eine die Einwanderung zurückweisende Mehrheit geben und es eine entsprechende EU-Kommission sowie ein entsprechendes EU-Parlament geben wird. ...
Die Wahrheit ist, daß mit Volldampf Ansiedlungsprogramme fabriziert werden. Die Kommission hat ihr Programm öffentlich gemacht, in dem sie niedergeschrieben hat, was ihrer Ansicht nach jetzt alles schnellstens durchgeführt werden müßte. ... Darin stehen Dinge wie ein ständiges Umsiedlungsprogramm, die Öffnung legaler Migrationsrouten, gemeinsame ... Migrationsprogramme mit afrikanischen Ländern, die Einführung eines neuen, sogenannten humanitären Visums, die Einbeziehung der NGOs in die Prüfung von Visa - überhaupt: Rechte, Befugnisse an jene Organisationen abgeben, die im Übrigen von George Soros finanziert werden.
Das sind also die Vorschläge. Die Wegnahme des Grenzschutzes von den Mitgliedsstaaten und seine Übergabe in die Hände von Frontex, wo man gar nicht mehr von Grenzschutz spricht, sondern - die Wörter besitzen eine Bedeutung! - ... von "Grenzmanagement". Also das Wort "Grenzschutz" bedeutet, das man eine Grenze schützt, und "Grenzmanagement" bedeutet, daß es dort ein irgend etwas gibt, dessen Überquerung auf irgendeine Weise erledigt werden muß.

Kampf zweier Welten

In dieser Woche hat eine amerikanische Journalistin muslimischer Herkunft niedergeschrieben, daß es ein offenes Geheimnis ist ..., daß zum Beispiel in Amerika die Demonstrationen gegen den (von Trump unterstützten) Kandidaten (Brett Kavanaugh) zum Obersten Gerichtshof vor der Richterwahl von den von Soros unterstützten Organisationen organisiert, gesteuert, koordiniert wurden. Anscheinend funktioniert dies in Europa auf die gleiche Weise.

(Orban:) Auch das kann man langsam als ein offenes Geheimnis bezeichnen. ... Wir erinnern uns nicht mehr daran, weil so vieles geschieht, doch vor einigen Jahren wußten nur sehr wenige, was für ein starkes Netzwerk George Soros in Ungarn, in Mitteleuropa, in Brüssel und auch in Amerika mit vielen Millionen oder Milliarden Dollar betreibt. Das war damals ein verborgenes Netzwerk, das stärker unter dem Wasser wirkte - wie im Wasserball: oben lächeln wir, und unten treten wir uns. Das war auch ihre Taktik. ...
Gegen verborgene Netzwerke kann man nur sehr schwer kämpfen, jetzt befinden sie sich aber schon draußen im Sonnenlicht. ... Jedoch finde ich es am spannendsten, daß diese Schlacht auch in Amerika läuft. Denn es gibt den Kampf zwischen der Kraftgruppe des amerikanischen Präsidenten und der Soros'schen Seite auch in Amerika, was für uns Ungarn, die wir auf nationaler Grundlage stehen, schwer zu verstehen ist.
Wenn wir hinter die Ereignisse blicken, dann können wir sehen, daß die eine Kraft, die sich um den amerikanischen Präsidenten konzentriert, deutlich erkennbar zu den Grundlagen der amerikanischen nationalen Interessen zurückkehren will und parallel dazu anerkennen möchte, daß auch andere Nationen das Recht besitzen, ihr Leben, so wie sie wollen, ihrem eigenen Geschmack entsprechend zu organisieren und ihre Interessen zu vertreten. Ihnen gegenüber stehen in Amerika und überall die großen Soros'schen Netzwerke, die wir als Globalisten zu bezeichnen pflegen, und sie wollen anstatt der Vereinbarungen, der Verträge der Nationen, eine Weltregierung.
Wir glauben daran - wir stehen auf der nationalen Seite -, daß die Welt dann gut funktioniert, wenn sie unter Nationen aufgeteilt ist, wenn die Nationen gewählte Politiker besitzen und diese die Interessen ihrer eigenen Nation vertreten, miteinander Vereinbarungen treffen und die Dinge der Welt auf diese Weise erledigen. Die Globalisten glauben, daß es gut sei, wenn es eine Weltregierung, irgendwo ein Kraftzentrum, gibt, die von dort aus den Nationalstaaten obligatorisch vorschreibt, was gemacht werden muß. Das ist der Gedanke der Weltregierung.

...

Wühlarbeit der Soros-Netzwerke

Aber hier geht es doch nicht nur um ... von George Soros unterstützte Organisationen, sondern darum, daß wir sehen, wie diese unterstützten Leute auch in internationale Organisationen integriert werden. Zum Beispiel sehen wir, ... daß jetzt ein albanischer Rechtsanwalt Mitglied des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte geworden ist, der, obwohl er über keine Praxis als Richter verfügt, ausgewählt wurde - und es hat sich herausgestellt, daß er früher bei einer Stiftung von George Soros gearbeitet hat. Das Gleiche können wir in der UNO sehen, nicht wahr? Der Migrationspakt versucht, genau die gleiche globalistische Denkweise zu vertreten.

(Orban:) Diese Netzwerke, wie auch das von George Soros, besitzen einige Schwächen, doch sie verfügen auch über einige Wettbewerbsvorteile. Ihre Schwäche ist natürlich, daß, wenn man sie plötzlich benennt und man sich im Namen des Volkes gegen sie zu verteidigen beginnt - denn wir sind ja gewählte führende Politiker, es ist also unsere Aufgabe, die Interessen der Menschen zu vertreten -, dann stellt sich heraus, daß sie niemand ermächtigt hat, und in dieser Diskussion stehen sie auf verlorenem Posten. …<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im Dezember 2018 im COMPACT-Spezial Nr. 20 über die äußerst erfolgreiche Rothschild-Dynastie (x335/15-17): >>**Das Haus zum Roten Schild**

_von *Daniell Pföhringer*

Sie gelten als erfolgreichste Dynastie aller Zeiten und dienten den Nazis als Beleg für ihre antisemitische Theorie einer "jüdischen Weltverschwörung". Kennzeichnend war von Anfang an ihre Nähe zur Macht - und das Wissen um entscheidende Entwicklungen.

Der sagenhafte Aufstieg der Dynastie hatte seinen Ursprung in der Frankfurter Judengasse. Dort am Main wurde 1743 oder 1744 - eine Geburtsurkunde fehlt - Mayer Amschel Rothschild geboren. Der Name seiner Familie leitete sich von deren Stammhaus, dem Haus zum Roten Schild, ab. Der ehemalige stellvertretende Direktor des Jüdischen Museums in Frankfurt, Fritz Backhaus, beschreibt in seinem Buch *Mayer Amschel Rothschild. Ein biografisches Porträt* die damalige Situation im jüdischen Viertel anschaulich:

"Rabbiner und Gelehrte, Kaufleute und Hoffinanziers machten die Frankfurter Judengasse zu einer der wichtigsten jüdischen Gemeinden Europas und prägten das Ghetto des 17. und 18. Jahrhunderts sicher ebenso wie die vielen Hausierer, Bettler und Dienstboten, die das Straßenbild der Gasse dominierten. Insgesamt wohnten in dieser nur knapp 330 Meter langen Gasse ca. 3.000 Menschen, verteilt auf 195 Wohnhäuser.

Als eine der größten jüdischen Gemeinden in Deutschland war Frankfurt auch ein Anziehungspunkt für die vielen armen Juden, die vagabundierend über das Land zogen und nirgendwo ein festes Aufenthaltsrecht hatten."

Schon als Jugendlicher wurde Mayer Amschel von seinem Vater nach Hannover geschickt, um als Gehilfe im Bank- und Handelshaus Oppenheim zu arbeiten. Hier erwarb er die notwendigen Kenntnisse, um fortan selbst im Finanzbereich tätig zu sein.

Mit 20 Jahren kehrte er in seine Heimatstadt zurück und eröffnete mit seinem Bruder Kalman ein Handelsgeschäft für Antiquitäten und Münzen. 1770 heiratete er die damals 16-jährige Gutle Schnapper, die eine hohe Mitgift in die arrangierte Ehe einbrachte. Das Paar sollte 20 Kinder bekommen, von denen allerdings nur fünf Töchter und fünf Söhne überlebten, die zwischen 1771 und 1792 geboren wurden.

Nach und nach vergrößerte sich Mayer Amschels Vermögen - erst recht, nachdem er den Erbprinzen Wilhelm von Hessen-Kassel, den späteren Kurfürsten Wilhelm I., als Kunden gewinnen konnte.

… "Unruhige Zeiten, gute Geschäfte" - so beschreibt Rothschild-Biograph Backhaus die Jah-

re, die 1792 mit den Koalitionskriegen Österreichs, Preußens und Englands gegen Frankreich begannen: "Der Angriff auf das revolutionäre Frankreich löste einen Krieg aus, der Europa über 20 Jahre verwüsten und die territoriale Landkarte ebenso wie die politische Ordnung der Staaten gründlich verändern sollte. Für Mayer Amschel Rothschilds berufliche Entwicklung jedoch boten diese unruhigen Zeiten neue Chancen. Gleich zu Beginn des Krieges hatte er einen Lieferungsvertrag mit der gegen Frankreich kämpfenden kaiserlichen Armee abschließen können."

Als der Begründer der Finanzdynastie 1812 starb, hatte er weit in die Zukunft gedacht. In seinem Testament bestimmte er, daß alle Schlüsselpositionen des Hauses nur mit männlichen Familienmitgliedern zu besetzen sind und die weiblichen Mitglieder, ihre Ehemänner und die Kinder ihren Anteil aus dem Nachlaß nur unter der Bedingung erhalten, daß dessen Verwaltung bei den männlichen Mitgliedern bleibt.

Zudem sollten fortan nur Vettern und Cousinen ersten und zweiten Grades miteinander verheiratet werden, um den Besitz beisammenzuhalten. Vier der Söhne Mayer Amschel Rothschilds - Nathan, Salomon, Kalman und Jakob - zogen daraufhin an die wichtigsten Finanzplätze Europas, während einer - Amschel - in Frankfurt blieb, um das Stammhaus fortzuführen.

Der Waterloo-Coup

Unter Amschel oder Anselm, wie er sich auch nannte, wurde M. A. Rothschild & Söhne zur führenden Bank für Staatsanleihen im deutschen Raum. Nathan gründete 1808 in London das Bankhaus N. M. Rothschild & Sons, Salomon ging 1818 nach Wien, Kalman, der später als Carl Mayer von Rothschild geadelt wurde, zog nach Neapel, während Jakob, der sich fortan James nannte, nach Paris ging.

Während der Frankfurter Zweig kurz nach dem Tod des kinderlosen Anselm an Bedeutung verlor und die Bank liquidiert wurde, stieg Salomon in Wien zum führenden Staatsfinanzier Österreichs auf. Dabei kam ihm zugute, daß die Frankfurter Rothschild-Bank dem österreichischen Staatskanzler Fürst Metternich hohe Darlehen und Kredite für die Sanierung des Staatshaushaltes gegeben hatte, was eine lebenslange Partnerschaft zwischen den Rothschilds und dem bis 1848 überaus mächtigen Politiker begründete. …

Der große Durchbruch gelang den Rothschilds allerdings in Frankreich und England. Von Paris und vor allem London aus errichteten sie ein weltumspannendes Finanzimperium mit einem ausgeklügelten Informationsnetz, das ihnen stets einen entscheidenden Vorsprung gegenüber ihren Mitbewerbern sichern sollte. James und Nathan betrieben während der britischen Kontinentalsperre ab 1806 Schmuggelgeschäfte,

1817 übernahm James die Forderungen der britischen Regierung an den wiedereingesetzten französischen König Ludwig XVIII., der sich im Exil 200.000 Pfund von Nathan geliehen hatte. Als führende Figur im Anleihegeschäft konnte er sich eine beispiellose Machtposition schaffen, insbesondere in der Zeit von 1830 bis 1848, als sein alter Freund und Kunde, der Herzog von Orléans, König von Frankreich wurde, und er damit unbeschränkten Zugang zum Hofe erhielt.

Nathans Aufstieg in London vollzog sich ähnlich rasant. Zunächst investierte er 300.000 Pfund, die Kurfürst Wilhelm I. seinem Vater anvertraut hatte, in britische Staatsanleihen und spekulierte damit auf Gold. Grundlage war ein System von Informanten und Helfern, das er mit seinem Bruder James zuvor für den Schmuggel geschaffen hatte und ihn nun mit Nachrichten versorgte.

Durch dieses nahezu perfekte Kurier- und Spionagenetz, das sich über ganz Europa erstreckte, erfuhr Nathan in London noch vor dem englischen Premierminister Robert Jenkinson von der vernichtenden Niederlage Napoleons gegen die Briten und Preußen am 18. Juni 1815 bei Waterloo. Er nutzte dieses exklusive Wissen für einen riesigen Spekulationscoup, obwohl er vor-

her auf einen Sieg des Korsen gesetzt hatte:
In Windeseile verkaufte er an der Londoner Börse den Großteil seiner Aktien, was ihm viele Anleger gleichtaten, da man davon ausging, daß er als stets gut informierter Finanzmann Nachrichten über eine englische Niederlage bekommen hätte. Als die Kurse infolge dieses Bluffs stark abgesunken waren, kaufte er die Papiere wieder auf und wurde über Nacht einer der reichsten Männer Großbritanniens. …<<
Die Geheimgesellschaften rekrutierten in erster Linie einflußreiche Führungspersönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Medien und Militär, um ihre politischen Ziele durch gezielte Einflußnahme und Unterwanderung zu realisieren.
Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im Dezember 2018 im COMPACT-Spezial Nr. 20 (x335/31-34): >>**Das Bilderberg-Komplott**
_von *Daniell Pföhringer*
Gibt es eine geheime Weltregierung, die jedes Jahr irgendwo in einem Nobelhotel tagt? Oder was verbirgt sich hinter dem berüchtigten Geheimniskrämer-Klub, der - unter Ausschluß der Öffentlichkeit - den Geldadel mit der Politik zusammenbringt?
Oosterbeek, Ende Mai 1954: In dem kleinen holländischen Ort, etwa fünf Kilometer von Arnhem entfernt, trifft eine illustre Schar im noblen Hotel de Bilderberg ein. Trotz der Prominenz der Gäste - es handelt sich um Spitzenvertreter aus Politik, Wirtschaft und Medien - gibt es keinen großen Bahnhof; man will kein Aufsehen erregen, ist bedacht auf Diskretion. Eingeladen hat Prinz Bernhard der Niederlande, erst Hitler-Verehrer, dann Verbindungsoffizier der Alliierten in London. Gemeinsam mit dem Polen Jozef Retinger hat der aus Jena stammende Vater der späteren Königin Beatrix die Konferenz vorbereitet.
Erschienen sind unter anderem der Hamburger Bürgermeister und Sozialdemokrat Max Brauer, Fiat-Chef Vittorio Valletta, der amerikanische Ketchup-König Jack Heinz, der Direktor von JP Morgan, Nelson Dean Jay, Unilever-Vorstand Paul Rijkens - und David Rockefeller, Manager der New Yorker Chase Manhattan Bank. Was auf dem Treffen besprochen wird, bleibt geheim. …
Die Hand der CIA
Vieles spricht dafür, daß schon auf den ersten Konferenzen Schritte zur sogenannten europäischen Integration geplant wurden - so wie man auch später unterhalb des öffentlichen Radars politische und wirtschaftliche Weichenstellungen vorwegnahm. Der britische Historiker Richard Aldrich, Professor an der Universität Nottingham, schreibt in seinem Buch OSS, CIA and European Unity, "daß die Römischen Verträge (die Geburtsurkunde der Europäischen Gemeinschaft von 1957) ihren Ursprung in den Diskussionen bei Bilderberg im Jahr zuvor hatten."
Schon 1948 hatten Allen Dulles, der spätere Chef der CIA, und William Donovan, von 1942 bis 1945 Leiter des CIA-Vorgängers OSS, das American Committee for a United Europe (ACUE) gegründet. Wie der britische Telegraph im Jahr 2000 unter der Überschrift "Euro-Föderalisten von US-Spionen finanziert" berichtete, sponserte dieses Komitee die Europäische Bewegung Retingers. In dem Beitrag heißt es weiter: "Die Finanzierung der ACUE erfolgte durch die Ford-Stiftung und die Rockefeller-Stiftung sowie durch Konzerne mit engen Verbindungen zur US-Regierung. Der Präsident der Ford-Stiftung, der ehemalige OSS-Offizier Paul Hoffman, war in den 1950er Jahren gleichzeitig Chef des ACUE."
Aldrich schreibt: "Es ist auffällig, daß die drei wichtigen transnationalen Elite-Gruppen in den 1950ern aufkommen: Die Europäische Bewegung, die Bilderberg-Gruppe und Jean Monnets Aktionskomitee für die Vereinigten Staaten von Europa haben alle dieselben Ursprünge und bekommen aus denselben Gruppen ihre Unterstützung. Obwohl Bilderberg und die Europäische Bewegung im Allgemeinen dieselben Gründer, Mitglieder und Ziele teilten, stellte Bilderberg wohl den effektiveren Mechanismus des transatlantischen Dialogs dar und entwickel-

te sich zu etwas, was manche als das signifikanteste diskrete Forum für westliche Eliten ansehen." …

Pyramide der Macht

Der Aufbau der Bilderberg-Gruppe gleicht einer Pyramide. An der Spitze steht ein innerer Kreis, der den Namen Advisory Group trägt und dessen Mitglieder auf Lebenszeit ernannt werden. Diese Top-Insider treffen sich auch zwischen den jährlichen Konferenzen und entscheiden darüber, wer auf die Gästeliste der Konferenzen gesetzt wird.

Der Advisory Group gehört beispielsweise der frühere US-Außenminister Henry Kissinger an. Bis zu seinem Tod war auch der Milliardär David Rockefeller dabei, der als Graue Eminenz der Bilderberger galt. Frühere Mitglieder der Spitzengruppe waren unter anderem der Brite Eric Roll of Ipsden, Mitglied des House of Lords und Chef der Warburg-Bank, Fiat-Chef Giovanni Agnelli oder der deutsche Industrielle Otto Wolff von Amerongen.

Die nächste Ebene bildet der Lenkungsausschuß, das sogenannte Steering Committee, dem neben dem Vorsitzenden der Bilderberg-Gruppe auch zwei Generalsekretäre - einer für Europa und Kanada und einer für die USA - sowie weitere ständige Mitglieder angehören.

Als Chef amtiert derzeit der frühere Vorstandsvorsitzende des französischen Versicherungskonzerns Axa, Henri de Castries, weitere Mitglieder sind der Aufsichtsratschef der Deutschen Bank, Paul Achleitner, der Ökonom Victor Halberstadt, Professor an der Universität Leiden, Springer-Vorstand Matthias Döpfner, Bloomberg-Chefredakteur John Micklethwait oder Ryanair-Boß Michael O'Leary. Auf der dritten, der untersten Ebene befinden sich dann die jeweiligen Teilnehmer der jährlichen Konferenzen, die allesamt zur Verschwiegenheit verpflichtet werden.

Doch wozu die Geheimniskrämerei? Arbeiten die Bilderberger insgeheim an einer Weltregierung? An entsprechenden Verschwörungstheorien haben manche ihrer führenden Protagonisten eifrig mitgebastelt - allen voran David Rockefeller, der 1991 herausposaunte:

"Wir sind der Washington Post, der New York Times, dem Time Magazine und anderen großen Medien dankbar, deren Direktoren unseren Treffen beiwohnten und sich an ihr Versprechen, Diskretion zu wahren, beinahe 40 Jahre lang gehalten haben. Es wäre uns unmöglich gewesen, unseren Plan für die Welt zu entwickeln, hätten wir all diese Jahre im hellen Scheinwerferlicht der Öffentlichkeit gestanden."

Und er meinte: "Die supranationale Souveränität einer intellektuellen Elite und der Bankiers der Welt ist der in den vergangenen Jahrhunderten praktizierten nationalen Selbstbestimmung sicherlich vorzuziehen."

… Der britische Guardian zitierte den früheren Labour-Minister 2001 mit den Worten: "Zu behaupten, wir strebten nach einer Eine-Welt-Regierung, ist übertrieben, aber nicht gänzlich unfair." Bilderberg sei "eine Möglichkeit, Politiker, Industrielle, Finanziers und Journalisten zusammenzubringen." Man sei vor allem "daran interessiert, jüngere Politiker, deren Stern im Steigen begriffen ist, einzubeziehen und sie mit Finanzleuten und Industriellen zusammenzubringen, die ihnen ihre Erfahrungen und Erkenntnisse vermitteln können. Dies erhöht die Chance, eine sensible globale Politik zu betreiben."

Genau dies kritisiert der Managementprofessor an der britischen Cranfield-Universität und Machtforscher Andrew Kakabadse, Autor des Buches *Bilderberg People - Elite Power and Consensus in World Affairs*: "Da trifft sich eine Gruppe von Leuten, die ihre Weltsicht und Philosophie durchsetzen will", so Kakabadse. Die Teilnahme an einer Bilderberg-Konferenz sei eine Art Türöffner. "Mit einigen der wichtigsten Leute in der Welt zu fraternisieren, ist wie eine Droge", meint der Experte. "Es befördert die Teilnehmer in die am meisten bewunderten Zirkel der Macht."

Sprungbrett für Schmidt und Kohl

Tatsächlich haben sich die jährlichen Konferenzen der Nadelstreifentruppe oft als Karriere-

sprungbrett erwiesen - auch für deutsche Politiker. So nahm Helmut Schmidt 1973 im schwedischen Saltsjöbaden erstmals am Bilderberg-Tisch Platz - ein Jahr später wurde er Bundeskanzler. Ähnlich verhielt es sich mit Helmut Kohl, der 1982 im norwegischen Sandefjord bei den Geheimniskrämern zu Gast war und kurz darauf Amtsinhaber Schmidt durch ein konstruktives Mißtrauensvotum stürzte.
Maßgeblich beteiligt daran war Otto Graf Lambsdorff, der mit Kohl zusammen nach Norwegen gereist war. Angela Merkel wurde im Frühjahr 2005 von den Bilderbergern nach Rottach-Egern geladen und konnte nur wenige Monate später ins Kanzleramt einziehen. Bei Peer Steinbrück klappte es hingegen nicht: Er reiste 2011 zur Bilderberg-Konferenz ins schweizerische St. Moritz, wurde im Jahr darauf von der SPD zum Kanzlerkandidaten nominiert, scheiterte dann jedoch 2013 bei der Bundestagswahl.
Der eigentliche Skandal des Bilderberg-Systems liegt darin, daß gewählte Abgeordnete, Minister und mitunter auch Regierungschefs oder Spitzenvertreter internationaler Organisationen - unter Ausschluß der Öffentlichkeit, ohne demokratische Legitimation und als privat deklariert - mit Vertretern der Finanzoligarchie und Industriekapitänen kungeln und womöglich weitreichende Entscheidungen treffen, ohne darüber Rechenschaft ablegen zu müssen. …

Endstation Globalismus?

Wie weit der Einfluß der Bilderberger wirklich geht, läßt sich an den auf den ersten Konferenzen getroffenen Vorbereitungen zur sogenannten europäischen Integration erahnen, an denen US-Geheimdienstkreise mitwirkten. Auch die Einführung des Euro soll nicht etwa in den dafür zuständigen politischen Gremien besprochen worden sein, sondern auf einer Konferenz der diskreten Gruppe.
Die Behauptung eines "privaten Charakters" der Treffen ist also eine glatte Lüge, wie auch der Soziologe Krysmanski feststellt, wenn er sagt: "Abgesehen mal von familiären Bezügen, aber alles, was mit politisch relevanten Inhalten und Diskussionen und Entscheidungen zu tun hat, ob das in vertraulichen Beratungen erfolgt oder im Parlament selber, kann niemals privat sein beziehungsweise ist immer irgendwie öffentlich."
Demokratie wird zur reinen Staffage, wenn einflußreiche Kreise Pläne im Geheimen schmieden, von denen die Bevölkerung keinen blassen Schimmer hat. Außerdem stellt sich die Frage, ob die Welt - getreu der Bilderberg-Ideologie - nur noch als globaler Markt und geostrategisches Schachbrett zu betrachten ist, auf dem mächtige Akteure aus Politik, Wirtschaft und Finanzwelt ihre Züge ohne Rücksicht auf die Belange der Völker und Staaten spielen können - oder ob die internationale Ordnung auf den Grundsätzen von Frieden, Freiheit und Souveränität aufgebaut sein sollte.
Am Ende seines Buches *Bilderberger - Das geheime Zentrum der Macht* gibt der Wissenschaftsjournalist Andreas von Rétyi zu bedenken, daß "auch den Mächtigsten dieser Erde" irgendwann einleuchten müsse, "daß das glorreichste und schönste Ziel nichts nützt, wenn auf dem Weg dahin die gesamte Welt in Schutt und Asche gelegt wird". Letzten Endes gäbe es dann "für die machtgierigen Herrscher auch niemanden mehr, über den es sich zu herrschen lohnte". Spätestens dann hätten sich die Bilderberger "selbst ins absolute Aus manövriert". Ob sich die Teilnehmer der jährlichen Konferenzen darüber schon mal Gedanken gemacht haben?<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im Dezember 2018 im COMPACT-Spezial Nr. 20 (x335/35-36): >>**Das Netz der Spinne**

_Daniell Pföhringer

David Rockefeller spielte nicht nur bei den Bilderbergern eine tragende Rolle, er zog auch bei anderen Organisationen der Globalisten die Strippen.
Am Rande der Konferenz von Versailles kam am 30. September 1919 im Pariser Hotel Majestic eine Gruppe von Männern aus Großbritannien und den USA zusammen, um die strategi-

schen Sonderbeziehungen zwischen beiden Ländern auf ein neues Fundament zu stellen.
Zu den britischen Teilnehmern der Zusammenkunft zählten unter anderem Lionel Curtis und Philip Kerr, Initiatoren des Round Table, Lord Robert Cecil, der als Staatssekretär im Londoner Außenministerium den Entwurf für den späteren Völkerbund verfaßte, sowie Geoffrey Dawson, Chefredakteur der Times. …
Die amerikanische Seite setzte sich aus Angehörigen des Beraterkreises von US-Präsident Woodrow Wilson zusammen. Dazu zählten neben dem Journalisten Walter Lippmann der US-Bundesrichter Louis Brandeis, der Harvard-Professor Abbott Lawrence Lowell und der vormalige Stabschef der US-Armee General Tasker H. Bliss, der in Versailles als Wilsons Generalbevollmächtigter fungierte.
Die Geisteshaltung, die den in Frankreichs Hauptstadt versammelten Kreis prägte, dokumentierte Lippmann in seinem Buch *Public Opinion* mit den Worten: "Die gemeinsamen Interessen entziehen sich weitgehend der öffentlichen Meinung, sie zu verwalten obliegt einer besonderen Klasse, deren persönliche Interessen weit über lokale Belange hinausgehen."

Vision einer Grand Area

Dem informellen Treffen in Versailles folgte 1921 die offizielle Gründung einer neuen Denkfabrik in New York: des Council on Foreign Relations ("Rat für auswärtige Beziehungen"), kurz CFR. Neben Lippmann zählten dessen enger Freund Edward Mandell House, wichtigster außenpolitischer Berater Präsident Wilsons, der damalige Anwalt von Rockefellers Standard Oil und spätere Außenminister John Foster Dulles sowie die Bankiers Paul Warburg und Otto Hermann Kahn zu den Gründungsmitgliedern. Finanziert wurden der CFR und dessen Projekte von der Standard-Oil-Gruppe, dem Geldhaus J. P. Morgan & Co. und anderen Wall-Street-Banken.
Zu den wichtigsten Vorhaben der neuen Organisation gehörte die Schaffung einer amerikanischen "Grand Area", um das britische Empire nach dem Zweiten Weltkrieg als hegemoniale Supermacht abzulösen. In einem an den US-Präsidenten gerichteten Bericht formulierten die CFR-Strategen: "Wie deutlich wird, können sich die Vereinigten Staaten - vom wirtschaftlichen Standpunkt - am besten in einem Gebiet verteidigen, das den größten Teil der nichtdeutschen Welt umfaßt. Das nennen wir Grand Area.
Dazu gehören die westliche Hemisphäre, das Vereinigte Königreich, die verbliebenen Gebiete des britischen Commonwealth und Empires, Niederländisch-Ostindien, China und Japan." Erforderlich sei, so hieß es weiter, eine wirtschaftliche Zusammenarbeit in dieser "Grand Area" zur "Integration des Gebietes" und zur Übertragung des ökonomischen Potentials der Region in militärische Macht.
In seinem Buch Die Denkfabriken schreibt F. William Engdahl über die bis heute maßgeblich von der Familie Rockefeller beeinflußte und finanzierte Organisation: "Der CFR wurde als Denkfabrik eines amerikanischen Empires gegründet. Jeder größere Militäreinsatz der USA, ob in Vietnam, Korea, Nahmittelost oder Lateinamerika, war das Resultat von Diskussionen innerhalb der politischen Kreise des CFR. In einem war er ungeheuer erfolgreich: Auch heute, fast 100 Jahre nach seiner Gründung, haben die meisten Amerikaner, geschweige denn die Menschen im Ausland, den Namen noch nie gehört." …
Der CFR wurde schnell zum Personalreservoir der US-Politik, wie Engdahl belegt: "Auf der Liste der Positionen, die CFR-Mitglieder bekleideten, standen acht Präsidenten der Vereinigten Staaten, sieben Vizepräsidenten, 17 Außenminister, 20 Kriegs- oder Verteidigungsminister, 18 Finanzminister und 15 CIA-Direktoren." Präsident des CFR ist seit 2003 der Diplomat Richard Nathan Haass, Vizepräsident der Investmentbanker Richard E. Salomon, der auch Mitglied im Stiftungsrat der New Yorker Rockefeller University ist.
Außerdem gehören dem Vorstand unter anderem der ehemalige US-Außenminister Colin Powell, Laurence D. Fink, Direktor von BlackRock, sowie Stephen Friedman, ehemals Chef von

Goldman Sachs, an. Zu den früheren Vorständen zählen der einstige CIA-Direktor Allen Dulles, der Gründer der Atlantik-Brücke und frühere Weltbank-Präsident John J. McCloy, das Hirn der US-Außenpolitik Zbigniew Brzezinski, der ehemalige US-Außenminister Henry Kissinger, Megaspekulant George Soros - und natürlich David Rockefeller.

Sprung nach Asien

Rockefeller zog beim CFR genauso die Strippen wie bei den Bilderbergern … Genau zwanzig Jahre nach deren Gründung beschloß er, mit einer neuen Organisation die Fühler in Richtung Asien auszustrecken. Hintergrund war der Ölpreisschock von 1973. Die darauf folgende Dollar-Knappheit bescherte den internationalen Banken an der Wall Street und in der City of London, die die Gelder der OPEC-Staaten verwalteten, Milliarden-Profite. Andererseits trübten die Entwicklungen die Aussichten für Investitionen der boomenden westlichen Industrieländer in den Schwellenländern. Ein Staat in Asien wurde der US-Ölindustrie und –Hochfinanz nun gefährlich.

Engdahl schreibt dazu: "Eine aufstrebende Wirtschaftsmacht wie Japan jedoch, 1973 ein wahrer Exportgigant, konnte die gesamte atlantische Strategie der Bilderberger entgleisen lassen, wenn sie sich mit Schwellenländern in der Dritten Welt verbündete. Um dies zu verhindern, wurden Vertreter der japanischen Elite eingeladen, am Tisch der "großen Tiere" aus Europa und den USA Platz zu nehmen. Japan war das erste "nicht weiße" Land, dem diese Ehre zuteil wurde. Gemeinsam mit anderen einflußreichen Kreisen gründeten die Drahtzieher in David Rockefellers Bilderberg-Gruppe eine neue internationale Denkfabrik und gaben ihr den Namen Trilaterale Kommission."

Rockefeller hatte Brzezinski und sieben weitere Vertraute zuvor damit beauftragt, rund 300 einflußreiche Vertreter aus Nordeuropa, Europa und Japan zu nominieren. Zu den gewählten Gründungsmitgliedern der Trilateralen gehörten dann Leute wie der spätere Fed-Präsident Alan Greenspan, Coca-Cola-Boß J. Paul Austin, Shell-Vorstand John Loudon, der Londoner Bankier Edmond de Rothschild und Fiat-Chef Giovanni Agnelli.

Auf der Mitgliederliste stand auch der damalige Gouverneur des US-Bundesstaates Georgia: Jimmy Carter. Er sollte nur zwei Jahre später zum Präsidenten der Vereinigten Staaten gewählt werden und Brzezinski als Sicherheitsberater ins Weiße Haus holen. Carters Kabinett setzte sich fast ausschließlich aus Trilateralen zusammen, so daß man in Washington hinter vorgehaltener Hand von einer Rockefeller-Präsidentschaft sprach. Dieses Muster setzte sich unter den weiteren US-Präsidenten fort.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im Dezember 2018 im COMPACT-Spezial Nr. 20 (x335/40): >>**Der Endkampf**

"Die beunruhigendste Aussicht bei alldem ist, daß ein einziges globales Netzwerk den Homo sapiens letztlich überflüssig machen und dann auslöschen wird. In seinem Buch Homo Deus behauptet Yuval Harari, das Zeitalter großer, auf Schriftsprache, Geld, Kultur und Ideologie - Produkten von auf Kohlenstoff basierenden menschlichen neuronalen Netzwerken - gegründeter "Netzwerke der Massenkooperation" weiche einer neuen Ära von auf Silizium basierenden Computernetzwerken, die sich auf Algorithmen stützen. In diesem neuen Netzwerk werden wir sehr schnell eine ähnliche Bedeutung für die Algorithmen haben wie Tiere heute für uns." (Ferguson, Türme und Plätze, Seite 35).<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im Dezember 2018 im COMPACT-Spezial Nr. 20 (x335/48-49): >>**Der Greenback und die Räuberbarone**

_ Interview mit *Ellen Brown* und *F. William Engdahl*

Staat oder Privatbanken: Wer die Geldschöpfung kontrolliert, bestimmt die Geschicke eines Landes. In den Vereinigten Staaten dauerte der Kampf darum ein ganzes Jahrhundert.

… Kommen wir abschließend zu den Rockefellers, Carnegies, Vanderbilts und Morgans, deren Aufstieg im 19. Jahrhundert begann. Haben diese Familien heute immer noch Einfluß?

Brown: Sie sind immer noch da, und sie üben jetzt viel mehr Einfluß auf die Regierung aus. Die beiden führenden Räuberbarone des Gilded Age ("Vergoldetes Zeitalter"), wie die letzten drei Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts auch bezeichnet werden, waren John Pierpont Morgan und John D. Rockefeller. Ihre Banken sind jetzt vereint in den Bankengiganten JP Morgan und Citibank. Zusammen mit Goldman Sachs und verschiedenen anderen bestimmen diese Banken heute im US-Kongreß, wo es langgeht.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im Dezember 2018 im COMPACT-Spezial Nr. 20 (x335/50): >>**"Rockefeller kann nie verlieren"**

_ O-Ton *Ron Paul*

Beherrschen Privatbanker die USA? Der damalige Kongreßabgeordnete und spätere Präsidentschaftskandidat Ron Paul gab darauf schon 1988 in einer Talkshow die Antwort.

Moderator: Ein paar Mitglieder des Kongresses haben einmal behauptet: "Die Banken verlieren nie." Stimmt das?

Ron Paul: Dieses Statement ist zu allgemein. Es geht um die großen Banken. Denn die kleinen Banken können sehr wohl verlieren, wenn sie von den großen gefressen werden. Ich glaube allerdings nicht, daß ein David Rockefeller jemals verlieren könnte. Die Banken-Machtstruktur scheint die Kontrolle zu haben, denn sie ist eingeweiht und kennt die Politik der Zukunft.

Moderator: Können Sie diese Machtstruktur erklären?

Ron Paul: Es gibt eine kleine Anzahl sehr mächtiger Industrieller in unserem Land. Sie haben ihre Organisationen schon vor sehr langer Zeit gegründet, und inzwischen sind diese nicht mal mehr geheim. Dazu gehören unter anderem der Council on Foreign Relations oder die Trilaterale Kommission. Egal, welche Partei an der Macht ist, die Mitglieder dieser Organisationen werden immer von der gleichen Personengruppe ausgewählt. Diese Leute haben auch die Kontrolle über das Federal-Reserve-System. ...

Moderator: Thomas Jefferson hat uns gewarnt: "Wenn die amerikanische Bevölkerung es zuläßt, daß private Banken ihre Währung herausgeben, dann werden die Banken und Konzerne, die so entstehen werden, das Volk seines gesamten Besitzes berauben, bis eines Tages die Kinder obdachlos auf dem Kontinent aufwachen, den ihre Väter einst eroberten."

Ron Paul: Ja, er hatte vollkommen recht. ... Doch das heißt nicht, daß die Katastrophe aus heiterem Himmel über uns hereinbricht. Als 1913 die Zentralbank gegründet wurde, führte das nicht zur totalen Zerstörung unseres Geldsystems. Es dauerte bis 1971, um der Katastrophe Tür und Tor zu öffnen. Dann wurde das Bretton-Woods-Abkommen aufgelöst, und die letzte Verbindung zwischen Dollar und Gold verschwand. Ab diesem Moment ist unser Finanzsystem endgültig außer Kontrolle geraten. ...

Moderator: Wie eng ist das US-Bankensystem mit europäischen Großbankern wie zum Beispiel der Familie Rothschild verbunden?

Ron Paul: Die internationalen Bankiers sind Kumpane. Sie sind eng miteinander vernetzt und agieren außerhalb jeglicher Gesetze oder klassischer Institutionen. Sie sind mächtiger als die Parlamente ihrer Heimatländer. ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im Dezember 2018 im COMPACT-Spezial Nr. 20 (x335/55,57): >>**Brandstifter im europäischen Haus**

_ *Federico Bischoff*

Die sogenannte Euro-Rettung hat die Völker entzweit. Dabei war der entscheidende Faktor der Krise von Anfang an die US-amerikanische Finanzoligarchie. Sie hat auch heute ihre Statthalter in Europa.

… **Rom im Visier**

Mehr als augenfällig war auch die Koinzidenz der Machtübernahme von Mario Monti in Italien und der Bestellung von Draghi bei der EZB. Monti wurde am 13. November 2011 von Ita-

liens damaligem Präsidenten Giorgio Napolitano mit der Regierungsbildung betraut und stellte drei Tage später sein Technokraten-Kabinett vor. Noch in den letzten Wochen der vorherigen Regierung unter Silvio Berlusconi hatte die EZB in großem Umfang italienische Bonds aufgekauft, um eine Staatspleite abzuwenden.
Doch das reichte Mario Draghi nicht aus: Er wollte Monti, der bis heute als Berater von Goldman Sachs tätig ist und damals European Chairman der Trilateralen Kommission war sowie im Lenkungsausschuß der Bilderberger saß, an der Spitze der Regierung in Rom sehen - und schaffte es letztlich auch, ihn dort zu plazieren. Die italienische Tageszeitung Il Giornale schrieb daraufhin treffend über das Goldman-Gespann: "Dies ist jene Bande von Kriminellen, die uns dieses finanzielle Desaster gebracht hat. Es ist, als würde man Brandstifter bitten, das Feuer zu löschen."
Zu Goldman Sachs & Co. schrieb der Ökonom und ehemalige Staatssekretär für Wirtschaftspolitik im US-Finanzministerium unter Ronald Reagan, Paul Craig Roberts: "Diese Banken wollen jegliche Verluste vermeiden, indem sie die griechische, italienische und spanische Regierung drängen, entweder für die Anleihen direkt aufzukommen, was notwendigerweise mit einer extremen Sparpolitik gegenüber ihren Bürgern einhergehen müsste, oder aber der Europäischen Zentralbank einzuräumen, praktisch unbegrenzte Liquidität bereitzustellen, mit der dann die von den Banken gehaltenen Staatsschulden aufgekauft werden."
Die Brandstifter sind immer noch am Werk, das Feuer ist längst nicht gelöscht, und in Italien droht 2019 nach den Haushaltplänen der Regierung Conte/Salvini der nächste Überfall der Goldmänner.
_ *Federico Bischoff lebt im Tessin und befaßt sich seit Jahren mit den Machenschaften der US-Finanzindustrie in Europa.*<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im Dezember 2018 im COMPACT-Spezial Nr. 20 (x335/73,75): >>**Der Mega-Spekulant**
_ von *Raphael-Maria Grünwald*
George Soros hat auf der ganzen Welt Währungen in den Ruin und Staaten in die Revolution getrieben. In der Euro-Krise erklärte er Deutschland zum Hauptgegner.
Er sei ein "Staatsmann ohne Staat", befand die
Süddeutsche Zeitung. Gerne wird in diesem Zusammenhang die "halb im Scherz" geäußerte Einlassung von Strobe Talbott, Vize-Außenminister unter Präsident Bill Clinton, zitiert, die USA versuchten ihre Politik "mit Deutschland, Frankreich, Großbritannien und George Soros abzustimmen". Das hatte sich auch unter Barack Obama nicht geändert, galt der Multimilliardär doch als ein wichtiger Förderer des ersten schwarzen US-Präsidenten. Erst seit dem Amtsantritt Donald Trumps hat der Gründer des Quantum-Fonds einen Gegenspieler im Weißen Haus. …
Revolte mit Hintergedanken
Gemäß der in der Woche 1998 geäußerten Maxime "Die offene Weltwirtschaft ohne Weltgesellschaft funktioniert nicht: Wir brauchen internationale Zusammenarbeit" dreht sich sein Denken immer wieder um die Frage, wie in die Souveränität von Nationalstaaten eingegriffen werden kann.
"Bei Machtmißbrauch sind Interventionen von außen gerechtfertigt", konstatierte Soros in seinem Buch Die Vorherrschaft der USA - eine Seifenblase (2003), "wenn das Volk hier nicht korrigierend eingreifen kann".
In diesem Sinne finanziert Soros überall dort, wo seiner Meinung nach "offene Gesellschaften" noch nicht realisiert sind, umstürzlerische Aktivitäten: "Meine Stiftungen", so Soros in dem erwähnten Buch, "trugen zu den Regimewechseln in der Slowakei (1998), Kroatien (1999) und Jugoslawien (2000) bei und mobilisierten die Zivilgesellschaft, um Wladimir Meciar, Franjo Tudjman und Slobodan Milosevic aus ihren Ämtern zu vertreiben. … Die Aufga-

be meiner Stiftungen besteht darin, den Übergang von geschlossenen zu offenen Gesellschaften zu begleiten und zu fördern."
Damit ist die Liste der Regimewechsel, an denen Soros' Stiftungen beteiligt waren, keineswegs vollständig. Insbesondere wären hier noch die sogenannte Rosenrevolution in Georgien (2003) und die Orange Revolution in der Ukraine (2004) zu nennen. Daß sich dabei - wie auch bei seinem neuesten Steckenpferd, der Förderung von Migration aus aller Welt nach Europa - hinter aller humanitären Phrasendrescherei handfeste Kapitalinteressen verbergen, versteht sich von selbst.<<
Der deutsch-ägyptische Islamwissenschafter Hamed Abdel-Samad berichtete im Jahre 2018 in seinem Buch "Integration. Ein Protokoll des Scheiterns" (x339/180-184,265-266): >>… **Orient und Okzident**
Antithese mit Tradition
Das Morgen- und das Abendland sehen sich bereits seit dem siebten Jahrhundert als Antithese zueinander. Auch wenn es im Laufe der Geschichte gelegentliche Phasen des Friedens und des Kulturtransfers zwischen den beiden Kontrahenten gegeben hat, bestimmten fast immer Konflikte und Haß die Beziehung zueinander.
Die Erfolge der einen Seite waren fast immer zwangsläufig mit Verlusten der anderen verbunden. Im jeweiligen Kollektivgedächtnis werden eher die traumatischen Erfahrungen betont, nicht die Gemeinsamkeiten. Während die einen an Kreuzzüge und Kolonialismus denken, denken die anderen an die Eroberung Konstantinopels, die Türken vor Wien und den 11. September.
Jede Seite wußte die Konturen der eigenen Identität der anderen zu schärfen. Jede Seite hielt oder hält die eigenen Werte für überlegen und allgemeingültig und die anderen für dekadent beziehungsweise barbarisch.
Die Geschichte von Orient und Okzident ist eine Geschichte voller Mythen, voller Asymmetrien, Kränkungen und Mangel an Vertrauen. Die Araber verbrachten Jahrhunderte in Spanien als Kolonialmacht, es kam zu einer kurzen Phase der Zusammenarbeit mit Juden und Christen, aber nie zu einer wirklichen Vermischung oder einer Kultursymbiose, in der alle gleichberechtigt und gemeinsam teilhatten an der Blütezeit. Die westlichen Kolonialherren wiederum verbrachten Jahrhunderte im Orient, die Errungenschaften der Moderne und die Gedanken der Aufklärung im Gepäck, ohne daß auf dieser Basis neue, gemeinsame Werte entstanden wären.
… In der islamischen Welt aber hinterließ der Kolonialismus eine so tiefe narzißtische Wunde, daß sie auch mit der Zeit nicht zu heilen scheint. Denn die faktische Überlegenheit des Westens widerspricht dem islamistischen Gottesplan, der den Sieg des Islam über alle Kulturen verspricht.
Seit Jahrzehnten nun leben Millionen von Muslimen in Europa, sie genießen die Vorzüge der Freiheit und des Wohlstandes, dennoch sind sie und ihre Religion hier immer noch fremd und exotisch. Viele Europäer empfinden die hier lebenden Muslime als eine Gefahr für die innere Sicherheit. Und viele Muslime blicken mit Skepsis auf die Freiheit und haben Angst, ihre Seele an den Westen zu verlieren.
Diese Distanz ist bemerkenswert, liegen die Kulturräume Arabien und Europa doch geographisch und auch religiös näher beieinander als Asien und Europa. Und doch schaffen es die Asiaten besser und schneller, sich in westlichen Gesellschaften einzugliedern und sich westliche Werte zu eigen zu machen, als Muslime.
Vietnamesen, Thailänder, Japaner, Koreaner und Chinesen sind mit Sicherheit ebenso stolz auf ihre eigene Kultur und versuchen, diese auch in der Fremde zu bewahren. Aber sie sehen ihre Kultur nicht als die bessere Alternative zur westlichen Zivilisation. Sie empfangen genau wie Muslime die Programme der Satellitensender aus der Heimat, doch diese warnen sie nicht

vor der Moral des Westens und schüren keine Verschwörungstheorien. Obwohl auch Asien in der Vergangenheit schlechte Erfahrungen mit westlicher Aggression gemacht hat, hat hier die Erziehung zum Haß gegen den Westen keine Tradition. …
Anders als das Christentum … war der Islam sehr früh in seiner Geschichte erfolgreich unter anderem auf den Trümmern des christlichen Byzantinischen Reiches. Von wenigen Ausnahmen abgesehen kannte er über Jahrhunderte die Situation einer Minderheit nicht. Deshalb hat er ein Selbstverständnis der Dominanz und Gestaltung entwickelt und mußte auch nie eine Minoritätentheologie entwickeln. Statt dessen war der Sieg über die westlichen Mächte in Spanien, Sizilien, Konstantinopel, Nordafrika und auf dem Balkan die Grundlage für das Entstehen vieler islamischer Reiche.
Als der Islam seine Macht verlor, stieg Europa militärisch, wissenschaftlich und wirtschaftlich auf und kolonisierte weite Teile der arabischen Welt. Das letzte islamische Reich, das gefallen war, war das Osmanische Reich, das letzte Kalifat. Dieses mußte sich in einer direkten Auseinandersetzung mit dem Westen geschlagen geben. Seine Gebiete wurden unter westlichen Mächten aufgeteilt.
Diesen Machtverlust können viele Muslime bis heute nicht verkraften. Viele träumen noch immer davon, daß sich irgendwann das Rad der Geschichte doch noch zu drehen und der Islam die Macht über die Welt wiedererlangen wird. Dieser Traum legitimiert sich durch ein heiliges Versprechen Allahs im Koran. Der Sieg des Islam über alle anderen Religionen und über die Ungläubigkeit ist nicht nur ein Traum, sondern ein politischer Auftrag, den Gott höchstpersönlich allen Gläubigen erteilt.

Von tödlichen Identitäten und rückwärtsgewandten Utopien

"Der Islam ist als Fremder geboren und wird als Fremder wiederkehren. Selig sind die Fremden", hat Mohamed prophezeit. Nicht jeder Muslim, der nach Europa auswandert, nimmt diesen Auftrag ernst und nicht jeder will Europa islamisieren, doch für viele Islamisten und Vertreter des konservativen Islam ist dieser Traum eine Orientierung für die Zukunft. Manche arbeiten daran, daß die Prophezeiung bald Realität wird, andere behalten sie zumindest im Herzen.
Alle aber wissen, daß der Islam nicht gekommen ist, um sich in irgend etwas zu integrieren, sondern um alles von oben zu bestimmen und den Willen Gottes auf Erden durchzusetzen. Das Prinzip "Andere Länder, andere Sitten" und "Jeder soll nach seiner Fasson selig werden" ist für den gläubigen Muslim nicht bindend. Denn es gibt im Islam keine Gleichwertigkeit von Werten und Sitten. Nur die islamische Moral ist wirklich eine Moral. Und Moral ist gleich auch Gesetz.
Von einem Muslim wird erwartet, daß er und der Islam eine Einheit bilden und daß er sich nicht nur von den unislamischen Werten distanziert, sondern diese auch aktiv bekämpft, während er die islamischen Werte nicht nur unter Muslimen, sondern überall, wo er lebt, verbreiten soll. …<<

>>… **Ein Blick in die Zukunft**

… Immer mehr Migranten strömen nach Europa, die Entwicklung überfordert Politik und Wirtschaft. Darüber hinaus verändert die Digitalisierung die wirtschaftlichen Strukturen, viele Jobs gehen verloren. Jobs, mit denen auch unqualifizierte Einwanderer und Deutsche ihren Lebensunterhalt verdienen konnten, gibt es nicht mehr. Es kommt zum Aufstand der Abgehängten, die mit der neuen Welt nicht zurechtkommen. Migrantenviertel wachsen weiter und entwickeln sich immer mehr zu Magnetfeldern für Islamisten und Kriminelle.
Die Ghettos breiten sich in den Großstädten immer weiter aus, Berlin wird zu einem großen Neukölln, Duisburg zu einem großen Marxloh, Bonn zu einem großen Bad Godesberg, Hamburg, Frankfurt und Stuttgart ziehen nach. Die Islamisten starten eine Gegenoffensive gegen einen weichen, verwestlichten Folkloreislam und wollen zurück zu den Grundlagen des Glau-

bens, so wie sie ihn verstehen. Zurück zur Scharia als letztem Anker gegen eine Welt , die aus den Fugen geraten ist.
Jetzt müssen sie nicht mehr behaupten, die Scharia sei mit der Demokratie vereinbar, denn sie brauchen den Segen der Demokratie nicht mehr. Da sie besser organisiert sind und über die besseren Strukturen verfügen, begeistern sie immer mehr junge, frustrierte Menschen, die gering qualifiziert sind und die in der Hightechwelt kaum eine Chance haben. Sie verstärken die Allianz mit den türkischen Nationalisten und den kriminellen Banden. Auch andere Migranten ohne muslimischen Hintergrund und einige verträumte Linke treten dieser Allianz bei, um der immer weiter erstarkenden Rechten etwas entgegenzusetzen.
Die Rechten haben ihre Hochburgen in kleineren Städten und auf dem Land, wo wenig Migranten leben und die Neonationalisten den Ton angeben. Die gleichen anständigen Deutschen, die früher zu den Problemen der Integration geschwiegen haben, schweigen weiter. Diesmal zum Wiederaufstieg des Rassismus. Das Land spaltet sich in kleine Enklaven auf, die kaum noch etwas miteinander zu tun haben. Der Staat verliert die Kontrolle über seine Bürger, die das Vertrauen in die staatlichen Institutionen längst verloren haben. Skepsis, Haß und Aggressivität bestimmen den politischen Diskurs und das Zusammenleben.
Nur wer sich zu einer bestimmten Gruppe bekennt, wird gehört - von den anderen Mitgliedern dieser Gruppe. Alle bewegen sich in Echokammern, unabhängige Stimmen gibt es nicht mehr.
Ich wandere nach Tunesien aus, wo es noch Säkularität und Freiheit gibt, und erzählte in einem orientalischen Café die Geschichte eines wunderbaren Landes namens Deutschland. Eines Landes, das vor nicht allzu langer Zeit eine funktionierende Demokratie war, dann aber alles auf Spiel setzte und verlor, weil es nicht mehr bereit war, seine Werte zu verteidigen. …<<

Die deutsche Publizistin Inge M. Thürkauf berichtete im Jahre 2018 in ihrem Vortrag "Eurabia, eine Kolonie des Islam" über die Islamisierung Europas (x1.005/…): >>**Betrachtungen zu einem neuen Kontinent**
von *Inge M. Thürkauf*
Wir stehen heute einer Entwicklung gegenüber, die wir bis vor wenigen Jahren lediglich in Nachrichten aus fernen Ländern wahrgenommen haben, denen wir jedoch nicht die Bedeutung gaben, die erforderlich gewesen wäre, um Zusammenhänge zu verstehen, die uns erst langsam deutlich werden. Viele wollen das, was täglich in unserem Land geschieht und uns mehr oder weniger offen berichtet wird, auch heute noch nicht wahrhaben und schotten sich ab. Daß es sich dabei um eine Umgestaltung oder zumindest um eine Veränderung Europas handeln könnte, kommt nur allmählich ins Bewußtsein der Menschen.
Der Titel des Vortrags: "Eurabia, eine Kolonie des Islam - Betrachtungen zu einem neuen Kontinent", mag für manche provokant klingen, vielleicht sogar irreal. Wie viel Realität jedoch hinter dieser Formulierung steckt, wird uns bewußt, wenn wir das Zitat aus einer Rede des algerischen Staatspräsidenten (von 1965-1978) Houari Boumedienne aufmerksam lesen, die er 1974, also vor über 40 Jahren, vor der UNO-Generalversammlung gehalten hat:
Eines Tages werden Millionen von Menschen die südliche Halbkugel verlassen, um in die nördliche einzudringen. Sicherlich nicht als Freunde. Denn sie werden kommen, um sie zu erobern. Und sie werden sie erobern, indem sie die nördliche Halbkugel mit ihren Kindern bevölkern. Der Leib unserer Frauen wird uns den Sieg bescheren. Es ist nicht von der Hand zu weisen, daß diese Worte auf dramatische Weise höchste Aktualität erhalten haben. Boumedienne war sich seiner Sache offensichtlich sicher. Warum sollte er auch nicht, kannte er doch die entsprechende Koransure, die da lautet:
Ihr (die Muslime) seid die beste Gemeinschaft, die unter den Menschen entstanden ist. Ihr gebietet, was recht ist, verbietet, was verwerflich ist, und glaubt an Gott.
Diese Sure 3, Vers 110 begründet den Führungsanspruch der Muslime bis in die heutige Zeit -

seit 1.000 Jahren.
Als im Herbst 2015 die Migrationsinvasion über uns hereinbrach, wurde die Prophezeiung Boumediennes handgreiflich wahr. Genau wie beim Feminismus, der New-Age-Bewegung und Gender Mainstreaming können wir auch bei der massenhaften Flutung Europas mit Menschen einer uns fremden Welt und einer uns befremdenden Religion, ein planvolles Vorgehen sehen, in dem Sinn, wie Jean-Claude Juncker es bereits 1999 verkündet hat:
Wir beschließen etwas, stellen es dann in den Raum und warten dann einige Zeit ab, ob etwas passiert. Wenn es dann kein großes Geschrei gibt, weil die meisten sowieso nicht wissen, was geschieht, dann machen wir weiter, Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt.
Im Titel des Vortrags erscheint der Begriff Eurabia. Er wurde von der britischen Autorin Gisele Littmann, sie schreibt unter ihrem Pseudonym Bat Ye'or, geprägt. Mit diesem Begriff wollte sie eine Vision beschreiben, wonach Europa in nicht allzu ferner Zukunft unter muslimischer Fremdherrschaft stehen werde, und daß dies eine unausweichliche Folge der Einwanderung muslimischer Menschen in die europäischen Staaten sei.
Diese Überzeugung schöpfte sie aus ihrem Studium der Geschichte der Christen und Juden unter islamischer Herrschaft in der Zeit zwischen dem siebten und dem zwanzigsten Jahrhundert, die sie in ihrem Buch "Niedergang des orientalischen Christentums unter dem Islam" veröffentlicht hat. Das Resultat ihrer Analyse läßt den Rückschluß zu, daß eines Tages auch von einem Niedergang des westlichen Christentums unter dem Islam geschrieben werden könnte.
Es ist sicher nicht richtig, alle Muslime unter Generalverdacht zu stellen, aber es ist ebenso falsch, allen Muslimen Generalvertrauen entgegenzubringen, dies sollte gleich zu Beginn festgehalten werden.
Im ersten Teil meines Vortrags werde ich die Strategie des Westens beleuchten in Bezug auf die geplanten Umwälzungen in Europa, in einem zweiten Teil sollen die entsprechenden Pläne und Strategien der Muslime, bzw. der muslimischen Staaten behandelt werden.
Wir können uns fragen, wie es nach dem erfolgreichen Sieg gegen die Türken bei der Seeschlacht von Lepanto am 7. Oktober 1571 und der Schlacht am Kahlenberg, am 12. September 1683, zu einem solchen Desaster wie der Migranten-Tsunami im Jahre 2015 kommen konnte, welches sind die "Schritte", um mit Jean-Claude Juncker zu sprechen, die zur heutigen Situation geführt haben? Gehen wir in der Geschichte etwas zurück.
Noch vor der kommunistischen Machtergreifung im Jahre 1917 schrieb Lenin, daß das Ziel des Sozialismus nicht nur in der Abschaffung der gegenwärtigen Teilung der Menschheit in kleine Staaten und nationale Isolation besteht, sondern auch darin, die Nationen einander näherzubringen und sie zu verschmelzen.
Wir werden sehen, daß dieses Näherbringen und dieses Verschmelzen uns "Schritt für Schritt" näher gebracht wurde.
Einen unzweideutigen Hinweis finden wir bei Richard Coudenhove-Kalergi, Initiator der 1922 gegründeten "Paneuropa-Union", der unter anderem Albert Einstein, Otto von Habsburg, Winston Churchill, Konrad Adenauer und Thomas Mann angehörten. Der Inhalt eines Programms sah eine nie dagewesene Einwanderung nach Europa vor, um, wie er sagte, Europa lenkbar zu machen.
In seinem Buch "Praktischer Idealismus", das 1925 erschien, veröffentlichte er den Plan für ein "Vereinigtes Europa" und für die kulturelle Eliminierung er Völker Europas durch die Förderung massenhafter, nicht weißer Zuwanderung, als Lösung des christlich-europäischen Problems! Er beschreibt darin mit großer Offenheit "den Menschen der fernen Zukunft".
Er wird ein Mischling sein. Die heutigen Rassen und Kasten werden der zunehmenden Überwindung von Raum, Zeit und Vorurteil zum Opfer fallen. Die eurasisch-negroide Zukunftsrasse, äußerlich der altägyptischen ähnlich, wird die Vielfalt der Völker durch eine Vielfalt der

Persönlichkeiten ersetzen.
Er nennt diesen neuen Menschen auch kurz den "planetaren Menschen", der mit gewissen Eigenschaften behaftet sei, welche ihn für die Zwecke des künftigen Europas besonders qualifizierten: Charakterlosigkeit, Hemmungslosigkeit, Willensschwäche, Unbeständigkeit, Pietätlosigkeit und Treulosigkeit.
Es war klar, daß Coudenhove-Kalergi seine abwegigen Ideen nur mit Hilfe einflußreicher Freunde realisieren konnte. In seinen Lebenserinnerungen "Ein Leben für Europa" (1966) schreibt er:
Anfang 1924 erhielten wir einen Anruf von Baron Louis Rothschild: Einer seiner Freunde, Max Warburg aus Hamburg, hatte mein Buch gelesen und wollte uns kennenlernen. Zu meinem großen Erstaunen bot mir Warburg spontan sechzigtausend Goldmark an, zur Ankurbelung der Bewegung während der drei ersten Jahre.
Durch seine Kontakte zur Hochfinanz konnte Kalergi bald Medien und Staatsmänner zu seinen Verbündeten zählen. Die New York Times und der Herald Tribune flankierten seine Ideen, Politiker wie Churchill und Truman unterstützen ihn. Unverhohlen gesteht Kalergi, daß damals die europäischen Parlamente "gezwungen" wurden, Paneuropa zu errichten.
Unter dem dreifachen Druck der europäischen Parlamente, der Vereinigten Staaten von Amerika und der öffentlichen Weltmeinung entschlossen sich noch im selben Jahr die Regierungen zum Handeln.
Beinahe einhundert Jahre später, im Januar 2015, prophezeite seine Nichte, Barbara Coudenhove-Kalergi, "die neue Völkerwanderung". Diese begann - wie wir als Zeitzeugen wissen - dann im September desselben Jahres mit dem Flüchtlings-Ansturm in Griechenland. Es war die Voraussage einer Invasion, die das Gesicht Europas für immer umformen wird.
Der Bevölkerungsaustausch in Europa sei "unumkehrbar", diktierte Barbara Coudenhove-Kalergi am 07. Januar 2015 dem "Standard": "Europa", so heißt es dort, bekommt ein neues Gesicht, ob es den Alteingesessenen paßt oder nicht. Wir leben in einer Ära der Völkerwanderung. Sie hat eben erst begonnen, und sie wird mit Sicherheit noch lange nicht zu Ende sein.
Jakob Augstein doppelte am 5. Oktober desselben Jahres in seinem "Spiegel" nach:
Die Kräfte der Demographie sind so radikal wie die der Migration. Darum wird sich Deutschland verändern. Und niemand kann das aufhalten. Es gibt kein Bleiberecht in der Vergangenheit.
Kommen wir nochmals zurück ins 20. Jahrhundert. Zwischen **1940-1945** erschienen Schriften, die sich mit Vernichtungsplänen gegen das deutsche Volk befaßten, darunter wirtschaftlicher Ruin, Deportation und Sterilisation. Die eine Schrift erschien mit dem Titel "Germany must perish" von Theodor N. Kaufmann und die andere mit dem Titel "What to do with Germany" von Louis Nizer (im Internet kann der Text heruntergeladen werden).
Der Dritte in diesem unheiligen Bunde war Prof. Dr. Earnest A. Hooton. Dieser empfahl die Geburtenrate der Deutschen zu reduzieren sowie die Einwanderung und Ansiedlung von Nicht-Deutschen, insbesondere von Männern zu fördern, vor allem aber rechtfertigte er die Ansiedlung von Millionen Ausländern, mit dem Ziel genetischer Vermischung durch negroide Umvolkung.
Hier eine Zwischenbemerkung von einem Blogger namens Daniel, der zum Thema: "Wie aus Männern Frauen gemacht werden - Keine Männer mehr in Deutschland -" folgendes sagt:
Es geht um die Verweiblichung, Feminisierung des Mannes, vornehmlich in Deutschland. Ist es schon jemand aufgefallen, daß immer mehr Familien Töchter haben in Deutschland? Viele Paare müssen oft lange warten, bis sich endlich eine Schwangerschaft einstellt. Manche warten vergeblich.
Ein Grund könnte sein: Von der Pille, die die meisten Frauen ja nehmen, kommen immer mehr Östrogene und Derivate davon ins Grundwasser und sind fast überall identifizierbar,

dann: durch eine Vielzahl von Hormonen und anderen Stoffen in unserem Ernährungskreislauf wird der Testosteronwert des Mannes absichtlich gesenkt bis zum 0-Punkt. Daraus resultiert eine sehr geringe Fertilitätsrate und weniger männlichen Nachwuchs.
"Ganz nebenbei werden aus Männern Frauen gemacht, die ohne Mut und Ehre dahin vegetieren." Außerdem: In Baden-Württemberg wurde eine Kläranlage gebaut, dabei wurde darauf verzichtet, Östrogene aus dem Grundwasser herauszufiltern.
Dann gibt es noch das Problem von Ritalin, das ist ein Teil des Krieges gegen Buben, mit dem Ziel, sie in Mädchen zu verwandeln, im Rahmen der neusten Ideologie Gender Mainstreaming. Wenn eine öffentliche Institution, die Schule, nur dann funktioniert, wenn man der Hälfte der Betroffenen Drogen verabreicht, stimmt doch was nicht. Soweit Blogger Daniel.
Auch die Kirche glaubte ihre multikulturellen Wünsche anmelden zu müssen, was ja in keiner Weise ihre Aufgabe ist, doch **1995** plädierte Johannes Paul II. für eine multikulturelle Gesellschaft: "Seine Wunschvorstellung sei", so sagte er in seiner sonntäglichen Ansprache, die Integration der Völker, eine multikulturelle und multirassische Gesellschaft".
Dazu noch ein Zitat des gegenwärtigen Pontifex, der vom Islam eine besondere Kenntnis zu haben scheint. Er meint:
Der wahre Islam und eine angemessene Interpretation es Koran stehen jeder Gewalt entgegen.
Kommen wir nun zum Jahr **2004**, da veröffentlichte der US-Militärstratege im Pentagon, namens Thomas Barnett, zwei Bücher, in denen er die Pläne und Strategien der Globalisierer verrät und sie mit einer Deutlichkeit zur Sprache bringt, die keine Zweifel mehr zulassen.
Zu diesen Plänen gehört der Austausch, manche sprechen von Umvolkung, der Europäer, besonders der Deutschen. Barnett ist Analyst des Pentagon und daher bestens vernetzt und einflußreich. Gesponsert und beauftragt wurde Thomas Barnett seit dem Jahr 2000 vom Finanzdienstleistungskonzern "Cantor Fitzgerald", 2002 stellte er die geostrategischen Ergebnisse dem damaligen US-Verteidigungsminister Donalds Rumsfeld vor.
Seine Pläne und Analysen hat er in mehreren Büchern zusammengefaßt, die übrigens seit kurzem auch in Deutsch erschienen sind, obwohl Barnett verboten hat, Übersetzungen in irgendeiner Sprache herauszugeben. Die Herausgeber Michael Vogt und Monika Donner konnten Barnett offensichtlich zu einer Sinnesänderung bewegen, ihn sogar zu je einem Vorwort in beiden Büchern überreden.
Im Buch "The Pentagon's new map" (New York, 2004), auf Deutsch "Der Weg in die Weltdiktatur - Krieg & Frieden im 21. Jahrhundert - die Strategie des Pentagon", herausgekommen bei Jan Karl Fischer-Versandbuchhandlung und Verlag in 63571 Gelnhausen/Roth, Herzbergstraße 5-7, erklärt Barnett, daß die Globalisierung "ein Zustand gegenseitig gesicherter Abhängigkeit" sei, wobei Globalismus bei Barnett Amerikanismus bedeutet.
Um seine Wirtschaft und Gesellschaft zu globalisieren, muß man in Kauf nehmen, daß fortan … die eigenen Traditionen in Vergessenheit geraten. Man wird in Kauf nehmen müssen, daß importierte Waren und Erzeugnisse den Inlandsmarkt überfluten und die eigenen Erzeuger in diesem Konkurrenzkampf sich entweder durchsetzen oder verschwinden werden.
Im zweiten Buch, "Blueprint for action" (New York, 2005), auf Deutsch "Drehbuch für den 3. Weltkrieg - Die zukünftige Neue Weltordnung" träumt Barnett von der Wiederkunft einer biblischen Ideal-Rasse:
Wer sich gegen die Vermischung der Rassen sträubt, handelt unmoralisch und unzeitgemäß. Ich bin mir sicher, daß die ersten Menschen hellbrauner Farbe waren ... War dies nicht auch Jesus Christus, als er auf Erden wandelte?
Barnett hat sein Urteil über Europa längst gefällt:
Das Alte Europa ist - historisch gesehen - längst tot und kann nicht wiedererweckt werden, meint er. Zudem müsse Europa jährlich 1,5 Millionen Immigranten aufnehmen, damit sich Europa nie wieder aus der Umarmung der Globalisierung befreien … könne. Wer dennoch das

Wiedererwecken einer früheren Gemeinschaft und vergangener Wertvorstellungen" verfolge, sei in einem Atemzug zu nennen mit radikal fundamentalistischen Islamisten wie Osama Bin Laden.
All jene feindlichen Kräfte befürchten den Verlust ihrer Identitäten innerhalb einer gleichgeschalteten, urbanisierten, aufgespalteten Masse, in der jeder seine Einzelinteressen vertritt.
Für Barnett sind die Kritiker von Zuwanderung und Vermischung der Rassen und Kulturen Idioten, die sich der Erkenntnis verweigern, daß die ökonomische Logik immer als Sieger vom Platz gehen wird und nur sie die Menschen überzeugen kann.
Diese ökonomische Logik bedarf aber der multikulturellen und multiethnischen Globalisierung, die jedoch durch inneren Widerstand aufgehalten werden könnte. Um diesen Widerstand gegen die Globalisierung zu verhindern, fordert er wortwörtlich Kill them!
Im Mittelpunkt eines globalen Netzwerks, das sich der Förderung der Flüchtlingsströme widmet, steht der Multimilliardär George Soros. Er ist Teil der internationalen Eliten, die im Zuge einer neuen Weltordnung die totale Zerstörung der bisherigen Nationalstaaten, Völker und Gesellschaftsformen anstreben und dazu die völlige Durchmischung der Bevölkerung herbeiführen wollen. Auf einer seiner Interseiten stellte er am 29. September 2015 Forderungen an die EU, wie in Zukunft das Asyl-System zu funktionieren habe:
Als Erstes hat die EU für die absehbare Zukunft eine Million Asylsucher pro Jahr zu akzeptieren. Sie muß 15.000 Euro pro Asylsucher in jedem der beiden ersten Jahre bereitstellen, um die Kosten für Unterbringung, Gesundheit und Schule abzudecken.
Am Beispiel Syrien können wir sehen, daß es letztlich um eine Strategie der Destabilisierung sowohl der Aufnahmeländer wie der Entsenderländer geht, was früher oder später zum Kollaps Europas führen wird.
In dem erst jetzt bekannt gewordenen UN-Bericht "Replacement Migration" (ST/ESA/SER A./206) der Bevölkerungsabteilung der UN (UN Population Division) aus dem Jahr 2001 wird die Öffnung Deutschlands für 11,4 Millionen Migranten gefordert, auch wenn das innerhalb Deutschlands zu sozialen Spannungen ("rise to social tensions") führen werde. Es geht – wie die Vereinten Nationen aus der Abteilung Bevölkerungsfragen verlauten lassen - um eine Bestandserhaltungsmigration als Lösung für abnehmende und alternde Bevölkerungen.
Diesen Punkt hat vor allem der UN-Sonderberichterstatter für Migranten, Peter Sutherland, betont:
Die niedrigste Geburtenrate der Welt hat Deutschland, daher braucht das Land 1,5 Millionen Einwanderer pro Jahr, um über die nächsten 30 Jahre das Verhältnis zwischen Rentnern und arbeitender Bevölkerung aufrechtzuerhalten.
Hier wird so getan, als ob es sich bei den Einwanderern um qualifizierte Arbeitskräfte handeln würde. Die Realität zeigt, daß dies nur zu einem kleinen Prozentsatz der Fall ist. Die Mehrheit ist ungelernt und wie es sich schon herausgestellt hat, gar nicht lernwillig. - Über Jahrzehnte hinweg war man darauf bedacht, mit Hilfe von Verhütung und Abtreibung dafür zu sorgen, daß keine Europäer mehr geboren werden, jetzt soll die mangelnde Bevölkerung durch Migranten ersetzt werden.
Daß es bei dieser Vermischung der Bevölkerung zu Widerständen und Auseinandersetzungen kommen wird, ist voraussehbar. Doch diese Kämpfe seien erforderlich, um Wirtschaftswachstum zu erzielen. Das alles diene den Interessen der Industrie, in diesem Fall der Asylindustrie.
Auch Jim Yong Kim, Präsident der zur UN gehörenden Weltbank, hat im Oktober 2015 verkündet, daß der "Bevölkerungsaustausch" in Europa ein "Motor des Wirtschaftswachstums" werde ("engine of economic growth"), um mit allen Mitteln im Sinne der Weltwirtschaft den demographischen Wandel zu bekämpfen.
Frans Timmermans, niederländischer Diplomat und seit 1. November 2014 Erster Vizepräsi-

dent der EU-Kommission und EU-Kommissar für "Bessere Rechtssetzung, interinstitutionelle Beziehungen, Rechtsstaatlichkeit und Grundrechtecharta", hat in einer Rede während des sogenannten "Grundrechte-Kolloquiums der EU" (EU Fundamental Rights Colloquium) die Mitglieder des EU-Parlaments aufgefordert, ihre Anstrengungen zu verstärken, "monokulturelle Staaten auszuradieren" und den Prozeß der Umsetzung der "multikulturellen Diversität" bei jeder einzelnen Nation weltweit zu beschleunigen.
Die Zukunft der Menschheit, so Timmermans, beruhe nicht länger auf einzelnen Nationen und Kulturen, sondern auf einer vermischten Superkultur.
Die heutigen Konservativen, die ihre eigenen Traditionen wertschätzen und eine friedliche Zukunft für ihre eigenen Gemeinschaften wollen, berufen sich, laut Timmermans, auf eine "Vergangenheit, die nie existiert hat", daher können sie die Zukunft nicht diktieren. Europäische Kultur und europäisches Erbe seien lediglich soziale Konstrukte (ähnlich der Gender Mainstreaming Ideologie, die Mann und Frau als soziales Konstrukt betrachtet) und jeder, der etwas anderes behaupte, sei engstirnig. Europa sei immer schon ein Kontinent von Migranten gewesen und europäische Werte bedeuteten, daß man multikulturelle Diversität zu akzeptieren habe. Wer dies nicht tue, stelle den Frieden in Europa in Frage. - Mit dieser Bemerkung droht er deutlich mit Krieg.
Die Masseneinwanderung von moslemischen Männern nach Europa sei ein Mittel zu diesem Zweck, so Timmermans weiter. Kein Land solle der unvermeidlichen Vermischung entgehen, vielmehr sollen die Zuwanderer veranlaßt werden, auch die entferntesten Plätze des Planeten zu erreichen, um sicherzustellen, daß nirgends mehr homogene Gesellschaften bestehen bleiben.
Timmermans ist einer der ersten unter den EU-Führern, der die Maske fallen läßt und seine Vorstellungen so deutlich, ich würde sagen, in einer brutalen Weise, ausspricht. Was seine Aussagen implizieren, dürfte nach diesen Aussagen jedem klar sein: die Existenz aller europäischen Völker steht auf dem Spiel!
Daher folgt die sogenannte Flüchtlingskrise nicht aus einem Schwächeanfall der deutschen Politik, sondern zu einem guten Teil aus der Kriegserklärung der globalistischen Elite an die europäischen Nationalstaaten.
Einen weiteren deutlichen Hinweis auf den Wandel in Europa erfahren wir von Frau Barbara Lerner-Spectre, in den USA geboren, 1967 nach Israel ausgewandert und 1999 nach Schweden emigriert, wo ihr Mann Rabbi der Stockholmer Synagoge wurde. Im Jahr 2000 schrieb sie im Auftrag der schwedischen Regierung die Gründungssatzung für "The European Institut for Jewish Studies in Sweden", das sie seitdem führt.
Bis 2011 bildete das Institut bereits über 200 Personen aus 35 Ländern in Führungspositionen aus für die Erneuerung der jüdischen Kultur in Europa. 2010 hat sie uns mit einer Offenheit auf die Strippenzieher im Hintergrund dieses Völkertauschs aufmerksam gemacht, die weltweit für Überraschung sorgte. Vor laufender Videokamera sprach sie von einem Wiederhochkommen des Antisemitismus, "weil" - und dies ihre Begründung - Europa … noch nicht gelernt habe, multikulturell zu sein.
In Europa werden sich die monolithischen Gesellschaften des letzten Jahrhunderts nicht halten. Juden werden im Zentrum des Geschehens stehen. Es ist eine ungeheure Transformation, die Europa durchmachen muß. Sie (die Europäer) gehen jetzt in einen multikulturellen Zustand über, und man wird uns Juden unsere führende Rolle übelnehmen. Aber ohne diese führende Rolle und ohne diese Transformation wird Europa nicht überleben.
Die Frage ist nun, wie die Dame mit der Tatsache umgeht, daß Muslime, die ja den größten Teil der multikulturellen Transformation ausmachen, daß gerade Muslime nicht allzu gut auf Juden zu sprechen sind?
Die Auswirkungen dieser ungeheuren Transformation schildert die schwedische Dissidentin,

Ingrid Carlquist:
- 1. Schweden registriert weltweit die höchste Zahl von polizeilich gemeldeten Vergewaltigungen pro Kopf der Bevölkerung außerhalb Schwarzafrikas.
- 2. In Schweden gibt es Hunderte von Zonen, in die sich kaum noch ein gebürtiger Schwede hineinwagt, und
- 3. auch in Schweden gibt es "Zeitungen die alle diese furchtbaren Tatsachen verschweigen.
Es versteht sich von selbst, daß in deutschen Medien nichts von all dem berichtet wurde. Ebensowenig wie wir etwas von den bürgerkriegsähnlichen Randalen in Frankreich im März 2017 hörten. Wir hören auch nichts davon, wie Schweden mit seiner Einwanderungspolitik umgeht. Um die hohen Kosten für die Immigrantenmassen aufzubringen, muß der schwedische Staat wohl oder übel an anderen Stellen sparen. Die Zeitung "Aftonbladet" meldet am 21. August 2014:
15.000 alte Menschen in den Altersheimen laufen Gefahr zu verhungern. Und dies ist nur eine zurückhaltende Schätzung ... Rund 15.000 Senioren in den Altersheimen leiden an so schwerer Unterernährung, daß sie Gefahr laufen, an Hunger sowie an durch Unterernährung bewirkten Krankheiten zu sterben.
Befinden wir uns schon in George Orwells 1984, in dem die Rationen im Überflußministerium gekürzt, die Angriffskriege im Friedensministerium geplant, und die politischen Gefangenen im Liebesministerium gefoltert werden? Auf jeden Fall ist das nun eingetroffen, auf das hin die Globalisierer über hundert Jahre gearbeitet haben.
Wir kommen zum Jahr **2015**: nach der Zerschlagung Libyens 2011 ergießt sich ein gewaltiger und stets anwachsender Strom Schwarzafrikaner über Europa. Die deutsche Bevölkerung wird berühmt mit ihrer Willkommenskultur. Auf die zum größten Teil muslimischen Einwanderer geben die für islamische Verhältnisse leichtbekleideten Frauen nur zu eindeutige Signale. Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel hat nun im Rahmen seines inszenierten Rücktritts auch verraten, warum Frau Merkel im September 2015 die Grenzen geöffnet hat:
Wir hätten es - so vertraute er in einem Interview dem Wochenmagazin "Der Stern" an - wir hätten es ihrer Naivität und ihrem Übermut zu verdanken, daß wir nun in diese Sackgasse geraten seien. Es sind also nicht Zwänge, Feinde Europas und keine fremden Mächte, vor allem nicht die Finanzkartelle, die Deutschland in eine Situation des "Kontrollverlusts" (Thorsten Schulte) gebracht haben, sondern Übermut und Naivität unserer verehrten deutschen Regierungschefin.
Zu den Strategien der westlichen Welt wäre noch vieles zu sagen, aber kommen wir nun zur arabischen Welt und ihren Missionsauftrag, die ganze Welt mit dem Djihad zu überziehen, um das Haus des Islam einzurichten, das dann endlich in ein Haus des Friedens verwandelt werden wird.
Die Erfahrung aus zahlreichen Begegnungen und Gesprächen hat gezeigt, daß die meisten Zeitgenossen wenig bis gar keine Kenntnis haben vom Wesen des Islam. Dies ist keine Diskriminierung Andersdenkender, sondern die realistische Einschätzung einer Tatsache. Denken, Glauben und Handeln der Muslime sind Welten vom sowohl christlichen als auch humanistischen Denken, Glauben und Handeln entfernt. Vor allem muslimische Islamkritiker können dies bestätigen: z.B. der französisch-tunesische Schriftsteller und Islamkritiker Abdelwahab Meddeb, er schreibt:
Dem Islam ist die gewalttätige Überzeugung in die Wiege gelegt. Oder Zafer Senocak, ein in Deutschland lebender Schriftsteller türkischer Herkunft, kommt zum gleichen Ergebnis:
Der Terror kommt aus dem Herzen des Islams, er kommt direkt aus dem Koran.
Auch der im April 2008 von Papst Benedikt getaufte Chefredakteur des Corriere della Sera, Magdi Allam, bezeichnet den Islam als eine Religion, die von Haß und Intoleranz charakterisiert ist.

Ich bin von einer Ideologie befreit worden, die Lüge und Gewalt legitimiert, Mord und Selbstmord hervorruft, so wie in blinder Unterwerfung unter einer Tyrannei steht. Mit meiner Hinwendung zum Christentum habe ich die "authentische Religion der Wahrheit, des Lebens und der Freiheit" gefunden.
Auch der aus dem Islam konvertierte Mark Gabriel konnte schwer mit der Gewalt und dem Haß leben, die ihm aus dem Koran entgegentraten. Im Christentum fand er die wahre Befreiung in der Liebe Jesu Christi.
Eine interessante Analyse liefert uns der dänische Psychologe der Kopenhagener Kommunalverwaltung, Nicolai Sennels, der einige Jahre in einem Gefängnis in Kopenhagen gearbeitet hat. In einem Interview berichtet er über seine Arbeit mit jugendlichen kriminellen Muslimen und Nicht-Muslimen.
Er machte dabei Erfahrungen, die für das Verständnis des Verhaltens von Muslimen wichtig sind. Seine Ergebnisse sind deshalb aufschlußreich, weil er nicht von einem christlichen, sondern von einem humanistischen Standpunkt aus argumentiert. Bei seiner Gefängnisarbeit mußte er erfahren, daß sieben von zehn Teenagern eines durchschnittlichen Gefängnisses einen muslimischen Hintergrund haben. Dabei unterschied er zwei Kategorien:
Muslime, die stark vom Islam geprägt sind, haben eine andere Sichtweise auf Aggressionen, Wut und drohendes Verhalten als die meisten Menschen in der westlichen Welt. Für den Menschen des christlichen Kulturraumes ist es ein beschämendes Zeichen von Schwäche, wenn er wütend wird. Generell, wenn Menschen zornig werden, haben wir die Tendenz, den Respekt vor ihnen zu verlieren. Sie verscherzen sich zumindest die Sympathien.
Völlig anders verhält es sich im islamischen Kulturkreis. Sennels konstatiert: "Während die meisten Nicht-Muslime beschämt über ihre Wutausbrüche reagieren und es ihnen hinterher leid tut, scheint keiner der muslimischen Patienten diese Haltung überhaupt nur verstehen zu können. Denn in der muslimischen Kultur erwartet man, daß man ein wütendes oder drohendes Verhalten zeigt, sofern man kritisiert oder auf einen Fehler aufmerksam gemacht wird. Wenn ein Muslim dabei nicht aggressiv reagiert, wird er von seiner Umgebung als schwach angesehen, und er verliert seinen sozialen Status." Es sei denn, er übt sich in Taqiyya, dann behält er äußerlich die Ruhe.
Kritik oder gar Witze über den Islam müssen mit Wut und Terrordrohungen beantwortet werden. Wir erinnern uns an die dänischen Karikaturen, die Mohammed mit einer Bombe in seinem Turban darstellte, um die Tatsache zu illustrieren, daß Mohammed Dutzende von Massakern durchgeführt und zum globalen gewaltsamen Dschihad gegen Nicht-Muslime aufgerufen hat. Die Reaktion der muslimischen Führer und ihrer Anhänger war exakt das, was die Zeichnungen aussagten: Sie antworteten mit Dschihad, drohten mit Völkermord, Terror, einem Boykott, Prozessen, und - was nicht unbedeutend ist - sie gebrauchen unsere demokratischen Systeme, um unsere Gesetze über Rede- und Meinungsfreiheit in Frage zu stellen und anzugreifen, um sie letztlich auszuhebeln.
Für einen Muslim sind Wut und Aggression die eigentlichen Mittel, um seine Ehre zu verteidigen. Wenn ein praktizierender Christ an sich Probleme entdeckt, dann fragt er sich: was kann ich an meinem Leben ändern, damit es mir besser geht. Wenn er praktizierender Katholik ist, geht er zur Beichte und bemüht sich, sein Leben nach dem Evangelium zu richten, so gut es eben geht. Nicht so der Muslim. Wie kann es ihm besser gehen, wenn er Schwäche zeigt, etwas, von dem er schon seit seiner Kindheit gelernt hat, daß man es verbergen muß, um seine Ehre zu bewahren?
Der zweite Punkt, den ich hier erwähnen möchte ist die schon erwähnte Taqiyya. Taqiyya bedeutet Furcht, Vorsicht, Verschleierung und wird oft beschönigend "religiöse Verhüllung" genannt, letztlich ist sie jedoch einfach "muslimische Täuschung der Ungläubigen". Urheber des Konzeptes von Taqiyya ist Allah. In einem Gespräch mit Mohammed sagt Allah von sich

selbst:
Du bist listig, aber ich bin der noch viel Listigere. Und ich führe irre, wen ich will. Im Koran wird Allah als der beste Listenschmied bezeichnet. Wenn also der islamische Gott schon Listen schmiedet, um wie viel legitimer ist es dann für die Gläubigen, dies zu tun. Ein Christ nimmt bei einem Gespräch an, die Aussage des Gesprächspartners sei so gemeint, wie er sie zum Ausdruck bringt, er sage die Wahrheit. Im arabisch-islamischen Raum ist dies nicht unbedingt so, denn es gibt keine Notwendigkeit für einen Muslim, einem Ungläubigen gegenüber wahrhaftig zu sein.
Wer immer zu gegebener Zeit und an beliebigem Ort das Böse der Ungläubigen fürchtet, darf sich durch äußere Verstellung schützen. Um diese Aussage zu untermauern, wird der enge Gefährte Mohammeds, Abu Darda, zitiert:
Laßt uns ins Gesicht mancher Nicht-Muslime lächeln, währenddessen unsere Herzen sie verfluchen." (Ibn Kathir).
Die Literatur über den Islam - die Scharia, die Hadithen und das Leben Mohammeds - hat in den letzten Jahren eine große Verbreitung gefunden. Sie gibt Antworten auf unsere Fragen nach diesem als Religion auftretendes politisches System. Wir sollten davon Gebrauch machen und uns informieren.
Eine Bewegung, die wir nur aus der Ferne beobachtet haben, war die "Black Muslims Movement" in den USA in den 1960er Jahren. Mit dem Slogan "Revival of Islam" ("Erneuerung des Islam") zogen islamische Studenten aus Afrika kommend und von den arabischen Ländern finanziert in die amerikanischen Universitäten.
Eine Bekehrungskampagne begann, viele Moscheen entstanden landesweit, nicht wenige Afroamerikaner wurden Jünger Mohammeds. Sie vertraten eine absolute Überlegenheit der schwarzen Rasse gegenüber den Weißen. Die Bekehrung zum Islam war das Ziel dieser Bewegung, denn nur wenn die Vereinigten Staaten befreit werden, d.h. befreit vom Christentum, wird auch Europa und damit der ganze Westen, befreit werden, so lauteten die Parolen, und die Begründung wurde auch gleich mitgeliefert: die Unterlegenheit der weißen Rasse sei durch die Tatsache bewiesen, daß alle Errungenschaften der Menschheit ein Verdienst des Islam seien, angefangen bei den wissenschaftlichen Entdeckungen.
Star der Bewegung war ein Boxer, geboren als Cassius Clay. Mit seinem Übertritt zum Islam wurde er zu Muhammad Ali. Kaum jemand hat ihn ernst genommen, was sollte man von einem Boxer schon erwarten. Doch wie man sich täuschen kann. In einem Interview mit der italienischen Journalistin Oriana Fallaci wußte der muslimische Konvertit nicht nur, daß er der Größte und der Schönste sei, sondern vor allem daß Allah ein älterer Gott sei als Jahwe und Jesus.
Ein weiteres Interview von Oriana Fallaci, diesmal in Beirut (1972) mit dem Chef der Volksfront zur Befreiung Palästinas, George Habash, bestätigen die großmäuligen Prahlereien des Boxers.
Unsere Revolution ist Teil der Weltrevolution. Sie beschränkt sich nicht auf die Wiedereroberung Palästinas. Man muß so ehrlich sein und zugeben, daß wir einen Krieg wie den in Vietnam anstreben. Daß wir noch ein Vietnam wollen. Und nicht nur im Namen Palästinas, sondern im Namen aller arabischen Länder. Die Palästinenser gehören zur arabischen Nation. Deshalb ist es unerläßlich, daß die gesamte arabische Nation in den Krieg gegen Amerika und gegen Europa eintritt und einen totalen Krieg gegen den Westen entfesselt. Und sie wird ihn entfesseln.
Amerika und Europa sollen wissen, daß dies erst der Anfang des Anfangs ist. Daß das Beste noch kommt. Von nun an werden sie nicht mehr in Frieden leben. ...
Schritt für Schritt vorrücken, Millimeter um Millimeter. Jahr für Jahr. Jahrzehnt um Jahrzehnt. Entschlossen, hartnäckig, geduldig. Das ist unsere Strategie. Eine Strategie allerdings,

die wir ausweiten werden.
Damit meinte Habash nicht nur den Krieg mit Waffen, er meinte auch jene Variante des Krieges, die darin besteht, den Bewohnern das Land zu rauben, indem man sich als Opfer erklärt, politisches Asyl beantragt, mit schwangeren Frauen und Schlauchbooten auf den Weg macht, und die Forderungen immer höher schraubt: z.B. Halal geschlachtetes Fleisch, das verschleierte Gesicht auf dem Paßfoto, Forderung nach der islamischen Ehe, Kinderehe, Polygamie, Befreiung vom Schwimm- und Sexualunterricht etc.
Wer steckt hinter dieser Strategie? Es ist heute kein Geheimnis mehr und vor allem keine Verschwörungstheorie, daß es - wie Oriana Fallaci schreibt - das Europa der Banker ist, die die Farce der Europäischen Union erfunden haben, das Europa der Päpste, die das Märchen von der Ökumene erfunden haben, der gewalttätigen Menschen, die die Lüge vom Pazifismus erfunden haben, der Heuchler, die den Betrug mit dem Humanitarismus erfunden haben.
Das ist das Europa der ehr- und hirnlosen Staatschefs, der gewissenlosen Politiker ohne einen Funken Intelligenz, der würdelosen Intellektuellen ohne jeden Mut. Kurz und gut, das kranke Europa. Das Europa, das sich wie eine Dirne an die Sultane, Kalifen, Wesire und Landsknechte des neuen Osmanischen Reiches verkauft hat. Kurz und gut Eurabien.
Nun ist Eurabia auch der Name einer kleinen Zeitschrift, die 1975 von einem Komitee gegründet wurde, das sich aus verschiedenen Assoziationen in Frankreich, Deutschland und dem Mittleren Osten zusammensetzt. (Association France-Pays Arabes in Paris, der Middle East International Group in London, der Groupe d'Etudes sur le Moyen Orient in Genf und dem Europäischen Koordinierungskomitee der Freundschaftsgesellschaften mit der arabischen Welt.)
Auffallend an dieser Zeitschrift ist, daß in der ersten Nummer in allen Artikeln mit Sorgfalt die Wörter islamisch, muslimisch, Koran, Allah oder Mohammed vermieden wurde und an deren Stelle die Wörter arabisch, Araber und Arabien gesetzt wurden. Die zweite Nummer jedoch brachte einen neuen Ton. Jetzt wurde davon gesprochen, daß die EWG ein bestimmtes Abkommen mit Israel kündigen müsse, vor allem aber wurde darin der Anspruch auf den "tausendjährigen Beitrag erhoben, den die Araber zur universalen Kultur geleistet habe".
Außerdem wurde auf die Vorschläge aufmerksam gemacht, die der Belgier Tilj Declerq (Mitglied der Parlamentarischen Vereinigung für Europäisch-Arabische Zusammenarbeit) eingebracht hat, und der in den Beschluß der sogenannten "Straßburger Resolution" (1975) aufgenommen wurden. In diesem Beschluß geht es um nicht weniger als um die Immigranten, die zusammen mit dem Erdöl nach Europa geschickt werden sollen.
Eine mittel- bis langfristige Politik muß ab sofort durch den Tausch von europäischer Technologie gegen Rohöl und Reserven arabischer Arbeitskraft gekennzeichnet sein. Da ein solcher Tausch die Rückführung des Petrodollars zur Folge hat, wird in Europa und Arabien eine vollkommene wirtschaftliche Integration begünstigt".
Ferner ist in dieser "Straßburger Resolution" zu lesen:
"Die Parlamentarische Vereinigung für Europäisch-Arabische Zusammenarbeit fordert die europäischen Regierungen auf, spezielle Maßnahmen zu ergreifen, um die Bewegungsfreiheit der arabischen Arbeitskräfte, die nach Europa immigrieren wollen, zu garantieren, sowie die Achtung ihrer Grundrechte. Diese Rechte müssen denen der Bürger des jeweiligen Landes entsprechen, also gleichwertig sein. Festgelegt werden muß darüber hinaus eine Gleichstellung in Sachen Beschäftigung, Unterkunft, Krankenversorgung, kostenfreiem Schulbesuch etc."
Die "Straßburger Resolution" spricht auch von den "Notwendigkeiten", die auf Europa zukommen werden, wenn die "menschliche Tauschware" eintrifft. Zuallererst von der Notwendigkeit, die Immigranten und ihre Familien in die Lage zu versetzen, das religiöse und kulturelle Leben der Araber zu praktizieren. Dann die Notwenigkeit, von Seiten der Presse und der

verschiedenen Informationsorgane ein für die Immigranten und ihre Familien günstiges Klima zu schaffen.
Schließlich noch die Notwendigkeit, in den Medien und in der akademischen Welt den Beitrag hervorzuheben, den die arabische Kultur zur Entwicklung Europas geleistet hat.
Eine Expertenkommission beschreibt dies folgendermaßen:
Neben dem unveräußerlichen Recht, ihre Religion auszuüben und enge Beziehungen zu ihren Herkunftsländern zu pflegen, werden die Immigranten das Recht haben, ihre Kultur nach Europa zu exportieren, beziehungsweise sie zu propagieren und zu verbreiten.
In Kairo wurde von einer gemischten Expertenkommission noch etwas anderes bestimmt: Die Zusammenarbeit mit Europa soll vom rein technologischen Bereich auf das Bankwesen, das Finanzwesen, den wissenschaftlichen, nuklearen, industriellen und kommerziellen Sektor ausgeweitet werden. Außerdem würden die arabischen Länder nicht nur Arbeitskräfte schicken, sondern sich außerdem verpflichten, "beträchtliche Waffenmengen" in Europa zu erwerben (Seite 171).
Wir erinnern uns, daß gerade in den siebziger Jahren einige Skandale losbrachen wegen illegalem Waffenhandel, Frankreich begann einen Nuklearkomplex im Irak zu bauen. Damals hatte "Gaddafi zehn Prozent von Fiat gekauft, die Kaufhäuser von Harrods in London wechselten die Besitzer zum Ägypter Al Fayed, Schuhfabriken, große Hotels, Stahlwerke, alte Schlösser, Fluggesellschaften, Verlage und Filmgesellschaften, alteingesessene Geschäfte, Yachten." Alles fand das Interesse der arabischen Herrscher.
Langsam, Schritt für Schritt, wurde so aus Europa Eurabia, und es sind zwei der schon erwähnten Forderungen aus der "Straßburger Resolution", welche die Beschleunigung dieser Forderungen weitergetrieben haben: Die Forderung nach dem Recht der muslimischen Immigranten "ihre Kultur zu propagieren und zu verbreiten" und - dies ist wohl der Gipfel der Unverfrorenheit: Die Notwendigkeit, "den Beitrag zu betonen, den die arabische Kultur zur Entwicklung Europas geleitet hat".
Wie sehr diese Forderungen geflissentlich befolgt wurden, können wir an dem Maß an Unterwürfigkeit erkennen, die 1983 beim Hamburger Symposion zu Tage kam. Es wurde mit einer Rede des damaligen Außenministers Hans-Dieterich Genscher eröffnet, der ein Loblied auf die Größe, die Barmherzigkeit, die Güte, den unvergleichlichen wissenschaftlichen und humanistischen Reichtum der islamischen Zivilisation sang.
Genscher verglich diesen Reichtum der Zivilisation mit einem Leuchtturm. "Ein Licht, das Europa jahrhundertelang geleuchtet hat, das Europa dabei geholfen hat, die Barbarei hinter sich zu lassen". Danach baten fast alle respektvoll um Entschuldigung für den Kolonialismus, den die undankbaren Europäer über den Leuchtturm gebracht hatten. Baten um Entschuldigung für all jene, die Verachtung, Vorurteile oder Zurückhaltung dem Islam gegenüber zum Ausdruck gebracht hatten. (Seite 180).
Es ist nur zu verständlich, daß die arabischen Delegierten sich die Gelegenheit nicht entgehen ließen, die islamischen Ursprünge des Judentums und des Christentums geltend zu machen. Abraham stellten sie als "Propheten Allahs" dar und nicht als Stammvater Israels, und Jesus Christus präsentierten sie als einen gescheiterten Vorgänger Mohammeds. Es ist nicht bekannt, daß sich irgend jemand gegen diese Zumutungen verwahrt hätte. Auf diesem "Hamburger Symposion" wurde auch eingehend das Thema Immigration behandelt.
Die Rechte der muslimischen Immigranten müßten denen der Bürger des Gastlandes entsprechen, d.h. gleichgestellt werden. Man sprach nicht mehr von Gleichwertigkeit, sondern von Gleichheit. Die zukünftigen Immigranten müßten die Möglichkeit erhalten, ihre Zeitungen auf Arabisch zu drucken, arabische Radio- und Fernsehstationen einzurichten. Es wurden Strategien erörtert, wie die Präsenz der Immigranten in der Gesellschaft des Gastlandes gefördert werden könnte, z.B. in den Gewerkschaften, Universitäten, Rathäusern (London hat seit kur-

zem einen muslimischen Bürgermeister), auch in Deutschland gehören muslimische Politiker zum Bild des Landes.
Der so dahin geworfene Satz des ehemaligen Bundespräsidenten Christian Wulff: Der Islam gehört zu Deutschland, war nicht ein ungeschickter Ausrutscher. Er war Teil der Strategie, d.h. Teil der Verpflichtungen, die in den verschiedenen Konferenzen ausgehandelt wurden. Es ist sicher nicht müßig, diesen Teil des Wulffschen Dramas einmal von dieser Seite aus zu betrachten.
Die Teilnahme am politischen Leben, mit anderen Worten das Wahlrecht zu erhalten, wurde zu einer stets drängenderen Forderung. Nachfolgende Symposion oder Kongresse gestalteten sich dann auch immer stärker zu einer Abwertung oder gar Verurteilung der westlichen Zivilisation. Europa wurde in der Folge anhaltend mehr gezwungen, seine eigene Identität und Geschichte zu revidieren, um sie mit der islamischen Vision von Europa in Einklang zu bringen, so daß man sagen könnte, Europa hat sich sukzessiv in einen Prozeß der selbst zugefügten Islamisierung begeben.
Der politische Teil der Resolutionen zielte auf drei Bereiche:
1) die europäische Politik gegenüber Israel;
2) die Schaffung eines für die Araber günstigen Meinungsklimas und
3) der Empfang muslimischer Einwanderer in Europa.
1991 fand in Paris eine Tagung statt, die das Europaparlament mit dem Europarat, auf Anregung der Fundacion Occidental de la Cultura Islamica, Madrid, vorbereitet hat. Auch hier ging es um den "Beitrag der islamischen Zivilisation zur europäischen Kultur". Delegierte von Spanien, Frankreich, Belgien, Deutschland, Italien, Skandinavien und der Schweiz nahmen daran teil. Grundlage der Vorträge und Diskussionen waren Gedanken von Sigrid Hunke, die 1935 mit knapp zweiundzwanzig Jahren eine Diplomarbeit vorlegte, in der sie die rassische Säuberung als dringlichste Aufgabe forderte.
Sie schien das Dritte Reich und die Nachkriegszeit gut überstanden zu haben. 1960 schrieb sie ein Buch mit dem Titel "Allahs Sonne über dem Abendland", in dem sie unter dem Vorwand, Europa den jüdisch-christlichen Wurzeln zu entreißen, nationalsozialistische Argumente wiederholte. 1967 wurde sie von der deutschen Regierung unter Kurt Georg Kiesinger auf eine Kulturreise durch die arabischen Länder gesandt, auf der sie Vorträge in Aleppo, Algier, Tunis, Tripolis und Kairo hielt, wo das Höchste Gericht für Islamische Angelegenheit sie zum Ehrenmitglied erklärte.
Das verwundert nicht, stellt sie doch in ihrem Buch die Behauptung auf, daß der arabische Einfluß auf das Abendland der erste Schritt gewesen sei, Europa vom Christentum zu befreien. Ihr zweites Buch, 1990 veröffentlich, mit dem Titel "Allah ist ganz anders", war nun zusammen mit "Allahs Sonne über dem Abendland" Grundlage obengenannter Tagung in Paris. Darin werden die Muslime als herausragend, als gut, als genial bezeichnet, nicht nur in Literatur, sondern auch Architektur, Medizin, Musik, Rechtswissenschaft und Hydraulik. Es seien die Muslime der Kreuzzüge gewesen, die als Erste die Liebe und das höfische Leben und die Ritterlichkeit besungen hätten und "der Begründer der ökonomischen Lehre sei nicht Adam Smith gewesen, sondern Mohammed."
Professoren verschiedener westlicher Universitäten blasen eifrig in dasselbe Horn. Professor Reinhard Schulze vom Seminar für Orientalistik in Bonn sieht im Islam den Vater der Aufklärung. Nicht Menschen wie Voltaire, Rousseau, die Enzyklopädisten hätten wir die Aufklärung zu verdanken, es war ein Historiker aus Damaskus mit dem Namen Abdalghani Al-Nabulusi, der schon 1730 darüber schrieb, was Voltaire 43 Jahre später formuliert hat, nämlich die Notwendigkeit, die Rolle der Religion in der Gesellschaft neu zu definieren. Professor Schulze hat wohl vergessen, daß Diderot schrieb:
"Der Islam ist der Feind der Vernunft." (Seite 190). So ist es nicht weiter erstaunlich, daß an

der Tagung in Straßburg gefordert wurde, all jene Schulbücher zurückzuziehen, in denen der Beitrag des Islam zur kulturellen Entwicklung Europas nicht hervorgehoben wird. Die Bewohner des Westens hingegen wurden als dumm, ungenügend und unterlegen bezeichnet. Wir müßten daher - so hieß es bei der Tagung - den Muslimen danken, die uns vorangegangen sind und uns erleuchtet und unterrichtet hätten (S. 184 ff.). Ahnen wir so langsam, was der muslimischen Jugend in den Moscheen gepredigt wird?

Für die meisten von Ihnen ist es sicher neu, daß wir irgendeinen Grund hätten, dem Islam unsere Kultur und wissenschaftlichen Errungenschaften zu verdanken. Bis vor etwa eineinhalb Jahren war auch ich dieser irrigen Meinung, bis ich in Österreich einen Vortrag hielt über "Kreuz und Halbmond". Bei der Diskussion meldete sich ein Votant, der des Lobes voll war für den geistigen Reichtum, den der Islam nach Europa gebracht hatte. Zunächst habe ich gedacht, ich hätte die ganze Sache nicht richtig verstanden, doch als der Herr Pfarrer in der ersten Reihe begeistert mit dem Kopf nickte und dem Votanten in allen Dingen recht gab, hatte ich wirklich den Eindruck, nicht ganz von dieser Welt zu sein.

Es wundert uns daher nicht, wenn Frau Aydan Özoguz, Integrationspolitische Sprecherin der Bundesregierung, den Deutschen eine eigene Kultur abspricht. Eine deutsche Kultur sei schlicht nicht "identifizierbar". Die Deutschen dürften deshalb von den Einwanderern auch keine Anpassung verlangen. Mit dieser Haltung steht sie nicht allein. Die Bundeskanzlerin spricht von den Deutschen auch nur noch als von denjenigen, die "schon länger hier leben". Der Innenminister Thomas de Maiziere hat vor kurzem Grundsätze für eine deutsche Leitkultur vorgelegt.

Zu dieser Leitkultur gehört jedoch auch die Festlegung von Deutsch als Staatssprache, ein demokratisches Nationalbewußtsein, die Achtung der gewachsenen deutschen Kultur und Kenntnis der Geschichte, das Bekenntnis zu Deutschland und seinen demokratischen Institutionen sowie die Orientierung an den Werten des christlichen Abendlandes. Parallel dazu tobt ein Streit um das Kreuz auf der Kuppel des wiederaufgebauten Stadtschlosses. Linke und Grüne argumentieren, daß das Kreuz der "Neutralität" schade. Während muslimische Lehrerinnen inzwischen in Deutschland mit Kopftuch Schüler unterrichten dürfen, soll das Kreuz aus der Öffentlichkeit verschwinden.

Im Landtag in Düsseldorf hat eine große Koalition aus CDU, SPD, Linke, Piraten und FDP die Eidesformel auf das "Deutsche Volk" abgeschafft. Statt dessen schwören die Politiker dort jetzt auf das "Land Nordrhein-Westfalen". Merkel erklärte, das deutsche Volk sei "jeder, der hier lebt." Also auch illegale Einwanderer, Flüchtlinge, Asylbewerber und in Deutschland geborene Ausländer. Kein Zweifel: Ein Großteil der politischen Klasse möchte das deutsche Staatsvolk lieber heute als morgen abgeschafft wissen. (Bürgerrecht Direkte Demokratie, Berlin, Sven von Storch.)

Um den Islam nur rudimentär verstehen zu können, müssen wir die theologischen Unterschiede von Islam zu Christentum und Judentum kennen. Für die Muslime ist das Christentum eine Verfälschung des Islam, so die zu Beginn erwähnte britische Autorin Bat Ye'or in ihrer Forschungsarbeit über das zerstörte Christentum im Orient.

Biblische Namen wie Adam, Noah, Abraham, einige Könige Israels und Jesus bezeichnet der Koran als muslimische Propheten, die den Islam predigten. Der muslimische Jesus aus dem Koran, der mit Jesus, dem Gekreuzigten und Auferstandenen, in krassem Gegensatz steht, hat die Aufgabe, den Islam zu verkünden und das Christentum und alle anderen Religionen zu zerstören.

Für Muslime ist der Islam die Ur-Religion, die seit Beginn der Menschheit existiert, die "Buchreligionen" Judentum und Christentum haben die islamische Ur-Religion verfälscht und damit verraten. Daher die üblen Beschimpfungen von Juden und Christen im Koran als Affen und Schweine. Wenn man die Aussagen Mohammeds in den Hadithen (das ist die Bezeich-

nung für die Überlieferungen der Aussprüche und Handlungen des Propheten Mohammeds) zu jenen des Korans hinzufügt, wird an 200 Stellen die physische Vernichtung der Juden und Christen gefordert.
Der Islam behauptet, eine abrahamitische Religion zu sein, obwohl er erst 600 Jahre nach Christus in die Welt kam. Nach der Meinung der Muslime haben sie die Aufgabe, die "Leute des Buches" - Juden und Christen - zu ersetzen, da sie die Bibel bewußt verfälscht hätten. Daher besteht der Islam auch auf staatlicher Durchsetzung.
Die Kairoer Menschenrechtserklärung als Gegenstück zur "Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte", orientiert sich an der Scharia und beschloß 1990, daß Frauen und Nichtmuslime niemals rechtlich gleichwertig sein dürfen. Der 1. Artikel sagt zwar, daß alle Menschen Würde haben, daß jedoch der rechte Glaube, und das heißt der islamische Glaube, die Garantie für diese Menschenwürde sei, mit anderen Worten nur Muslime haben Menschenwürde, die alleinige Grundlage der Menschenrechte finden die Menschen der ganzen Welt nur unter der Scharia.
Aus islamischer Sicht hat das Christentum dieselbe Botschaft wie jene, die Mohammed erhalten hat. Das heißt, ein guter Christ ist ein Muslim. Das wahre Christentum ist demnach der Islam. Folglich ist die wahre Bibel der Koran. Das Alte wie das Neue Testament sind Fälschungen, und biblische Gestalten sind muslimische Propheten, die den Islam predigten. Diese für uns im Grunde paradoxe, völlig fremde und unbekannte Betrachtungsweise der Muslime in Bezug auf das Christentum und Judentum hat natürlich Konsequenzen.
1. Für die Muslime bezeichnen die biblischen Erzählungen aus dem Heiligen Land die muslimische Geschichte. Fazit: Juden und Christen haben dort keine Geschichte.
2. Nach muslimischer Überzeugung basiert der Krieg Palästinas gegen Israel auf der Lehre des Korans.
Der Druck durch den palästinensischen Terrorismus in den späten 60er Jahren des 20. Jahrhunderts sowie der Ölboykott im Oktober 1973 verwickelte Europa in den Djihad Palästinas gegen Israel. Seit 1973 ist der palästinensische Djihad eine gemeinsame euroarabische politische und kulturpolitische Angelegenheit. Europa hat sich im Grunde in eine gefährliche Lage gebracht, als es den Djihad Palästinas gegen Israel gerechtfertigt hat.
Dieses Vorgehen legitimiert nach muslimischer Sicht die Zerstörung Europas und damit die Zerstörung des Christentums.
Über Jahrhunderte hinweg gingen die Christen- und Judenverfolgungen in den islamischen Ländern Hand in Hand. Der islamische theologische und rechtliche Kontext betreffend der Juden und Christen wird Dhimmitum genannt. Es ist der Status der Nichtmuslime unter muslimischer Herrschaft. Er ist Ziel des Djihad und fester Bestandteil der Scharia. Gemäß der Djihad-Doktrin hat die nichtmuslimische Bevölkerung die Wahl entweder zum Islam zu konvertieren oder sich der muslimischen Oberherrschaft zu beugen und Schutzgeld, die Dschizya, zu zahlen. Sie wird dann ein beschütztes Volk - die Dhimmi.
Wenn beide abgelehnt werden, bedeutet dies für die nicht-muslimische Bevölkerung Krieg und damit einhergehend Versklavung und Tod. Dhimmi müssen die Scharia-Gesetze akzeptieren. Das muslimische Gesetz verbietet daher Nichtmuslimen, unter drakonischen Androhungen, den Islam und die Scharia zu kritisieren.
Aus Angst vor den Drohungen der Muslime hat die Europäische Union offensichtlich in diese Regel eingewilligt und ignoriert oder vertuscht gar die Diskriminierung und den Terror gegen die Christen in den muslimischen Ländern. In muslimischen Ländern findet eine Säuberung der Christen statt, die westlichen Regierungen scheinen sich nicht allzu sehr darum zu kümmern. (Sie fühlen sich offensichtlich mehr den Forderungen und Drohungen der Neuen Weltordnung verpflichtet, als ihrem deutlich nicht vorhandenen christlichen Bewußtsein.)
Die Muslime betrachten die jüdisch-christliche Zivilisation als nicht existent und werden - wie

wir gehört haben - durch nicht wenige europäische Politiker, Kirchenmänner und Regierungen auch darin unterstützt. Dadurch wird jede Form von Kritik am Djihad unterdrückt. Da nach der Meinung der Muslime der Djihad immer gerecht ist, weil er die Gesetze Allahs umsetzt, müssen wir diese Ansicht respektieren, obwohl der Djihad die christliche Welt zerstört hat und weiter zerstören wird, mit anderen Worten "**wir sollen akzeptieren, was uns zerstören wird**".

Als Papst Benedikt XVI. bei seiner Ansprache in Regensburg einen byzantinischen Kaiser des 15. Jahrhunderts zitierte, indem er sagte, daß der Islam durch das Schwert verbreitet wurde, gab es weltweit Aufstände, und der Papst wurde der Islamophobie bezichtigt. Das zeigt eines deutlich, es ist uns auch verboten, über den Islam die Wahrheit zu sagen.

Für Muslime ist die Quelle des Bösen immer der Unglaube. Deshalb werden Europa, Amerika, Israel - also die Ungläubigen - für den Terrorismus und die von Muslimen begangenen Verbrechen verantwortlich gemacht. In einem Hadith steht: "Am Tag der Wiederauferstehung werden Menschen unter den Muslimen sein mit Sünden so schwer wie ein Berg und Allah wird ihnen vergeben und die Juden und Christen an ihre Stelle setzen." Es gibt viele Hadithen, die besagen, daß die Sünde von den Schultern der Muslime genommen und auf die Christen und Juden übertragen wird. Auch dies wird in den Moscheen gelehrt.

Im Grunde leben wir schon in einer Zeit des globalen Djihad, und es ist gut möglich, daß sich daraus ein nuklearer Djihad entwickeln kann. Da uns der historische Rahmen des Djihad und des Dhimmitum wenig bewußt ist, haben wir noch nicht bemerkt, daß wir jetzt schon latent in einer Zeit des Dhimmitum leben, und wir wissen nicht, wie wir uns gegen diesen ideologischen Krieg verteidigen können. Im Grunde haben wir uns - ohne uns dessen bewußt zu sein - schon dem Islam unterworfen:

Die Richter geben bei den Urteilen den sogenannten Islam-Bonus, d.h. es wird nicht nach deutschem Recht geurteilt, die Vergehen sind eben kulturbedingt. Frau Merkel hat uns ja davon unterrichtet, daß wir akzeptieren müssen, daß Migranten vermehrt kriminell werden. Kulturbedingt sind auch Kinderehen, diese werden still akzeptiert, ebenso die Polygamie. Die Männer kommen mit vier Frauen an, wobei sich drei davon als Alleinerziehende anmelden und Sozialbezüge erhalten. Die Liste der kulturbedingten Möglichkeiten kann beliebig weitergeführt werden.

Für den Islam ist der Schutz unter der Regierung von zentraler Bedeutung. Muslime müssen daher früher oder später unter einer islamischen Regierung leben, und sie werden alles tun, damit sie dies erreichen. Schritt für Schritt werden sie sich politische Positionen erkämpfen, was ja zum Teil schon geschehen ist. Etwas ist sicher: Ein Kontinent, der sein Überleben an Unterwerfung und Selbstverleugnung koppelt, ist bereits ein toter Kontinent. Er wird zu dem, zu dem ihn die Feinde des Christentums bestimmt haben, er wird zu EURABIA.

Im Hinblick auf diese Betrachtungen müssen wir uns fragen, wie ein Passus in ein Dokument des II. Vatikanums kommen konnte, das die Muslime quasi auf die gleiche Stufe stellt, wie die Christen, wenn es dort heißt:

Mit Hochachtung betrachtet die Kirche auch die Muslime, die den alleinigen Gott anbeten, den lebendigen und in sich seienden, barmherzigen und allmächtigen, den Schöpfer Himmels und der Erde, der zu den Menschen gesprochen hat.

Im Hinblick auf die Realität ist dies eine hochgefährliche und vor allem falsche Behauptung. Christen und Muslime beten nicht den denselben Gott an, die Muslime erkennen nicht den Dreifaltigen Gott, und Jesus ist für sie nicht die zweite Person des Dreifaltigen Gottes. Wie kann man sich mit einer Religion verbinden, die mehr Christen getötet hat und bis zum heutigen Tage immer noch tötet als jede andere Religion während der gesamten Geschichte des Christentums. Etwas dürfte doch klar geworden sein: Der Islam ist keine Religion im üblichen Sinne. Er ist eine politische Ideologie mit unbedingtem Weltherrschaftsanspruch und einer

absoluten Nicht-Tolerierung aller anderen Religionen.
Derzeit verletzten mehrere Regierungen die Abkommen von Schengen und Dublin und die Bundesregierung handelt durch die Öffnung der Grenzen unmoralisch und verstößt wie Karl Albert Schachtschneider, Rupert Scholz, Udo di Fabio und andere aufgezeigt haben gegen das geltende Recht und gegen das Grundgesetz. Die BRD befindet sich rechtlich und moralisch in der schlimmsten Krise seit ihrer Gründung, und angesichts der Haltung der Regierung und der mit der Regierung kooperierenden Medien ist es wahrscheinlich, daß bald noch schlimmere Krisen kommen werden.
Kritische Auseinandersetzung mit den zahlreichen Fehlern oder gar die Aufarbeitung der von Frau Merkel begangenen Gesetzesbrüche gehören zu den Tabu-Themen der Mainstream Medien. Wer informiert werden will, muß sich der ausländischen Presse bedienen, also wie im II. Weltkrieg oder in der DDR-Zeit "Feindsender" hören. Der britische "Express" titelte Ende März 2017:
Haben die denn gar nichts gelernt? Merkel-Regierung hofft, weitere zwölf Millionen Migranten ins Land holen zu können.
Die offizielle, politisch korrekte Begründung für diesen Schritt lautet, daß es eines steten Zustroms an Migranten bedarf, um den Schrumpfungsprozeß der Bevölkerung entgegen steuern zu können. Statt also eine kinder- und familienfreundliche Politik anzustreben, um "denjenigen, die schon länger hier leben" bessere Perspektiven aufzuzeigen und möglicherweise auf diesem Weg dem Rückgang der hier im Land lebenden Menschen Einhalt gebieten zu können, bevorzugt Frau Merkel und ihre Vertrauensleute eine andere Lösung: zwölf Millionen Migranten sollen nach den Plänen der Regierung offiziell ins Land geholt werden, getreu den Vorgaben der Wall Street und der City of London.
Daß diese Nachricht kein Echo in den deutschen Medien findet, ist verständlich: Derartige Ideen müssen in einem Wahljahr vor dem Wähler verborgen bleiben. Es könnte sonst sein, daß denjenigen, die schon (zu) lange hier regieren, die Gefolgschaft verweigert wird.
Die bisher geschilderte Situation, obwohl völlig unvollständig, zeigt eines klar: es geht um die völlige Auslöschung des Christentums, des christlichen Europas, der christlichen Kultur, und die Bedrohung kommt von zwei Seiten, von West und Ost: von der Neuen Weltordnung a la USA und vom Islam.
Die Frage stellt sich ganz von selbst: Was sollen wir tun?
Die Nichte der französischen Parteivorsitzenden des "Front National" Marine Le Pen, die junge Marion Marechal Le Pen, hat recht treffende Worte gefunden, was von menschlicher Seite her zu tun sei. In einer TV-Ansprache im Zusammenhang mit dem tödlichen Anschlag in Nizza, sagte sie:
Wenn Euch ein Feind den Krieg erklärt, dann könnt Ihr unmöglich neutral bleiben. Diejenigen, die sich für den Status quo, für das Nichtstun oder fürs Schweigen entscheiden, werden somit Komplizen unserer Feinde. Es gibt jedoch noch eine andere Antwort auf diese Frage: Dostojewskij (1821-1881) hat uns vor über 150 Jahren einen Hinweis gegeben. Damals notierte er in sein Tagebuch:
Europa hat Christus verlassen, und daher stirbt Europa, ganz allein deshalb.
Diese visionäre Schau sollten wir ernstnehmen. Papst Leo XIII. hat die endzeitliche Lage Europas - und das, was uns bedrängt, ist apokalyptisch - in einer Vision erkannt und die Gläubigen weltweit davor gewarnt.
Es war der 13. Oktober 1884 (33 Jahre später, am 13. Oktober 1917, fand in Fatima die letzte Erscheinung der Gottesmutter Maria statt). Papst Leo XIII. hatte gerade die Zelebration der Heiligen Messe beendet. Unerwartet blieb er zehn Minuten regungslos in der Kapelle des Vatikans vor dem Tabernakel stehen. Plötzlich eilte der Papst ohne irgendwelche Erklärungen direkt in sein Büro.

Am Schreibtisch brachte er ein Gebet an den Erzengel Michael zu Papier und erteilte Weisung, es am Ende einer jeden Heiligen Messe zu beten. Erst später gab er Zeugnis vom Erlebten. Er hatte in der Nähe des Tabernakels die Stimmen Satans und Jesus gehört und eine erschütternde Schau der Hölle erlebt, bei der die Dämonen die Welt beherrschten und die Kirche Gottes in ärgste Bedrängnis brachten:
Ich hab die Erde gesehen, eingehüllt in Finsternis und umgeben von einem Abgrund. Ich habe Legionen von Dämonen daraus hervorkommen sehen, die sich über die ganze Erde verteilten, um die Werke der Kirche zu zerstören und die Kirche selbst anzugreifen, die ich dem Ende nahe sah. Da erschien der heilige Michael und stürzte die bösen Geister in den Abgrund zurück. Ich sah den heiligen Erzengel Michael eingreifen, nicht in jenem Augenblick, sondern viel später, sobald die Menschen ihre eifrigen Gebete zum Erzengel verstärkten.
Ab 1886 wurde das Gebet, auf Anweisung des Papstes, am Ende aller Heiligen Messen als "Gebet in besonderen Anliegen" in der Landessprache angefügt. Doch als eine der ersten Änderungen im Verlauf der Liturgiereform beim II. Vaticanum wurde dieses Gebet zusammen mit der Stillen Messe 1964 ersatzlos gestrichen. Die Frage nach dem Warum dieser Eliminierung darf sicher gestellt werden.
Heute leben wir in der Zeit jener Bedrängnis, von der der Prophet Daniel gesprochen hat. Darum ist es auch nicht verwunderlich, daß in dieser Endzeit alles daran gesetzt wird, den Erzengel Michael aus dem Bewußtsein der hilfesuchenden Menschen zu drängen und sein Wirken in und für Welt und Kirche zu unterbinden. Trotzdem steht es uns frei, der Anordnung von Leo XIII. zu folgen und den heiligen Erzengel um seine mächtige Hilfe zu bitten. Dadurch werden wir auch erkennen, wie wir handeln sollen, um nicht "Komplizen unserer Feinde" (Marion Marechal Le Pen) zu werden.
Heiliger Erzengel Michael, verteidige uns im Kampf, gegen die Bosheit und die Nachstellungen des Teufels sei du unser Schutz. Gott gebiete ihm, so bitten wir flehentlich: Du aber Fürst der himmlischen Heerscharen, stürze den Satan und die anderen bösen Geister, die zum Verderben der Seelen in der Welt umherziehen, in der Kraft Gottes hinab in den Abgrund der Hölle. Amen.<<

2019

Auf der Webseite "https://kenfm.de …" des deutschen Journalisten Ken Jebsen erschien am 9. Januar 2019 folgender Bericht über die Entstehung des Grundgesetzes Deutschlands (x1.014/…): >>**Finis Germania oder: Deutschlands Demokratie ist verloren - Teil 1**

Warum wir zurück in der Zeit der Monarchien und der Aristokratie sind

Von *Jochen Mitschka*

… Die Entwicklung, die wir in den letzten über zwei Jahrzehnten beobachteten, wäre sicher nicht in einer direkten Demokratie möglich gewesen. Nun wurde uns immer gesagt, daß das Grundgesetz keine direkte Demokratie erlaube, damit der Pöbel nicht Politik, wie in der Weimarer Republik, möglich machen kann. Tatsächlich aber hatten die Besatzungsmächte und Verfasser des Grundgesetzes Angst davor, daß die Menschen den Kapitalismus ablehnen und den damals in Konkurrenz stehenden Kommunismus einführen wollten.

"*1948, als die Beratungen für das Grundgesetz begannen, standen die Zeichen klar auf Trennung. Ein eigener westdeutscher Staat würde geschaffen werden - so wollten es die westlichen Siegermächte. In Deutschland war dieses Ziel unpopulär. Das Volk wünschte eine Vereinigung. In der sowjetisch besetzten Zone wurde dafür offiziell geworben.*

Vor diesem Hintergrund fiel im Westen die Entscheidung, bundesweite Volksabstimmungen generell auszuschließen. Im instabilen Gleichgewicht der Großmächte und dem Bemühen deutscher Politiker, zwischen Besatzern, alten und neuen Eliten ihren Platz zu finden, schienen Referenden ein Risiko, insbesondere wenn die Stimmung im Volk erkennbar von den Plänen an der Spitze abwich - was so direkt natürlich nicht offen zugegeben wurde."

Das Eigentum, das höchste Gut des Kapitalismus, drohte durch eine Volksabstimmung in Gefahr zu geraten. Schließlich hatten die Menschen in Sachsen 1946 mit 77 % Zustimmung bei 93 % Abstimmungsbeteiligung für die Vergesellschaftung von Betrieben von Naziverbrechern gestimmt. Mit der Begründung, das Grundgesetz sei ja nur provisorisch, wurde schon damals auf eine Volksabstimmung verzichtet.
Aber im Jahr 1989 war der Kommunismus keine Gefahr mehr. Trotzdem fürchtete sich das Establishment davor, die Deutschen über eine Verfassung, die sie nun laut Artikel 146 GG erwarteten, abstimmen zu lassen.
Der Grund, warum die Parteien keine Verfassung und Volksabstimmung darüber zulassen wollen, ist die Angst vor dem Volk. Rainer Kahni hat diese Angst schön formuliert:
"*Daß Schluß ist mit der sogenannten repräsentativen Demokratie, daß plötzlich plebiszitäre Elemente in die Verfassung Einzug halten. Daß die heutige Parteiendiktatur, die Diktatur des Kapitals, der Lobbyisten, der Medienzaren, der Finanzindustrie und der Wirtschaftskapitäne ein Ende haben wird oder zumindest an Einfluß verliert. Das Volk könnte sich auf seine Bürgerrechte besinnen und seinen Anteil am Kapital fordern.*
Es könnte verlangen, daß über Fragen der Daseinsvorsorge in Volksabstimmungen entschieden wird. Es könnte fordern, daß über die Abgabe von Souveränität an die europäische Union das Volk zu entscheiden hat. Daß bei der Aufnahme von weiteren Mitgliedern in die EU die deutschen Bürger gefragt werden müssen."
Hinzuzufügen ist noch, was in den Augen, ganz besonders der westlichen ehemaligen Besatzungsmächte, ganz schlimm wäre, wenn das Volk verlangen könnte, bei Entscheidungen über Krieg und Ausrichtung der "Verteidigungsaufrüstung" mitzureden.
Auf Grund des Einflusses der Siegerstaaten des zweiten Weltkrieges, werden die sozialen Grundrechte im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland zurückhaltender formuliert als in der Weimarer Verfassung. Letztere enthält im fünften Abschnitt sehr detaillierte soziale Rechte, dagegen übernahmen die Autoren des Grundgesetzes eigentlich nur den Satz, daß Eigentum verpflichtet (Artikel 14, Absatz 2, Satz 1 GG). Die neue Bundesrepublik wird zurückhaltend als "sozialer Bundesstaat" (Artikel 20 Abs. 1 GG) bezeichnet.
Nun sollte man also meinen, daß das Grundgesetz eindeutig von den Eliten für die Eliten geschaffen wurde und daher auch von diesen beachtet werden würde. Leider ist das nicht der Fall. Vielleicht weil das Grundgesetz, damit es von einer möglichst breiten Mehrheit zumindest nicht abgelehnt wird, mit vielen Versprechungen versehen wurde, welche den Menschen Hoffnung versprach. Was aus diesen Versprechungen wurde, will ich in diesem Essay versuchen anzureißen.
Jetzt noch ein Wort zur Überschrift. Kurz nachdem Rolf Peter Sieferle freiwillig aus dem Leben geschieden war, erschien in einem rechten Verlag sein Buch Finis Germania. Das Buch war winzig, eher ein "Reclam-Heftchen" und bestand aus den Gedanken eines Historikers, der mit dem Leben abgeschlossen hatte. Dieses Buch, quasi ein Selbstgespräch, verschwand aus der Spiegel-Bestsellerliste, wurde von den Buchhändlern boykottiert und von den Medien verteufelt. Was natürlich dem Streisand-Effekt folgend zu einem Geldsegen für den Verlag führte, der eigentlich boykottiert werden sollte. Dabei basierte der Boykott auf einer vollkommenen Über- und Falschbewertung, wie ich nachwies.
Besonders falsch fand ich, im Nachhinein betrachtet, seine bemängelte "Sozialdemokratisierung" Deutschlands, denn was wir derzeit unter dem Banner von angeblich linker Politik betrachten, ist in Wirklichkeit verkleideter Neoliberalismus und Kolonialismus der übelsten Sorte. Aber ganz falsch ist die Überschrift trotzdem nicht. Denn Deutschland ist tatsächlich "am Ende". Aber aus anderen Gründen.
Was hatten wir Jungen noch damals in den 1960er Jahren an das deutsche Grundgesetz und seine hehren Vorsätze, seinen humanistischen und demokratischen Geist geglaubt und es als

Leitlinie für die Politik der Zukunft angesehen.
Verantwortung des Eigentums, Gleichheit vor dem Gesetz, kein Krieg soll mehr von deutschem Boden ausgehen, Sicherung der Privatsphäre, Schutz des Individuums vor dem Staat, und dann die Inspiration der Mitbestimmung in der Montanindustrie, Freiheit der Rede und der Meinung, um nur ein paar Beispiele zu nennen. Aber was wurde in den nachfolgenden Jahren von diesen Versprechungen, die aus dem Geist des Grundgesetzes stammten, umgesetzt?

Die Würde des Menschen

Bei der Diskussion über dieses Buch mit Freunden schickte mir einer von ihnen einen Text über Art 1. Abs 1. des Grundgesetzes. Es geht um die Würde des Menschen. Aber nicht in dem Sinne, in dem er als Waffe zur Verteidigung illegaler Migration verwandt wird. Die ja alleine deshalb nur Heuchelei ist, weil durch diese deutsche Politik die Würde der Menschen in den Flüchtlings-Lagern der Regierung Syriens und der umliegenden Ländern mit Füßen getreten wird.
Es geht also nicht darum, die "Würde des Menschen" als ideologische Waffe gegen Kritik der Regierungspolitik zu verwenden, sondern aufzuzeigen, daß der derzeitige Stand der Gesellschaft, in der die Märkte die Politik bestimmen, gegen die Würde des Menschen verstoßen. Hier der Nachweis:
In Art. 1 Abs. 1 des Grundgesetzes heißt es: "*Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt."* Dieser erste Satz, der als oberste Bedingung aller nachfolgenden Artikel und Bestimmungen den grundlegend humanistischen Charakter des Grundgesetzes ausweist und als Lehre aus zwölf Jahren tiefster Barbarei verstanden werden muß, atmet den Geist der klassischen deutschen Philosophie des ausgehenden 18. und beginnenden 19. Jahrhunderts.
In der gleichen Zeit erhielt mit dem Unabhängigkeitskrieg der Vereinigten Staaten, der Bürgerrevolution im Nachbarland Frankreich und der Sklavenrevolution in der französischen Karibik-Kolonie Saint-Domingue (später Haiti) die Einforderung unveräußerlicher Menschenrechte unmittelbare politische Relevanz. Diese Ereignisse sowie die dabei im Entstehen begriffenen politischen Ideen strahlten wiederum auch auf das Geistesleben im "Land der Dichter und Denker" aus.
Wenn die Väter des Grundgesetzes gleich zu Beginn die Kategorie der Menschenwürde einführten, nehmen sie dabei unmittelbar Bezug auf die praktische Philosophie Immanuel Kants.
In der Grundlegung zur Metaphysik der Sitten von 1785 spricht Kant von der Würde im Sinne eines "*unbedingten, unvergleichbaren Werts*", eines inneren gegenüber eines bloß relativen Wertes. Relativen Wert besitzt, was einen Preis hat und durch ein entsprechendes Äquivalent (ein austauschbares Gleichwertiges) ersetzt werden kann.
Ein Äquivalent, das seine Funktion als Träger eines relativen Werts für ein anderes, für einen außer ihm liegenden Zweck erfüllt, wogegen das, was Würde hat, sich selbst Zweck ist und über allen anderen Zwecken steht.
Der Mensch nun besitzt nach Kant Würde, insofern er ein Vernunftwesen ist, das unter moralischen anstatt nur egoistischen Gesichtspunkten zu handeln imstande ist.
Moralisch handeln (und wollen) bedeutet, daß der Mensch die Handlung um ihrer selbst willen vollzieht und nicht etwa der eigenen Bedürfnisbefriedigung (und sei es auch nur der Abwehr eines "schlechten Gewissens") als fremdem Zweck unterwirft. Das moralisch motivierte Handeln leitet sich insofern nicht kausal aus subjektiven Triebfedern (Begehrungen, Neigungen usw.) ab, sondern setzt ein frei und autonom agierendes Subjekt voraus, das sich seine Maximen (Handlungsprinzipien) selbst auferlegt (Autonomie als Selbstgesetzgebung).
Diese moralischen Maximen beanspruchen kraft ihrer Objektivität verpflichtenden Gesetzescharakter und damit Allgemeinheit und Notwendigkeit, das heißt, sie gelten kategorisch (un-

bedingt) für alle vernünftigen Wesen. So lautet denn die erste Formel des kategorischen Imperativs, also des moralischen Gesetzes:
"*Handle nur nach derjenigen Maxime, durch die du zugleich wollen kannst, daß sie ein allgemeines Gesetz werde."*
Vermögend seiner vernünftigen Anlagen ist es dem Menschen im Gegensatz zum Tier also möglich, die Gründe seiner Handlungen (als praktisch-vernünftige, das heißt, moralische) selbst zu schöpfen und nicht nur von seiner biologischen Natur abhängig und durch sie absolut vorgeformt zu sein.
Insofern ist der Mensch damit Person und an sich selbst seiender, unbedingter Zweck. Von daher läßt sich der kategorische Imperativ auch wie folgt formulieren:
"*Handle so, daß du die Menschheit sowohl in deiner Person, als in der Person eines jeden anderen jederzeit zugleich als Zweck, niemals bloß als Mittel brauchst."*
Damit kehren wir zum Begriff der Menschenwürde zurück, die mithin darin besteht, daß der Mensch selbst Zweck seines vernünftigen Handelns ist. Als Gegenstand der praktischen Vernunft erstreckt sich die Würde auf alle vernünftigen Wesen und damit auch auf alle Menschen, unabhängig von Herkunft, Hautfarbe oder sozialem Stand.
Politisch-juristisch ausdekliniert mündet der kategorische Imperativ der unumschränkten Achtung vor der Würde eines jeden Menschen in die Formulierung und die praktische Anerkennung der Menschenrechte.
Auffällig an den heutigen Diskursen ist die Vernachlässigung besonders der sozialen Dimension der im Grundgesetz festgeschriebenen Menschenwürde und der Menschenrechte. Dabei liefert Kant durch die Wahl seiner Begrifflichkeiten selbst Hinweise, die diesen Aspekt sogar ins Zentrum rücken.
Denn wie wir gesehen haben, zeichnet sich die Würde des Menschen gerade dadurch aus, daß der Mensch unbedingten Wert und keinen Preis hat. Was einen Preis (genauer einen Marktpreis) hat, ist nur Mittel für anderes.
Entsprechend beruht aber auch die kapitalistische Funktionalisierung des Menschen zum Träger von mehrwertschöpfender, das heißt, profitgenerierender Arbeitskraft auf einer fehlenden Anerkennung des Menschen als Person.
Dem Menschen wird somit in einer Gesellschaft, deren erster Zweck Profitmaximierung ist, seine Würde abgesprochen. Er wird zum Zahnrad einer auf Ausbeutung, Zerstörung und Krieg fußenden Un-Ordnung degradiert. Der derzeitige Status quo läuft demnach dem Grundgesetz schon in dessen oberster Prämisse zuwider und die Kant'sche Begriffsdefinition der Menschenwürde liefert dafür den Beweis. …<<
Auf der Webseite "https://kenfm.de …" des deutschen Journalisten Ken Jebsen erschien am 12. Januar 2019 folgender Bericht über die "Gleichheit vor dem Gesetz" in Deutschland (x1.014/…): >>… **Warum wir zurück in der Zeit der Monarchien und der Aristokratie sind**
von *Jochen Mitschka*
… Gleichheit vor dem Gesetz
Aus "*Gleichheit vor dem Gesetz*" wurde eine durch Parteienklüngel besetzte Justiz, die bis hoch zum Verfassungsgericht vorwiegend aus Interessenvertretern besteht. Wie zuletzt Hadmut Danisch drastisch beschrieb.
"*Daß es am Bundesverfassungsgericht kriminell zugeht, habe ich ja nun in den letzten Jahren ausgiebig beschrieben. Und daß das Bundesverfassungsgericht früher mal respektabel und nützlich, inzwischen aber nur noch eine Politfarce ist, auch.*
In dem Maß, in dem die Parteien zu Korruptionssümpfen wurden (korrupt waren sie eigentlich schon immer, aber inzwischen sind sie nichts anderes mehr, das hebt den Anteil der Korruption an der Parteisubstanz nahe an die 100 %) und es mit dem Wiederausbruch soziali-

stisch-kommunistischer Denkweise dazu kam, daß es bei Posten nicht mehr um Können und Aufgabe, sondern nur noch um Quoten, Günstlingswirtschaft und Political Correctness mit Installation von Politoffizieren geht, ist auch das Bundesverfassungsgericht qualitativ abgestürzt und zum Loch aus korruptem Morast geworden. Die Posten werden willkürlich nach Parteienproporz und zur Durchsetzung der Parteiziele besetzt, und so läuft es auch im Bundesverfassungsgericht."

Wenn man diese Zeilen liest und andererseits weiß, daß das deutsche Bundesverfassungsgericht Befugnisse und Rechte hat und sich teilweise selbst zuordnete, wie kein anderes höchstes Gericht in der Welt, sollte der Rest des Artikels zu denken geben. Insbesondere wenn man sich erinnert, daß auch das Versprechen im Grundgesetz, daß sich das "deutsche Volk" nach der Wiedervereinigung eine Verfassung geben wird, nie eingelöst wurde. Wie groß muß die Angst der Parteien vor "dem Volk" sein, daß sie es nicht wagen, es über eine Verfassung selbst bestimmen zu lassen.

Es wurde noch nie gegen einen hoher Politiker, weder des völkerrechtswidrigen Krieges gegen Jugoslawien, noch wegen des meiner Meinung nach als Angriffskrieg zu wertenden Syrieneinsatzes, jemals ein Ermittlungsverfahren eingeleitet, auch nicht nach expliziten Anzeigen. Das bestätigt eindrücklich, was ein Richter in seinem Blog feststellte:

"*Zwar hat das Grundgesetz eine Dreiteilung der Staatsgewalt vorgesehen, die Politik ließ aber den 1949 vorgefundenen, aus dem Kaiserreich überkommenen Staatsaufbau unverändert. Bis zum heutigen Tage. ... Deutschland kennt nur zwei organisatorisch voneinander unabhängige Träger der Staatsgewalt, die Legislative und die Exekutive. In dem gegenwärtigen deutschen Staatsaufbau ist die Judikative in die Exekutive integriert - der gesamte Justizapparat untersteht der Regierung. Die Justizminister arbeiten in Bund und Ländern unter dem Dach einer Regierung, deren Mehrheitsentscheidungen ausgesetzt und zur Regierungsloyalität verpflichtet. ... Deutschland baut nicht auf die Begrenzung von Macht durch eine organisatorische Dreiteilung der Staatsgewalt. Es beschränkt die Gewaltenteilung des Artikel 20 Grundgesetz auf geschriebene Worte. Die Legislative ist gegenüber der Exekutive organisatorisch selbständig, die Judikative ist es nicht."* (sic)

Angeblich soll es also, dem Autor Udo Hochschild zufolge immerhin noch zwei unabhängige Einheiten geben, die Exekutive, also die Regierung, und die Legislative, das Parlament. Aber dabei macht er einen Gedankenfehler. Die Regierung wird im Rahmen von Parteienabsprachen im Parlament bestätigt und besteht aus den sie bildenden Parteien, die im Parlament die Mehrheit haben. Wo ist da die Trennung?

Wolfgang J. Koschnik beschreibt die Rolle der Parlamente, die ja angeblich die Exekutive kontrollieren sollen wie folgt:

"*Die Parlamente haben einen einzigen Zweck: Sie müssen die Entscheidungen der Regierung abnicken, sonst gar nichts. Parlamente in den entwickelten repräsentativen Demokratien sind Abnickvereine. Für etwas anderes sind sie gar nicht da. Dafür allerdings kosten sie einen Haufen Geld. Das könnte man billiger haben."*

Die Parteien bestimmen die Regierung (also die Exekutive), die Richter (also die Judikative) und sind selbst die Legislative, während es natürlich eine Opposition im Parlament gibt, die aber in grundsätzlichen Fragen niemals gegen die Interessen von Parteien agieren wird - nicht zuletzt weil sie selbst auch mal an die Macht will. Außerdem sind sich die Parteien in Einem einig: Neue müssen ausgeschlossen werden.

Zuerst war es die Partei "Die Linke", die in jeder Richtung diskriminiert wurde. Nachdem diese aber ihre einst wichtigsten Grundsätze, wie NATO-Ausstieg oder Banken-Kontrolle und Kriegsbeteiligungswiderstand stillschweigend, zumindest gefühlt, begraben hatte, wurde sie zunehmend "regierungsfähig". Und an den Regierungsbeteiligungen in verschiedenen Landesregierungen kann man sehen, wie sehr sich dann dieses frühere Schreckgespenst dem Main-

stream angepaßt hatte. Wo sich dann ihre Politik kaum von der anderer Regierungen unterscheidet.
Nun ist es die AfD. Mit allen Mitteln wird versucht, sie von den Trögen der Steueralimentierung fern zu halten, was allerdings vergeblich ist, da die Wut in der Bevölkerung so groß ist, daß sie gerne übersieht, daß die AfD eigentlich gar keine Alternative darstellt. Aber durch das Fokussieren auf die populistisch leicht auszubeutenden Fehler der herrschenden Parteien in der Migrationsfrage sammelt die AfD fleißig Wähler. Und je beharrlicher die Fehler der Politik von den etablierten Parteien, einschließlich der Opposition ohne die AfD verteidigt und die dissidenten Stimmen verunglimpft werden, desto größer wird der Zulauf.
Zurück zum Kern: zur Gewaltenteilung. Auch Wolfgang Koschnik kommt zu dem Schluß, daß es in Deutschland keine Gewaltenteilung mehr gibt und zitiert Roman Herzog mit den Worten:
"*Wenn sich in der politischen Wirklichkeit eines Staates nicht mehr wie bei Montesquieu Legislative und Exekutive als miteinander echt konkurrierende Gewalten gegenüberstehen, sondern einerseits ein Konglomerat aus Regierung und parlamentarischer Mehrheit und andererseits die Opposition als parlamentarische Minderheit, die zudem durch das Mehrheitsprinzip jederzeit überstimmt werden kann, kann von einer Gewaltenteilung vernünftigerweise nicht mehr die Rede sein."*
Koschnik zeigt so viele Beispiele für das dumpfe Abstimmen von Bundestagsabgeordneten, ohne Ahnung über die Vorgänge zu haben, daß er zur vernichtenden Aussage kommt, daß die Parlamentarier "tumbes Stimmvieh" wären.
Aber wie soll es eine Gleichheit vor dem Gesetz ohne Gewaltenteilung in der wirklichen Welt geben?
Und wenn man schon bei Gleichheit vor dem Gesetz ist, sollte man die Besteuerung nicht vergessen. Ein großer Teil der Bevölkerung ist gezwungen, 100 % ihres Einkommens für die Ausgaben des Überlebens auszugeben. Und nachdem Steuern, Versicherungen und Zwangsabgaben, wie die für die Rundfunkgebühren, geleistet wurden, fallen praktisch auf alle Ausgaben die Mehrwertsteuer an.
Also auf sowieso versteuertes Einkommen (Einkommensteuer, Kirchensteuer, Solidaritätsabgabe) fallen noch mal die Mehrwertsteuer und die anderen Steuern an, die sich so in den Kosten des täglichen Lebens verstecken. Mineralölsteuer, Sektsteuer, Alkoholsteuer, KFZ-Steuer, Versicherungssteuer, dutzende weitere Steuern. Schafft der Mensch dann doch noch im Laufe eines Arbeitslebens so viel Geld zu sparen, daß er mit viel Eigenleistung ein Häuschen bauen oder kaufen kann, fallen die Grunderwerbssteuer an und anschließend die Grundsteuer, die in manchen Fällen wie eine kleine Miete ausfällt.
Muß ich jetzt erklären, daß beim Kauf von Gold und Aktien keinerlei Steuern anfallen, ebenso wenig wie für das Kerosin des privaten Jets? Oder wollen Sie wissen, wie man ohne Mehrwertsteuer eine Luxusjacht kaufen kann?
Oft werden von Besitzenden solche Einwände als "Neiddebatte" abgetan. Aber die Unverschämtheiten der Selbstbedienung des Establishments haben ein Ausmaß angenommen, wie seit der Zeit der absolutistischen Monarchien nicht mehr. Und so wie damals verstehen die Menschen langsam, daß es nicht um Neid, sondern Fairneß geht.
Koschnik stellt lapidar fest, daß die deutschen Gering- und Durchschnittsverdiener die höchste Steuer- und Abgabenlast in ganz Europa tragen. Auch Singles und Doppelverdienerhaushalte werden nirgendwo so hoch besteuert wie in Deutschland - verglichen mit 30 OECD-Staaten. Während bei Spitzenverdienern dagegen eine deutlich niedrigere Belastung zu vermelden ist.
"*Google hat 2017 knapp 20 Milliarden Euro durch legale Steuerschlupflöcher aus Europa herausgeschleust. Der Mutterkonzern Alphabet transferierte diese Summe über die Nieder-*

lande auf die Bermudas, wie aus Dokumenten an die Niederländische Handelskammer hervorgeht."
Dort zahlt Google keine Steuern. Und welcher Rechtsordnung unterliegt Bermuda?
"*Bermuda ist ein Überseegebiet des Vereinigten Königreichs. Das politische System orientiert sich am Westminster-System. Staatsoberhaupt ist Königin Elisabeth II., die durch einen von ihr ernannten Gouverneur vertreten wird."*
Auch wenn das Gebiet weitgehend autonom verwaltet wird, obliegt die Außen- und Sicherheitspolitik Großbritannien. Und die soll überhaupt keine Einflußmöglichkeit auf die Steuerpolitik des Landes haben?
Schauen wir uns die "zehn besten Steuerparadiese" für die Superreichen einmal an. Eine Internetseite für Finanzinteressierte hat eine Rangordnung aufgestellt:
1. Bahamas
2. Andorra
3. Monaco
4. Bulgarien
5. Panama
6. Mauritius
7. Dubai
8. Guernsey
9. Cayman Islands
10. Schweiz

Alle diese Länder, bis auf Dubai, sind im Prinzip abhängig von EU-Politik und der Politik der USA. Wobei die USA ja sogar im eigenen Land Steuerparadiese zulassen, die noch "besser" sein sollen als Panama, meint zumindest die Zeit. Wobei ich etwas enttäuscht bin, Luxemburg nicht in der Auflistung zu finden. Gab es doch lange Zeit die Möglichkeit, mit einer Briefkastenfirma mit weniger als 1 % Einkommenssteuer auf Gewinne innerhalb der EU legal davon zu kommen.
"*Diese vertraulichen Steuervereinbarungen boten 343 internationalen Konzernen aus 82 Ländern, darunter Apple, Amazon, eBay Europe S.àr.l., Heinz, Pepsi, Ikea und Deutsche Bank die Möglichkeit, auf Kosten der Nachbarländer "aggressive Steuervermeidungsmodelle" zu realisieren. Ihre Steuern ließen sich so auf unter ein Prozent drücken."*
Und es ist klar, daß der Kommissionspräsident der EU, der das organisierte, dann später erkoren wurde "gegen Steuervermeidung in der EU" vorzugehen. Und die Parteien mit Milliarden Budgets, den klügsten Beratern und zehntausenden von Akademikern wussten natürlich von Nichts und sind für Nichts verantwortlich. Und alle sind vor dem Gesetz gleich. …<<
Auf der Webseite "https://kenfm.de …" des deutschen Journalisten Ken Jebsen erschien am 13. Januar 2019 folgender Bericht über die Friedenpflicht Deutschlands gemäß Grundgesetz (x1.014/…): >>… **Warum wir zurück in der Zeit der Monarchien und der Aristokratie sind**
von *Jochen Mitschka*
… Kein Krieg soll mehr von deutschem Boden ausgehen.
"Die Deutschen müssen das Töten lernen" lautete der Titel des Spiegels, Ausgabe 47/2006. Und genau dieser Tenor verstärkte sich in den darauf folgenden Jahren bis zur Neujahrsansprache 2018/2019 der Bundeskanzlerin - und wird noch oft zu hören sein.
Das Brechen des Versprechens, daß von deutschem Boden kein Krieg mehr ausgehen soll ist die größte Enttäuschung von allen.
Der völkerrechtswidrige Krieg gegen Jugoslawien war der Sündenfall. Möglich gemacht nur durch eine drastische Veränderung der ehemaligen Anti-Kriegs-Partei "Bündnis 90/Die Grünen".

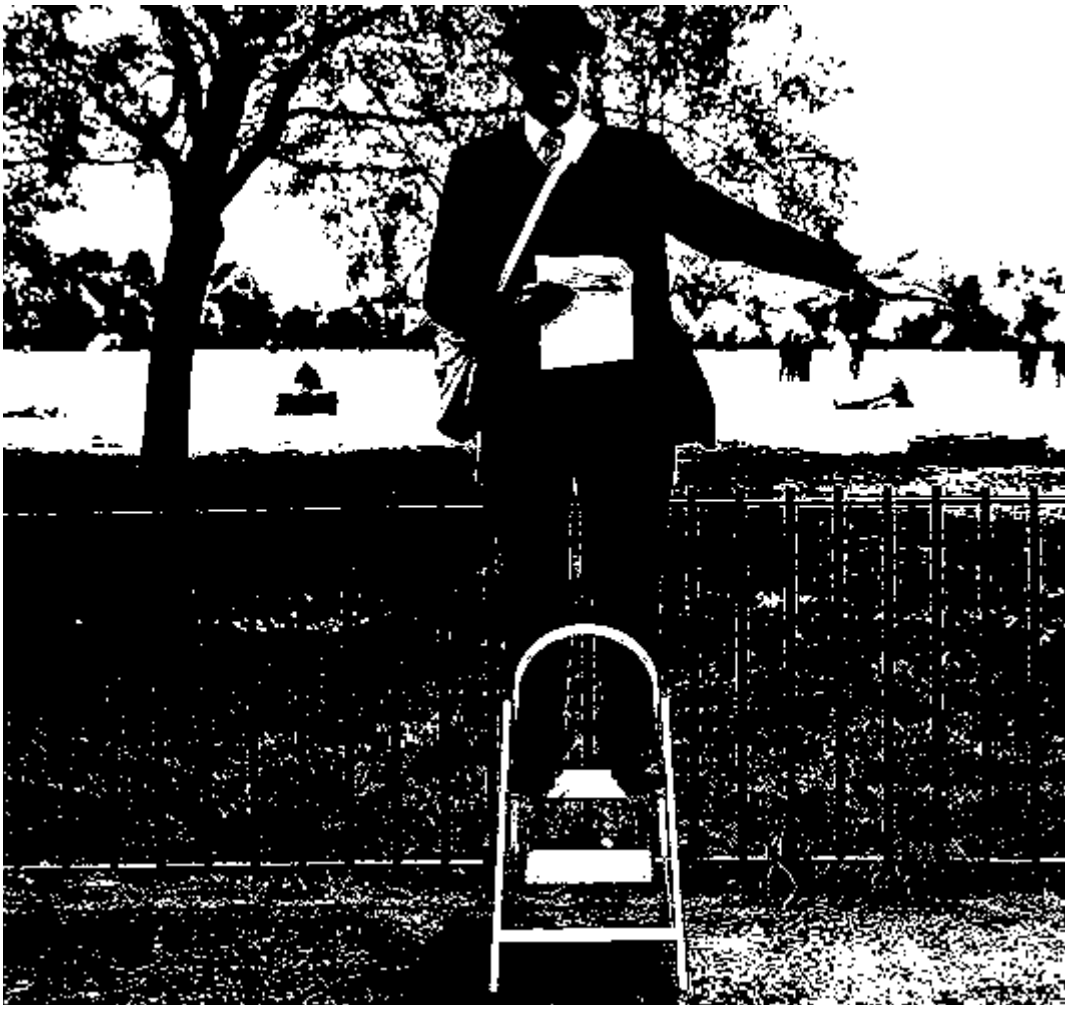
"Im Fall Kosovo wurden der Öffentlichkeit ja mit Kriegsbeginn im März 1999 die dreistesten Lügen erzählt. Weder gab es eine "serbische SS", wie Joschka Fischer behauptete, noch das von Verteidigungsminister Rudolf Scharping behauptete "KZ im Fußballstadion von Pristina", noch hat sich der ebenfalls von Scharping kolportierte "Hufeisenplan" als Wahrheit herausgestellt."
Und da das mit den Lügen so gut geklappt hat, die Anti-Kriegs-Bewegung erfolgreich zertrümmert worden war, ging es dann munter so weiter. Es folgte eine Serie von Militäreinsätzen, bei denen sich Deutschland förmlich aufdrängte, allen voran "die Grünen".
"Die zwischenzeitlich bekannt gewordene Äußerung des damaligen US-Außenministers Colin Powell, wonach die USA "keine konkrete Hilfe für den Afghanistan-Einsatz verlangt haben, rücken jedoch das Agieren der rot-grünen Bundesregierung in ein anderes Licht, da diese sich offenkundig aufgedrängt hat, mit der Bundeswehr in Afghanistan mitmischen zu dürfen."
Denn das deutsche Establishment wollte endlich wieder bei den großen Staaten mitspielen. Und dafür war ihrer Meinung nach Krieg führen eben notwendig. Die Stufen der Militarisierung Deutschland zu beschreiben, würde ein Buch füllen. Aber die meisten werden sich an die Reden von Bundespräsident, NATO-Geschäftsführer, EU-Politikern usw. erinnern, die alle in einer wie abgesprochenen Reihenfolge von Deutschland forderten, wieder zu lernen "Opfer zu bringen". Und dazu würden eben ein starkes Militär und Auslandseinsätze, natürlich nur im Dienst von Frieden und Demokratie, notwendig. "Deutschland muß wieder mehr Verantwortung übernehmen". Und Verantwortung übernehmen bedeutet, bereit zu sein, Kriege zu führen.
"Die Einsatzrealität der Bundeswehr hat sich deutlich verändert. Deutschland muß wieder mehr Verantwortung übernehmen."
Wie verlogen diese "Interventionen" für Menschenrechte, Demokratie und "Frieden" sind, habe ich ausführlich in meinem Buch über die Menschenrechtsindustrie im humanitären Angriffskrieg dargelegt.
Schließlich führte es so weit, daß man ein Versprechen abgab, zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes für Rüstung auszugeben. Nach einer Schamfrist ließ man sich an das Versprechen erinnern und erklärte nun dem erstaunten Wähler: "Wir haben es versprochen, jetzt müssen wir es einhalten". Um das Zwei-Prozent-Ziel zu erreichen, müßte Deutschland insgesamt mehr als 80 Milliarden Euro (80.000.000.000) für das Militär ausgeben, was dazu führt, daß Deutschland zu einer Militärmacht aufsteigen wird, die höhere Rüstungskosten ausweist als Rußland - ein Land, das über eine Atomstreitmacht verfügt und die größte Fläche aller Staaten der Erde schützen muß.
Ein Land, das von einer feindlich eingestellten NATO eingekreist wird, deren das die Politik bestimmende Land (die USA) alleine mehr als zehn Mal so hohe Rüstungsausgaben jährlich aufbringen, wenn man die Ausgaben für die Atomstreitkräfte mit einrechnet; die zudem nicht im Rüstungsbudget, sondern dem des Energieministeriums enthalten sind.
Die immer wieder erwähnten zwei Prozent Rüstungsausgaben waren erstmalig beim NATO-Gipfel in Wales 2014 festgeschrieben worden, und das mit den Stimmen der deutschen Regierungsparteien, ohne die Bevölkerung zu fragen. Die Zustimmung bedeutete eine eindeutige Absage an Abrüstung und Entspannung und eine drastische Kursänderung der Politik. Als Bundesaußenminister war der SPD-Politiker Frank-Walter Steinmeier der Verantwortliche.
"Konkret wurde in Wales beschlossen, daß die NATO-Staaten "darauf abzielen, sich innerhalb von zehn Jahren auf den Richtwert von zwei Prozent zuzubewegen" und mindestens 20 Prozent davon in "neues Großgerät einschließlich damit zusammenhängender Forschung und Entwicklung" zu investieren."
Das Grundgesetz war schon lange nicht mehr ernst genommen worden von den Regierenden Deutschlands.

"Allerdings fand der Artikel 26 Absatz 1 des Grundgesetzes nie Berücksichtigung. Er lautet nach wie vor: "Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen." Daß die Väter und Mütter des Grundgesetzes damit erst recht die Führung eines Angriffskrieges unter Strafe stellen wollten, ergibt sich von selbst. Dennoch wurde der unmißverständliche Verfassungsauftrag wie auch die Strafbestimmung des Paragraphen 80 StGB aufgrund der politischen Interessenlage von "staatstragenden" Juristen einfach außer Kraft gesetzt."
Und immer ist auch das Sprachrohr der Grünen, die TAZ an vorderster Medienfront dabei, Militäreinsätze zu fordern, zu denen uns die dortigen Menschen gar nicht eingeladen haben, sondern bei denen es um reines nachkoloniales Herrscherverhalten geht. Basierend auf Lügen.
Und damit die Parteien nicht bei jedem Angriffskrieg der NATO oder einer "Koalition der Willigen" überlegen müssen, mit welchen neuen hanebüchenen Argumentationen auch immer die Anzeigen von Menschen zurückgewiesen werden, die in ihrer Naivität oder als Widerstandsaktion noch an das Grundgesetz und Rechtstaat glauben, hat man den Strafrechtsparagraph 80 durch eine "Harmonisierung mit EU-Recht" ersetzt.
"Nach Artikel 26 Absatz 1 Grundgesetz ist schon die Vorbereitung eines Angriffskrieges verfassungswidrig. Die entsprechende Strafbestimmung, der Paragraph 80 des Strafgesetzbuches, wurde gestrichen. Der neu eingefügte § 80a StGB stellt keinen Ersatz dar. ... Diese Gesetzesbestimmung bietet - im Gegensatz zu Artikel 26 Absatz 1 Grundgesetz und dem bisherigen Paragraphen 80 Strafgesetzbuch - einen weiten Spielraum für Interpretationen, zumal die Charta der Vereinten Nationen völkerrechtswidrige "humanitäre Interventionen", "präventive Selbstverteidigung" oder "Nothilfe" (wie zum Beispiel im Kosovo-Krieg) in der Vergangenheit nicht verhindert hat. Damit ist der Willkür - wie bisher - Tür und Tor geöffnet."
Durch diesen Schachzug wird dem Generalbundesanwalt viel Arbeit erspart, mußte er doch in der Vergangenheit lange und ausschweifende Begründungen schreiben, warum er der Anzeige wg. § 80 StGB nicht nachging. Und so wurde ein weiteres Versprechen des Grundgesetzes kurzerhand durch die Parteien außer Kraft gesetzt, ohne das aber mit dem sogenannten Volk zu besprechen.
Aber es war wirklich lästig, immer wieder Begründungen zu finden wie: "Führen eines Angriffskrieges" ist ja nicht gleichbedeutend mit "Vorbereitung eines Angriffskrieges", um Anzeigen abzuwehren. Obwohl die Väter und Mütter des Grundgesetzes der Meinung waren, daß damit sogar eine Steigerung des Verbots gemeint war, also nicht NUR der Angriffskrieg selbst, sondern SCHON DIE VORBEREITUNG unter Strafe gestellt werden sollte. Aber wenn es nun mal nicht da stand. … Gegen die Macht der Parteien gab es nun mal kein Gegenmittel.
"Deutschland muß mehr Verantwortung übernehmen" wird seit Jahren wie eine Gebetsformel von allen Parteien wiederholt. Natürlich durfte es auch nicht in der Neujahrsansprache der Bundeskanzlerin fehlen. Hier zwei kurze Auszüge aus der Rede, die nichts Gutes für Deutschland erwarten lassen:
"Das bedeute, daß Deutschland mehr Geld für humanitäre Hilfe und Entwicklungshilfe ausgeben wird, aber auch Verteidigungsausgaben."
Das heißt im Klartext, die 80 Milliarden Euro Rüstungsausgaben, oder zwei Prozent vom BIP, also fast eine Verdopplung, werden kommen. Ihre Formulierung ließ keinen Widerspruch zu.
"Deutschland müsse für eigene Überzeugungen wieder stärker einstehen, argumentieren und kämpfen. ... Zugleich setze sich die Bundesregierung dafür ein, die Europäische Union robuster und entscheidungsfähiger zu machen."
Mit anderen Worten: Die EU-Armee wird kommen, und damit sind endgültig alle Schleusen für neue Kriege geöffnet, weil das Grundgesetz damit umgangen wird, und im Zweifel ist der

§ 80 StGB ja endlich entfernt worden.
Und so ist es logisch, daß Deutschland die Speerspitze der NATO-Kräfte an der Grenze zu Rußland ist. Ein Land, das wir vor nicht allzu vielen Jahren überfielen und das den Krieg mit dem größten Blutzoll aller Nationen der Welt bezahlen mußte - mit fast 30 Millionen Menschenleben.
"Wie im Kalten Krieg setzt die Allianz auf Abschreckung und will Rußlands Präsidenten Wladimir Putin klarmachen, daß sie ihre osteuropäischen Mitglieder nicht im Stich lassen wird. Als Reaktion auf die Krim-Annexion beschloß die NATO bei ihrem Gipfel in Wales 2014 den Readiness Action Plan. Am 1. Januar übernimmt Deutschland als sogenannte Rahmennation erneut die Führung der damit verbundenen schnellen Eingreiftruppe."
Daß die "Ukraine Krise" nicht durch Rußland, sondern die NATO hervorgerufen worden war, hat schon Kees van der Pijl in seinem Buch über MH17 beschrieben. …<<
Auf der Webseite "https://kenfm.de …" des deutschen Journalisten Ken Jebsen erschien am 16. Januar 2019 folgender Bericht über die Freiheit der Rede und der Meinung (x1.014/…):
>>Finis Germania oder: Deutschlands Demokratie ist verloren - Teil 6
von *Jochen Mitschka*

… Freiheit der Rede und der Meinung

Meinungsfreiheit wird ausdrücklich und als hervorragend wichtig für eine Demokratie genannt. Meinungsfreiheit wäre gegeben, wenn jede Meinung, MINDESTENS entsprechend ihrer Vertretung in der Gesellschaft, auch in den Medien Verbreitung fände. Der Ansatz eines Öffentlich Rechtlichen Rundfunks war daher schon der richtige Beginn. Allerdings haben auch hier längst Verwässerungen, bis hin zur Pervertierung den Geist und Zweck in sein Gegenteil verkehrt. Die Widersprüche waren zuletzt so groß geworden, daß sogar das Bundesverfassungsgericht den Staatsvertrag über den ZDF für verfassungswidrig erklärte.
Daß die geforderte "Staatsferne" nur noch Makulatur ist, gesteht sogar die FAZ.
"Das zeigt sich nicht nur am Beispiel der Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz, die dem Südwestrundfunk bei der Planung der Wahldebatten im Fernsehen die Grenzen aufzeigen. Es zeigt sich auch bei den benachbarten Sendern. Beim Hessischen Rundfunk wird am 5. Februar ein neuer Intendant gewählt. Es gibt nur einen Kandidaten, den Fernsehdirektor Manfred Krupp. Auf den hat sich die Findungskommission des Rundfunkrats schneller geeinigt, als man gucken konnte. Was damit zu tun hat, daß die CDU ihre Truppen so schnell ordnete, daß der Opposition Hören und Sehen verging."
Zusätzlich zu den Öffentlich Rechtlichen Medien gibt es jedoch inzwischen ja die privaten Medien. Und hier wurde die Meinungsfreiheit noch stärker pervertiert. Denn jeder Medienunternehmer kann seine eigene Meinung den Journalisten vorschreiben, das ist in der Tendenzbetriebreglung ausdrücklich gesetzlich garantiert. Er ist nicht verpflichtet, eine gesellschaftlich ausgewogene Meinungsvielfalt anzubieten, sondern kann ganz alleine bestimmen, welche Meinung sein Medium vertritt.



Nicht einmal am Speakers-Corner in London darf man alles sagen. Es ist verboten, über die Königin und ihre Familie zu reden.

Gravierend wurde das durch die schriftliche Verpflichtung von Mitarbeitern im Springer Verlag bekannt, alles zu unterlassen, was die Interessen der USA oder Israels beeinträchtigen könnte.

Nun war die Ursprungsidee jene, daß sich eine ausgewogene Berichterstattung alleine daraus ergeben würde, daß es viele unterschiedliche Medienunternehmen gab. Dies ist jedoch durch die weltweite und die deutsche Medienkonzentration widerlegt worden.

Da Medien nichts anderes sind als Unternehmungen, nicht mehr an Personen geknüpft, wie früher Zeitungen einer Stadt an einen führenden Journalisten, können sie verkauft und gekauft werden wie es beliebt. Und wenn jemand eben den Wunsch hat, seine Meinung zu verbreiten, kann er sich im Extremfall alle Medien kaufen.

Ganz so drastisch ist es nicht gekommen, da Medien aber (mit einzelnen Ausnahmen, wie z.B. die Junge Welt oder die TAZ) einer kleinen Gruppe reicher Familien gehören, vertreten sie ganz natürlich die Interessen der Besitzenden - im Zweifel des Establishments.

Ein Artikel von Gerassimov beschreibt auch 2018 noch einmal, daß im Prinzip drei Familien in Deutschland die Meinungsbildung durch ihre Medien bestimmen.

Da ist zunächst der Springer-Verlag, eines der größten Verlagshäuser Europas. Die Bildgruppe erreicht täglich Millionen Bürger und hat den vermutlich größten politischen Einfluß.

Die Familie Mohn kontrolliert die Bertelsmann-Gruppe und die Bertelsmann-Stiftung. Dazu gehört über einen Umweg auch der "Spiegel" der einmal einen sehr guten Ruf von Unabhängigkeit und Dissens hatte. Was sich seit der Übernahme von 25 % durch eine Bertelsmann-

Gesellschaft jedoch drastisch veränderte.
Spätestens als 2013 der ehemalige stellvertretende Chefredakteur der "Bild-Zeitung" in die Chefredaktion des Spiegels berufen wurde, sollte jedem die Zeitenwende beim Spiegel deutlich geworden sein. Und zwei Jahre später ging Blome beim Spiegel wieder weg und kehrte in den Springer-Schoß, zu "Bild" zurück.
Bertelsmann übt aber nicht nur über Zeitschriften, Fernsehsender und Radiosendungen Meinungsbildung aus, sondern, ebenso wichtig, mit der Bertelsmann Stiftung. Zur Stiftung Bertelsmann gibt es eine ausführliche Kritik im Internet, die auf Hunderten von Seiten auflistet, wie die Lobbyarbeit der natürlich "gemeinnützigen" Stiftung sich auf das Leben der Menschen auswirkt. Im Bereich Weltpolitik (Weltmacht) beschreibt die Website, daß und wie die Stiftung direkte Drähte zur europäischen Spitzenpolitik nutzt.
Sie will darstellen, daß die Stiftung das Ziel verfolgt, die EU als wirtschaftliche Weltmacht auszubauen und auf allen Kontinenten den ungehemmten Marktzugang für europäische Konzerne zu erreichen. Wie die Autoren außerdem schreiben, möchte Bertelsmann, daß die EU zur politischen und militärischen Weltmacht aufsteigt, damit die wirtschaftlichen Interessen auch mit militärischen Mitteln abgesichert werden.
Private Medien sind also nicht viel mehr als Sprachrohre des Establishments geworden. Wenn man sich das Ranking der weltgrößten Medienkonzerne ansieht, erkennt man, daß die Welt der Medien fast ausschließlich von westlicher Sicht des Establishments beherrscht wird.
Interessanterweise belegt ein deutsches Unternehmen sogar Rang elf. Seine gesellschaftliche Zielrichtung dürfte stellvertretend für die meisten Unternehmungen sein. Für die bereits erwähnte, über Steuerermäßigungen finanzierte Bertelsmann-Stiftung, die wohl die gleiche Philosophie haben dürfte wie der Konzern, kann man im Buch "Die gesellschaftliche Verantwortung des Unternehmers" nachlesen:
"Die Stiftung betrachtet den Sozialstaat als überdehnt oder gar überholt und vor allem strebt sie eine über den Wettbewerb hergestellte Effizienz als Steuerungsinstrument in allen gesellschaftlichen Bereichen an."
Und immer geht es Bertelsmann deshalb auch um ein Zurückdrängen des Staates, eine Verringerung der Staatsquote und - als Mittel dazu - um die Senkung der Steuerlast. In meinem Buch "Die Menschenrechtsindustrie im humanitären Angriffskrieg" widme ich der Stiftung ein Kapitel, weil es natürlich auch die Militarisierung der Gesellschaft unterstützt. In der Studie "European Defence Strategy" von 2004, erarbeitet von der Venusberg-Gruppe der Stiftung wird Klartext geredet:
"Was Europa dafür brauche, so die Studie, sei eine Streitmacht, die überall hinkommt, *überall kämpfen, essen, bleiben, erweitert werden und zurückkehren kann - alles unter einem autonomen Kommando und Kontrollsystem unter der souveränen politischen Kontrolle der EU*."
Dann ist da noch die Familie Burda, die in der Öffentlichkeit noch das geringste Profil hat. Dabei bietet die Gruppe ungefähr 540 Medienprodukte in 23 Ländern an. Was in der DDR unmöglich gewesen wäre, war im Westen der Republik eher Standard. Denn die Vergangenheit der Familie Burda wird einige Leser erstaunen:
"Bereits 1933 betonte Franz Burda Senior - der Begründer des Medienkonzerns, damals in der Form einer Druckerei - die nationalsozialistische Gesinnung seines Betriebs. Der Betrieb nahm eine aktive Rolle bei der *Arisierung* während der NS-Zeit ein - 1938 konnte er eines der größten *nicht-arischen* Druckereiunternehmen billig aufkaufen."
Allerdings gilt Hubert Burda als geläutert und ist ein Freund Israels und seiner Politik, ebenso wie die Familie Springer. Was bedeutet, daß zwei Drittel der entscheidenden deutschen Medienmacht sich bewußt zu einer zu Israel eher unkritischen Berichterstattung erklären.
Durch die privaten Medien, neben den Öffentlich Rechtlichen Medien, gibt es jetzt also zwei mediale Machtblöcke. Während die Öffentlich Rechtlichen Medien von den Parteien kontrol-

liert werden, wird der andere mediale Machtblock durch die viel Vermögen Besitzenden des Landes kontrolliert, jene, die es sich leisten können, selbst ein Medium zu finanzieren oder durch Finanzmacht darauf Einfluß zu nehmen.
Wie Meinung und Politik innerhalb von Jahrzehnten durch Stiftungen wie die Bertelsmann-Stiftung geformt werden, hat die Satire-Sendung "Die Anstalt" am 7. November 2017 sehr eindringlich am Beispiel der Mont Pèlerin Gesellschaft deutlich gemacht. Diese Gesellschaft hat die deutsche soziale Marktwirtschaft im Laufe der Jahrzehnte ihrer Beeinflussung von Journalisten, Wirtschaftsführern und Politikern in ein Zentrum neoliberaler Netzwerke verändert.
Leider sind die Interessen von Politik und Wirtschaft sowie Banken in den letzten Jahrzehnten nicht nur wegen der Drehtürpolitik stark zusammen gewachsen, so daß man inzwischen davon ausgehen kann, daß bis auf Konflikte zwischen verschiedenen Fraktionen der gleiche Meinungstenor vorherrschen wird. Und es gibt einen großen gemeinsamen Nenner. Den kann man sehr gut beobachten im Gleichklang zwischen Politik, Öffentlich Rechtlichen Medien und Privaten Medien. Zum Beispiel in der Berichterstattung über Syrien, der Ukraine, Rußland oder über die Bankenkrise, genannt Finanzkrise der EU.
Unterdrückung der Meinungsfreiheit findet in Deutschland (noch) nicht durch Einsperren und Ermorden kritischer Journalisten statt. Man entzieht ihnen einfach die Lebensgrundlage.
Sie finden keine Arbeitgeber oder Auftraggeber mehr. Beispiele für solche "Ausgestoßenen" sind der Macher des preisgekrönten Films über die Folgen von Uranmunition (Deadly Dust, Frieder Wagner; Andreas von Bülow, ehemaliger Spitzenpolitiker und Autor; Christoph Hörstel, ehemaliger ARD-Korrespondent und Berater der Bundesregierung - bis zu dem Zeitpunkt, da er dissidente Meinungen über den Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr zu vertreten begann; Ken Jebsen, der offen und unverklagt sagen kann, daß die Intendanz in seinem Fall gelogen hatte, um ihn loszuwerden, als er in die Kritik von transatlantischen Kreisen geriet.
Und selbst "kleine Fische" werden inzwischen mit Klagen überzogen, obwohl oder gerade weil sie nachweisen, daß sogenannte Qualitätsmedien Falschmeldungen verbreiten. Und sie werden dann auch noch in den sogenannten sozialen Medien mit Sperren bestraft.
Im Internet erkennt man eine immer größere Einschränkung der freien Meinungsäußerung besonders am sogenannten Upload-Filter, der vom EU-Parlament beschlossen wurde und der Beginn einer totalen Kontrolle der letzten Möglichkeit der freien Informationsbeschaffung sein wird.
Damit ist der Grundstein dafür gelegt, daß das Fenster zur Meinungsfreiheit, das Internet, geschlossen wird, und damit auch das Internet der neuen Aristokratie ergeben ist. Leider ist nicht nur der Bereich der "freien Wirtschaft" und des Staates von zunehmender Gesinnungsgleichmacherei betroffen.
Das Beispiel von Daniele Ganser, der sich weigerte, stumpf der Mainstream-Meinung zu folgen und auch Dinge aussprach, die dem Establishment unangenehm waren, wurde von seiner schweizerischen Universität nicht länger beschäftigt. Unter anderem wurde ihm vorgeworfen, in seinen Forschungen die offiziellen Darstellungen des Attentates von 9/11 gleichberechtigt neben den alternativen Darstellungen zu behandeln.
"Basierend auf der Arbeit der durch Richard Gage geführten Architects & Engineers zur Wahrheitsfindung um die Vorfälle hinsichtlich 9/11, Ersthelfer- und Pilotenorganisationen, Bücher zu diesem Thema von David Ray Griffin und vielen anderen Autoren sowie zahlreichen Augenzeugenaussagen, hat das Rechtsanwaltskomitee zur Untersuchung der Vorfälle um 9/11 ausreichende und unumstößliche Tatsachen präsentiert, die dem US-Staatsanwalt für den südlichen Distrikt von New York übermittelt wurden, um diesen zur Befolgung von bestehenden Gesetzen unter Bezugnahme auf Bundesgesetze zu bewegen."
Wären die alternativen Darstellungen Verschwörungstheorien, hätte kein US-Staatsanwalt ein

solches Verfahren eingeleitet. Und auch heute ist noch nicht sicher, ob und wie es sich denn entwickeln wird. Zumindest aber zeigt es, daß die Forschung Gansers durchaus berechtigt war.
Noch deutlicher ist die Entlassung von Tim Anderson, nach über 20-jähriger Dozententätigkeit an der Universität Sydney.
"Tim Anderson, der australische Autor von "Der Schmutzige Krieg gegen Syrien", schrieb eines der ersten kritischen Bücher über den Krieg gegen Syrien. Inzwischen ist das Buch in 10 Sprachen übersetzt, gehört zu den Klassikern der Aufklärung dieses Stellvertreterkrieges der NATO-Länder und Golfdiktaturen gegen Syrien. Nach über 20-jähriger Dozententätigkeit für die Universität von Sydney wurde Anderson nun suspendiert und erhielt Hausverbot."
In weiter führenden Berichten wird deutlich, daß es der Einfluß israelischer Lobbyisten war, der für seine Suspendierung gesorgt hatte, während es bei Ganser eher allgemeine Bedenken des Establishments waren.
"Daniele Ganser hat seinen letzten öffentlichen Lehrauftrag verloren. Die Uni St. Gallen hat sich laut Medienberichten von dem Schweizer Historiker getrennt. Ganser forscht zu westlichen Kriegen, zu 9/11 und zu den Stay-Behind-Organisationen der NATO."<<
Auf der Webseite "https://kenfm.de …" des deutschen Journalisten Ken Jebsen erschien am 18. Januar 2019 folgender Bericht über den Niedergang des Grundgesetzes (x1.014/…):
>>**Finis Germania oder: Deutschlands Demokratie ist verloren - Teil 7**
von *Jochen Mitschka*
Das Grundgesetz ist verloren
Wenn der Sinn des Grundgesetzes verloren gegangen ist, ist auch die Hoffnung Deutschlands verloren, die Ideen und den Geist des Grundgesetzes, den Auswirkungen der enthemmten Globalisierung entgegenzusetzen. Und daß der Geist des Grundgesetzes inzwischen von der Politik mißachtet wird, erkennen sogar Dozenten an Bundeswehrhochschulen.
"Die Präambel formuliert den Friedensauftrag eindeutig: Hier verpflichtet sich das deutsche Volk dazu, dem *Frieden der Welt zu dienen*. Diese Vorschrift findet ihre Fortsetzung in zwei weiteren Artikeln: Da wäre zum einen Artikel 25, welcher den Vorrang des Völkerrechts vor den Bundesgesetzen festschreibt. Während das Völkerrecht in seiner klassischen Phase den Krieg lediglich hegen sollte und daher *keine Friedenskraft im eigentlichen Sinne* darstellte, erhebt es in seiner modernen Phase, die Pflicht zur Erhaltung des Friedens zur Grundnorm der gesamten Völkerrechtsordnung" (Otto Kimminich/Stephan Hobe) (Herv. im Original).
Zum anderen verbietet Artikel 26 (Absatz 1) nicht nur den Angriffskrieg, sondern stellt bereits dessen Vorbereitung unter Strafandrohung. All diese Bestimmungen sind der Einfügung der Wehrverfassung von 1956 sowie der Notstandsgesetzgebung von 1968 zeitlich vorgängig und normativ vorrangig."
Wie selbstverständlich lesen wir, daß auch Angriffskriege verboten sein sollen, obwohl der Generalbundesanwalt doch sagte, daß Grundgesetz und der damalige § 80 hätte nur die Vorbereitung eines Angriffskrieges unter Strafe gestellt.
Wenn Sie sich die Mühe machen, das ganze Papier von Frau Jaberg zu lesen und dann einen Blick in das Weißbuch der Bundeswehr werfen, werden Sie erstaunt sein, wie weit sich die Politiker der staatstragenden Parteien schon vom Geist des Grundgesetzes entfernt haben. An dieser Stelle würde der Vergleich zwischen Anspruch im Grundgesetz und Wirklichkeit im Weißbuch den Rahmen sprengen.
Wir werden wieder von einer Aristokratie beherrscht, in die man nicht automatisch hinein geboren wird, auch wenn die richtigen Eltern äußerst hilfreich sind, sondern in die man aus der Masse der Beherrschten, durch die richtige Schule, richtige Universität, Clubs aber vor allen Dingen der richtigen Partei, oder Zusammenarbeit mit einer oder mehrerer Parteien, hineinwächst.

Dabei wird akribisch darauf geachtet, daß man die richtige Einstellung hat und vertritt. Insofern hat Claus Kleber vollkommen Recht, wenn er sagt, daß er keine Befehle aus dem Kanzleramt erhält. Er wäre nie auf seine Position gekommen, wenn er nicht automatisch von sich aus wüßte, was die richtige Einstellung, die "Wahrheit" ist, die er verkünden muß. So wie einst die Aristokratie einerseits den Monarchen stützte, andererseits ihn auch erschuf, so gibt es wieder eine neue Schicht der Bevölkerung, die die Untertanen anleitet, belehrt, "nur das Beste" für sie will, während sie ihre Privilegien genießt und voller Unverständnis auf die dumme Bevölkerung hinunter schaut.
Und da ein großer Teil des Establishments aus der Führung der politischen Parteien besteht und diese alle Einheiten des Staates beherrschen, ist keine Veränderung auf freiwilliger Basis zu erwarten.
Die drei Säulen des Staates, Exekutive, Legislative und Judikative. Wir haben gesehen, daß sie zusammen gewachsen sind, daß eine gegenseitige Kontrolle nicht mehr existiert. Und die vierte Gewalt im Staat, die nach der Jahrhundertwende zum 19. Jahrhundert noch die größte Herausforderung der Herrscher war, die Presse, wurde inzwischen zum Sprachrohr der unterschiedlichen Fraktionen der neuen Aristokratie.
Die Wirtschaft, die in Form der bürgerlichen Revolution den absolutistischen Herrschern Stück für Stück Freiheit abrang, bestimmen heute in Form der "Märkte" die globale Politik. Und die Parteien in Deutschland haben nichts getan, um diesen Einfluß zu Gunsten der Menschen ihres Landes einzugrenzen.
Nichts ist verräterischer, als der immer wieder erschallende Ruf nach "Reformen", die im Prinzip nichts anderes bedeuten als Einschränkung der Rechte der Arbeitnehmer oder Verkauf von Gesellschaftseigentum - also Post, Bahn, Krankenhäuser, Telefon, Straßen, Brücken, Schulen, Wasserwerke, Elektrizitätswerke usw.
Womit angeblich mehr "Effizienz" erzeugt werden soll, aber in Wirklichkeit nur höherer Druck auf Arbeitnehmer und höherer Profit für die Investoren bezweckt wird. Und dies bei letztendlich höheren Preisen für den Verbraucher, der das früher einmal mit seinen Steuern aufgebaut hatte. Hervorragend zu erkennen an dem maroden Zustand der britischen Eisenbahnen bei extrem hohen Preisen.
Es sind nicht nur höhere Preise als im Rest Europas und schlechtere Qualität, sondern auch die geringere Sicherheit, die die Menschen auf Wieder-Verstaatlichung der Eisenbahnen hoffen läßt. Was mit Sicherheit einen neuen Gewinn für die Eigentümer entstehen lassen wird.
Und es sind nicht nur die britischen Eisenbahnen, oder deutsche Wasserwerke, an denen man erkennen kann, was nach einigen Jahren der Privatisierung zu erwarten ist.
Kaum jemand erinnert sich daran, als die Post ein Monopol des Staates war. Der Zusteller war ein Postbeamter. Man kannte ihn und respektierte ihn. Er verdiente genug, um in Urlaub zu fahren, eine Familie zu ernähren und ein Auto zu kaufen. Und die Pension im Alter erlaubte ihm einen ruhigen und beschaulichen Lebensabend. Die Post arbeitete kostendeckend, Verluste deckten Steuern ab, Gewinne kamen dem Staat, also der Allgemeinheit zugute.
Dann kam die Privatisierung. Alles sollte billiger, schneller, günstiger für den Kunden werden. Heute fahren fünf halbleere Diesel-Lieferfahrzeuge bei den gleichen Häusern vor, die Zusteller (vielleicht außer im Fall von DHL, dem Post-Nachfolger) erhalten ein so geringes Gehalt, daß sie kaum davon in der Lage sein werden, eine ausreichende Rente damit aufzubauen. Und ist etwas billiger geworden? Nur für Großkunden, nicht aber für den ehemaligen Postkunden, der sich heute beim Aufgeben einer etwas ungewöhnlichen Sendung mit einer schlecht bezahlten Mindestlohnaushilfe herumschlagen muß, die keine Ahnung hat, was sie mit dem Kunden anfangen soll.
Der Fortschritt besteht darin, daß die Investoren in die Zustellorganisationen die Mitarbeiter so ausbeuten, daß sie einen Profit erwirtschaften.

"Die sog. Bahn- und die sog. Postreform belegen, daß Hauptnutznießer der Teil- bzw. Privatisierung beider Bundesunternehmen die neuen Aktionäre sind. Beschäftigten und Kunden der vormaligen Staatsunternehmen bescherte der Privatisierungsprozeß hingeben vornehmlich gravierende Nachteile"
Butterwegge weist in seinem Buch nach, daß nicht nur der Kunde Nachteile erleidet und, wie oben offensichtlich wird, die Privatisierungen oft gravierende Umweltsünden verursachen, sondern auch ein Verzicht der Verantwortung des Gemeinwesens für sozial Schwächere.
"Durch die Verlagerung von Kompetenzen, Regulierungsfunktionen und Kontrollbefugnissen auf den Privatbereich trug die liberal-konservative Bundesregierung dazu bei, die öffentliche Sphäre zu schwächen und alle Lebensbereich prinzipiell für Markt-, Preis- bzw. Konkurrenzmechanismen zu öffnen, auch solche, die bisher dem Zugriff kommerzieller Betreiber aus guten Gründen entzogen worden waren."
Und am Ende wundern sich die Parteien, warum die Transferzahlungen explodieren, die Politikverdrossenheit zunimmt und die Vermögens- und Einkommensschere immer weiter auseinander klafft.
Obwohl die Feststellungen von Butterwegge durch zahlreiche, aber selten veröffentlichte Untersuchungen belegt werden, soll es immer weiter gehen mit der Privatisierung, während in Großbritannien die Labour-Regierung vielleicht die nächsten Wahlen mit der Ankündigung gewinnen wird, die Eisenbahnen des Landes wieder zu vergesellschaftlichen.
Daß sogar die Bundeskanzlerin Angela Merkel sich ganz offen nicht am Grundgesetz orientiert, wird durch widersprüchliche Aussagen deutlich. Sie erklärte auf der CDU-Regionalkonferenz in Berlin-Brandenburg im Jahr 2010:
"*Wir fühlen uns dem christlichen Menschenbild verbunden, das ist das, was uns ausmacht.* Wer das nicht akzeptiere, *der ist bei uns fehl am Platz*."
Im Grundgesetz steht nur nichts vom christlichen Menschenbild. Dort sind humanistische Werte und solche aus den Menschenrechten genannt. Die NachDenkSeiten veröffentlichen auch eine Liste der GG-Artikel, die das Menschenbild definieren.
"In der Präambel sprechen die Gründungsväter und eine Gründungsmutter davon, daß sich das Deutsche Volk das Grundgesetz *in seiner Verantwortung vor Gott* gegeben habe, doch diese Anrufungsformel bezieht sich nicht auf den Gott des Christentums und schon gar nicht auf einen bestimmten konfessionellen Gottesbegriff. Sonst wären etwa auch die Anhänger jüdischen Glaubens bei uns *fehl am Platze*."
Das Grundgesetz spricht sogar ausdrücklich von Religionsfreiheit, und diese Äußerung der Kanzlerin wäre eine deutliche Verletzung der Glaubensfreiheit.
Dann wieder, ein paar Jahre später erklärt Merkel sinngemäß das Gegenteil, indem sie sagt: "Das Volk ist jeder, der in diesem Land lebt".
Die unverdächtige Neue Zürcher Zeitung schreibt dazu:
"Vom *deutschen Volk* zu sprechen ist immer noch nicht frei von historischem Ballast und wird es eventuell nie sein. Angela Merkel versucht seit geraumer Zeit eine Ära des Post-Nationalismus einzuläuten (etwa auch, indem man das Fußball-Nationalteam als *Die Mannschaft* bezeichnet; man denke außerdem an das Fähnchen-Video, das in sozialen Medien als Symbol für ihre *antideutsche* Gesinnung steht)."
Nun deckt sich rein staatsphilosophisch der Begriff des Staatsvolkes nicht unbedingt mit dem Inhalt der Definition, wer Deutscher ist, den man in Artikel 116 des Grundgesetzes findet. Trotzdem wäre es naheliegend gewesen, diesen bei der Beschreibung eines "Deutschen" heranzuziehen.
"Deutscher im Sinne dieses Grundgesetzes ist vorbehaltlich anderweitiger gesetzlicher Regelung, wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt oder als Flüchtling oder Vertriebener deutscher Volkszugehörigkeit oder als dessen Ehegatte oder Abkömmling in dem Gebiete des

Deutschen Reiches nach dem Stande vom 31. Dezember 1937 Aufnahme gefunden hat."<<
Auf der Webseite "https://kenfm.de …" des deutschen Journalisten Ken Jebsen erschien am 20. Januar 2019 folgender Bericht über Deutschlands Scheindemokratie (x1.014/…): >>**Finis Germania oder: Deutschlands Demokratie ist verloren - Teil 9**
von *Jochen Mitschka*
… Und im neunten und letzten Teil zeige ich auf, warum wir in diesem System rein gar nichts dagegen unternehmen können, daß der Geist des Grundgesetzes nur noch ein Potemkinsches Dorf ist.
Wir können nichts dagegen tun
Koschnik erklärt im achten Artikel seiner Artikel-Serie, daß die heute sichtbare repräsentative Demokratie eine Scheindemokratie "im Gehäuse einer vollwertigen Demokratie" wäre. Oder wie ich sagte, ein Potemkinsches Dorf. Er geht noch weiter und behauptet, daß die Parlamente nichts zu entscheiden hätten, was nicht längst entschieden wäre, und daß die Wahlkämpfe zu "verbaler Schaumschlägerei" verkamen.
Auch die Parteitage, die früher einmal die Willensbildung in der Partei abgebildet hatten, wurden seiner Meinung nach "zu nichtssagenden Veranstaltungen", die in erster Linie für das Fernsehen zugeschnitten werden.
Arnulf Baring, auch von Koschnik angeführt, geht so weit, seine Verachtung für Parteitage auszudrücken. Auf die Frage, warum Angela Merkels Kurs auf den Parteitagen regelmäßig Bestätigung finden würde, antwortet er:
"Das liegt doch nur daran, daß Parteitage streng hierarchisch von oben nach unten durchorganisiert sind. Es gelingt kaum einem Kritiker, als Delegierter zu einem Parteitag entsandt zu werden. CDU-Parteitage sind mittlerweile Veranstaltungen, wie wir sie aus ehemals kommunistischen Ländern kennen. Das Machtbewußtsein der Kanzlerin zeigt sich übrigens auch darin, daß sie nur zweitklassige Politiker um sich schart, die ihr nicht zu widersprechen wagen."
In diesem Artikel von Koschnik bestätigt er auch meine Feststellung, daß Deutschland ein Parteienstaat ist, und daß alle Staatsgewalt von der Parteienoligarchie ausgeht. Er verweist auf eine Aussage von Weizsäcker, der schon 1982 meinte, daß "sie (Anmerkung des Autors: die Parteien) sich den Staat zur Beute gemacht haben".
Koschnik stellt fest, daß die Macht sich verselbständigt hat und das Volk keinen Einfluß mehr einbringen kann. Er erklärt, daß wir in einer Postdemokratie leben.
Was, wie ich bereits feststellte, logischerweise dazu führt, daß Wahlen sinnlos werden - reine Schauveranstaltungen, um dem Wähler das Gefühl zu geben, daß ER für die Politik verantwortlich ist.
Koschnik sieht einen weiteren Grund für Wahlen. Er sagt, es gehe darum die Loyalität der Massen zu erhalten, um den demokratischen Schein zu bewahren. Bei der Exekution der Politik nach den Wahlen hätte die Regierung mit den "Akteuren aus der Wirtschaft" zu tun. Mit den Wählern beschäftige man sich nach den Wahlen nicht mehr.
Ich denke, daß eine Renaissance der Werte benötigt wird, die mindestens das deutsche Grundgesetz und seinen ursprünglichen Geist wieder zum Vorschein bringt. Während die Neue Rechte nur scheinbar einen Bezug zum Grundgesetz herstellt, um das herrschende System zu kritisieren, hat die Neue Linke mit ihrer Anbiederung an ein hegemoniales Imperium, in der Hoffnung einer Erfüllung ihrer antinationalen Träume, das Grundgesetz ebenfalls nur noch als Werkzeug der Kritik.
Und die vielbeschworene "Mitte" ignoriert das Grundgesetz bei eigenen Entscheidungen, setzt es aber noch als Werkzeug ein ("freiheitlich demokratische Grundordnung"), um politische Gegner zu bekämpfen. Aber auch die Parteien sind nicht allmächtig. Sie sind nur eine Fraktion der neuen Aristokratie, es gibt noch andere wichtige Mitspieler bei der Ausformung der Macht.

Koschnik schreibt dazu: "In allen entwickelten Demokratien schwächen Heerscharen von Lobbyisten Gesetzentwürfe ab und blockieren oder zerstören sie gleich ganz. Sie führen ihre Kämpfe im Dunkeln und jenseits aller Öffentlichkeit und haben immensen Einfluß auf Steuern, Gesundheitswesen, Umweltgesetzgebung - der Teufel steckt in den Details, nur sind es milliardenschwere Details, die den demokratisch gewählten Politikern längst aus der Hand geglitten sind. Eine Politik, die noch am Gemeinwohl orientiert ist, gibt es nicht mehr."
In Berlin arbeiten 5.000 Lobbyisten und bei der EU sogar 15.000. Sie haben direkten Zugang zu den Parlamentariern, Ministerialbeamten, ja Ministern und sogar zur Bundeskanzlerin. Aber so wie schon früher Vertreter einer Aristokraten-Fraktion zu einer anderen übergetreten waren, so ist die Drehtürpolitik so lebhaft und dreht sich die Tür so schnell, daß den Protagonisten eigentlich schwindelig werden müßte. Allerdings dreht die Tür meist in eine Richtung. Mit Ausnahme von Bankern, die in der EU mit Vorliebe als nie gewählte Technokraten Regierungen vorgesetzt werden. Aber das wäre ein separates Thema.
Der Wechsel von der Wirtschaft in die Politik findet der FAZ zufolge weniger oft statt als umgekehrt. Eigentlich verständlich, denn die Wirtschaft benötigt das Know-how der Abläufe, die Kontakte, die Informationen, wie und wo Entscheidungen gefällt werden, wo Gesetze anfallen, und natürlich die "guten Beziehungen" der Politiker.
Alles Dinge, die der Politiker seinem Amt, nicht seinen Fähigkeiten verdankt. Was aber offensichtlich nicht als Vorteilsnahme angesehen wird und auch nicht seine Ruhestandsbezüge aus dem politischen Amt schmälert.
Während die Politiker ja bereits ganze Heerscharen von Lobbyisten haben, die ihnen alle möglichen Informationen über ihre Industrien gerne zukommen lassen, haben sie es bisher in Deutschland geschafft, Forderungen nach einer wirksamen verpflichtenden "Abkühlphase" abzulehnen.
Denn nach einer solchen von drei Jahren wäre der Vorteil des abgelaufenen Amtes hinfällig geworden. Lobbycontrol fordert genau diese Abkühlphase von drei Jahren für Kanzler, Minister, Staatsminister, parlamentarische und beamtete Staatssekretäre sowie für Abteilungsleiter. Bisher vergeblich. Und das, obwohl die Herrschaften auch nach ihrem Amt und ohne neue Anstellung über eine gesicherte Altersversorgung verfügen.
Die Behauptung, die neuen Arbeitgeber würden die neuen Top-Mitarbeiter wegen ihrer fachlichen Kompetenz einstellen, kontert Heiner Thorberg: "Für den Frankfurter Headhunter Heiner Thorberg dagegen geht es um Lobbyismus. *Damit kauft man sich vermeintlich gute Beziehungen in den öffentlichen Bereich dazu,* sagt er. Anders sei nicht zu erklären, daß man Mitarbeiter einstelle, die von Wirtschaft kaum Ahnung hätten."
Und natürlich haben diese Gruppen der Lobbyisten, der Lobbyverbände und natürlich die sie bezahlenden Organisationen der neuen Aristokratie, ebenfalls kein Interesse daran, daß sich irgend etwas ändert. Denn es ist viel einfacher ein paar tausend Mandatsträger zu manipulieren und Gesetze zu schreiben, als mit Öffentlichkeitsarbeit die Wähler zu überzeugen.
Koschnik geht so weit zu erklären, daß die Parteien eigentlich in der Hierarchie der Aristokratie unterhalb der Wirtschaft und ihrer Verbände rangieren würden. Er beschreibt, wie diese Gruppen geschickt die Gesetzgebung aushebeln und erklärt, daß die Politik dagegen hilflos ist.
"Nur der Staat könnte die Grenzen ziehen, innerhalb derer das Gemeinwohl und damit die Selbsterhaltung der Gesellschaft gesichert bleibt. An dieser Aufgabe ist er jedoch in den entwickelten Demokratien gescheitert. Und deshalb entgleitet ihm die Grundlage, auf der er seine Staatsgewalt ausüben darf. Der Staat gibt vor, im öffentlichen Interesse zu handeln und beansprucht deshalb das Gewaltmonopol.
Aber die Legitimität dieses Anspruchs ist erschüttert. Die Bürger entziehen ihm und seinen Repräsentanten das Vertrauen, sie fühlen sich in wachsendem Maße von Staat und Politik ver-

raten und verkauft. Nein, das ist schon nicht mehr wahr: Sie werden von ihm verraten und verkauft. Das ist nicht mehr bloß ein Gefühl, das ja trügen könnte."
Koschnik belegt mit vielen Details seine These. Dabei geht er besonders intensiv auf das Beispiel der Pharmaindustrie ein, aber beispielhaft auch auf die Hotel- und Gaststättenbranche, auf Versicherungen und andere. Die Verquickung der Politik mit der Rüstungsbranche fehlt in der Auflistung. Und gerade hatte sie in den Medien mit der wenig kommentierten Nachricht von sich Reden gemacht, Schadenersatz von der Regierung zu verlangen, weil diese einen vorläufigen (!) Exportstopp für Lieferungen nach Saudi-Arabien verhängt hatte.
Aber es gibt einen weiteren Grund, warum wir nichts ändern können. Nämlich die Verschuldung des Staates. Und Koschnik stellt fest, daß nur die repräsentativen Demokratien so grenzenlos verschuldet sind, wie wir es gerade beobachten.
"Denn es ist schon merkwürdig: Von den zehn oder zwanzig am stärksten verschuldeten Staaten der Welt sind alle entwickelte repräsentative Demokratien. Das kann man nicht bagatellisieren und als einen absonderlichen Zufall bezeichnen."
Der größte Sündenfall in der Verschuldung Deutschlands wurde zweifellos durch die Bankenrettung erzeugt. Wer über das Zusammenspiel von Lobbyisten und Politik informiert ist, wird sich natürlich nicht wundern, daß die Politik die Banken, statt die Anleger gerettet hat. Statt die Banker mit Gefängnis zu bestrafen, wie in Island, was praktisch nicht in den Schlagzeilen der deutschen Mainstreammedien vorkam, erhielten sie schon kurz nach der Rettungsaktion, die den deutschen Steuerzahler voraussichtlich mehr als 68 Milliarden Euro kosten wird, für riskante Transaktionen im globalen Finanzmarkt, besser gesagt im globalen Wettbüro, riesige Boni. Und dabei ist die Bankenkrise noch längst nicht gelöst.
"Die Folgen der Krise sind demnach auch nach zehn Jahren noch nicht bewältigt. Bund, Länder und Kommunen sind weiter damit beschäftigt, heimische Banken zu stützen."
Der Autor des vorstehend zitierten Artikels rechnet vor, daß eine vierköpfige deutsche Familie mehr als 3.000 Euro für die Pleitebanken bezahlt hatte. Unberücksichtigt blieben die indirekten Folgekosten durch Entlassungen, Konjunkturpakete usw. Aber das Geld wurde nicht bezahlt, es wurde gepumpt und enthemmte die Politiker bei der weiteren Schuldenaufnahme.
Während Koschnik über die zunehmende Verschuldung ausführlich berichtet, und auch erklärt, daß durch die Schuldenlast eine zunehmende Lücke bei der Erneuerung und Erschaffung der Infrastruktur entsteht, schreibt er wenig darüber, wohin die Zinsen der Schuldenlast fließen.
In den Medien findet man Schlagzeilen, wie Deutschland von der Schuldenkrise profitiert, nicht aber, wer der größte Nutznießer über Jahrzehnte war, als die Staaten, auch Deutschland, für die Kredite hohe Zinsen zahlen mußten.
"Grund ist, daß die Anleger deutsche Staatsanleihen als sogenannten sicheren Hafen betrachten. Das führt dazu, daß die Investoren Schuldverschreibungen der Bundesregierung auch dann kaufen, wenn die angebotene Verzinsung immer mickriger wird. Fast alle anderen Euro-Länder müssen hingegen immer höhere Zinsen anbieten."
Aber wohin flossen die Zinsen, die trotzdem noch gezahlt wurden? "Mit 32,8 Milliarden Euro waren die Zinszahlungen des Bundes im vergangenen Jahr nicht nur so niedrig wie seit 1993 nicht mehr. ..." Und wohin flossen die hunderten von Milliarden Zinsen in den Jahrzehnten davor?
Er schreibt nichts von der Geldschöpfung. Denn das Geld, was der Staat sich leiht, ist durchaus nicht das Eigentum eines Anderen.
"Der Zins setzt sich aus vier Komponenten zusammen. Zum einem enthält der Zins die Bearbeitungsgebühr. Dazu kommt die sogenannte Liquiditätsprämie. Die Banken erheben sie, weil sie ein Prozent der Kreditsumme mit Zentralbankgeld absichern müssen."
Mit anderen Worten: Die Banken, die dem Staat Geld leihen, erhalten Zinsen für 100 % des

Betrages, müssen aber nur 1 % (bis 3 %) der Summe mit Zentralbankgeld absichern. Der Kredit, der dann auf dem Konto des Gläubigers gutgeschrieben wird und der Bank zurück zu zahlen ist, erhöht - wenn die Bank den Kredit zurück erhält - das Vermögen der Bank um 99 % der Kreditsumme. Wer es nicht glaubt, kann sich ein Video anschauen.
Nun wird man sich fragen, warum nicht die Zentralbanken der Länder das Geld schöpfen und die Kredite direkt an die Staaten vergeben, was auch eine viel bessere Kontrolle der Geldmenge ermöglichen würde. Nun die Antwort ist einfach: "Die direkte Vergabe von Krediten an die öffentliche Hand durch die Zentralbank ist im Euroraum seit der zweiten Stufe der Europäischen Währungsunion von 1994 verboten, d. h. der Staat muß sich Geld bei Geschäftsbanken bzw. am Rentenmarkt leihen."
Sie fragen nun, warum tatsächlich die privaten Banken immer reicher werden, während der Staat immer ärmer wird, warum es dieses Verbot der Geldschöpfung durch den Staat gibt? Wenn Sie so weit gekommen sind, gelang Ihnen ein großer Schritt. Eine solche Geldschöpfung in öffentlicher Hand fordert zum Beispiel ein Buch von Joseph Huber und James Robertson.
"Das Prinzip der Reform ist einfach. Sie besteht aus zwei Teilen:
1. Die Zentralbanken schöpfen den Betrag an neuem Geld, der nach ihrer Einschätzung zur Erhöhung der Geldmenge notwendig ist. Dieser Betrag besteht sowohl aus Bargeld als auch aus unbarem Geld. Er wird den Regierungen als Staatseinnahme zur Verfügung gestellt. Man nennt diesen Geldschöpfungsgewinn zu Gunsten der öffentlichen Hand *Seigniorage*. Die Regierungen bringen das neue Geld durch öffentliche Ausgaben in Umlauf.
2. Es wird nicht mehr möglich sein, daß neues Geld als gesetzliches Zahlungsmittel an anderer Stelle geschöpft wird. Den Geschäftsbanken wird die Möglichkeit entzogen, per Kreditvergabe neues, unbares Geld zu schöpfen, so wie sie das heute praktizieren. Ihre Rolle bei der Kreditvergabe wird auf die Vermittlung von Darlehen auf der Grundlage von bereits vorhandenem Geld beschränkt. Wir nennen diese Reform der Geldschöpfung *Vollgeldreform*." …
In dem Buch werden alle Behauptungen mit denen das Verbot der Geldschöpfung in öffentlicher Hand begründet wurde widerlegt und es wird klar, wie das Establishment der Herrschenden es schaffte, die Umverteilung von unten nach oben sogar gesetzlich zu verankern. Ohne eine Reform der Geldpolitik ist jeder Versuch einer fairen Gesellschaftsordnung zum Scheitern verurteilt.
Zinsen, dank Zinseszinsen, lassen ein Vermögen exponentiell wachsen; was dazu führte, daß Reiche immer reicher wurden, bis es zu der Niedrigzinsphase auf Grund der weltweiten Schuldenkrise kam; was uns wieder zurück bringt zu den Reformen. Denn nun will das Geld, das aus Luft erschaffen wurde und als Zahlen auf Konten ruht, irgendwie zu einem Sachwert werden.
Koschnik schreibt auch nicht, daß die internationalen Organisationen, die Kredite vergeben, inzwischen Länder durch diese Kredite beherrschen. Was deutlich wurde durch die Strangulierung Griechenlands durch die Troika. Diese Macht ist so groß, daß vollkommen unerheblich ist, wer die Politik des Landes bestimmen soll. Selbst die linke griechische Partei Syriza, angetreten mit dem Auftrag des Wählers, die alten Parteien abzulösen, aber auch die Troika abzuschütteln, hatte es nicht geschafft, selbst nachdem eine Volksbefragung ihr ausdrücklich den Rücken gestärkt hatte.
Die Dokumentation "Macht ohne Kontrolle - Die Troika" ist ein Edelstein investigativen Journalismus und hatte doch praktisch keinen Einfluß auf die Macht der Parteien und der Besitzenden, die diese Troika erschufen.
Daß die Lage hoffnungslos festgefahren ist, in einem Sumpf von Lobbyismus, Parteienproporz und Erhaltung des Scheins von Demokratie, beschreibt Koschnik am Beispiel der Zeitumstellung.

Heute weiß jeder, daß das zweimalige Hin und Her im Jahr überhaupt nichts nützt. Und das sind nicht nur Softwareingenieure, die jedes Jahr zwei Mal ins Schwitzen kommen. Koschnik zitiert Forscher, die weit darüber hinausgehen und aus Untersuchung von 120.000 Menschen herausgefunden haben, daß die Zeitumstellung das Rauchen, den Alkohol- und den Kaffeekonsum steigern läßt, zu Depressionen und Fettleibigkeit führt.
Außerdem wurde belegt, daß keinerlei Stromeinsparung realisiert werden konnte, was aus der Beobachtung des Stromverbrauches von sieben Millionen Haushalten errechnet wurde. Im Gegenteil stieg der Stromverbrauch um ein bis drei Prozent an. Was natürlich kaum durch zusätzliche Elektrogeräte verursacht werden kann, weil dafür ersatzbeschaffte Geräte in der Regel weniger Strom verbrauchen. Koschnik bringt noch viele andere Fakten, die zeigen, daß die Zeitumstellung der Bevölkerung eindeutig schadet.
Natürlich konnte die Politik den Fehler, der schon am Anfang offensichtlich war, nicht zugeben. Statt dessen wurde von der EU eine Umfrage veranlaßt. Die Reaktion der Bevölkerung war so groß, daß die Server zusammenbrachen, und natürlich stellte sich heraus, daß die große Mehrheit für eine Abschaffung der Zeitumstellung war. Aber wie reagiert die Politik?
"Die Zeitumstellung in der EU wird doch nicht am 1. April 2019 abgeschafft. Ein neuer Termin könnte der 28. März 2021 sein. Ein "Flickenteppich an Zeitzonen" soll vermieden werden: Einige EU-Staaten erwägen die Zeitzone zu wechseln und wollen sich mit den Nachbarländern abstimmen."
"Die Märkte", die Parteien und die Medien arbeiten so Hand in Hand und sie beherrschen die öffentliche Meinung, wie sie nur zurzeit der "von Gott verliehenen" Monarchien dominiert war. Wir können nichts dagegen tun, außer aufzuschreiben, was passiert. Hoffentlich als Warnung für zukünftige Generationen, die vielleicht die Chance erhalten, nach einer großen Katastrophe doch noch einmal den Reset-Knopf zu drücken. Und so werden die Arbeiten von Rainer Mausfeld, Daniele Ganser und so vielen weniger bekannten Autoren vielleicht eines Tages so wirken, wie für vorhergehende Generationen die Gefängnisbriefe Antonio Gramscis. Eine Wirkung, die hoffentlich dann in der Zukunft mehr Wirkung zeigt.
"Man muß nüchterne, geduldige Menschen schaffen, die nicht verzweifeln angesichts der schlimmsten Schrecken und sich nicht an jeder Dummheit begeistern. Pessimismus des Verstandes, Optimismus des Willens." Antonio Gramsci - Gefängnishefte, H. 28, § 11, 2.232
Koschnik sieht auch keine Möglichkeit, dieses siechende System der repräsentativen Demokratie zu retten. Zu groß ist der Widerstand, auch kleinste Veränderungen an grundsätzlichen Fehlern zuzulassen. Er schreibt:
"Die endgültige Konsequenz wagen viele Menschen auch heute noch nicht zu Ende zu denken; denn die lautet: Der jämmerliche Zustand der Politik unserer Zeit ist die Folge des Niedergangs des demokratischen Systems. Er ist ein Systemfehler, der nicht zu kurieren ist, wenn man sich weiter weigert, ihn als solchen zu erkennen. Ob man ihn kurieren kann, wenn man ihn erkennt, ist auch alles andere als sicher. Denn wenn es ein veritabler Systemfehler ist, dann liegt er definitionsgemäß im System. Kurieren lassen sich dann vielleicht ein paar Symptome, so daß sich das Siechtum des Patienten verlängern läßt. Aber der Fehler im System läßt sich dadurch nicht aus der Welt schaffen."
Ich denke nicht wie Koschnik, daß die Demokratie insgesamt am Ende ist. Ich glaube vielmehr, daß die Pervertierung der Demokratie im Zusammenspiel mit dem, nach dem Wegfallen eines Konkurrenzsystems, sich ins Extreme gesteigerten Kapitalismus das Problem ist.
Noch ein Wort zu "den Anderen", die von unseren Politikern und Medien ja so gerne als minderwertig beschrieben werden. Systeme, denen man am besten mit Bomben den Garaus machen sollte.
Wenn Sie nun all dies gelesen haben sollten, sind Sie dann immer noch der Meinung, daß es einen großen Unterschied zwischen dem Ergebnis der Wahlen in Deutschland und zum Bei-

spiel den Präsidentschaftswahlen in Syrien gibt? Dort gibt es zwar mehrere Kandidaten, aber der Amtsinhaber hat in einem autoritär geführten Staat, der sich im Krieg befindet, natürlich einen enormen Amtsbonus. Wenn trotzdem eine hohe Wahlbeteiligung und ein hohes Wahlergebnis für den Präsidenten zu beobachten ist, ist das wohl eher ein Plebiszit, als eine Wahl. Aber was ist unsere Parteiendemokratie anderes?
Und wie sieht es mit den Wahlen im Iran aus. Ist nicht der Einfluß der Parteien in Deutschland das exakte Abbild des Einflusses der Mullahs im Iran, wenn auch mit anderen gesellschaftlichen und historischen Vorzeichen? Vielleicht hilft der Hinweis, daß die Iraner mit überwältigender Wahlbeteiligung in einem Referendum, nicht nur die erste Verfassung nach der Revolution von 1979 verabschiedet hatten, sondern auch eine folgende Verfassungsänderung - was Deutschen bis heute verwehrt wird. …<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 28. Januar 2019 (x887/...): >>**Steigende Gefahr eines Blackout**
Frankreichs Energieregulierungsbehörde CRE meldete europaweiten Abfall der Netzfrequenz auf 49,8 Hertz
Eine Verkettung unglücklicher Umstände hat in der ersten Januarhälfte zu einem deutlichen Abfall der Netzfrequenz im europäischen Stromnetz geführt. Die Regulierungsmechanismen konnten eine Verschärfung der Situation verhindern. Nichtsdestotrotz machte der Vorfall deutlich, wie anfällig das europäische Stromnetz geworden ist.
In einer Mitteilung hat die französische Commission de régulation de l'énergie (CRE) darauf hingewiesen, daß am Abend des 10. Januar die Frequenz im europäischen Stromnetz auf 49,8 Hertz abgesunken ist. Die normale Netzfrequenz liegt bei 50 Hertz. Die französische Energieregulierungsbehörde bezog sich auf Informationen des Netzbetreibers RTE. Dieser soll in der kritischen Situation am Abend des 10. Januar Großverbraucher in der Industrie automatisch veranlaßt haben, 1.500 Megawatt für 20 bis 45 Minuten "abzuwerfen".
Ein solcher "Lastenabwurf", das Abschalten von Stromverbrauchern bei Engpässen, gleicht einer Notbremsung. Ausgelöst wurde am 10. Januar die erste Phase eines mehrstufigen Prozesses. Bei einem weiteren Abfall der Frequenz unter 49 Hertz hätten die ersten Privathaushalte damit rechnen müssen, daß bei ihnen präventiv die Stromversorgung unterbrochen wird. Einen solchen Fall hat es in Frankreich vor zwölf Jahren gegeben. Damals wurde bei zehn Millionen Haushalten zeitweise die Stromversorgung unterbrochen.
Bei einer Netzfrequenz von unter 47,5 Hertz würde es schließlich zu einem flächendeckenden Stromausfall, einem so genannten Blackout kommen. Ein solcher Totalausfall gilt als sehr brisant. Verschiedene Netzbetreiber, aber auch Katastrophenschutzbehörden haben sich bereits mit der Frage beschäftigt, wie schnell die Stromversorgung wieder in Gang gebracht werden könnte, sollte es jemals zu landesweiten Netzzusammenbrüchen kommen. Untersuchungen aus der Schweiz und Österreich lassen vermuten, daß der Wiederaufbau der Stromversorgung nach einem flächendeckenden Ausfall eine Angelegenheit von Tagen, nicht von Stunden sein könnte.
Die nachträgliche Beurteilung des Vorfalls vom 10. Januar fiel sehr unterschiedlich aus. Nach Angaben der französischen Regulierungsbehörde bestand für das europäische Stromnetz eine Gefahr. Eine große österreichische Zeitung griff zu der Überschrift: "Europas Stromnetz stand am Rande des Totalausfalls".
Etwas gelassener gab sich der österreichische Übertragungsnetzbetreiber APG. Dieser verneinte, daß Europas Stromnetz knapp vor einer Katastrophe gestanden habe.
In der Tat hat sich gezeigt, daß der automatische Lastenabwurf funktioniert hat. Zudem gelang die Netzstabilisierung auch schon auf einer relativ niedrigen Eingreifstufe. Erneut gezeigt hat sich allerdings auch, wie eine Verkettung unglücklicher Umstände schnell zu einer Krisensituation im europäischen Stromnetz führen kann.

Der Verband der europäischen Übertragungsnetzbetreiber Entso-E ist routinemäßig nach dem Frequenzabfall im kontinentaleuropäischen Übertragungsnetz auf die Suche nach den Ursachen gegangen. Vom Netzbetreiber Tennet Deutschland wurde eine Fehlmessungen auf einer Strecke an der Grenze zu Österreich gemeldet. Dieser Fehler wird jedoch mittlerweile nicht mehr als Ursache betrachtet. Als ein Faktor wird dagegen ein Ausfall in einem spanischen Kraftwerk gesehen. Eine Rolle gespielt hat am 10. Januar offenbar auch ein Frequenzabfall durch den Stromhandel.
Wissenschaftler des Max-Planck Instituts für Dynamik und Selbstorganisation sowie der TU Dresden haben sich bereits mit diesem Phänomen beschäftigt. Die Forscher stellten im europäischen Stromnetz starke Schwankungen in einem Takt von 15 Minuten fest. Im gleichen Rhythmus stimmen sich die Erzeuger auf dem europäischen Strommarkt ab, wie viel sie in das Netz einspeisen.
Auch bei einem internationalen Vergleich machten die Forscher eine interessante Entdeckung. So wurden im vergleichsweise kleinen Stromnetz des Vereinigten Königreiches stärkere Schwankungen festgestellt als im vergleichsweise großen der Vereinigten Staaten. Großbritanniens Stromversorgung ist allerdings auch wegen des Anteils des Wind- und Solarstroms interessant. Generell zeigen sich nämlich in Netzen mit einem größeren Anteil an erneuerbaren Energien zunehmende Schwankungen der Netzfrequenz.
Insbesondere für Deutschland haben diese Befunde eine große Bedeutung. Bereits beschlossen ist die Abschaltung der letzten Reaktorblöcke in deutschen Atomkraftwerken im Jahr 2022. Demnächst soll die sogenannte Kohlekommission auch einen Termin für den Ausstieg aus der Kohleverstromung nennen. Große Kraftwerke waren bislang die Grundlage der Frequenzstabilisierung im Stromnetz. Mit dem geplanten Ausbau der Wind- und Solarstromerzeugung wird deswegen die Instabilität weiter wachsen. Die politisch gewollte Zunahme der Elektromobilität wird sich in dieser Situation zu einer Belastungsprobe für das deutsche Stromnetz entwickeln.<<

Der Publizist und Buchautor Ramin Peymani berichtete im Januar 2019 über Greta und die Klimajugend (x1.087/…): >>**Die Kindersoldaten des Ökologismus**

Die kleine kranke Greta wird weltweit als Ikone der Umweltbewegung herumgereicht und niemand stört sich daran. Die selbsternannten Guten, die sich zu recht empören, wenn in anderen Teilen der Welt Terroristen Kinder als menschliche Schutzschilde benutzen, mißbrauchen das Mädchen mit den geflochtenen Zöpfen nun für ihre eigene totalitäre Ideologie.

Ein Kommentar von *Ramin Peymani*

Greta Thunberg ist eine schwedische Schülerin. Keine ganz normale, aber dazu später mehr. Noch vor Jahren hätte niemand Notiz von ihr genommen. Doch die Zeiten haben sich geändert. Das Mädchen aus Stockholm, das mit seinen 16 Jahren aussieht wie zwölf, wird von der internationalen Presse gefeiert. Dabei hat Greta gar nichts Besonderes getan. Sie hat uns in ihrer pubertierenden Kindlichkeit einfach nur wissen lassen, daß sie sich fürchtet, weil wir ihr angeblich die Zukunft stehlen.
Jeder von uns hat das durchgemacht: Wir haßten die Erwachsenen, manchmal sogar unsere Eltern, fühlten uns ungeliebt und unverstanden. Von einem auf den nächsten Moment färbte sich die rosarote Welt in ein tristes Grau, um kurz darauf wieder strahlend hell zu leuchten. So ist das eben in der Pubertät. Normalerweise legt sich das irgendwann. Nicht so bei Greta. Sie lebt ihre Stimmungsschwankungen bis zum Exzeß aus. Und das seit vielen Jahren.
Mit elf hörte sie auf zu sprechen und zu essen, um ihre Familie zu zwingen, sich der Öko-Hysterie des grünen Panikorchesters zu unterwerfen. Sie wurde depressiv und steigerte sich in Zwangsneurosen, die sich zu psychischen Störungen auswuchsen. Später diagnostizierte man bei ihr das sogenannte Asperger-Syndrom. Ein schwer krankes Kind, das verantwortungsvolle Eltern schützen würden - vor sich selbst und dem Rest der Welt. Statt dessen gestatten die

Opernsängerin Malena Emman und der Schauspieler Svante Thunberg, daß Reporter und Öko-Lobbyisten ihre Tochter vor Kameras und Mikrofone zerren und sie auf diese Weise in ihren Zwangsstörungen noch bestärken.
Ähnlich den Nationalsozialisten, schicken die "Umweltaktivisten" in ihrem gnadenlosen Kampf um den Endsieg inzwischen auch Kinder an die Front.
Die kleine kranke Greta wird weltweit als Ikone der Umweltbewegung herumgereicht und niemand stört sich daran. Die selbsternannten Guten, die sich zu recht empören, wenn in anderen Teilen der Welt Terroristen Kinder als menschliche Schutzschilde benutzen, mißbrauchen das Mädchen mit den geflochtenen Zöpfen für ihre totalitäre Ideologie. Denn so ehrenwert das Anliegen des Umweltschutzes grundsätzlich ist, haben sich dessen Verfechter schon lange vom Ursprungsgedanken entfernt.
Den "Umweltaktivisten" von heute geht es um nicht weniger als die Weltherrschaft. Und sie scheinen zu allem entschlossen. Ähnlich den Nationalsozialisten, schicken sie in ihrem gnadenlosen Kampf um den Endsieg inzwischen auch Kinder an die Front, nachdem sie in Kitas und Schulen jahrelang links-grüne Kindersoldaten ausgebildet haben. Immer seltener trifft man auf Jugendliche, die sich einen kritischen Blick auf eine Sekte bewahrt haben, die erschreckende Parallelen zu Scientology aufweist. Diese wird von der eng mit ihr verflochtenen Politik unterstützt, weil Regierungen weltweit die Öko-Bewegung als Herrschaftsinstrument entdeckt haben.
Würde sich Klein-Greta vor der fehlgeleiteten Migrationspolitik ihres Heimatlandes fürchten, hätten wir nie von ihr gehört. Vermutlich wäre sie in der Psychiatrie gelandet. Doch Greta fürchtet sich vor der Umweltzerstörung. So etwas liebt die Journaille! Und so verbreitete sich im Spätsommer die Nachricht wie ein Lauffeuer, daß die Schülerin beschlossen hatte, aus Protest freitags nicht mehr zum Unterricht zu erscheinen. Der Presserummel hat inzwischen Zehntausende dazu angestiftet, ebenfalls die Schule zu schwänzen.
Eltern, bei denen die ökofaschistische Dauerindoktrinierung bisher keinen Erfolg gezeigt hat, sollen über ihre Kinder zur Systemtreue erzogen werden.
"Ich will, daß Ihr in Panik geratet", faßte die junge Schwedin ihre Kampfansage an die Erwachsenen in einem ihrer maliziösen Auftritte zusammen. Angst und Schrecken zu verbreiten, gehört zu den Wesenszügen des Faschismus. Jeder soll wissen, was ihm blüht, wenn er ausschert. Die Strategie der Ökofaschisten ist allerdings äußerst perfide: Eltern, bei denen die Dauerindoktrinierung bisher keinen Erfolg gezeigt hat, sollen über ihre Kinder zur Systemtreue erzogen werden. Ihr Widerstand dürfte spätestens dann gebrochen sein, wenn sich ihre Kinder gegen sie wenden, so das Kalkül.
Auch Gretas Eltern sperrten sich anfangs gegen die Verrücktheiten einer damals Achtjährigen, die ihre eigene Familie zu terrorisieren begann. Es wäre interessant zu verfolgen, wie viele Schüler den Rattenfängern noch hinterherliefen, würde man die Forderungen der grünen Sekte konsequent umsetzen. Kein Auto, mit dem man mal schnell zum Ballettunterricht gefahren werden könnte, keine Smartphones, für die Kinder metertief nach seltenen Erden buddeln müssen, und keine Flugreisen in den Robinson Club auf Fuerteventura.
Statt Designer-Klamotten gäbe es nur noch fair Gehandeltes aus "One-World-Läden", in denen man ganz sicher einen warmen grauen Wollpullover fände, der wegen der herunter gedrehten Heizung von Oktober bis April ohnehin benötigt würde. Beim Essen hieße es, sich schleunigst an eine vegane Ernährung zu gewöhnen. Natürlich würde die Umstellung auf Bio-Kost die Haushaltskasse arg strapazieren, was eine spürbare Taschengeldkürzung nach sich zöge. Die Welt wäre trotzdem nicht gerettet. Und das Klima muß niemand retten. Retten wir lieber unsere Kinder vor der Klimajugend.
Dieser Beitrag erschien zuerst auf dem Blog des Publizisten Ramin Peymani "Liberale Warte"
…<<

Das deutsche Onlinemagazin "Rubikon" berichtete am 2. Februar 2019 (x1.058): >>**Das Wundermittel**

Direkte Demokratie hat das Potential, unsere siechende Demokratie zu heilen.

von *Fabian Sarbach*

Wie soll es weitergehen auf dem blauen Planeten? Braucht es einen radikalen Wechsel des Systems, einen kathartischen Crash oder gar eine Revolution? Gegen Politikerverdrossenheit und Visionslosigkeit empfehle ich ein altbewährtes Hausmittel aus der Schweiz: "direkte Demokratie". Über Risiken und Nebenwirkungen lesen Sie bitte folgenden Artikel und fragen Sie NICHT Ihren Abgeordneten oder Qualitätsjournalisten.

1. Wann ist die Einnahme von "direkte Demokratie" angebracht?

Bei Volksempörung, Demonstrationsbildungen, Gewaltanwendungen, Rezeptlosigkeit oder allgemeinen politischen Problemen erzielt "direkte Demokratie" gute Erfolge. Zudem macht Abstimmen Spaß und fördert die Lebenszufriedenheit. Vor der Einnahme von "direkte Demokratie" wird gewarnt, wenn Sie selbstherrlicher Politiker, Lobbyist oder Kriegstreiber sind. In diesen Fällen raten wir Ihnen auszuwandern.

2. Welche Formen von "direkte Demokratie" gibt es?

In der Schweiz unterscheiden wir auf Bundesebene zwischen Initiative und Referendum. Will die Regierung Änderungen an der Verfassung vornehmen, muß zwingend eine Volksabstimmung durchgeführt werden. Dies nennt man obligatorisches Referendum. Andere Beschlüsse der Regierung unterliegen dem fakultativen Referendum: Werden innerhalb von 100 Tagen mindestens 50.000 Unterschriften gesammelt, stimmt das Volk über die Gesetzesänderung ab. Beispiele gefällig? Der Kauf von Kampfflugzeugen: abgelehnt 2014, der Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum EWR: abgelehnt 1992 oder die Einführung der umlagefinanzierten solidarischen Altersrente: angenommen 1948.

Ganz anders ist es bei der Initiative: Hier kann jeder Bürger oder jeder Verein ein eigenes Anliegen formulieren. Sofern gewisse Regularien eingehalten werden, sind der Phantasie keine Grenzen gesetzt: bedingungsloses Grundeinkommen, Änderung des Geldsystems, Bekämpfung von exorbitanten Managerlöhnen - diese Initiative wurde unter dem Titel "Abzockerinitiative" sogar angenommen! - oder der Bau eines neuen Alpentunnels. Kommen in 18 Monaten 100.000 Unterschriften zusammen, kommt es zur Abstimmung. Unterschriften können überall gesammelt werden: am Bahnhof, in der Einkaufsmeile oder per Post.

Die meisten Initiativen werden allerdings abgelehnt. Von insgesamt bisher 215 Initiativen wurden lediglich 22 angenommen, zum Beispiel das Verbot von Gentechnik, der Baustopp von Atomkraftwerken oder die Ausschaffung krimineller Ausländer. Aber auch abgelehnte Initiativen entfalten ihre Wirkung. Sie setzen die Regierung unter Druck und lösen eine öffentliche Debatte aus. So wurde etwa 2018 die Initiative "Geldschöpfung in öffentliche Hand" zwar abgelehnt, bewirkte aber eine breite öffentliche Debatte über dieses sonst völlig unbeleuchtete Thema.

3. Wie wirkt "direkte Demokratie" und wann wird sie angewendet?

Direkte Demokratie hilft, Diskrepanzen zwischen Regierung und Volkswillen abzubauen und belebt den politischen Dialog. Sie vertieft die politische Diskussion und erhöht die Teilnahme der Bevölkerung an politischen Themen. Sie ermöglicht, Anliegen aus der Bevölkerung zu diskutieren, und verpflichtet die Regierung auf eine bürgernahe und transparente Kommunikation. Sie wirkt gegen parlamentarischen Lobbyismus und Größenwahn von Politikern.

Zudem fördert sie die Erhaltung regionaler Selbstbestimmung. Fast immer wenn das Volk darüber abstimmt, Kompetenzen nach oben zu verlagern - von der Gemeinde zum Kanton, vom Kanton zum Bund oder vom Bund zur EU -, ist die Antwort die gleiche: NEIN. So kommt es, daß die Schweiz sehr dezentral organisiert ist.

Wußten Sie, daß in der Schweiz jedes Dorf die Höhe der Gemeindesteuern selber festlegen

darf und über den Bau und Unterhalt von Straßen, Schulhäusern et cetera selber bestimmt? Vielleicht sind auch deshalb die Steuern so niedrig. Meist wird darüber sogar an der Gemeindeversammlung abgestimmt und anschließend mit dem Gemeindepräsidenten bei einem Glas Wein diskutiert. Ein Schweizer ist in erster Linie Bürger seines Dorfes - und die Landeshauptstadt ist weit weg.

4. Welche Risiken und Nebenwirkungen treten bei "direkte Demokratie" auf?

Politiker klagen bisweilen über Machtverlust und Egoprobleme. Das Führen von Kriegen wird sehr erschwert. Die Schweiz hat seit über 200 Jahren an keinem Krieg mehr teilgenommen, was man von Deutschland leider nicht behaupten kann. Bisher sind keine gravierenden Nebenwirkungen von "direkte Demokratie" bekannt. Die drei dümmsten Einwände gleich vorweg:

"Direkte Demokratie führt zur Todesstrafe". Das ist häufig zu hören, obwohl in der Schweiz natürlich keine Todesstrafe existiert. Das Denkmuster dahinter ist einfach: Ich selber bin ein aufgeklärter Humanist, aber mein Nachbar ist rachsüchtig und irrational, also wird er für die Todesstrafe stimmen. "Das Volk ist verführbar und dumm". Das ist ein häufiger Streitpunkt. Dabei wird scheinbar davon ausgegangen, daß die Herren und Damen Parlamentarier gegenüber Verführungen durch die ihnen zahlenmäßig weit überlegenen Lobbyisten gefeit wären! Zudem ist längst nicht jeder Parlamentarier ein Enkel oder eine Enkelin von Einstein oder Gandhi.

Zugegeben: Nicht jeder Staatsbürger hat eine Uni von innen gesehen, aber dafür von außen. Gesunder Menschenverstand und Lebenserfahrung wird jedenfalls noch an keiner Uni gelehrt.

"Direkte Demokratie löst auch nicht alle Probleme". Das stimmt, ist aber trotzdem ein dummes Argument. Direkte Demokratie führt nicht zum Paradies auf Erden, aber sie ist sicher ein Schritt in die richtige Richtung.

Überhaupt wird die über hundertjährige Tradition der direkten Demokratie in der Schweiz viel zu wenig zur Kenntnis genommen.

Bisweilen sind die Abstimmungsresultate sehr erstaunlich: Eine zusätzliche Ferienwoche für alle wurde ebenso abgelehnt wie eine Erbschaftssteuer für Millionäre - von der über 90 Prozent der Bürger profitiert hätten! -, die Arbeitsbefreiung am Nationalfeiertag wurde dann aber doch angenommen.

Kollisionen mit Menschen- und Völkerrecht sind in den bisher über 400 Abstimmungen ausgeblieben, bis auf eine Ausnahme: 2009 wurde die Abstimmung zum "Minarettverbot" angenommen. Gemäß dieser Initiative ist es in der Schweiz nicht erlaubt, Minarette zu bauen. Die vier (!) bereits bestehenden Minarette konnten allerdings stehen bleiben. Die Initiative wurde im Vorfeld so wenig ernst genommen, daß es keine Gegenkampagne gab und alle Umfragen deuteten auf eine Ablehnung.

Daß man am Morgen nicht gerne vom Muezzin geweckt werden möchte, mag zwar verständlich sein, ist aber politisch nicht korrekt. Diese Initiative hat international für Schlagzeilen gesorgt und wird gerne herangezogen, wenn die direkte Demokratie in Frage gestellt werden soll. Was allerdings selten dazu gesagt wird: Seither hat niemand in der Schweiz versucht, ein Minarett zu bauen.

Falls jemand dies versuchen würde, hätte er jedoch gute Chancen auf Erfolg: Das Bundesgericht hat bisher noch keine Rechtssprechung im Sinne der Initiative etabliert, weil noch nie geklagt wurde, und der Europäische Gerichtshof EuGH würde ein Minarettverbot wohl ebenfalls kippen. Viel Lärm um nichts also. Das Völkerrecht und die grundlegenden Rechte der Verfassung haben ohnehin Vorrang.

5. Wie wird "direkte Demokratie" eingenommen?

Bevor abgestimmt werden kann, kommt das eigentlich Wichtige: die öffentliche Debatte! Monatelang werden in den Medien Pro- und Contra-Argumente diskutiert. Im Fernsehen läuft

jeweils eine Extra-Sendung, in der Befürworter und Gegner exakt genau gleich viel Redezeit eingeräumt bekommen. Interessenverbände, Regierung und Lobbygruppen bringen sich ein. Nicht selten investieren interessierte Kreise Millionen in die Verbreitung ihrer Meinung - Initiativen gegen finanzstarke Kreise wie Banken und Waffen- oder Pharmaindustrie haben es deshalb besonders schwer. Besonders beliebt ist das Angstmachen: Wenn ihr falsch abstimmt, dann geht die Schweiz unter, also lassen wir doch lieber alles beim Alten!
Zu guter Letzt bekommen alle Stimmberechtigen das Abstimmungsbüchlein und die Wahlzettel zugeschickt. Im Abstimmungsbüchlein steht der Initiativtext und Befürworter und Gegner dürfen darin ihr Anliegen nochmals darstellen. Hier kann man alles noch einmal in Ruhe anschauen. Dann heißt es: Ausfüllen und ab in den Briefkasten oder die Wahlurne.
Nur selten traut sich das Volk, gegen die Meinungsmacht der Medien und Machteliten abzustimmen, aber es kommt vor!

6. Wann ist bei Einnahme von "direkte Demokratie" besondere Vorsicht geboten, darf "direkte Demokratie" auch an unerfahrene Völker abgegeben werden?

Diese Frage ist falsch gestellt. Natürlich haben nicht alle BürgerInnen Zeit und Möglichkeit, alle Abstimmungsfragen vollumfänglich zu studieren. In Parlamenten ist das aber nicht anders: Meist beschäftigen sich nur einige Ausschüsse mit den Details und das Plenum folgt dann den Empfehlungen der Partei. Wie schlecht Parlamentarier bisweilen über Abstimmungen informiert sind, ist oft erschreckend.
Die meisten WählerInnen verlassen sich zumindest teilweise auf die Meinung ihrer Vertrauensgruppen: Gewerkschaft, Partei oder Leitmedien. Allerdings müssen diese Meinungsmacher sich ihr Vertrauen immer wieder neu verdienen. So wurde 2009 ein Gesetz zur steuerlichen Entlastung von Unternehmen angenommen. Die Regierung hatte versprochen, die Steuereinnahmen würden nicht abnehmen. Die Folge waren aber massive Steuereinbußen und Sparmaßnahmen. Als das Parlament 2017 erneut mit einer "Unternehmenssteuerreform" antanzte, zeigte ihm das Wahlvolk die kalte Schulter: Wer einmal lügt …

7. Welche Dosierungen von "direkte Demokratie" gibt es?

Direkte Demokratie kann nur in der Dosierung 100 Prozent eingenommen werden. Jede Einschränkung der direkten Demokratie, welche über die Menschenrechte und das Völkerrecht hinausgeht, führt zu Verwässerung und Unterwanderung. Direkte Demokratie können Sie nicht in der Apotheke kaufen, sondern Sie müssen dafür mühsam demonstrieren - auch wenn es regnet!

8. Bei Fragen und Unklarheiten fragen Sie NICHT Ihre Politiker oder Staatsmedien

Auch in der Schweiz lassen sich Politikerinnen nicht gerne vom Volk reinreden. Allerdings traut sich niemand, die direkte Demokratie zu kritisieren. Als der ehemalige deutsche Bundespräsident Joachim Gauck der Schweiz einen Besuch abstattete und dabei öffentlich die direkte Demokratie kritisierte, von der er etwa so viel Ahnung hatte wie ein Frosch vom Fliegen, löste er einen Sturm der Entrüstung aus. Im deutschen Fernsehen wird das Thema - wenn überhaupt - nur mit einem klaren Frame verkauft: *Achtung, Gefahr!* Gerne wird die Minarettinitiative erwähnt und dazu bedrohliche Musik gespielt. Die 400 anderen Abstimmungen werden hingegen kaum erwähnt.
Direkte Demokratie gefährdet das Machtmonopol der Politiker und aus Sicht der Schweizerinnen ist das - frei nach Klaus Wowereit - "auch gut so".

Fazit

… Es reicht! Also: Transparent basteln, "direkte Demokratie" drauf schreiben und ab auf die Straße. … "Es ist an der Zeit!"

Fabian Sarbach studierte Philosophie in Basel (Master 2008), ist diplomierter Kirchenmusiker und Pädagoge. Er arbeitet als Lehrer und Organist, restauriert Flügel und Klaviere. Er ist verheiratet und hat drei Kinder, die er zu Hause unterrichtet. Fabian Sarbach versteht sich

als Teil der Menschheitsfamilie und glaubt an das Gute im Menschen. Er ist ein Feind von Ideologien und setzt auf die Kraft der freien Meinungsbildung- und Äußerung. In diesem Sinne setzt er sich für ein freies Geistesleben ein und hält die Normierung von Bildung im Sinne von PISA für eine schiefe Sache.<<

Die Online Zeitung "Epoch Times Deutschland" berichtete am 6. Februar 2019: >>**Wall Street Journal: Deutsche Öko-Planwirtschaft markiert "dümmste Energiepolitik der Welt"**

Von *Reinhard Werner*

In einem Kommentar der gesamten Redaktion wirft das Wall Street Journal der deutschen Regierung unter Bundeskanzlerin Angela Merkel vor, die "dümmste Energiepolitik der Welt" zu betreiben. Nach dem überstürzten Atomausstieg beseitige man nun auch den einzig verbliebenen zuverlässigen Energieträger.

Es kommt nicht oft vor, daß das "Wall Street Journal" (WSJ) im Namen der gesamten Redaktion einen vernichtenden Kommentar über das Gebaren politischer Entscheidungsträger eines Landes abgibt, das geopolitisch nicht als expliziter Gegner der USA gilt.

Um so bemerkenswerter ist der Kommentar vom 29. Januar 2019 zur Energiepolitik der deutschen Regierung, der in Anbetracht der Empfehlung der sogenannten Kohlekommission, bis 2038 aus dieser Form der Energiegewinnung komplett auszusteigen, von der "dümmsten Energiepolitik der Welt" spricht.

Zwar sei dumme Umweltpolitik in ganz Europa Routine, heißt es zu Beginn unter Hinweis auf die Treibstoffsteuern des französischen Präsidenten Emmanuel Macron, der damit die Proteste der Gelbwesten ausgelöst hatte. Der sich abzeichnende deutsche Verzicht auf Kohle übertreffe jedoch selbst diesen Maßstab noch problemlos.

Am eigenen Ast sägen

Nachdem die Führung in Berlin bereits bis dato unzählige Milliarden Euro für erneuerbare Energien verschwendet und europäischen Haushalten und Unternehmen mit die höchsten Energiepreise auferlegt habe, stelle Deutschland nun auch das Aus für die einzig zuverlässige Energiequelle in Aussicht, die dem Lande noch verblieben sei.

Derzeit werden 40 Prozent des im eigenen Land produzierten Stroms in Deutschland aus Kohle gewonnen, was, wie das WSJ anmerkt, der höchste Anteil im Norden Europas sei. Wenn sich die Regierung darüber beschwere, daß diese die Umwelt über Gebühr belaste, müsse sie sich die Frage stellen, warum sie dann über mehr als Jahrzehnt falsche politische Entscheidungen getroffen habe.

Dazu gehöre, daß Bundeskanzlerin Angela Merkel es durch eine einseitige Subventionierung unzuverlässiger Wind- und Sonnenenergie geschafft habe, für die Versorgungsunternehmen die Produktion von Erdgas attraktiv zu halten. Als sie im Jahr 2011 unter dem Eindruck der Ereignisse in Fukushima auch noch die "Energiewende" übers Knie gebrochen und das vorzeitige Aus für deutsche Atomkraftwerke verkündet hatte, sei das Zurückgreifen auf billigere, aber schmutzigere Kohle die logische Vorgehensweise gewesen, um "die Versorgungslücken zu füllen, wenn der Wind nicht weht oder die Sonne nicht scheint".

Importe aus Polen und Tschechien notwendig

Das WSJ macht unter Verweis auf Kritiker wie Karen Pittel vom Forschungsinstitut ifo in München darauf aufmerksam, daß Deutschland als Folge des Verzichts auf die Eigenproduktion von Kohle künftig eben solche aus Polen und Tschechien importieren werde. Um die Versorger für die vorzeitige Schließung von Kohlekraftwerken zu entschädigen, würden zusätzliche 40 Milliarden Euro zur Subventionierung erneuerbarer Energien aufgewendet werden müssen, wie auch die Regierungskommission selbst schätze.

Daß sich Merkel deren Ansinnen verschließen werde, davon geht das WSJ nicht aus. Das Blatt hat jedoch noch Hoffnungen hinsichtlich der Einsichtsfähigkeit ihres Amtsnachfolgers:

"Ihre Amtszeit als Kanzlerin wird jedoch lange vor dem Kohlestrom enden. Ihr Nachfolger wird Gelegenheit haben, Frau Merkels grüne Torheiten zu benennen, und Deutschlands geplagte Stromkunden sollten hoffen, daß dies der Fall ist."<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 22. Februar 2019: >>**Hütet euch vor falschen Propheten**

Störung der kollektiven Psyche: Wie eine aufgeklärte Gesellschaft in Infantilität umkippt

Thorsten Hinz

Die Rede der 16jährigen Greta Thunberg bei der Klima-Konferenz im Dezember 2018 in Kattowitz war eine Inszenierung für die Medien. Die seither als "Klima-Greta" bekannte Schülerin sprach vor fast leeren Stuhlreihen, wohingegen die Kameraeinstellung dem Fernseh- und Youtube-Publikum eine gespannt lauschende Zuhörerschaft suggerierte. Inhaltlich war die Ansprache so banal wie erwartbar und PR-orientiert:

Ein bezopftes Persönchen aus Schweden, eine Mischung aus Pippi Langstrumpf und autistischem Backfisch, ließ aus der Tiefe seines von Karrierebedenken und Zweckrationalismus unverdorbenen Herzens ein beschwörendes Weltrettungspathos entsprießen. Ähnliches wiederholte sich bei ihrem Auftritt im Januar dieses Jahres anläßlich des Weltwirtschaftsforums in Davos.

"Klima-Greta", die seit August 2018 in Stockholm mit freitäglicher Schulverweigerung gegen die Klimaerwärmung protestiert, ist weltweit zur Ikone für die "Fridays For Future-Schulstreiks", das heißt für demonstrierende, kreischende, hüpfende, plakatschwenkende Unterrichtsschwänzer geworden. Die Grünen-Wähler von morgen kündigen sich an.

Greta steht, wie man weiß, nicht für sich allein. Die Eltern, einschlägige NGOs und Stiftungen haben sich an sie geheftet. Mit Kinder- und jugendlichen Nachwuchsstars verbinden sich gewöhnlich kommerzielle Interessen, aber hier geht es auch um Politik. Auf den Parteitagen in den Ländern des Ostblocks traten stets uniformierte Halbwüchsige auf, die in feurigen Reden der Kommunistischen Partei für ihre Politik zum Wohle der Kinder dankten.

Danach traten sie wieder zurück in die Kulissen, denn als Individuen waren sie nicht gefragt. Furchtbare Ausnahmen gab es in der Hochphase des Stalinismus. In der Sowjetunion wurde der zwölfjährige Pawel Morosow, der mit seinem drei Jahre jüngeren Bruder Fjodor die halbe Familie und zahlreiche Dorfbewohner als Feinde der Sowjetmacht denunzierte und ans Messer lieferte, als "Heldenpionier" verehrt.

Auch Greta stellt bereits einen Machtfaktor dar. Die Umweltministerin der belgischen Region Flandern, Joke Schauvliege, mußte nach Kritik an der Schüleraktion zurücktreten. Sie hatte in öffentlicher Rede erklärt: "Ich kann Ihnen garantieren, daß ich nicht nur Geister sehe, sondern daß doch mehr dahintersteckt als nur eine spontane Solidaritätsaktion für unser Klima." Sie verabschiedete sich aus dem Amt mit den Worten, die Äußerungen seien ein Fehler gewesen, "aber keine Lüge".

Schon wird Greta als Quelle der Erkenntnis gehandelt. Kein Rundfunksender und keine Zeitung mochte darauf verzichten, ihre Kritik am deutschen Kohle-Kompromiß zu vermelden. Auch ihre Forderung, reiche Länder müßten die Emissionen jährlich um 15 Prozent reduzieren, ging durch die Medien. Unklar ist bislang, ob und wie sie das Nordstream-Projekt beurteilt. Als CDU-Generalsekretär Paul Ziemiak auf Twitter milde Kritik übte: "Oh, man ... kein Wort von Arbeitsplätzen, Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit. Nur pure Ideologie", und ein nachsichtiges "Arme Greta" hinterherschickte, erntete er Entrüstung. Eine Grünen-Politikerin nannte ihn sogar "unchristlich". Greta-Kritik als Sakrileg!

"Die Klimakrise hat endlich ihre Erzählerin gefunden", jubelte die Süddeutsche Zeitung. Ihre Eloge auf die kleine Schwedin legt unfreiwillig die verquere Logik der Greta-Jünger offen. Der Autor gibt zu, daß der Klimawandel sich nicht "mit Bestimmtheit vorhersagen" läßt und

die Hochrechnungen nur eine abstrakte Idee liefern.
Dies erlaube es den meisten Menschen, vor der Bedrohung die Augen zu verschließen und sich hinter Ausflüchten zu verstecken. "Insofern ist die Klimakrise auch eine Krise des Erzählens." Greta, die am Asperger-Syndrom, einer Variante des Autismus, leidet, sei der Fluchtweg versperrt. Ihr Gehirn sei "anders verdrahtet", weshalb sie zur exklusiven Konzentration auf die Fakten befähigt sei. Diese ließen sie den Klimawandel "als die existentielle Gefahr" begreifen, "die er ist". Sie benötige kein illustrierendes Narrativ dafür.
Nur geht es gar nicht um den "Klimawandel" als solchen, denn den hat es schon gegeben, als der Mensch noch gar nicht existierte. Es ist auch keine Frage mehr, daß der Umweltschutz und die Schonung der Ressourcen weiterentwickelt werden müssen. Der Streit dreht sich zum einen darum, ob die Erderwärmung tatsächlich durch menschliches Handeln verursacht ist. Die andere, daran anknüpfende Streitfrage lautet, ob die vorgeschlagenen oder ergriffenen Maßnahmen überhaupt Wirkung zeigen und in einem vernünftigen Kosten-Nutzen-Verhältnis stehen. Was kann der deutsche Kohleausstieg bewirken, wenn zur gleichen Zeit in China und Indien jedes Jahr Dutzende neue Kohlekraftwerke erbaut werden?
Zu den häufigen Symptomen der Asperger-Krankheit gehören gesteigerte intellektuelle Fähigkeiten auf einem begrenzten Gebiet. Die "Inselbegabungen" gehen mit der Unfähigkeit zur Kommunikation und zum Nachvollzug gegenteiliger Standpunkte einher. Auf die Frage von Spiegel Online, ob sie akzeptieren könne, daß andere Menschen andere Meinungen zum Klima haben, antwortete Greta: "Ich höre diesen Menschen zu. Doch das hier ist ein Schwarz-Weiß-Thema: Entweder besteht unsere menschliche Zivilisation fort - oder nicht. Es gibt kein Grau, wenn es um unser Überleben geht."
Ihre Kritiker täten ihr nur leid. Solche Aussagen lassen erahnen, wie ein Autismus, der durch die Außenwelt bestärkt und befeuert wird, in objektiven Fanatismus übergehen kann.
Am Ende kann auch Greta nicht liefern, was die versammelte Wissenschaft schuldig geblieben ist: den schlüssigen Beleg für die anthropogene Ursache des Klimawandels. Die Süddeutsche Zeitung setzt dennoch unter Berufung auf Gretas spezielle Hirnverdrahtung voraus, was wissenschaftlich unbewiesen ist. Greta Thunberg wird eine ähnliche Funktion zugeschrieben, die in vormodernen Gesellschaften von der weisen Frau, dem Orakel, der Pythia, der Sibylle, dem blinden Seher, dem Propheten wahrgenommen wurde.
Als Propheten bezeichnete der Soziologe Max Weber einen, "der Kraft seiner Mission eine religiöse Lehre oder einen göttlichen Befehl verkündet". Zugleich trägt er Züge eines "sozialethischen Lehrers", der die Mitmenschen "zur Schöpfung ethischer Ordnungen zu bestimmen sucht". Propheten sind dabei nicht nur die Künder, sondern selber Gefäße des Göttlichen.
Zu ihren Merkmalen zählt das Moment der Plötzlichkeit, mit der sie aus dem Nichts auftauchen - so wie Greta in Kattowitz. Das fügt sich ein in die Behandlung der Klimafrage als Zivilreligion, als die Abfolge von Schuld, Reue, Buße und Aussicht auf Vergebung. Speziell in Deutschland bietet sie die tröstende Ergänzung zur Holocaust-Religion, die jene Aussicht auf Vergebung und Entsühnung verweigert.
Vor über hundert Jahren rief der Dichter Stefan George, damals ein Mittdreißiger, den 15jährigen Maximilian Kronberger zur epiphanischen Erscheinung aus und rief einen ästhetisierten Maximin-Kult ins Leben. In seinem 1907 erschienenen Band "Der siebente Ring" ließ er seine Anhänger wissen: "Nun klagt nicht mehr - denn auch ihr wart erkoren - / Daß eure Tage unerfüllt entschwebt … / Preist eure Stadt die einen Gott geboren! / Preist eure Zeit in der ein Gott gelebt!"
Max Weber fragte spöttisch, was den Buben in Lederhosen denn als neuen Gott prädestiniere. Es handele sich um die rein private Angelegenheit des Dichter-Kreises, die für Außenstehende nichts bedeute. Tatsächlich war der Gott, der erlösen sollte, die Eigenschöpfung von Erlösungsbedürftigen. Für Weber war das ein Kennzeichen einer Sekte, einer Gemeinde vermeint-

lich Erleuchteter, die im gesellschaftlichen Abseits ihre selbstkreierten Kulte und gestörten Wahrnehmungen pflegten.
Heute handelt die ganze, sich fortschrittlich wähnende Gesellschaft sektenmäßig; in Greta-Maxima hat sie sich aktuell einen Götzen erschaffen. Hier verbinden sich die dialektischen Veitstänze einer an sich irre gewordenen Aufklärung mit der Sehnsucht nach Wiederverzauberung der entzauberten Welt im Zeichen der Klima- und Welterrettung.
Doch es geht auch um Politik. "Die Begrenzung der globalen Erwärmung erfordert schnelle, weitreichende und beispiellose Veränderungen in allen Bereichen der Gesellschaft." So steht es im aktuellen IPCC-Report (Intergovernmental Panel on Climate Change, im Deutschen oft als "Weltklimarat" bezeichnet). Eine globalistische Elite verlangt nach einer staatenübergreifenden Generalvollmacht. Zu ihrer Umsetzung benötigt sie Helfer und Aktivisten, im Zweifelsfall auch neue Morosows.
Der Rußland-Historiker Orlando Figes schreibt über das Morosow-Phänomen, es habe vor allem auf Waisenkinder eine vorbildhafte Wirkung ausgeübt, die keine familiären und normalen zwischenmenschlichen Strukturen kannten. Heute schafft die Abräumung traditioneller Strukturen - Familie, Nation, Geschlecht, Grenzen - eine Tabula-rasa-Situation, in der grüne Nachwuchspolitiker als Rote Khmer denkbar werden.
Der Greta-Kult mag schon bald vorbei sein oder durch einen neuen abgelöst werden. Die untergründige Störung in der kollektiven Psyche der westlichen Welt, deren Symptom er ist, bleibt virulent und gefährlich.<<
Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtete am 23. Februar 2019 (x1.000/…): >>**Kommunismus - Ziehkind der Hochfinanz!**
… 10 Dinge, die die Weltgemeinschaft endlich einsehen sollte!
1. Sowohl Kommunisten als auch Nicht-Kommunisten sollten endlich begreifen, daß der Kommunismus ein Ziehkind der Hochfinanz ist. Der Kommunismus ging als reinste Erfindung aus der Hochfinanz hervor. Er ist nichts anderes als ihr strategisches Schlaginstrument, mit dem sie ihren Hauptgegner, den feudalen Mittelstand, zerschmettern. Gutgläubige Kommunisten, also der sklavische Bauernstand der Hochfinanz, verrichten unwissentlich deren Vernichtungskrieg.
So wie aufrichtige Christen schon immer unwissend irgendwelchen Macht- und habgierigen Kirchenfürsten dienten, so dienten aufrichtige Kommunisten schon immer dem puren Staatskapitalismus bzw. irgendwelchen Staatskapitalisten! Sowohl gutgläubige Christen als auch gutgläubige Kommunisten wurden daher schon immer als ahnungslose Opfer und Täter in einem mißbraucht.
2. Sowohl Menschenrechtler als auch Nicht-Menschenrechtler sollten endlich begreifen, daß die am meisten hochgejubelten Menschenrechte einzig der strategischen Umerziehung der Menschheit und ihrer Versklavung unter das Diktat einer Hochfinanz-Elite dienen. Diese wollen im Namen der Menschenrechte und der sozialen Gerechtigkeit über den zuletzt allein verbleibenden wehrlosen Arbeiterstand herrschen.
Kommunisten! Laßt Euch nicht weiter von diesen Global-Strategen instrumentalisieren und gegen den Mittelstand und die Religion verhetzen. Verbindet euch statt dessen mit diesen gegen die wahren Angreifer und Menschenfeinde! Sagt nicht weiter mit Mordechai Levi: "Alles, was dein ist, ist auch mein!" Sagt mit den wahren Religionen: "Alles, was mein ist, ist auch dein!"
3. Die Weltbevölkerung sollte endlich begreifen, daß ihre gegenwärtige politische Zwangsumerziehung haargenau den 5 wesentlichsten Forderungen des Kommunistischen Manifestes entsprechen. Geschaffen aber wurde dieses Kommunistische Manifest von den Hohepriestern einer neuen Geld-Religion: Mordechai Marx Levi - alias Karl Marx - und Friedrich Engels. Diese Geld-Religion wird durch den Staatskapitalismus verkörpert.

Hier einmal zusammengefaßt die fünf zentralsten Forderungen des Kommunistischen Manifestes von Karl Marx und Friedrich Engels:
- Aufhebung des Privateigentums einschließlich aller Produktionsmittel.
- Aufhebung der Familie; an die Stelle der elterlichen und häuslichen Erziehung soll die gesellschaftliche Erziehung treten.
- Aufhebung der Nationalitäten zu Gunsten des Internationalismus.
- Abschaffung von Religion und Moral.
- Abschaffung jeder Monarchie im Namen der Demokratie.

4. Die betrogene Weltbevölkerung sollte endlich begreifen, daß der Schrei nach Demokratie von Anfang an das Haupt-Lockmittel des kommunistisch getarnten Staatskapitalismus war. Der Schrei nach Demokratie bildete schon den ideologischen Schlachtruf der Hochfinanz-Freimaurerei während ihrer französischen Revolution. Das gesamte kommunistische Konzept der Hochfinanz ist daher nichts als ein strategisches Programm zur Abschaffung aller altbewährten Gesellschaftsordnungen und Machtstrukturen.
5. Das Kommunistische Manifest zielt im Namen der Privatisierung auf die Abschaffung jedes Privateigentums ab.
6. Das Kommunistische Manifest zielt im Namen der Demokratie auf die Abschaffung aller nationalen Rechte ab.
7. Das Kommunistische Manifest zielt im Namen des Familien- und Kinderschutzes auf die Abschaffung der Familie - und vielerlei mehr.
8. Zusammengefaßt trachtet ein Geheimbund, sprich eine seit über 100 Jahren hinterhältig wirkende luziferische Sekte, nach ihrer Eine-Welt-Regierung, ihrer Eine-Welt-Religion und -Moral - und dies dreister Weise im Namen der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit.
9. Will die Weltgemeinschaft samt den aufrichtigen Kommunisten weiterhin die Vergesellschaftung ihres Besitzes, ihres Bodens, ihrer Güter und Produktionsmittel durch dieses trojanische System der Hochfinanz tolerieren, dann möge sie Letzteres weiterhin ungestraft bestehen lassen.
Will die Weltgemeinschaft samt den aufrichtigen Kommunisten weiterhin diesen Globalstrategen dienen und deren innerstaatliche Erziehung weiterhin mit der Auflösung der traditionellen Familie und der Geschlechter bezahlen, dann möge sie weiterhin gegen schuldlose Parteien statt gegen die wahren Urheber der Spaltung streiten.
Will die Weltgemeinschaft weiterhin die Auflösung ihrer eigenen Souveränität tolerieren, dann akzeptiere sie weiterhin ihre Landes- und Staatsverräter, sprich Hochfinanz-Verschwörer, samt ihren blindwütigen Vasallen. Will die Weltgemeinschaft weiterhin die Zerstörung jedes Gottes-Glaubens und jeder Moral durch eine staatlich verordnete Religion, Moral und Ethik ersetzen, dann lasse sie sich weiterhin durch die hochkapitalistisch-kommunistischen Umstürzler ausplündern:
10. Kurzum: Will die Weltgemeinschaft zu guter Letzt jede Autarkie gegen eine Eine-Welt-Regierung einer kommunistisch getarnten Hochfinanz-Sekte eintauschen, dann lasse sie sich weiterhin von diesem alles versklavenden, heimtückischen und hinterhältigen Geheimbund endgültig jeder Freiheit und Selbstverwaltung berauben.<<

Der deutsche Publizist und Autor Horst Koch berichtete am 24. Februar 2019 (x1.087/…):
>>**Hütet euch vor falschen Propheten**
von *Thorsten Hinz*
Die Rede der 16jährigen Greta Thunberg bei der Klima-Konferenz im Dezember 2018 in Kattowitz war eine Inszenierung für die Medien. Die seither als "Klima-Greta" bekannte Schülerin sprach vor fast leeren Stuhlreihen, wohingegen die Kameraeinstellung dem Fernseh- und Youtube-Publikum eine gespannt lauschende Zuhörerschaft suggerierte.
Inhaltlich war die Ansprache so banal wie erwartbar und PR-orientiert: Ein bezopftes Persön-

chen aus Schweden, eine Mischung aus Pippi Langstrumpf und autistischem Backfisch, ließ aus der Tiefe seines von Karrierebedenken und Zweckrationalismus unverdorbenen Herzens ein beschwörendes Weltrettungspathos entsprießen. Ähnliches wiederholte sich bei ihrem Auftritt im Januar dieses Jahres anläßlich des Weltwirtschaftsforums in Davos.

"Klima-Greta", die seit August 2018 in Stockholm mit freitäglicher Schulverweigerung gegen die Klimaerwärmung protestiert, ist weltweit zur Ikone für die "Fridays-For-Future-Schulstreiks", das heißt für demonstrierende, kreischende, hüpfende, plakatschwenkende Unterrichtsschwänzer geworden. Die Grünen-Wähler von morgen kündigen sich an.

Halbwüchsige als Machtfaktor

Greta steht, wie man weiß, nicht für sich allein. Die Eltern, einschlägige NGOs und Stiftungen haben sich an sie geheftet. Mit Kinder- und jugendlichen Nachwuchsstars verbinden sich gewöhnlich kommerzielle Interessen, aber hier geht es auch um Politik. Auf den Parteitagen in den Ländern des Ostblocks traten stets uniformierte Halbwüchsige auf, die in feurigen Reden der Kommunistischen Partei für ihre Politik zum Wohle der Kinder dankten.

Danach traten sie wieder zurück in die Kulissen, denn als Individuen waren sie nicht gefragt. Furchtbare Ausnahmen gab es in der Hochphase des Stalinismus. In der Sowjetunion wurde der zwölfjährige Pawel Morosow, der mit seinem drei Jahre jüngeren Bruder Fjodor die halbe Familie und zahlreiche Dorfbewohner als Feinde der Sowjetmacht denunzierte und ans Messer lieferte, als "Heldenpionier" verehrt.

Auch Greta stellt bereits einen Machtfaktor dar. Die Umweltministerin der belgischen Region Flandern, Joke Schauvliege, mußte nach Kritik an der Schüleraktion zurücktreten. Sie hatte in öffentlicher Rede erklärt: "Ich kann Ihnen garantieren, daß ich nicht nur Geister sehe, sondern daß doch mehr dahintersteckt als nur eine spontane Solidaritätsaktion für unser Klima." Sie verabschiedete sich aus dem Amt mit den Worten, die Äußerungen seien ein Fehler gewesen, "aber keine Lüge".

Greta-Kritik als Sakrileg

Schon wird Greta als Quelle der Erkenntnis gehandelt. Kein Rundfunksender und keine Zeitung mochte darauf verzichten, ihre Kritik am deutschen Kohle-Kompromiß zu vermelden. Auch ihre Forderung, reiche Länder müßten die Emissionen jährlich um 15 Prozent reduzieren, ging durch die Medien. Unklar ist bislang, ob und wie sie das Nordstream-Projekt beurteilt. Als CDU-Generalsekretär Paul Ziemiak auf Twitter milde Kritik übte: "Oh, Mann … kein Wort von Arbeitsplätzen, Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit. Nur pure Ideologie", und ein nachsichtiges "Arme Greta" hinterherschickte, erntete er Entrüstung. Eine Grünen-Politikerin nannte ihn sogar "unchristlich". Greta-Kritik als Sakrileg!

"Die Klimakrise hat endlich ihre Erzählerin gefunden", jubelte die Süddeutsche Zeitung. Ihre Eloge auf die kleine Schwedin legt unfreiwillig die verquere Logik der Greta-Jünger offen. Der Autor gibt zu, daß der Klimawandel sich nicht "mit Bestimmtheit vorhersagen" läßt und die Hochrechnungen nur eine abstrakte Idee liefern. Dies erlaube es den meisten Menschen, vor der Bedrohung die Augen zu verschließen und sich hinter Ausflüchten zu verstecken. "Insofern ist die Klimakrise auch eine Krise des Erzählens."

Greta, die am Asperger-Syndrom, einer Variante des Autismus, leidet, sei der Fluchtweg versperrt. Ihr Gehirn sei "anders verdrahtet", weshalb sie zur exklusiven Konzentration auf die Fakten befähigt sei. Diese ließen sie den Klimawandel "als die existentielle Gefahr" begreifen, "die er ist". Sie benötige kein illustrierendes Narrativ dafür.

Übergang zum objektiven Fanatismus

Nur geht es gar nicht um den "Klimawandel" als solchen, denn den hat es schon gegeben, als der Mensch noch gar nicht existierte. Es ist auch keine Frage mehr, daß der Umweltschutz und die Schonung der Ressourcen weiterentwickelt werden müssen. Der Streit dreht sich zum einen darum, ob die Erderwärmung tatsächlich durch menschliches Handeln verursacht ist.

Die andere, daran anknüpfende Streitfrage lautet, ob die vorgeschlagenen oder ergriffenen Maßnahmen überhaupt Wirkung zeigen und in einem vernünftigen Kosten-Nutzen-Verhältnis stehen. Was kann der deutsche Kohleausstieg bewirken, wenn zur gleichen Zeit in China und Indien jedes Jahr Dutzende neue Kohlekraftwerke erbaut werden?

Zu den häufigen Symptomen der Asperger-Krankheit gehören gesteigerte intellektuelle Fähigkeiten auf einem begrenzten Gebiet. Die "Inselbegabungen" gehen mit der Unfähigkeit zur Kommunikation und zum Nachvollzug gegenteiliger Standpunkte einher. Auf die Frage von Spiegel Online, ob sie akzeptieren könne, daß andere Menschen andere Meinungen zum Klima haben, antwortete Greta: "Ich höre diesen Menschen zu. Doch das hier ist ein Schwarz-Weiß-Thema: Entweder besteht unsere menschliche Zivilisation fort - oder nicht. Es gibt kein Grau, wenn es um unser Überleben geht." Ihre Kritiker täten ihr nur leid. Solche Aussagen lassen erahnen, wie ein Autismus, der durch die Außenwelt bestärkt und befeuert wird, in objektiven Fanatismus übergehen kann.

Am Ende kann auch Greta nicht liefern, was die versammelte Wissenschaft schuldig geblieben ist: den schlüssigen Beleg für die anthropogene Ursache des Klimawandels. Die Süddeutsche Zeitung setzt dennoch unter Berufung auf Gretas spezielle Hirnverdrahtung voraus, was wissenschaftlich unbewiesen ist. Greta Thunberg wird eine ähnliche Funktion zugeschrieben, die in vormodernen Gesellschaften von der weisen Frau, dem Orakel, der Pythia, der Sibylle, dem blinden Seher, dem Propheten wahrgenommen wurde.

Klimafrage als Zivilreligion

Als Propheten bezeichnete der Soziologe Max Weber einen, "der Kraft seiner Mission eine religiöse Lehre oder einen göttlichen Befehl verkündet". Zugleich trägt er Züge eines "sozialethischen Lehrers", der die Mitmenschen "zur Schöpfung ethischer Ordnungen zu bestimmen sucht". Propheten sind dabei nicht nur die Künder, sondern selber Gefäße des Göttlichen. Zu ihren Merkmalen zählt das Moment der Plötzlichkeit, mit der sie aus dem Nichts auftauchen - so wie Greta in Kattowitz. Das fügt sich ein in die Behandlung der Klimafrage als Zivilreligion, als die Abfolge von Schuld, Reue, Buße und Aussicht auf Vergebung. Speziell in Deutschland bietet sie die tröstende Ergänzung zur Holocaust-Religion, die jene Aussicht auf Vergebung und Entsühnung verweigert.

Vor über hundert Jahren rief der Dichter Stefan George, damals ein Mittdreißiger, den 15jährigen Maximilian Kronberger zur epiphanischen Erscheinung aus und rief einen ästhetisierten Maximin-Kult ins Leben. In seinem 1907 erschienenen Band "Der siebente Ring" ließ er seine Anhänger wissen: "Nun klagt nicht mehr - denn auch ihr wart erkoren -/ Daß eure Tage unerfüllt entschwebt …/ Preist eure Stadt die einen Gott geboren!/ Preist eure Zeit in der ein Gott gelebt!"

Max Weber fragte spöttisch, was den Buben in Lederhosen denn als neuen Gott prädestiniere. Es handele sich um die rein private Angelegenheit des Dichter-Kreises, die für Außenstehende nichts bedeute. Tatsächlich war der Gott, der erlösen sollte, die Eigenschöpfung von Erlösungsbedürftigen.

Für Weber war das ein Kennzeichen einer Sekte, einer Gemeinde vermeintlich Erleuchteter, die im gesellschaftlichen Abseits ihre selbstkreierten Kulte und gestörten Wahrnehmungen pflegten. Heute handelt die ganze, sich fortschrittlich wähnende Gesellschaft sektenmäßig; in Greta-Maxima hat sie sich aktuell einen Götzen erschaffen. Hier verbinden sich die dialektischen Veitstänze einer an sich irre gewordenen Aufklärung mit der Sehnsucht nach Wiederverzauberung der entzauberten Welt im Zeichen der Klima- und Welterrettung.

Tabula-rasa-Situation

Doch es geht auch um Politik. "Die Begrenzung der globalen Erwärmung erfordert schnelle, weitreichende und beispiellose Veränderungen in allen Bereichen der Gesellschaft." So steht es im aktuellen IPCC-Report (Intergovernmental Panel on Climate Change, im Deutschen oft

als "Weltklimarat" bezeichnet). Eine globalistische Elite verlangt nach einer staatenübergreifenden Generalvollmacht. Zu ihrer Umsetzung benötigt sie Helfer und Aktivisten, im Zweifelsfall auch neue Morosows.
Der Rußland-Historiker Orlando Figes schreibt über das Morosow-Phänomen, es habe vor allem auf Waisenkinder eine vorbildhafte Wirkung ausgeübt, die keine familiären und normalen zwischenmenschlichen Strukturen kannten. Heute schafft die Abräumung traditioneller Strukturen - Familie, Nation, Geschlecht, Grenzen - eine Tabula-rasa-Situation, in der grüne Nachwuchspolitiker als Rote Khmer denkbar werden.
Der Greta-Kult mag schon bald vorbei sein oder durch einen neuen abgelöst werden. Die untergründige Störung in der kollektiven Psyche der westlichen Welt, deren Symptom er ist, bleibt virulent und gefährlich.<<
Der deutsche Publizist und Buchautor Peter Helmes berichtete im Februar 2019 (x1.088/…):
>>**Deutschland, quo vadis?**
Der Öko-Neo-Marxismus und die Zerstörung unserer Demokratie
DAS sind die ENDZIELE des Masterplans der NEUEN IDEOLOGIE, die auf die Linksdenker Habermas, Derrida, Schellnhuber, Edenhofer u.v.m. zurückzuführen sind.
Diese überaus gefährliche, antidemokratisch-totalitäre neue Ideologie und ihr "Masterplan" von "einer großen Transformation" wurde im Zusammenwirken aller links-unterwanderten Welt-Organisationen entwickelt und (in Deutschland) seit 2011 formuliert von neomarxistisch rot-grün agierenden Ideologen wie Schellnhuber, Leggewie, Edenhofer und vielen anderen, die selbst vor einer Instrumentalisierung von Papst Franziskus nicht zurückschreckten, der Edenhofers und Schellnhubers vorformulierte und diktierte Texte kritiklos übernommen hat in seiner Enzyklika Laudato-Si.
"Welt im Wandel - Gesellschaftsvertrag für eine große Transformation"
So lautet der Titel der 2011 von Prof. Schellnhuber publizierten Ideologie-Schrift des rot-grünen Neo-Marxismus und seiner ideologischen Wegbereiter ...
Al Gore, immerhin bekennt sich - so wie fast alle hochrangigen "Democrats" in den Vereinigten Staaten - ganz offen zum Neomarxismus der Frankfurter Schule und zu Adorno und Habermas.
Das sind also alles handfest bewiesene Tatsachen und keine "Verschwörungstheorien"; denn Al Gore sagt das alles selbst von sich.
Was soll sich ändern in der "großen Transformation"?
Und warum soll unsere früher geltende, unsere Freiheit garantierende repräsentative Demokratie mit ihrem Wohlstand für alle sichernden Wirtschaftssystem der Sozialen Marktwirtschaft ersatzlos gestrichen und durch ein rot-grünes totalitäres System ersetzt werden, in dem unsere Freiheit abgeschafft und unsere blühende, Wohlstand für alle garantierende Wirtschaft systematisch für immer vernichtet wird?
Um die Ideologie der "großen Transformation" durchsetzen zu können, waren im Vorfeld bis heute zum einen Angstszenarien als "Vehikel" der Transformation erforderlich, Angst und Hysterie erzeugende Lügen vom Weltuntergang, wie wir es sonst nur von einzelnen Sekten kennen. …
Die Schellnhuber-Ideologie strebt die KONTROLLE ALLER bisher gesellschaftlich relevanten politischen INFRASTRUKTUREN in unserer Demokratie an, die es politisch zu erobern und zu transformieren gilt, wobei ihm jedes Mittel recht ist!
Früher stand in unserer alten Bundesrepublik Deutschland JEDER EINZELNE MENSCH, JEDER EINZELNE BÜRGER im MITTELPUNKT ALLER POLITIK - und die Würde eines JEDEN MENSCHEN war unantastbar.
Leonardo da Vincis "vitruvianischer Mensch" prägt seit der Renaissance das Ziel einer jeden freiheitlichen Politik: DER MENSCH STEHT IM MITTELPUNKT ALLER BEMÜHUN-

GEN - Jeder einzelne Mensch ist wichtig, jedes Individuum, jeder von uns!
Mit der wissenschaftlich unhaltbaren Lüge vom menschengemachten Klimawandel und parallel mit der Leugnung eines Schöpfergottes (Schellnhuber und alle Neomarxisten sind Agnostiker bzw. Atheisten) wird die Stelle, an der bisher "Gott" stand, neu besetzt durch die "Natur", "Mutter Erde", "Göttin Pachamama" (= "Mutter Welt") usw.
Wenn die "Natur" unser Schöpfer ist, dann ist selbstverständlich nun die NATUR das absolut Höchste, was es zu heiligen gilt. Der Mensch "verliert" seine Sonderstellung innerhalb der Natur mit all ihren Geschöpfen und muß sich folglich einreihen in die Familie der "Menschenaffen", denen Peter Singer (australischer Philosoph und Ethiker) und die UNO die Deklaration der Rechte der Menschenaffen zukommen lassen wollen.
Der Mensch verliert seine Würde, die bisher so definiert wurde, daß die Würde des Menschen alles das war, was uns unser Schöpfergott als Geschenk zukommen ließ: z.B. unser Leben, das deshalb unantastbar war.
Ohne Gott können wir nur auf unser Recht auf Leben pochen, wenn das irgendwann einmal mehrheitlich so bestimmt wurde. Bis dahin haben wir - ohne Schöpfergott - kein Recht auf Leben. Denn die "Natur" hat keine "personale Struktur".
So sehen wir: Die Frage nach dem Schöpfergott ist eine höchst politische Frage und hat weniger mit "Religion" zu tun, als viele von uns meinen.
An dieser Stelle bringt Schellnhuber sein Bild vom "sinkenden Schiff", auf dem das Wohlergehen der Menschen (der Passagiere) keine Rolle mehr spielt, wenn es nicht gelingt, das Schiff (Erde) vor dem Absaufen zu retten.
Also muß - nach Schellnhuber - die Sonderstellung des Menschen in dieser Welt mit all seinen Lebens- und Freiheitsrechten dahingehend korrigiert werden, daß der einzelne Mensch eigentlich - im Vergleich zur Natur und zur Erde - auf einer Stufe mit Tieren steht und nur nachrangig Beachtung genießen darf.
Schnell sind wir dann bei der "biologischen Gattung" Mensch, dem man seine Sonderstellung unter allen anderen Geschöpfen absprechen muß. ...
Die Klimalüge ist nur der Aufhänger, mit dem die NEUE REVOLUTION unter Verwendung längst überholter totalitärer neomarxistischer Links-Grün-Ideologien durchgesetzt werden soll.
Je schneller wir alle diese Taktik der grün-linken Ökofaschisten und Klima-Schreier begreifen, desto schneller erlangen wir unsere wahre Demokratie, wie wir sie bis 1989 genießen durften, wieder zurück - einschließlich des Wohlstands aller Deutschen, der sich nur aus einem Wachstum der Wirtschaft ergibt.
Wenn uns das alles nicht gelingt, führt das zur Verelendung der Massen, zu sozialem Abstieg, zu einem grün-roten, elitären Funktionärswesen, in dem Wenige die diktatorische Macht über alle anderen ausüben.
Schon einmal bemühte Schellnhuber zeitlich begrenzte und immer mal vorkommende Ereignisse wie das "Ozonloch" oder das "Waldsterben", um zu behaupten, daß dies anthropogen, also menschengemacht, sei.
Seit die damalige Umweltministerin Künast 2003 lapidar in einer Pressekonferenz feststellte, daß das Waldsterben nirgendwo mehr zu sehen sei und daß sich die Wissenschaftler geirrt hätten, wenn sie behaupteten, daß das durch einen Klimawandel zustande kam oder sogar menschengemacht sei, seit diesem Tag hört man nichts mehr vom Waldsterben, außer, daß Deutschland die gesündesten Wälder in der ganzen EU zu verzeichnen habe. Und Künast ermunterte alle Deutschen, mal wieder im gesunden Wald spazieren zu gehen. ...
Man muß kein Prophet sein, um voraussagen zu können, daß sich das Horrorszenario" vom "Klimawandel schon in Kürze in Analogie zum "Waldsterben" als Seifenblase des "Irrtums" entpuppen wird, nachdem uns der ganze Spaß Billionen von Euro gekostet haben wird, was

mit daran schuld ist, daß Millionen von wehrlosen Kindern in der Welt verhungern müssen. ...
So sagt Schellnhuber, daß für die große Transformation nur noch ein sehr kleines Zeitfenster übrig bleibt, daß dies letztlich auch alles gelingt.
Sagt er das, weil er schon heute weiß, daß sich seine Behauptungen vom menschengemachten Klimawandel ebenso in Luft auflösen werden wie die Lügen vom menschengemachten Waldsterben?
Um seine diktatorische Kontrolle über uns Individuen erreichen zu können, muß Schellnhuber als Chefideologe der "großen Transformation" schnellstmöglich in vielen gesellschaftspolitisch relevanten Bereichen unserer Demokratie "transformierend" eingreifen - so glaubt er das jedenfalls: z.B. muß er unsere freie Bewegungsmöglichkeit massiv einschränken.
Dabei geht es Schellnhuber nicht um Klima- oder Umweltschutz, sondern um die die Alleinherrschaft einiger "Öko-Faschisten" über uns freiheitlich-demokratisch denkende und handelnde Bürger.

MOBILITÄT

Durch Fahrverbote und Abschaffung aller PKW mit Verbrennungsmotor bis 2028 will er mittel- bis langfristig jeden Individualverkehr auf größeren Strecken unmöglich machen. Übrig bliebe dann nur das Fahrrad oder die Fortbewegung "per pedes".
Luxemburg wird der erste EU-Staat sein, der seine Bürger - unter Verzicht auf ihren PKW - kostenlos mit kollektiv zu nutzenden Bussen und Bahnen fahren läßt (ab Januar 2020).
Die Einschränkung der individuellen Mobilität führt zur Unbeweglichkeit der Bürger und bindet sie ans Haus, an die Wohnung, an den urbanen Raum, wohin alle Bürger im Rahmen der Urbanisation umgesiedelt werden sollen.
Das bedeutet: Gleichschaltung der Meinungen und der Bildungsinhalte durch politische Indoktrination und Propaganda, durch staatlich diktierte und kontrollierte TV-Sendungen, deren manipulative Kapazitäten gezielt eingesetzt werden zur "Umerziehung" des "einfachen Volkes", das nur durch Manipulation und Medienherrschaft "in den Köpfen aller" zu realisieren sei - und dann "Konsensus" genannt wird.
Früher kannten wir die Diskussion um ein spezielles Thema, den Diskussionsleiter, der neutral darauf achten sollte, daß alle verschiedenen Meinungen geäußert und gehört werden konnten, und den Kompromiß, die Einigung auf den kleinsten gemeinsamen Nenner ...
Heute wurde die Habermas'sche Diskurs-Konsens-Ethik eingeführt.
Ein vorher bestimmter und auf den "Konsensus" im Vorfeld schon eingeschworener Moderator erlaubt den am Diskurs Beteiligten, ihre Meinung System-immanent kund zu tun, um dann einen permanent gültigen, nicht mehr veränderbaren Konsensus als "gültig für immer" festzulegen.
Manche der Kritiker sprechen deshalb auch von dem diktatorisch festgelegten Konsensus am Ende von Diskursen, ein Konsensus, der nie mehr angezweifelt werden darf und automatisch allgemeingültige Wahrheit, "Konsens-Wahrheit", wird. ...

URBANISIERUNG

Umsiedlung der Landbevölkerung in die Stadt - Urbanisierung als Mittel der Kontrolle des Staates über das Handeln aller Menschen und deren Lebensgewohnheiten.
Abschaffung v. Ackerbau und Viehzucht (weil die methanhaltigen Darmgase der Kühe den Klimawandel verursachen!).
Aufforstungsprogramme für Agrarflächen als Maßnahme zur "Dekarbonisierung", zur Eliminierung des angeblich fürs "Klima" so gefährlichen Spurengases Kohlenstoffdioxid.
In Wirklichkeit führen diese Maßnahmen zu:
Umstellung, Kontrolle und staatlichem Diktat der individuellen Ernährung letztlich hin auf eine rein VEGANE Ernährung - gemäß der "Global Ethic" des "Vaters der Veganer", des Ethik-Papstes aller Grünen, des Euthanasie-Predigers Peter Singer, der die straffreie Tötung

behinderter, wehrloser Kleinkinder bis zum Erreichen des ersten Lebensjahres gesetzlich verankert sehen will innerhalb der neuen Ideologie von der "großen Transformation".
Ausnahmen beim Fleischkonsum sind nur vorgesehen für Millionen Muslime, die weiterhin Hühner schlachten und Lämmer brutal schächten und essen dürfen. … und Muslime und Juden werden als Säuglinge weiterhin ohne Betäubung oder oft unter nur unzureichender Betäubung beschnitten!

ENERGIE:

Bereitstellung unserer Energien nur noch aus "erneuerbaren" Energien" - außer der umweltfreundlichen, sauberen Kernenergie, die ja nach Wiederaufbereitung auch "erneuerbarer Energie entspricht.
Vorgesehen sind:
Energiegewinnung aus Windkraft, Solarenergie (und vielleicht auch aus Wasserkraftwerken oder Tidenhub-Kraftwerken - aber das ist in großem Stil bisher nicht in Sicht! Warum nicht?).
Schellnhuber stellt sich im Gutachten WBGU 2011 übrigens NICHT gegen die Nutzung der Kernkraft. Er schreibt lediglich, daß die Kernkraft, die ohne Zweifel technisch sehr, sehr sicher gestaltet werden kann, am Ende betriebswirtschaftlich zu teuer kommt. ...
Ob er das heute noch einmal so schreiben würde, wage ich zu bezweifeln. Es zeigt aber auch die Willkür Schellnhubers bei seinen Behauptungen und seine absolute Unzuverlässigkeit, die er bereits unter Beweis gestellt hat, als er 1992-1994 noch behauptete, daß eine mittlere Temperaturerhöhung auf diesem Planeten von nicht mehr als vier Grad Celsius angestrebt werden solle, was - "wissenschaftlich bestens und fehlerfrei erforscht" - voll und ganz ausreichen würde, um den sonst drohenden Klimawandel abzuwehren.
Von 2007 bis zu "Kattowitz 2018" sagte er, daß zwei Grad Erwärmung nicht überschritten werden sollten, und ging in Kattowitz mit seiner Temperaturgrenze auf 1,5 Grad Celsius runter - alles immer bestens wissenschaftlich belegt, wie er sagt. ...

Radikale Umstrukturierung der Marktwirtschaft und Abschaffung des Mittelstandes

Umbau unserer Wirtschaftsstrukturen - weg von der Energiegewinnung aus fossilen Brennstoffen.
Nach Schellnhuber soll die große Transformation möglichst schnell stattfinden, möglichst so schnell, daß die Bevölkerung diese Transformation erst bemerkt, wenn sie europaweit schon längst festzementiert wurde u.a. durch EU-Gesetze ...
Parallel hierzu sollte das Prinzip Brot und Spiele von den Medien ausgebaut werden fürs Volk, zur Schwächung jeder Opposition ...
Deshalb werden wir überflutet von den Medien mit "Fußball-Sommermärchen", mit Kriminalserien (von Tatort bis zu den SOKO-Filmen), mit "Pilcher-Filmen", Traumschiff-Serien, Kochsendungen, "Bares für Rares" u.v.m.
Die wenigen politischen "Gesprächsrunden" in den Öffentlich-Rechtlichen Medien werden nach den Habermas-Kriterien von "Diskurs und Konsens" strukturiert und manipuliert - mit einem vorher inhaltlich längst auf die große Transformation eingeschworenen Moderator, dessen einziges Ziel die Hinführung zum längst vorher feststehenden "Konsensus" ist. Hierfür bemühen manche sogar einen "TV-Sender-eigenen Fakten-Check", der genauso manipulativ durchgeführt wird wie die ausgestrahlte Sendung. Hinzu kommen die Regeln der political correctness ...
So soll in der Bevölkerung ein kollektives neues Bewußtsein geschaffen werden, in dem niemand mehr wagt, den ideologischen Zielen der "großen Transformation" zu widersprechen.
Davon zeugte schon Anfang des neuen Jahrtausends die unerträglich antidemokratische Intoleranz gegenüber Andersdenkenden wie Eva Hermann, Thilo Sarrazin und viele seitdem in den Medien unerwünschte und an den Pranger gestellte "personae non gratae". ...

KOLLEKTIVISMUS statt Individualismus/Personalismus

Unterordnung der Bürger und Einfügen in KOLLEKTIVE Gruppen, in denen der Einzelne sich dem Kollektiv unterzuordnen hat und alle individuellen Strömungen des Denkens und Handelns zu unterdrücken sind.
Beispiel: Einschränkungen der individuellen Mobilität zugunsten kollektiv nutzbarer Fortbewegungsmittel u.v.m.
- Zensur aller Kommunikationssysteme - Internet/TV/Presse/E-Mail/Telefon -
- Gesundheit und generell Versorgung bei Krankheit, Pflegebedürftigkeit -
- Durch weitere Sparprogramme sollen diese Systeme offensichtlich völlig unfähig gemacht werden, Gesundheit zu fördern, Krankheiten adäquat zu bekämpfen
- und die Lebenserwartung der Bevölkerung soll wohl drastisch reduziert werden auf deutlich unter 100 Jahre Lebenszeit. ...
- Geburtenkontrollen: Neueste Entwicklung
Internet-Werbung von Ärzten, die Abtreibungen vornehmen, soll demnächst straffrei ermöglicht werden. ...
Die Geburtenkontrolle, die seit Anfang der Siebziger Jahre mit Pille, Kondom, Abtreibung usw. breit publiziert wurde, hat mittlerweile zu Riesenproblemen und Beitragslücken im Rentensystem geführt durch die jetzt nachrückenden geburtenschwachen Jahrgänge usw.
- Euthanasie behinderter Kinder (Peter Singer) - Der "Grünen-Ethiker" und "Vater der Veganer-Bewegung" Peter Singer propagiert die straffreie Tötung behinderter Kinder bis zum Erreichen des ersten Geburtstags.
- Freigabe von Drogen - Rauchen von Haschisch soll überall erlaubt werden.
Aber: jetzt gibt es dank der rot-grünen Politik in den EU-Gremien ein vielerorts existierendes Zigaretten-(rauch)Verbot.
- MIGRATION auch, damit die vom Paneuropa-Union-Gründer Coudenhove-Kalergi geforderte eurasisch-negroide Rasse (die Formulierung stammt von Coudenhove-Kalergi) weltweit die Vorherrschaft unter allen Bevölkerungsgruppen übernimmt - einschließlich vieler mit Demokratie und Christentum inkompatibler Religionen wie dem Islam mit seinen menschenverachtenden totalitären Scharia-Gesetzen.
Das alles soll letztlich dem Ziel dienen, die Nationalstaaten so rasch wie möglich zu zerstören. … und die Migrationspolitik erleichtert die Schaffung einer aus wenigen Diktatoren bestehenden rot-grün-ideologisierten Weltregierung.
Hieran besonders interessiert sind mächtige, weltweit agierende Banken und Märkte, Freimaurerlogen, der Club of Rome, die bereits rot-grün-sozialistisch unterwanderten, weltweit operierenden Organisationen wie die UNO, die WHO, die Weltbank, die UNESCO und UNICEF, der WWF - u.v.m.

Trinkwasserkontrolle IN EINER HAND

Eine der wichtigsten Forderungen des 2014 verstorbenen ehem. Präsidenten aller Welt-Regierungs-Konferenzen nach 1990, Maurice Strong, der bereits laut darüber nachdachte, die weltweite Trinkwasserkontrolle in die Hände von Konzernen zu geben, die weltweit operieren - wie z.B. "Nestlé" und in die Hände der UNO. ...

Strafen und Sanktionen gegen die Opposition

Verstöße gegen die neue ideologisch rot-grün-sozialistisch gefärbte "Weltordnung" der "Großen Transformation" werden wohl in Kürze mit drastischen Strafen belegt. …

Abschaffung des Bargelds

Bargeldlose Zuteilungs- und Verteilungs-Gesellschaft von oben nach unten - das garantiert "Transparenz" und bessere Steuerbarkeit bei allem, was der "gläserne" Bürger mit seinem erzielten Einkommen privat alles so kauft. ...

Zerstörung der Familie

Anfeindung bestimmter Religionen wie Judentum und Christentum, die die westeuropäische

Kultur über Jahrhunderte prägten .
Dafür jetzt: Förderung des Islam mit seiner Scharia als Gegenpol gegen Christen- und Judentum. Aber hier ergeben sich über kurz oder lang Konflikte mit Genderismus und Feminismus.

UNO-Menschen-Rechtserklärung

Aufhebung aller Elternrechte - Das Erziehungsrecht und das Bildungsmonopol liegen ab sofort allein in Händen des "Staates" bzw. der "Weltregierung". ...
Vernichtung der deutschen Auto-Industrie zur Schwächung der Wirtschaftskraft Deutschlands
- und letztlich Abschaffung und Verhinderung individuell frei planbarer Mobilität und Aberkennung des Rechts auf freie, staatlich nicht kontrollierte Mobilität
- Schädigung und Bekämpfung jedweder existierender kapitalistischer Wirtschaft - vorrangig Zerstörung unserer sozialen Marktwirtschaft!
- Vernichtung und Entmachtung privat geleiteter Schlüssel-Industrien und Kampf gegen kapitalstarke Unternehmen sowie Abschaffung des Mittelstands!
- Kontrolle jeder Energiebereitstellung und Verwendung durch die Regierungsmacht.
- Unsinnige Windkraft-Mühlen, die ganze Gattungen von Tieren vernichten durch den von den Windmühlen erzeugten Infraschall, der über zwanzig Kilometer alle Infraschall-gesteuerten Kommunikationssysteme der Tiere zerstört, was zu einem hohen Prozentsatz mit schuld sein soll am Aussterben der Bienen in Deutschland, deren durch Infraschall erzeugter Schwänzeltanz durch Windmühlenschall restlos zerstört wird, so daß sie nicht mehr zu ihrem Bienenstock zurückfinden und tausende von Bienenvölkern sterben.
- Daß diese Windmühlen tausende von seltenen Greifvögeln (z.B. Milane) "schreddern" und daß sie verhindern, daß Brieftauben in den heimischen Taubenschlag zurückfinden, ist mittlerweile allseits bekannt.
- Zugvögel kommen von ihrer Flugbahn ab, und zahllose Bürger erleiden massive gesundheitliche und psychische Schäden durch diese Infraschall-Dauerbelastung.

Alles das wird von den neomarxistischen "Klima-Ideologen" geleugnet, weil "nicht sein kann, was nicht sein darf". Wissenschaftliche Wahrheit ist nur das, was der Ideologie dient an der Macht zu bleiben.

Ziel der "großen Transformation":

* Die Macht- in den Händen weniger rot-grüner Klima-Ideologen
* Die Vernichtung aller wahrhaft demokratischen Regierungssysteme weltweit - jeder einzelne Mensch muß in eine absolute Abhängigkeit hineingeführt werden von der (Welt-)Regierung - beginnend bei der Europäischen Union ...

Der Staat entpuppt sich als angeblich um jeden Bürger besorgte "Über-Mutter". ...
Am Ende der Fahnenstange steht dann die Behauptung: "Ihr benötigt kein Einkommen, kein Vermögen mehr für eure existentielle Sicherheit. Wir geben euch - in unserem neomarxistischen Verteilungsstaat - alles das, was Ihr zum Leben benötigt. Dabei bestimmen WIR, was jeder Einzelne wirklich benötigt!"
Aufhebung und Vernichtung jeder individuellen Freiheit und jeder Kreativität der einzelnen Personen.
Das ist das Ziel derjenigen, die diese neue Ideologie von der "großen Transformation" über Jahre hinweg seit Anfang der Neunziger Jahre entwickelt haben, allen voran H. J. Schellnhuber.
Hierbei wird völlig vergessen oder verschwiegen, daß die größte Ressource auf diesem Planeten die "Ressource Mensch" ist - der Mensch, zu kreativem Handeln befähigt, intelligenzbegabt, mit unendlich vielen wertvollen Ideen und Gedankengängen. Diese Masse an Menschen garantiert ein wesentlich besseres, intelligenteres Handeln als eine Handvoll arroganter Politiker, die glauben, im Denken allen anderen Bürgern weit überlegen zu sein.
Stoppt den Verbots-Staat! Stoppt die grüne und die rote VERBOTSPARTEI!

Wir sind nicht Eure "dummen Kinder", und ihr habt kein Recht, euch als autoritäre Oberlehrer aufzuspielen. ...
Gebt uns Parteien und Institutionen, die uns erlauben, in größtmöglicher Freiheit zu leben - nach unseren Vorstellungen. Und gebt uns endlich diese Freiheit wieder zurück, die Ihr uns geraubt habt!
Angela Merkel, damals Umweltministerin im Kabinett Kohl, machte bereits 1994 diesen Schellnhuber zu ihrem politischen Chef-Berater und erteilte ihm seitdem die Aufträge und Freiheiten zur Erstellung unzähliger besthonorierter Gutachten und Polit-Papiere. ...
Hätten nur mehr Menschen in den zwanziger und dreißiger Jahren die Schriften der Nazis gelesen - von Hitlers "Mein Kampf" bis hin zu Alfred Rosenbergs "Mythus des zwanzigsten Jahrhunderts" (in diesem Buch beschrieb Rosenberg die nationalsozialistische "große Transformation"), dann wäre uns so manches erspart geblieben, wenn wir rechtzeitig gegen diese wissenschaftlich unhaltbaren Lügen von der "Arischen Rasse" oder der "Blut-und-Boden-Politik" entschieden gekämpft hätten.
Niemand soll mir erzählen, daß Angela Merkel in diesen neomarxistischen ideologischen Strudel unwissend hinein geraten sei aufgrund ihres "naiven Denkens".
Nein! Diese Frau ist nicht dumm, nicht naiv, sondern sie ist hochintelligent und wurde bisher katastrophal unterschätzt, nur ist sie leider keine die deutsche Demokratie verteidigende Patriotin, die täglich ihren Amtseid durch Demokratie-fördernde Taten für Deutschland unter Beweis stellt.
Ganz im Gegenteil! Sie wird als die Kanzlerin in die Geschichte eingehen, die Deutschland massiv geschadet hat.
Wir alle wissen, daß sie in Honeckers "BDM", sprich FDJ, eine Führungsrolle innehatte - wir kennen das Kürzel "IM Erika" - und wir alle wissen, daß sie entgegen dem Flüchtlingsstrom "raus aus der DDR" mit ihren Eltern von der freien Bundesrepublik in die stalinistisch geprägte Ulbricht-DDR übersiedelte.
Auch hier empfehle ich das Studium der Biographie dieser Dame, die wesentlich an der Demokratie-feindlichen Entwicklung hin zum Neomarxismus in Deutschland eine Mitschuld hat.
Innerhalb der CDU und in weiten Teilen der SPD sowie bei fast allen Grünen haben sich viele dieser Polit-Funktionäre - von Röttgen über Altmaier bis Kramp-Karrenbauer - Schellnhubers freiheitsfeindlichen Ideen angeschlossen.
Um unsere Demokratie restlos zu vernichten und durch das diktatorische Konzept von der neomarxistisch-grünen "großen Transformation" zu ersetzen, verwenden die Feinde der Demokratie von Schellnhuber bis zu Edenhofer strategisch-antidemokratische Mittel in dialektischer Salami-Taktik - Schritt für Schritt - und weichen kurzfristig und vorübergehend auch mal wieder einige Zentimeter von ihren End-Zielen ab, wenn sie merken, daß die Bevölkerung auf dem Marsch in die Unfreiheit nicht weiter mitmachen will.
So schlug Merkel vor, keine Fahrverbote für Diesel in unseren Städten zuzulassen, wenn der von der DUH - Deutsche Umwelthilfe unwissenschaftlich und rein politisch festgelegte Grenzwert von 40 µg Feinstaub pro Kubikmeter Luft nicht ganz erreicht werden sollte und statt dessen knapp unter 50 µg pro Kubikmeter Luft liegt.
Das führte zu einer kurzfristigen Beruhigung der erhitzten Gemüter, wird aber nicht lange vorhalten; denn Merkels minimales Entgegenkommen in Richtung der frei denkenden Bürger wird nicht von langer Dauer sein.
Aber niemand - schon gar nicht Merkel - stellt die Legitimität und das politische Mandat der DUH in Frage oder tritt den Schellnhuber-Ideologien energisch entgegen!
Auffallend sind im Verhalten des PIK und des IPCC (Internationaler Klimarat) sowie der "Schellnhuber-Gefolgschaft" im WBGU besonders folgende Angriffspunkte gegen den freiheitlich-demokratischen Rechts-Staat und gegen die Soziale Marktwirtschaft, die uns durch

stetes Wirtschaftswachstum vor allem Wohlstand und Vollbeschäftigung garantierte:
Die permanente Verletzung des Subsidiaritätsprinzips mit dem Ziel der Abschaffung aller subsidiär existierenden Handlungs- und Entscheidungsstrukturen ergibt relativ rasch das Bild einer autoritär-indoktrinären Zentrierung der Macht in Richtung Berlin und Brüssel!
Kurze Anmerkung zum Subsidiaritätsprinzip:
Subsidiaritätsprinzip bedeutet - in einfachen Worten ausgedrückt -, daß die jeweils höhere gesellschaftliche Ebene in einem Gemeinwesen nicht in die Freiheitsrechte der Personen, Verbände und Vereinigungen dirigierend eingreifen darf, so lange diese Untergruppierungen ihre Aufgaben selbst erledigen oder ihren gesellschaftlichen Verpflichtungen selbst nachkommen können.
Und wem passen diese föderal-subsidiären Strukturen der politischen Ebenen und Zuständigkeiten in unserem Land so absolut nicht in den "Kram"? - Den grün-roten Neomarxisten. ...
All diese hier im Essay aufgeführten Punkte sind die ENDZIELE dieser neuen IDEOLOGIE, die Schellnhuber und Co. "die große Transformation" nennen und die sie diktatorisch der "Welt im Wandel" als neue Werte-Welt vorschreiben! ...
Die "direkte Bürgerbeteiligung" der Zivilgesellschaft wurde im Lissabonner Vertrag verankert. Aber nur wenige wissen, daß diese "Bürgerbeteiligung" über mittlerweile 5.000 NGOs stattfindet (1988 gab es ca. 24 NGOs), die fast alle von Multimillionären und deren "Stiftungen" finanziert werden und selbstverständlich inhaltlich durch die Ideologie von der "großen Transformation" - vom Genderismus bis zur Migrations- und Klimapolitik - gleichgeschaltet wurden - nicht zuletzt auf den von der UNO veranstalteten "Welt-Konferenzen".
Aber auch unsere Steuergelder gehen in Milliardenhöhe an die grün-roten Linksideologen der "großen Transformation" und ihre NGOs.
So zahlte die Bundesregierung bisher jedes Jahr mindestens 500 Millionen Euro allein an Schellnhubers Vereinigung (WBGU-PIK) und führt das seit 2018 mit Zahlungen an den neuen PIK-Vorsitzenden Edenhofer weiter. ...
Zum Thema der "Bürgerbeteiligung der Zivilgesellschaft" durch NGOs ist mittlerweile so gut wie alles veröffentlicht worden. Die "großen, zentralen" Foundations, die Milliardenbeträge an die von ihnen initiierten und inhaltlich gleichgeschalteten NGOs jedes Jahr zahlen, sind ebenfalls mittlerweile enttarnt worden und allseits bekannt.
Zu den zentralen Stiftungen zählen George Soros' "Open Society Foundation" sowie Oxfam, die europäische Stabilitätsinitiative ESI und zahlreiche sogenannte "think tanks", Kaderschmieden, auch "Denkfabriken" genannt, die das vorrangige Ziel verfolgen, möglichst im Geheimen eine politisch gleichgeschaltete, rot-grün handelnde politische "Elite" heranzuzüchten und neue Aktivisten zu rekrutieren ...

Fehlendes Wirtschaftswachstum

Um das fehlende Wirtschaftswachstum früherer Jahre, das im antikapitalistischen Programm des Club of Rome sowie der "großen Transformation" nicht mehr erwünscht ist, auszugleichen und um die gravierenden volkswirtschaftlichen Unterschiede der einzelnen EU-Mitgliedsländer abzuschwächen, waren riesige Summen an Geldern erforderlich, die mit politisch-wirtschaftlichen Tricks bis heute bereitgestellt wurden - einmal durch die "Null-Zins-Politik" der EZB, dann aber auch durch das Programm Target 2.
TARGET 2 steht für die zweite Generation des Trans-Europe and Automated Real-time Gross settlement Express Transfer System und ist das System der Zentralbanken des Euro-Systems für die schnelle Abwicklung von Zahlungen in Echtzeit.
Diese trickreiche Wirtschaftspolitik und die EZB-Politik sowie die Billionen-Verschuldung der EU-Länder werden uns über kurz oder lang fast unüberwindbare Probleme bescheren, wenn wir nicht sehr schnell zu unserer früher so erfolgreichen deutschen Wirtschaftspolitik zurückkehren und uns nicht mehr auf die unmöglichen Mauscheleien und Vorschläge von

Macron einlassen (Stichwort: Hedgefonds!) - so geschehen beim "Arbeitstreffen" Macron - Merkel am 28. Juni 2018.
Und noch eine kurze Bemerkung zur Interpretation von Nachrichten und Kommentaren in den öffentlich-rechtlichen Medien z.B. bei ZDF und ARD:
Es gibt keine "Lügenpresse", wenn ich das nicht will. Alles hängt lediglich davon ab, wie ich Nachrichten und Kommentare interpretiere.
Für uns heißt das: Der am meisten niedergemachte Politiker - neben Orban - ist der US-Präsident Trump. Also ist er einer der besten Politiker, die uns helfen können, den Alptraum von der großen Transformation los zu werden.
Oder nehmen wir folgendes Beispiel - der Bericht von einer Messerstecherei am Bahnhof XY:
Nachrichtentext:
"Ein Täter mit deutschem Paß stach auf eine Frau mit Migrationshintergrund ein. Das Opfer verstarb noch am Tatort. Ein Terroranschlag konnte ausgeschlossen werden…"
Bei dieser Nachricht können Sie fast sicher davon ausgehen, daß der "Deutsche" namens Mohammed A. nur unverständlich gebrochenes Deutsch spricht, weil er die ersten zwanzig Jahre seines Lebens in Afghanistan (oder Syrien) heranwuchs, bevor er vor drei Jahren in Deutschland eingebürgert wurde. Er erstach seine ebenfalls muslimische Freundin, weil er glaubte, sie sei fremdgegangen. ...
Nur die völlig Minderbemittelten unter uns sehen "im Kopfkino" einen Deutschen, der seine aus dem Senegal stammende Freundin aus Habgier tötete.
Wenn Sie zuverlässig die Wahrheit über solche absichtlich lückenhaft von unseren Medien berichteten Taten wissen wollen, gehen Sie ins Internet und suchen in Schweizer oder in österreichischen Medien nach dem Vorgang. Dort berichtet man oft noch wahrheitsgetreu und ohne Geheimnistuerei auch über kriminelle Taten verschiedener Ausländer, die (meist) illegal nach Deutschland kamen.
Und noch etwas: An der Fernbedienung des Fernsehers gibt's auch eine "Aus-Taste", die Sie frei und ungezwungen betätigen können, wenn rot-grün-ideologisierte TV-Moderatoren fordern, die Feinstaub-Grenzwerte noch strikter zu fassen als bisher.
Zeitungen sind auf Leser angewiesen, um ihre Presse-Erzeugnisse gewinnbringend verkaufen zu können. Denken Sie daran: Zeitungen muß man nicht kaufen, wenn man nicht will. TV-Sender sind angewiesen auf "Einschaltquoten" - wenn Ihnen mißliebige Moderatoren von Polit-Talkshows aufgrund ihrer politisch extremen Einstellung nicht behagen: Fernseher ausschalten oder auf andere Programme umschalten!
Wichtig ist zuerst einmal, daß Sie alle Ihre Bekannten und Verwandten aufklären über die Pläne der politisch Verantwortlichen, unsere Demokratie einem autoritär-diktatorischen System zu opfern, um die "große Transformation", die neomarxistisch-grün-rote Revolution in unserem Land durchzusetzen. Ich behaupte einmal, daß nur eine verschwindend kleine Minderheit bei diesen Fragen einigermaßen durchblickt. Das müssen und können wir ändern - solange wir noch die Freiheit dazu haben. Darauf warten können wir uns nicht erlauben!
Über mich, Peter Helmes
Warum noch "conservo"?
conservo will gezielt christlich-abendländische Werte vertreten und dem Zeitgeist entgegenwirken. "Moderne" aller Couleur haben wir genug. ...
conservo ist aber auch liberal, weil meiner Meinung nach jeder nach seiner Façon selig werden soll. Meine Grenze endet da, wo die Grenze eines anderen überschritten werden könnte. Meine Wertebasis ist die christlich-abendländische Tradition, der ich mich verpflichtet fühle. Die Einsicht in eine Letztverantwortlichkeit vor Gott und Jesu Liebesgebot bietet eine Basis für eine "menschliche" Gesellschaft.
Wenn wir die christlich-abendländische Grundorientierung verlieren, verlieren wir auch die

Kraft zum Selbsterhalt. Ich trete ein für ein geeintes, föderales Deutschland, das seinen Regionen, Traditionen und Kulturen einen besonderen Stellenwert einräumt.
Und ich stehe für ein einiges Europa, das in der westlichen Wertegemeinschaft seine Heimat hat und die jeweilige nationale Identität wahrt und stärkt - ein "Europa der Vaterländer".
…<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtete am 9. März 2019 (x1.000/…):
>>**Schreiendes Blut - 100 Millionen Marxismus-Opfer**

Um der ständig zunehmenden Hetze, Gewaltexzesse und somit Alleingeltungsansprüche von Linksextremen gegen "Rechts" willen, muß wieder einmal an die Wurzeln des gewalttätigen Kommunismus, sprich Marxismus, erinnert werden - was Kla.TV mit dieser Kurzdokumentation getan hat. Der Wertezerfall unserer Gesellschaft ist allgegenwärtig. Anstand, Disziplin, Tradition, Treue und Familie gelten kaum mehr als erstrebenswert. Doch dies ist keine zufällige Entwicklung, weil der Wertezerfall seine Grundlagen in der "Kritischen Theorie" der Frankfurter Schule hat und seit der 68er-Revolution konsequent umgesetzt wird.

Die seit Mitte der 60er-Jahre in Politik, Medien und Bildung verbreiteten Dogmen knüpfen an die Denkmuster des längst tot geglaubten Marxismus an. Doch der Marxismus war nur scheintot. Hier die Erklärung:

Der Marxismus verlor in den 20er-Jahren aufgrund der verheerenden Zustände in der Sowjetunion an Attraktivität. Durch die geschehenen Blutbäder war die Bevölkerung westlicher Staaten für die Ideologie des Kommunismus nicht mehr zu gewinnen. So kamen im Jahre 1923 eine Gruppe Soziologen, Philosophen und Psychologen zusammen, um dem Marxismus eine neue Strategie, bzw. Richtung zu geben. Ihr führender Kopf war der Sozialphilosoph Max Horkheimer.

Man gründete das Institut für Sozialforschung (IfS) in Frankfurt, wo man die "Kritische Theorie" entwickelte. Später nannten sich die Mitglieder des IfS Frankfurter Schule. Die Schlagworte der Frankfurter Schule prägen bis heute stark das Weltbild junger Menschen. Die wichtigsten Vertreter der Frankfurter Schule waren: Max Horkheimer, Theodor W. Adorno, Herbert Marcuse, Erich Fromm, Jürgen Habermas.

Mit der "Kritischen Theorie" versteckte die Frankfurter Schule ihr marxistisches Gedankengut hinter einer vermeintlich wissenschaftlichen Theorie, die altbewährte Institutionen wie Familie, freie Marktwirtschaft und Christentum angreift. Die Kritische Theorie fordert eine Befreiung der Gesellschaft von diesen angeblich unterdrückerischen Institutionen.

Die Kritische Theorie ist unwissenschaftlich, ideologisch motiviert und nicht vom Interesse an Wahrheit und Objektivität geleitet. Die Kritische Theorie greift vor allem die Familie als kleinste und stabilste Zelle einer gesunden Gesellschaft an. Hinter der "Befreiung" von sexuellen Tabus, autoritärer Erziehung und alten Rollenbildern verbirgt sich der marxistische Kampf gegen die Familie.

Ziel und Ideologie dieses Neo-Marxismus ist die Zerstörung der bürgerlichen Werte-Gesellschaft, um daraus den "neuen Menschen" zu erschaffen, ganz nach der Ursprungsidee der kommunistischen Weltrevolution. Doch betrachten wir auf nachfolgender Liste einmal, auf welchem Fundament der Marxismus samt seinem sogenannten Sozialismus oder Kommunismus erwachsen ist.

Zusammengezählt kommt man auf nicht weniger als 100 Millionen Ermordete, die auf das Konto von Karl Marx, Lenin, Stalin, Trotzki und deren Nachfolger gehen. Sie sind auch die Urväter eines Großteils gegenwärtig steigender Kriminalität, sinkender Geburtenraten, Niveauverlust in Medien, Bildung und Gesellschaft, des Drogenhandels, der Abtreibungspropaganda und vielerlei mehr. Sowohl gewaltbereite Linksextreme in aller Welt, als auch der mittlerweile mit Steuergeldern finanzierte, noch gewalttätigere schwarze Block beweisen, daß der Marxismus bis dato in keiner Weise gedenkt, von seiner Gewalttätigkeit abzulassen.

Der gesamte Wertezerfall auf allen Ebenen kann nachweislich auf deren ideologischen Ursprung zurückgeführt werden. Die Nachkommen dieser blutbeschmierten Ideologen haben sich erneut an die Schalthebel aller Universitäten, Schulen und auch Massenmedien und Regierungen gesetzt. Man findet sie ganz vorne in der kulturellen Szene mit ihrem Zerfall, bis hinein in die Justiz, in NGOs, in sogenannten humanen Einrichtungen aller Gattung und in Konzernen aller Art.
Dabei wurde die Blutschuld dieser gewalttätigen Ideologie mit ihren Massenmorden noch nie wirklich juristisch gerächt. Wie in aller Welt war so etwas überhaupt möglich? Hier nun die Liste von Opferzahlen marxistischer Massenmorde: Nachfolgende Zahlen der durch Kommunisten getöteten Menschen bezeichnete der Verfasser der Liste als "grobe Annäherungen, basierend auf inoffiziellen Quellen". Es sind also Schätzwerte, die unter Umständen noch höher liegen können:
1. Sowjetunion: 20 Millionen.
2. China: 65 Millionen.
3. Vietnam: 1 Million.
4. Nordkorea: 2 Millionen.
5. Kambodscha: 2 Millionen.
6. Osteuropa: 1 Million.
7. Lateinamerika: 150.000.
8. Afrika: 1,7 Millionen.
9. Afghanistan: 1,5 Millionen.
10. um die 10.000 Tote durch internationale kommunistische Aktivisten ohne Regierungsmacht.
11. DDR: 1.065 Grenz- und Mauertote Massenverbrechen der Marxisten in der Sowjetunion: Exekutionen von zehntausenden Geiseln und Gefangenen ohne Gerichtsverfahren.
12. 1918 bis 1922: Ermordung von Hunderttausenden rebellischer Arbeiter und Bauern.
13. 1922: eine mutwillige Hungersnot mit 5 Millionen Toten.
14. 1920: Ausrottung und Deportation der Kosaken.
15. 1918 bis 1930: Ermordung von Zehntausenden in Konzentrationslagern.
16. 1937-38: Liquidierung von fast 690.000 Menschen im Großen Terror.
17. 1930 bis 1932: Deportation von 2 Millionen Kulaken.
18. 1932 bis 1933: im Holodomor (künstlich und systematisch verlängerte Hungersnot) kamen nach unterschiedlichen Berechnungen zwischen 3,5 und 7 Millionen Menschen um, ein Drittel davon Kinder (einzelne Quellen geben bis zu 14,5 Millionen Menschen an inkl. Erschießungen, Deportationen und fiktiven Geburtenausfällen).
19. 1939 bis 1941 und erneut von 1944 bis 1945: die Deportation von hunderttausenden Polen, Ukrainern, Balten, Moldawiern und Bewohnern Bessarabiens.
20. 1941: Deportation der Wolgadeutschen.
21. 1943: die vollständige Deportation der Krimtataren.
22. 1944: vollständige Deportation der Tschetschenen.
23. 1944: vollständige Deportation der Inguschen. …
24. ab 1950: langsame Zerstörung der Tibeter durch die chinesischen Kommunisten.
25. 1975 bis 1978: Deportation und Ausrottung der Stadtbevölkerung in Kambodscha.
Es wird Zeit, aufzuwachen und dem nihilistischen Treiben humanitär getarnter Neomarxisten abzusagen: Schluß mit der Zerstörung von Familien, Schluß mit der Zerstörung von Nationalitäten und nationalen Grenzen, Schluß mit der Gender-Ideologie samt aller Frühsexualisierung und Pornographie-Flut; Schluß auch mit einer ständig sich ausweitenden Drogenlegalisierung und dem ganzen Feminismus; Schluß mit der dauernden Propaganda von Transsexualität und vielerlei mehr.

Wo immer der Abbau von altbewährten Praktiken und Ordnungen propagiert wird, wo immer man uns gegen unbeugsame Naturgesetze verführen will, da gilt es, von einer verbrecherischen Ideologie zu reden und diese um des Volkswohles willen zu verbieten. Das Volkswohl muß wieder über jeder zerstörerischen Ideologie stehen.<<

Die Online Zeitung "Epoch Times Deutschland" berichtete am 13. März 2019: >>**Buchtitel "Ein Leben frei von Kindern" sorgt nach wie vor für Schlagzeilen**

Muttersein, Kind oder Karriere? Da wird das Private schnell politisch. Eine Lehrerin aus Regensburg hat mit ihrem Buch eine neue Debatte ausgelöst: Sie will auf gar keinen Fall ein Kind - der Umwelt und sich selbst zuliebe. Nun gibt es erste Antworten auf ihr Statement.

Verena Brunschweiger ist Lehrerin, 38 Jahre alt und will keine Kinder. Damit macht sie im Moment Schlagzeilen, weil sie ein Buch darüber geschrieben hat. "Kinderfreie Frauen müssen von ihrem schlechten Ruf befreit werden", fordert sie.

Das Hauptargument ihres "Manifestes", wie sie das Buch untertitelt hat: Kinder sind schlecht für die Umwelt, die CO2-Bilanz. Ihr Fazit darum: Je weniger Kinder, desto besser. Ein ziemlich misanthropischer Ansatz.

"Herzlos-Lehrerin" nennt die "Bild-Zeitung" die Autorin. Unter ihrem eigenen Hashtag #Brunschweiger wird sie angefeindet.

Birgit Kelle, Autorin des Buches "Muttertier" und vierfache Mutter, antwortet in einem Gastbeitrag für focus.de auf die "Gebärstreik-Verena" und schreibt, steile Thesen seien immer gut, wenn man ein Buch verkaufen wolle.

Wenn man dann noch im Vorbeilaufen ein paar Millionen Eltern beleidigen kann und das ganze mit einer satten Portion moralischer Überhöhung untermauert, ist es fertig, das Buch für neurotische Frauen diesseits der Menopause."

Eine Nachricht des EU-Statistikamtes Eurostat dürfte Brunschweiger jedoch freuen: Die Gesamtzahl der Babys in der Europäischen Union sank von 5,148 Millionen im Jahr 2016 auf 5.075 Millionen im Jahr darauf. Das bedeutet im Schnitt 1,59 Geburten pro Frau. Deutschland lag sogar noch knapp unter dem EU-Durchschnitt.

Für Brunschweiger, die sich selbst Radikal-Feministin nennt, ist ihr kinderfreier Ansatz ein "bewußter, feministischer Akt". Sie nennt Kinder ein reaktionäres "Projekt" und Mütter, die nur noch den Nachwuchs sehen, "Mombies" - Mama-Zombies.

Literatur-Trend

Mit dem Thema ist Brunschweiger Teil eines kleinen Literatur-Trends. Gerade ist auch das Buch "Mutterschaft" der kanadischen Schriftstellerin Sheila Heti auf deutsch erschienen, das - wenn auch in anderer Form - ebenfalls die selbstgewählte Kinderlosigkeit zum Thema hat.

Die Debatte darum erinnert ein wenig an den Aufschrei, der vor einigen Jahren vor allem durch die Online-Mütterforen dieser Welt ging. Damals räumten einige Frauen nach dem Erscheinen des Buches der israelischen Soziologin Orna Donath "Regretting Motherhood" erstmals öffentlich ein, daß sie es zumindest zeitweise bedauern, Mutter geworden zu sein. Das galt vielen als Tabubruch.

Mütter müssen alles schaffen

Kaum ein Thema wird so heftig diskutiert wie das Muttersein. Kind oder Karriere? Da wird das Private schnell politisch.

Frauen und vor allem Mütter seien in Deutschland ständig konfrontiert mit gewissen Erwartungshaltungen, sagt die Marburger Psychoanalytikerin Helga Krüger-Kirn, die zu Mutterschaft und Geschlechterverhältnissen forscht und unter anderem das Buch "Mutterschaft zwischen Konstruktion und Erfahrung" auf den Markt gebracht hat.

"Gesellschaftlich ist eine Mutter anerkannt, wenn sie alles schafft, Beruf und Muttertätigkeiten optimal vereinbart und vor allem, wenn sie 'gelungene' - sprich erfolgreiche und leistungsfähige Kinder hat", sagt Krüger-Kirn.

Und so tritt auch die selbsterklärte Feministin Brunschweiger ihrer Ansicht nach mit der These, Frauen, die Kinder auf die Welt bringen, schaden der Umwelt, in eine altbekannte Falle: "Das ist so typisch: Mütter sind an allem schuld." (dpa)<<

Das Europäische Institut für Klima & Energie (EIKE) berichtete am 13. März 2019 (x1.082/…): >>**Der ausgeblieben Weltuntergang - was ist eigentlich in Fukushima los?**

Kernenergie trotz Tschernobyl und Fukushima?

Fast 100 Kernkraftwerke auf der ganzen Welt hatte ich schon gesehen. Ich war auch in Japan - allerdings war Fukushima noch nicht dabei. Meine Organisation hatte sich als zahnloser Tiger entpuppt und auf der ganzen Linie versagt. Ich wäre am liebsten vor Scham in den Boden versunken. Noch am gleichen Abend meldete ich mich freiwillig, um in Fukushima den Kollegen zu helfen. Ich war nicht der Einzige - hunderte Ingenieure der Nuklearindustrie taten das.

Die Erdachse wurde verschoben

Am 11. März 2011 um 14:46 Uhr Ortszeit traf Japan ein schweres Erdbeben. Die Pazifische Platte schob sich ruckartig fünf Meter auf die Nordamerikanische Platte. Die Erdkruste riß auf einer Länge von 400 Km bis in eine Tiefe von 60 km auf. Das Tohoku-Erdbeben vor der Küste von Fukushima wurde mit 9,1 auf der Richterskala bewertet. Die freigesetzte Energie des Bebens war äquivalent der Energie von 780 Millionen Hiroshima-Bomben.

Das Erdbeben war so schwer, daß sich die Erdachse um 16 cm verschob - seither dreht sich die Erde etwas schneller, die Tageslänge verkürzte sich um 1,8 Mikrosekunden. 400.000 Gebäude stürzten ein. Alle Kernkraftwerke Japans schalteten sich bei dem Beben automatisch ab und gingen in den Notkühlbetrieb über. Das Stromnetz in großen Landesteilen wurde erheblich beschädigt.

Als Folge des Bebens verwüstete ein gigantischer Tsunami die Küstenregion von Fukushima. 22.000 Opfer waren zu beklagen. Das Kernkraftwerk Fukushima mit seinen sechs Reaktor-Blöcken wurde von einer Wasserwelle von 14 Metern Höhe getroffen und vier tiefer gelegenen Reaktorblöcke wurden überschwemmt und völlig verwüstet. Mit dem kleinen Finger ihrer linken Hand drückte die Flutwelle die eisernen Maschinenhaustore der Reaktorblöcke auf und verwandelte die Turbinen-Gebäude in U-Boote, in denen das Wasser fünf Meter hoch stand. Dort befanden sich aber auch die Notstromdiesel, deren Funktion für diese Anlagen jetzt überlebenswichtig war.

Die umfangreichen Sicherheitseinrichtungen des Kraftwerkes mußten ohne Notstromversorgung versagen und die Reaktorkerne überhitzten sich bis zur Teilschmelze. Das nennt der Fachmann GAU - Größter Anzunehmender Unfall. Durch eine Hitze-Reaktion des Zirkoniums der Brennelemente mit dem Wasserdampf entstanden große Mengen an Wasserstoff, der in Verbindung mit Luftsauerstoff als Knallgas gerne explodiert.

Japans Sicherheitskultur versagte

Zweifelsfrei hatte hier die Unfallvorsorge des Energieversorgers TEPCO (Tokyo Electric Power Company) versagt. Die Welt verstand Japan stets als ein Hochtechnologie-Land und lernte nun: "Hochtechnologieland" bedeutet nicht unbedingt "Hochsicherheitsland". Es war Japans Sicherheitskultur, die versagt hatte.

Die Bilder der Wasserstoffexplosionen in Fukushima wurden weltweit als explodierende Reaktoren wahrgenommen. Als wäre eine solche Katastrophe nicht genug, wurde der GAU in Fukushima mittels dieser Bilder von den deutschen Medien im Einklang mit der Politik regelrecht orchestriert und in einen Super-GAU erhöht. Einen Supergau gibt es sprachlich gar nicht, da GAU schon "Größter Anzunehmender Unfall" heißt.

Eine ungeheuerliche Medienkampagne brach in Deutschland los und spülte ganz nebenbei in Baden-Württemberg einen grünen Ministerpräsidenten an die Macht. Der ARD-Korrespondent Robert Hetkämper relotierte damals darüber, daß in Fukushima Obdachlose und Jugend-

liche in einem Kamikaze-Einsatz verheizt würden.
Eine heute amtierende Bundestagspräsidentin widmete kurzerhand die Tsunamiopfer zu Strahlenopfern um. Nichts davon stimmte. Es gab keine Strahlenopfer in Fukushima. Die sieben Todesopfer im Werk fielen dem Erdbeben - ein Kranführer stürzte von seinem Kran ab - oder dem Tsunami zum Opfer - sie ertranken in den Fluten.

Die Angst der deutschen Politik vor dem Zeitgeist

Was ist aus den Weltuntergangs-Szenarien geworden, die von den Medien angeheizt, Panik über den Erdball verbreiteten? Nichts, rein gar nichts - außer, daß der Tsunami in Fukushima in Deutschland mehr Kernreaktoren zerstört hat, als im fernen Japan. Ließ doch die deutsche Kanzlerin auf der Tsunamiwelle reitend für ein paar Wählerstimmen einen ganzen Industriezweig gesetzwidrig enteignen, indem die gültigen Betriebsgenehmigungen deutscher Kernkraftwerke eingezogen wurden. Acht Blöcke wurden sofort abgeschaltet, die restlichen werden bis 2022 außer Betrieb genommen - aus Angst vor einem Tsunami in der deutschen Tiefebene?
Nein, aus Angst vor dem Zeitgeist. Genützt hat es der CDU nichts. Die Wahl in Baden-Württemberg hat sie damals trotzdem nicht gewonnen. Und den deutschen Steuerzahler hat die Kanzlerinnenpanik viele Milliarden gekostet, Milliarden, die anderswo dringend gebraucht wurden. Deutschland hat sich durch den Abschied von der Kernenergie meilenweit vom Erreichen seiner selbstgesetzten Klimaziele entfernt. Lernen aus Fehlern?
Das muß in Deutschland nicht sein. Jetzt wird - genau mit der gleichen Panikmache - ein weiterer Ast abgesägt, auf dem der deutsche Wohlstand sitzt. Die Gretaisierung der deutschen Politik schreitet auch heute noch unaufhaltsam und majestätisch wie eine Tsunamiwelle voran. Und genau so verheerend wie ein Tsunami wird auch die Wirkung sein. Aber ach - das sagend fühle ich mich wie Kassandra- die der Legende nach begabt war, die Zukunft vorherzusagen und dazu verdammt war, daß ihr niemand Glauben schenkte.

Was wurde aus der Zone der Evakuierung?

Unmittelbar nach dem GAU wurde eine 20 km-Zone um das havarierte Kraftwerk von der japanischen Regierung evakuiert. Ob dies notwendig und besser für die Betroffenen war, darüber läßt sich unter Strahlenschutzgesichtspunkten trefflich streiten. Ich glaube, es war eher kontraproduktiv. In den letzten Jahren wurde die Evakuierungszone aufwendig dekontaminiert, ein Vorgang, den man sich in Deutschland nicht vorstellen mag. 15,2 Millionen Kubikmeter "kontaminiertes Erdreich" wurden in der Präfektur Fukushima abgetragen und in 150.000 speziellen Lagerstätten verstaut.
Die Strahlenbelastung in Fukushima Stadt ging von 2,74 Mikrosievert nach dem Unfall auf heute normale Werte von 0,14 Mikrosievert zurück. Ich bin kein Strahlenschutzexperte. Deshalb ein paar etwas laienhafte Erklärungen dazu. (Zum einfacheren Vergleichen gebe ich die Werte in Mikrosievert pro Stunde (µSv/h) und gerundete Zahlen an. In einigen gesperrten Teilen der Evakuierungszone sind die Werte deutlich höher).
Die Luftstrahlung an der Meßstation Odaka - 15 km vom Kernkraftwerk Fukushima Daiichi entfernt und typisch für die wieder zum Heimkehren freigegebenen Bereiche - beträgt 0,14 µSv/h. Das liegt leicht über dem normalen Strahlungsniveau von z.B. New York, ist aber etwas niedriger als in Rom und deutlich niedriger, als in einigen Gebirgsregionen Deutschlands. Eine der höchsten natürlichen Strahlenbelastungen weltweit findet sich im iranischen Ramsar mit Spitzenwerten der effektiven Dosis von 14µSv/h.
Zum weiteren Verständnis: 5-10µSv werden für einmaliges Zahnröntgen appliziert und mehr als 50µSv für einen einfachen Flug von Tokio nach New York. Noch ein Beispiel: 12.000 Computertomographien werden in Deutschland pro Jahr durchgeführt. Bei einer Ganzkörper-CT werden zwischen 1.000µSv und 10.000µSv verabreicht.
Mehr als die Hälfte der Evakuierungszone von 371 Quadratkilometer wurde inzwischen wie-

der für die Bevölkerung zum Wiederbezug freigegeben. Insgesamt kehrten etwa 50.000 Einwohner (2,6 % der Bevölkerung der Präfektur) nicht in ihre angestammte Heimat zurück. Selbst in die Dörfer nahe des Kraftwerkes Fukushima kehrt das Leben langsam zurück. Es wird aber noch Jahre dauern, bis die Narben des Unglücks verheilt sind. Zum Beispiel sind in Odaka Town, etwa 15 km vom Kraftwerk entfernt, erst ein Drittel (2.832 von einst 8.313) der Einwohner zurückgekehrt. Oder in Nami-Town - das erst 2017 freigegeben wurde - sind von den einst 20.000 Einwohnern erst 500 zurück.
Viele der hastig Evakuierten haben in den letzten sieben Jahren eine neue Heimat gefunden und wollen gar nicht zurückkehren. Einige haben auch Angst vor Strahlung und bleiben lieber woanders. Es kommen aber auch Menschen von anderswo nach Fukushima, um sich mit den Unterstützungsprogrammen der Regierung hier eine Existenz aufzubauen. Die "Todeszone" ist längst wieder zum Leben erwacht.
Das Soma Nomaoi Samurai-Festival zog jedenfalls im Jahr 2018 über 40.000 Besucher nach Fukushima an. Und landwirtschaftliche Produkte, wie die berühmten Fukushima Pfirsiche, sind wieder gefragt. Doch das ist hierzulande keine Nachrichten wert, da schüttelt sich der deutsche Haltungsjournalist vor Abscheu.

Wie sieht es heute auf dem Kraftwerksgelände aus?

Eines Vorab: Das Kraftwerk Fukushima ist heute eine Touristen-Attraktion. Tausende Nuklearexperten besuchen jährlich das Gelände. Welcher Nuklearexperte möchte sich nicht adeln, indem er sagt: "Ich war in Fukushima". Es bestehen lange Wartelisten für den Fukushima-Entgruselungsbesuch. Aber es gibt auch genügend normale "23.000 Yen-Sensationstouristen", die das Kraftwerksgelände wenigstens von Weitem sehen wollen. Ich kann mir schönere Orte für meinen Japanbesuch vorstellen.
Die Aufräumarbeiten haben von den hiesigen Medien völlig ignoriert gute Fortschritte gemacht. TEPCO veröffentlicht in regelmäßigen Abständen ein Vorher-Nachher-Video mit der gegenwärtigen Situation auf dem Gelände des havarierten Kraftwerkes - sehenswerte acht Minuten.
Mehr als 6.000 Menschen arbeiten an dem Rückbau des havarierten Kraftwerks und vollbringen Leistungen, die den hiesigen Medien höchstens negativ erwähnenswert sind. Was die linken Journalisten am meisten ärgern dürfte und nicht ins Weltbild paßt: auf dem riesigen Gelände des havarierten Kraftwerks verkehrt ein fahrerloses vollelektrisches Bussystem. Gäbe es das woanders, wären die Jubelmeldungen endlos. Aber - das Kraftwerksgelände ist dekontaminiert und neue Sozialgebäude sowie eine komplett neue Infrastruktur für den Rückbau wurden errichtet.
Im Block 1 wird das zerstörte Gebäude repariert und der Kernbrennstoff aus den Abklingbecken entfernt. Auch das Gebäude des Blockes 2 wurde abgedichtet und die Entfernung des Brennstoffes aus den Becken wird vorbereitet. Am Block 3 wurde ein neues Dach installiert und der Abtransport des Brennstoffes aus den Becken wird vorbereitet. Block 4 ist vollkommen brennstofffrei. In den Reaktoren eins bis drei untersuchen Roboter den Zustand der teilweise geschmolzenen Reaktorkerne, um auch hier den Brennstoff zu entfernen. Dies wird aber noch ein paar Jahre dauern.
Um das Grundwasser am Eindringen und Ausfließen zu hindern, wurde um das gesamte Kraftwerk eine 1.500 Meter lange und 30 Meter tiefe Eis-Mauer in den Boden gefroren. Sie funktioniert wie ein Kühlschrank. Durch tausende von in die Erde getriebene Rohre fließt Kühlflüssigkeit, die das Erdreich wie eine Mauer gefrieren läßt - eine technische Meisterleistung, von der Sie, lieber Leser wohl kaum je etwas gehört haben. … Daher gilt hier ironisch der erste Haferburgsche Medien-Lehrsatz: "Die deutschen Medien informieren mich umfassend und wahrheitsgemäß - außer auf dem Gebiet, von dem ich etwas verstehe".
Nach dem Unfall mußten die Aufräumarbeiter anfangs unter Vollschutzkleidung und Atem-

masken arbeiten. Heute, dank Dekontamination, können sich die Arbeiter auf 96 % des gesamten Geländes in normaler Kleidung ohne Masken bewegen. Mehrere neue Wasseraufbereitungsfabriken dekontaminieren das in den Tanklagern aufgefangene radioaktive Wasser. Dieses Wasser wird noch in großen neuen Tanklagern zwischengelagert, in denen die provisorischen Tanks durch neue, geschweißte Tanks ersetzt wurden. Die Küstenmauer des Kraftwerkes wurde komplett neu wasserdicht erbaut. Große Lager für niedrigradioaktiven Bauschutt wurden eingerichtet.

Japan wird Vorreiter

Wer sehen will, was am 11. März 2011 wirklich in den Reaktoren von Fukushima passierte, sehe sich dieses Video an. Roboter dringen in das Innerste der kaputten Reaktoren ein und zeigen die teilweise geschmolzenen Reaktor-Bauteile. So schlimm der Gau auch war - Japan erarbeitet sich gerade eine echte Vorreiterrolle im Bauen von Robotern, die schier Unmögliches vollbringen. Und man sieht den Ingenieuren den Stolz auf ihre Geräte an, auch wenn man kein Japanisch kann.

Bis 2011 erzeugte Japan ein Drittel seines Stroms aus Kernenergie. Da Japan kaum über eigene Energieressourcen verfügt, belastet der Import von Energieträgern die Japanische Industrie sehr hoch und gefährdet ihre Wettbewerbsfähigkeit. Anders als in Deutschland neigen die Japaner nicht zur Klima- und Atomhysterie.

Deshalb wurde ein Atomausstieg nach Fukushima nicht in Betracht gezogen. Im Gegenteil, die Japaner lernen aus ihren Fehlern. Japan rüstet seine 37 Reaktoren sicherheitstechnisch nach und nimmt sie sukzessive wieder in Betrieb. Die ersten zwei Einheiten wurden bereits 2015 wieder angefahren. Sieben weitere Reaktoren laufen heute wieder. 17 weitere Reaktoren befinden sich gegenwärtig im Prozesse der Wiedererteilung der Betriebsgenehmigung.

Ich habe mir die neuen Sicherheitsmaßnahmen vor Ort in Kashiwazaki Kariwa persönlich angesehen, sie sind durchaus beeindruckend. Gigantische Flutwälle, zusätzliche flutsichere Notstromaggregate, unabhängige Notkühlaggregate, erdbebensichere Notfallgebäude, Vorräte für autarke Langzeitversorgung der Mannschaft, strukturunabhängige Notfallkommunikationsmittel. …

Getan wird, was menschenmöglich ist, um ein zweites Fukushima zu verhindern. Getan wird alles, damit die Kernkraftwerke wieder angefahren werden können. Weil sie, so seltsam das klingt, von der Regierung für eine sichere Energieversorgung als notwendig erachtet und von der Bevölkerung akzeptiert werden.

Die deutsche Energiewende scheitert am Atomausstieg

Trotz der gigantischen Geldausgaben von über 500 Milliarden Euro wird Deutschland seine selbstgesteckten Ziele der CO2 Einsparung für das Jahr 2020 völlig verfehlen. Die Energiewende ist gescheitert. Die Hauptursache für dieses Totalversagen ist der überstürzte Atomausstieg. Kernkraftwerke sind nun mal die einzige CO2-freie wetterunabhängige Grundlastquelle. Gerichtet werden soll es jetzt mit einem genauso überstürzten Kohleausstieg.

"Aussteigen ohne Einzusteigen" ist das Motto, oder "Mehr vom Selben". Wahnsinn ist, wenn man versucht, mit mehr von denselben Mitteln, die vorher schon nichts brachten, ein besseres Ergebnis zu erzielen.

Um das eigene Komplettversagen in der Energiepolitik zu vernebeln, verweist die Politik jetzt auf Zeiträume weit außerhalb ihrer Legislaturperioden-Kompetenz. So werden halt andere Politiker für das Nichterreichen der nächsten Ziele und die damit verbundene Geldverschwendung verantwortlich sein. Beim Pro-Kopf Ausstoß von CO2 rangiert Deutschland derzeit mit ca. 9 Tonnen pro Jahr auf Platz 24. Die Sieger der "Dekarbonisierung" auf Platz 1 bis 5 heißen Kongo, Niger, Äthiopien, Südsudan und Eritrea mit je weniger als 0,5 Tonnen CO2 pro Kopf und Jahr.

Liebe deutsche Landsleute, sollten Gretas und der Grünen Forderungen nach "der Änderung

von Allem" umgesetzt werden, dann wißt Ihr jetzt, wo es hingeht. Und vielleicht meinte ja Angela Merkel genau das, als sie davon sprach, daß die deutsche Politik "Fluchtursachen beseitigen" muß. Nämlich dann, wenn Deutschland es schaffen würde, einen CO2-Ausstoß von kleiner als einer Tonne pro Kopf zu erreichen. Dann bestünden absolut keine Fluchtursachen nach Deutschland mehr. Die Politik ist auf einem guten Weg dazu.
Manfred Haferburg ist Autor des Romans "Wohn-Haft". Der Roman beschreibt auf spannende Weise den aussichtslosen Kampf eines Einzelnen gegen ein übermächtiges System. Ein Kampf, der in den Schreckensgefängnissen des sozialistischen Lagers endet. Ein Kampf, in dem am Ende die Liebe siegt. …<<
Das Online-Magazin "Kritisches Netzwerk" berichtete am 26. März 2019 (x952/…): >>**Der Parteien-Staat**
Gewaltenteilung existiert in Deutschland nur auf dem Papier
Tatsächlich wird alles von einer kleinen Elite kontrolliert
von *Jochen Mitschka*
Wer entscheidet über die Vergabe von Richterämtern? Die Parteien. Wer entscheidet darüber, wer Gesetze beschließen darf? Die Parteien. Und bei wem liegt die exekutive Gewalt einschließlich Beamtenapparat, Polizei und Militär? Raten Sie!
Hinzu kommt: Die oft als "vierte Gewalt" verklärte Presse ist alles andere als unabhängig. Die Parteien mischen über Rundfunkräte und ähnliche Gremien und mittels verschiedener Formen der Einflußnahme mit. Gewaltenteilung? Hieran stimmt nur, daß Gewalt weiterhin eine zentrale Ausdruckform der Machtkartelle darstellt. Von gegenseitiger Kontrolle kann jedoch keine Rede sein, und wer sich diesbezüglich auf die Medien verläßt, ist verlassen.
Immer wieder wird behauptet, daß Deutschland das Prinzip der Gewaltenteilung sozusagen "im Blut" hätte, und ganz ernst nehmen würde. Im Grundgesetz gibt es eine Reihe von Regelungen, die ausdrücklich eine horizontale und vertikale Gewaltenteilung vorsehen. Hinsichtlich der Justiz sagt Artikel 97 (1) GG: "Die Richter sind unabhängig und nur dem Gesetz unterworfen."
Was allerdings nach Ansicht von Richter Udo Hochschild nicht der Fall ist. Bei seinen Argumentationen, die er auf seiner Seite *gewaltenteilung.de* darlegt, macht Hochschild jedoch einen Fehler. Denn wenn er feststellt, daß es statt drei Säulen der Gewaltenteilung nur zwei gäbe, übersieht er eine gewichtige Tatsache.
Eigentlich gibt es nur eine einzige Säule der staatlichen Gewalt in Deutschland. Rechnet man die Medien nun noch als Gewalt im Staat hinzu - als sogenannte "vierte Gewalt", ergäbe das wieder eine zweite Säule - wenn sich denn die Interessen derjenigen, welche die Macht über den Großteil der Medien haben, von jenen Interessen unterschieden, welche die Parteien bei Ausübung der Staatsmacht verfolgen.
Die Justiz
Beginnen wir mit dem offensichtlichen Fall der Justiz, die der Exekutive untergeordnet ist, und damit keinerlei echte Eigenständigkeit aufweist. Die Seite *gewaltenteilung.de* verrät, daß der Europarat die Bundesrepublik aufgefordert hatte, ein System der Selbstverwaltung der Justiz einzuführen und die Möglichkeit zu ächten, daß der Justizminister der Staatsanwaltschaft Weisungen erteilen kann.
Deutschland ignoriert diese Aufforderung des Europarats nach wie vor.
Daß Richterämter nach Parteizugehörigkeit oder -Neigung ernannt werden, wird niemanden verwundern, der mit offenen Augen durch die Welt geht. Die Politik, in Form eines Konsenses der staatstragenden Parteien, bestimmt über die Karriere von Richtern. Man könnte auch sagen: Die Richterämter werden in Hinterzimmern ausgeklüngelt.
Noch deutlicher wird es, wenn Politiker nach Aufgabe ihres Mandats zum Verfassungsrichter gekürt werden, und dann über die Gültigkeit eben jener Gesetze zu entscheiden haben, die sie

oder ihre Parteifreunde selbst verabschiedet haben.
So schreibt die Wochenzeitung "Die Zeit" zur Ernennung des CDU-Bundestagsabgeordneten Stephan Harbarth zum neuen Präsidenten des Bundesverfassungsgerichtes:
"Still, fast geräuschlos ist in Berlin ein neuer Richter für das Bundesverfassungsgericht ausgesucht worden, ein Richter, der zudem in zwei Jahren wohl auch Präsident des wichtigsten Gerichts der Republik werden wird. ... Auf Vorschlag der CDU soll in der kommenden Woche der Jurist Stephan Harbarth vom Bundestag zum Verfassungsrichter gewählt werden, zwei Jahre später wird er voraussichtlich Nachfolger des derzeitigen Gerichtspräsidenten Andreas Voßkuhle: erster Mann der dritten Gewalt.
... Roman Herzog etwa war Innenminister von Baden-Württemberg, ehe er Präsident des Verfassungsgerichts wurde (anschließend kehrte er zurück in die Sphäre des Politischen, als er Bundespräsident wurde). Jutta Limbach, die bislang einzige Präsidentin des Verfassungsgerichts, war zuvor SPD-Justizsenatorin in Berlin gewesen. Derzeit sitzen bereits zwei ehemalige Politiker im Verfassungsgericht, Peter Müller, ehedem Ministerpräsident des Saarlandes, und Peter M. Huber, vor der Berufung an das Gericht Innenminister in Thüringen" (Artikel: ZEIT ONLINE).
Das Grundgesetz schreibt vor, daß die Verfassungsrichter je zur Hälfte von Bundestag und Bundesrat gewählt werden. Also keineswegs vom Volk - den Wählern -, sondern von den Parteien, die selbst wiederum die Regierung durch Koalitionen bestimmen. Mit anderen Worten: Die möglichen Angeklagten suchen sich ihre Richter selbst aus. Wenn eine Studie der Universität Mannheim enthüllt, daß sich höchste Richter "bei ihren Entscheidungen manchmal auch von ihrer Parteinähe leiten" lassen, sollte das daher niemanden überraschen (LTO-Artikel).
Auch ohne auf die umfangreiche Begründung der Seite *gewaltenteilung.de* einzugehen, erkennt man, daß die Justiz eben nicht unabhängig von der Exekutive - oder genauer gesagt: nicht unabhängig von den Parteien - ist, die in der Regel die Regierung bilden, beziehungsweise die sich dabei abwechseln, die Regierung zu bilden.
Und so wird verständlich, warum sich noch kein einziges Regierungsmitglied vor einem Gericht hat verantworten müssen. Weder Altkanzler Kohl bei seiner Verweigerung, Parteispender zu benennen, noch Altkanzler Schröder, der selbst zugab, beim Angriffskrieg gegen Jugoslawien das Völkerrecht gebrochen zu haben.
Kommen wir zur nächsten Säule der Gewaltenteilung.

Die Exekutive

In vielen Ländern wird der Regierungschef direkt vom Volk gewählt. Er stellt die Regierung auf und bestimmt die Richtlinien der Politik. In Deutschland ist dies nicht der Fall. In Deutschland gibt der Wähler seine Stimme einer Partei, die zuvor wiederum einen Kanzlerkandidaten bestimmt hat. Ob und was dann irgendwann mal die Regierung tut, hängt vom "Koalitionsvertrag" ab, der nichts mehr mit den Wahlprogrammen zu tun hat.
Mit anderen Worten: Die Exekutive wird nicht vom Wähler, sondern von Koalitionsverhandlungen bestimmt, die wiederum von Parteien geführt werden. Es gibt keine direkte Einflußnahme des Wählers auf die Regierungspolitik oder auf den Regierungschef. Alles wird durch die Parteien im deutschen Bundestag bestimmt. Mit anderen Worten: Diejenigen, die eigentlich die Regierung kontrollieren sollen, ernennen sie.
Und wenn ein Wähler unzufrieden mit der Situation ist, wird erklärt, er müsse wählen, um "das geringere Übel" zu wählen, oder, um "Schlimmeres zu verhindern". Tatsächlich geht es aber darum, eine ausreichende Wahlbeteiligung zu erreichen, damit die durch die Parteien geformte Regierung legitimiert wird.
Nun zur dritten, der vielleicht wichtigsten Säule der Gewaltenteilung.

Die Legislative

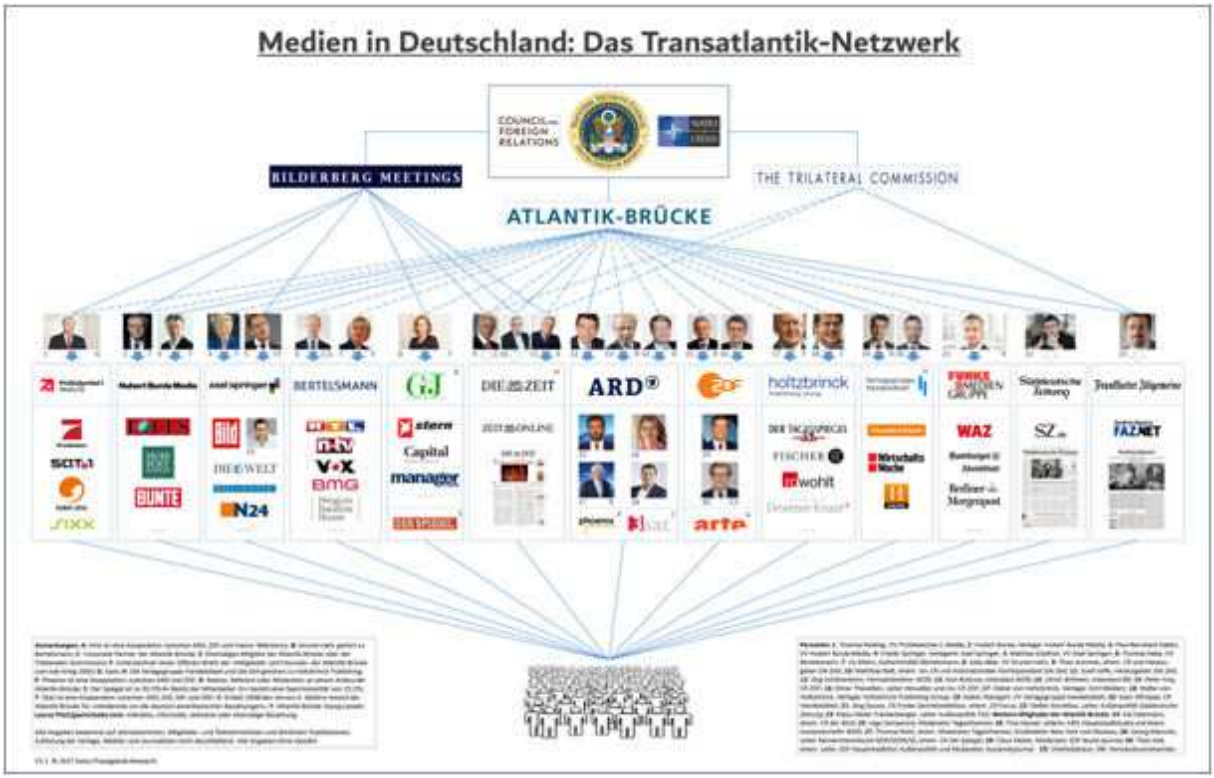
Die angeblich "gesetzgebende Macht" in Deutschland ist der deutsche Bundestag. Nun sehen

wir einmal davon ab, daß ein großer Teil der Gesetze inzwischen von Lobbyverbänden vorgeschrieben oder von Beraterfirmen überarbeitet wird. Tatsache ist, daß die Regierung Gesetze einbringt, und diese dann im Parlament, also im Bundestag, besprochen und angenommen oder abgelehnt werden. Theoretisch hat also der Bundestag (bei zustimmungspflichtigen Gesetzen auch der Bundesrat) eine kontrollierende Funktion.
Aber wer ist denn "der Bundestag"? Im Bundestag sind die sogenannten "staatstragenden" Parteien vertreten. Zwischen diesen besteht ein grundsätzlicher Konsens, und wer diesen Konsens nicht teilt, der wird nicht als mögliche Regierungspartei akzeptiert. Welche Veränderungen dann in einer Partei stattfinden, kann man an der Vergangenheit der Grünen studieren, und bei der Partei "Die Linke" an der derzeitigen innerparteilichen Diskussion.
Mit anderen Worten: Die Parteien bestimmen im Bundestag, ob ein Gesetz angenommen oder abgelehnt wird. Dabei spielt der sogenannte, eigentlich rechtlich gar nicht zulässige, "Fraktionszwang" eine große Rolle - sollte der Abgeordnete nicht schon von sich aus, unter Rücksicht auf Ruf und Karriere, angepaßt genug sein.
Also diejenigen, die die Regierung ernannt haben, bestimmen darüber, ob ein Gesetz, das ihre Regierung vorgelegt hat, angenommen wird oder nicht. Um es anders zu erklären: Eine Holding beschließt, eine Firma zu gründen und mit einem Vorstand zu versehen, und setzt dann eigene Leute im Aufsichtsrat zur Kontrolle ein, damit der Vorstand nicht gegen die vorgegebene Politik verstößt. Kleinaktionäre werden als Beobachter gerne zugelassen.
Die Holding gründet außerdem eine Reihe von Zulieferfirmen (Bundesrat) und geht mit diesen ebenso vor. Die Vorstände der Zulieferfirmen und des Hauptkonzerns gemeinsam bestimmen dann unter den aufmerksamen Augen der Aufsichtsräte die Zusammensetzung der Justiz und können innerhalb ihres Zuständigkeitsbereiches auch direkt in Gerichtsverfahren eingreifen.
Hochschild schreibt in seinem Fazit:
"Die im Art. 20 Grundgesetz vorgesehene organisatorische Dreiteilung der Staatsgewalt ist bis heute nicht erfolgt, die deutsche Gewaltenteilung erschöpft sich im Wesentlichen in einem Verfassungsgebot. Ob und in welchem Maße dieses Verfassungsgebot befolgt wird, hängt von dem guten Willen und der Rechtstreue der im Dienst der Öffentlichkeit handelnden Personen ab.
Der seit dem 19. Jahrhundert unveränderte deutsche Staatsaufbau verhindert nicht die Bündelung von Macht in wenigen Händen: Eine politische Partei oder Parteienkoalition stellt die Mehrheit im Parlament sowie die Regierung und beherrscht beide Organe; der Justizapparat untersteht der Regierung. Damit werden Sinn und Zweck des Gewaltenteilungsprinzips verfehlt - der Rechtsstaat in Deutschland hat eine offene Flanke."
Kommen wir zur inoffiziellen, zur "vierten Gewalt im Staat".

Die Medien

Zunächst verfügen die Parteien über ihre "politischen Stiftungen" wohl bald über mehr als 1 Milliarde Euro an Steuergeldern, was zu einem beträchtlichen Teil in mediale Wirkung umgewandelt wird.
"Laut der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) wächst die Zahl der NGOs ständig weiter. Dabei widerspricht die Bundesregierung sich selbst auf ihrer eigenen Website. Denn sie schreibt dort einerseits: 'Auch wenn NGOs keiner politischen Partei zuzuordnen sind und sie für sich in Anspruch nehmen, allgemeine Gesellschaftsinteressen zu vertreten …'
Somit wären NGOs grundsätzlich apolitisch. Andererseits erklärt die Bundesregierung parteinahe politische Stiftungen zu NGOs, um dann zusätzlich zur Parteinähe, die sich aus Personal, Programm und Mittelzuwendungen ergibt, einzuräumen, daß die Finanzierung deutscher NGO-Projekte im Ausland oft durch die Bundesregierung erfolgt.
Die Stiftungen treten in ihrer Entwicklungsarbeit als deutsche 'Nichtregierungsorganisationen'

(NGOs) auf. Die außen- und entwicklungspolitische Arbeit der Stiftungen wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), vom Auswärtigen Amt (AA) und zu kleineren Teilen von anderen Ressorts finanziert" (JM-Blog).
Interessenvertretungen der Parteien, also Parteistiftungen, finanziert durch Steuergelder, werden also als "Nichtregierungsorganisationen" bezeichnet und medial auch so behandelt.
Dann gibt es noch den sogenannten "Öffentlich-rechtlichen Rundfunk".
"Das Modell eines Öffentlich-Rechtlichen Rundfunks hat versagt. Auch darüber brauchen wir nicht zu diskutieren. Nicht nur die privaten Medien beklagen unfairen Wettbewerb, auch das Verfassungsgericht befand die Einflußnahme der Parteien, im Sinne des Grundgesetzes, als zu groß. Und wer die schwache Rolle von Gewaltenteilung kennt, kann sich vorstellen, was ein solches Urteil wirklich bedeutet. Die Konsumenten ihrerseits sehen die GEZ-Gebühren als Zwang an, ohne daß sie dadurch einen Einfluß darauf erhalten, was ihnen vorgesetzt wird".
Die Öffentlich-rechtlichen Medien werden durch die Parteien und dem zwischen ihnen vereinbarten Konsens und die Koalitionsvereinbarung beherrscht. Wer die derzeitige Berichterstattung zu Venezuela beobachtet, wird dem kaum widersprechen können.
Medien in Deutschland: Deutsche Medien und Journalisten sind aus historischen Gründen besonders eng in transatlantische Netzwerke eingebunden. Die Infografik gibt einen Überblick über die wichtigsten Akteure und Verbindungen. Grafik: © *SWISS PROPAGANDA RESEARCH*.



Sowohl Stiftungen als auch die Öffentlich-rechtlichen Medien stehen also, wie die Legislative, die Exekutive und die Justiz, unter der Kontrolle der Parteien. Bleibt die Gruppe der privaten Medien.
"Medien gelten in Deutschland als 'Tendenzbetriebe'. Dies schränkt die Rechte der Mitarbeiter ein und stärkt die Rechte des Eigentümers. Mit anderen Worten, der Eigentümer bestimmt, was geschrieben, gesendet wird. Je weniger unabhängige Medienunternehmen es gibt, desto einseitiger wird natürlich die Berichterstattung. Denn je größer die Unternehmen werden, desto enger sind sie in die Welt der Konzerne und des Finanzwesens eingebunden".
Wie uns die klassische Satire-Sendung "Die Anstalt" in mehreren Beiträgen nahe gebracht hat,

existiert keine echte Pluralität der Meinung mehr in den Medien. Vielmehr sind es große Konzerne, welche die Weltbilder, die für sie wichtig sind, durch ihre Medien verbreiten. Fünf Verlage kontrollieren mehr als die Hälfte der Medien. Und alle sind sich einig in den grundsätzlichen politischen Fragen, wie zum Beispiel der Notwendigkeit zu mehr Rüstung, dem gesellschaftlichen Nutzen der "unsichtbaren Hand des Marktes" oder unserer "gemeinsamen Werte" mit den USA.

Der Medien-Navigator 2018: Wie sind deutschsprachige Medien politisch und geopolitisch positioniert? Für den Medien-Navigator 2019 wurden insgesamt 80 verschiedene Publikationen untersucht. (Aktualisiert: Januar 2019). **Grafik:** © *SWISS PROPAGANDA RESEARCH*.

Diese "vierte Macht im Staat" könnte also nun tatsächlich eine gewisse Kontrollfunktion wahrnehmen, wenn sich denn die politischen Neigungen unterscheiden würden. Sehen wir den letzten Satz im vorherigen Absatz und beobachten wird die Entscheidungen der Regierung:

Zu Rüstung: Ausgaben verdoppeln auf einen Betrag, der den der Atommacht Rußland übersteigt. Zur unsichtbaren Hand des Marktes: die deutsche Lohnpolitik muß "marktgerecht" sein. Und wer die bedingungslose Vasallentreue hinsichtlich der Befolgung von US-Politik im Fall Venezuelas beobachtet, wird auch hierin die "gemeinsamen Werte" erkennen.

Mit anderen Worten: Die vierte Gewalt im Staat, die Medien, sind in der Regel mit den Parteien auf einer Linie, weshalb keine Kontrolle erfolgt.

Fazit

Womit nachgewiesen wäre, daß es keinerlei praktisch wirksame Gewaltenteilung oder -Gewaltkontrolle in Deutschland gibt. Denn die großen Parteien bestimmen die Handlungen der Legislative, der Exekutive und der Justiz. Und über die Medien und "Nichtregierungsorganisationen" der Parteien wirken die Parteien auf die Medien, so daß allenfalls die privaten Medien zur Kontrolle in der Lage wären, sollten ihre Weltbilder sich von denen des Parteien-

konsenses unterscheiden. Was aber in Deutschland nicht der Fall ist.

Die Frage steht im Raum: Warum gehen Wähler überhaupt wählen? Immer wieder wird vor Wahlen in ihnen eine neue Hoffnung erzeugt, immer wieder wird auch ein Drohszenario aufgebaut, das es zu verhindern gilt. Und so erreicht der Parteienstaat es immer wieder, ausreichend viele Wähler an die Urnen zu rufen, damit diese dem Staat ihre Legitimation erteilen.
Aber bald sind ja wieder Wahlen. Europawahlen. Dann werden wir wieder für das "Friedensprojekt" EU und gegen die bösen Nationalisten an die Urnen gerufen, während man uns vorgaukelt, die EU wäre Europa, und das EU-Parlament hätte gesetzgebende Gewalt.
Und wie immer werden wir aufgefordert werden, zuzustimmen, daß Europa drastisch für den Frieden aufrüstet, Renten und Löhne niedrig gehalten werden, damit die EU "konkurrenzfähig" bleibt, und daß wir hohe Einkommen schonen, weil das ja gut für alle ist. Wir werden zustimmen, daß Schulen, Krankenhäuser, Straßen und Universitäten an private Investoren verkauft werden, weil die das viel "wirtschaftlicher" können als der Staat.
Und wir werden zustimmen, daß Milliarden an Steuergeldern für Beratungsunternehmen von außerhalb der EU ausgegeben werden, weil europäische - oder auch deutsche - Beamte angeblich nicht in der Lage sind, die EU beziehungsweise Deutschland zu verwalten.
Jochen Mitschka, Jahrgang 1952, war unter anderem Unternehmensberater mit eigenem Unternehmen in Südostasien und einem kurzen Einsatz im Rahmen einer UNO-Maßnahme in Vietnam. Nebenbei verfaßte er unter Pseudonymen Bücher über Politik und Gesellschaft der Region. … Seit seinem Ruhestand im Jahr 2017 schreibt er … Bücher mit dem Schwerpunkt Außenpolitik. 2018 erschienen "Die Menschenrechtsindustrie im humanitären Angriffskrieg"; "Schattenkriege des Imperiums - Der Krieg gegen den Iran", und in der gleichen Reihe "Die Zukunft Palästinas"; die E-Books "Israel 2018" und "Finis Germania oder Deutschlands Demokratie ist verloren".<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" 03/2019 berichtete im März 2019: >>**Die Ökodiktatur der Grünen**
_von *Jürgen Elsässer*

Kein Volk, kein Recht, kein Diesel - das ist erst der Anfang. Die nächsten Stationen dieses Zugs ins Nirgendwo sind schon vorgezeichnet: keine Industrie, kein Strom, keine Demokratie. Auf frappante Weise ähneln die aktuellen Entwicklungen einem alten Plan.

Im August 1944, als der Zusammenbruch des Dritten Reiches schon absehbar war, formulierte der US-amerikanische Finanzminister eine Agenda für die Zukunft des unterworfenen Feindstaates. "Dieses Programm … soll Deutschland in ein Land mit vorwiegend agrarischem und ländlichem Charakter verwandeln", skizzierte Henry Morgenthau die Leitlinie seiner Überlegungen. Nur eine Volte der Weltgeschichte verhinderte, daß dieses Vorhaben umgesetzt wurde. Zwar war der US-amerikanische Präsident Franklin D. Roosevelt dem Plan seines Ministers durchaus zugeneigt, aber der weitsichtigere britische Premier Winston Churchill dachte bereits über die Niederlage Deutschlands hinaus.

Mit seinem Diktum "Wir haben das falsche Schwein geschlachtet" nahm er schon den nächsten Gegner ins Visier. Zum Angriff auf die Sowjetunion, bis zu diesem Zeitpunkt noch ein taktischer Verbündeter in der Anti-Hitler-Koalition, wurden die Teutonen samt ihres militärisch-industriellen Komplexes dringend gebraucht; eine Agrarkolonie taugte nicht als Frontstaat. Churchill setzte sich durch und überzeugte Roosevelts Nachfolger Harry S. Truman. Als der Kalte Krieg begann, mußte Morgenthau seinen Schreibtisch räumen.

Die drei Ds

Obwohl der vollständige Text des Morgenthau-Plans nie bekannt wurde, sind seine Eckpunkte ein offenes Geheimnis. Es ging um die berühmten drei Ds: Denazifizierung, Demilitarisierung und Deindustrialisierung. In der frühen Bundesrepublik lief die Entwicklung zunächst in die entgegengesetzte Richtung: Im Wiederaufbau von Wirtschaft und Verwaltung wurden die NSDAP-Mitglieder gebraucht, die Adenauer-Bürokratie war durchsetzt von ihnen. An Abrüstung war nicht zu denken, vielmehr wurde, mit Hilfestellung ehemaliger Wehrmacht-Generäle, die Bundeswehr installiert und in die NATO-Strukturen eingegliedert. Und statt dem neuen Staat die Industrie zu nehmen, griffen die Amerikaner ihr mit dem Marshall-Plan unter die Arme und beförderten das Wirtschaftswunder der 1950er Jahre.

Doch die Freundlichkeiten des Großen Bruders aus Übersee waren an eine bestimmte historische Konstellation gebunden: die Teilung des Globus in zwei verfeindete Blöcke. Mit dem Untergang der Sowjetunion begann der Übergang in eine multipolare Welt, aus Partnern wurden wieder Konkurrenten. Auf unheimliche Weise zeichnen sich im wiedervereinigten Deutschland Entwicklungen ab, die an den Morgenthau-Plan erinnern:

Denazifizierung: Je größer der zeitliche Abstand zu Hitler-Deutschland wird und je weniger alte Parteigenossen noch leben, um so wilder rast der Furor eines faktenbefreiten Antifaschismus. Positionen, die 60 Jahre lang in der CDU/CSU mehrheitsfähig waren, stehen mittlerweile unter Nazi-Verdacht.

Demilitarisierung: Was Morgenthau nicht schaffte, gelingt Ursula von der Leyen mit ihren Beratern von McKinsey mühelos. Die Bundeswehr ist nur noch ein Schrotthaufen, die meisten Panzer stehen in der Werkstatt, Kampfflugzeuge müssen zur Rundumsanierung am Boden bleiben, bei Manövern werden fehlende Geschützrohre durch Besenstiele ersetzt. Die Rüstungsschmiede Heckler & Koch darf das Standard-Sturmgewehr G36 nicht mehr produzieren, der einstige Großwaffenlieferant Thyssenkrupp steht vor der Zerschlagung.

Deindustrialisierung: Die "vollständige Demontage des Ruhrgebietes", einer der Kernpunkte des Morgenthau-Plans, ist seit der Wiedervereinigung zügig umgesetzt worden. Im Dezember 2018 wurde die letzte Steinkohlezeche geschlossen. Die gesamte Region ist zum Armenhaus der Republik verkommen, in ihren No-go-Areas herrschen muslimische Banden, die Infrastruktur verfällt.

Nie wieder Kohle

Doch obwohl das Ruhrgebiet abgewrackt wurde, verteidigte die deutsche Industrie bisher ihre

starke Position und trägt gleichbleibend mit über 20 Prozent zur deutschen Wirtschaftsleistung bei - in Großbritannien und den USA ist die entsprechende Quote auf unter zehn Prozent gefallen. Die neuerlichen Attacken sollen die verbliebenen Zentren der Wertschöpfung attackieren - die Automobil- und die Energieproduktion.

Die immer weiter um sich greifenden Dieselfahrverbote treffen den deutschen Exportschlager schlechthin. In dieser Technologie ist Made in Germany führend. Bezeichnenderweise begann der Abgasskandal in den USA mit Klagen gegen VW und andere deutsche Konzerne. Die Steilvorlage wurde dann hierzulande von den Grünen und ihren Vorfeldorganisationen aufgenommen. Mit der neuen EU-Schadstoffverordnung geht es ab 2021 auch den Benzinern an den Kragen. Die dann geltenden Grenzwerte richten sich gezielt gegen die PS-starken Premiumfahrzeuge aus Bayern und Baden-Württemberg - von Kleinwagen, wie sie vorwiegend in Italien und Frankreich produziert werden, können sie zur Not erfüllt werden.

Das von Bund und Ländern kürzlich beschlossene Kohle-Aus ab dem Jahr 2038 vernichtet den letzten Rest einer eigenständigen Energiebasis - und zigtausende Jobs in den Tagebau-Ländern Nordrhein-Westfalen, Brandenburg, Sachsen und Sachsen-Anhalt. Deutschland ist dann abhängig von Sonne und Wind, deren Stromerzeugung je nach Wetter stark schwankt und die Grundlast für Großbetriebe nicht gewährleisten kann - und von Importen aus dem Ausland, die auch aus französischen Atomkraftwerken kommen.

Ein Treppenwitz der Geschichte ist, daß die grüne Attacke gegen den Diesel mit der Schädlichkeit von NOx begründet, gegen Benziner und Kohle aber mit dem CO2-Ausstoß argumentiert wird. Tatsächlich hat sich letzterer in Deutschland seit der für den Verbraucher sehr teuren Energiewende 2011 erhöht und nicht verringert. Wollte man ernsthaft etwas dagegen tun, müßte man den Selbstzünder fördern, dessen Kohlendioxid-Bilanz günstiger ist als die der Otto-Motoren.

Die als ökologisches Allheilmittel gepriesene Elektromobilität ist in jedem Fall eine Mogelpackung: Nicht im Fahrbetrieb, wohl aber in der Batterieherstellung fallen ebenfalls Giftstoffe an. Die Gesundheit der Kinder, mit der hochmoralisch etwa die aktuellen Fahrverbote begründet werden, spielt im Falle der E-Autos keine Rolle: Beim Abbau des für sie benötigten Kobalts im Kongo schuften minderjährige Arbeitssklaven unter hochtoxischen Bedingungen in den Minen von Konzernen und Warlords.

Fluchtpunkt 2040

Wie unser Land in einer nicht allzu fernen Zukunft aussehen könnte, hat Dirk C. Fleck in seinem Roman *GO! Die Ökodiktatur. Erst die Erde, dann der Mensch* schon 1993 prognostiziert. Aus dem Klappentext:

"Wir schreiben das Jahr 2040. Die Umweltbedingungen auf der Erde haben sich dramatisch verschlechtert. In den ehemaligen westlichen Industrieländern regieren radikale Öko-Räte. Es besteht Reise- und Bauverbot. Privatmedien gibt es nicht mehr, als Informationsquelle dient das Staatsarchiv. Vegetarische Grundnahrungsmittel, Einheitskleidung und Wohnraum stellt der Staat. Geld ist abgeschafft.

Jeder Bürger zwischen 18 und 55 ist verpflichtet, seine Arbeitskraft in den ökologischen Neuaufbau zu investieren. Eine verhaltensmanipulierte Armee sorgt für die Einhaltung der zwölf Grundgesetze. In von der Außenwelt abgeschotteten Stadtlagern werden Gesetzesbrecher und Seuchenkranke konzentriert. Gleichzeitig stellt der Staat seinen Bürgern frei, in Meditationskommunen zu leben, wo unter Anleitung spiritueller Lehrer der Versuch unternommen wird, den Menschen mit der Natur zu versöhnen."

Viele trösten sich mit dem Gedanken, daß es wohl nicht so weit kommen werde. Doch sie unterschätzen sowohl die Aggressivität wie das Potential der Grünen. Die Aussage "Es gibt kein Volk" stammt nicht von linksradikalen Eiferern wie Claudia Roth, sondern vom schicken Hoffnungsträger Robert Habeck, der gerade zum Politiker des Jahres 2018 gekürt wurde. Die

vermeintliche Öko-Partei hat in Umfragen weiter zugelegt und rangierte Anfang Februar mit bundesweit 23 Prozent satte zehn Punkte vor der AfD.
Ihr Aufstieg wird befeuert durch das strategische Kalkül der Union: Die CDU in Baden-Württemberg, jahrzehntelang ein treuer Sachwalter der Großindustrie, spürt zwar die Enttäuschung ihrer Stammwähler und würde lieber heute als morgen gegen die unsinnigen Dieselfahrverbote aufstehen. Doch sie hat im Land wie auch künftig im Bund keine andere Regierungsoption als schwarz-grün, solange das Merkel-Establishment jedes Zugehen auf die AfD verweigert und den Ausgrenzungskurs gegenüber den Blauen sogar noch verschärft.
Hinzu kommt die Umorientierung der Automobilkonzerne selbst: In den Chefetagen ist man auf den Ökokurs umgeschwenkt, weil man von den hohen Beschäftigungszahlen herunterwill. Es ist nämlich viel profitabler, Elektrolimousinen mit der Hälfte der Arbeiter, aber zum doppelten Preis zu produzieren, als weiterzumachen wie bisher. Wenn die Regierung die Umstellung auch noch mit Zuschüssen versüßt - um so besser.
Mit Marktwirtschaft hat das freilich nichts mehr zu tun: Es ist staatlicher Zwang, der nach der Energie- auch die Verkehrswende einleitet, ergänzt durch die Mobilisierung der dumm gehaltenen Jugend auf der Straße. Die Planwirtschaft, die sich so herausbildet, kann man ökosozialistisch nennen - aber sie wird weder der Umwelt noch dem Sozialen nutzen, sondern denselben Eliten wie bisher.<<
Auf der Webseite "https://kenfm.de …" des deutschen Journalisten Ken Jebsen erschien am 2. April 2019 folgender Bericht über die Aufgaben der gleichgeschalteten Massenmedien (x1.014/…): >>**Der Krieg vor dem Krieg**
Kriegsrechtfertigende Ideologien, vorbreitende Propaganda, aggressive Maßnahmen unterhalb der Schwelle militärischer Gewalt - Kriegspropaganda ist nichts Neues, doch sie hat weltweit eine neue Qualität angenommen, zeigt *Ulrich Teusch* in seinem neuen Buch *"Der Krieg vor dem Krieg"*. Er analysiert aktuelle und historische Propagandastrategien und beleuchtet die Interessen der Kriegsverkäufer in Politik, Wirtschaft, Militär und Medien.
In einer idealen Welt wäre Politik gleichbedeutend mit Friedenspolitik. Politiker würden alles in ihrer Macht und Kraft stehende tun, um den äußeren und inneren Frieden zu sichern. Den äußeren Frieden durch Diplomatie, Respekt vor dem Völkerrecht, Vertragstreue, Multilateralismus, Institutionenbildung, Friedenserziehung, Abrüstung und Rüstungskontrolle, vertrauensbildende Maßnahmen, Austausch von Menschen und Ideen, Entwicklungshilfe, Interessenausgleich. Den inneren Frieden durch größtmögliche Liberalität und Toleranz, Offenheit der Diskurse, demokratische Mitsprache und Mitbestimmung, rechts- und sozialstaatliche Sicherheit, Verteilungs- und Chancengerechtigkeit.
Doch wir leben nicht in einer idealen Welt. Wir sind - global betrachtet - von Friedenszuständen im Äußeren wie im Inneren weit entfernt und entfernen uns immer mehr.
Der Krieg zwischen der NATO und Rußland hat schon begonnen. Noch fliegen uns zwar keine Raketen um die Ohren, aber wir befinden uns mitten in einem Wirtschaftskrieg, einem Cyberkrieg, einem hybriden Krieg, einem Propagandakrieg - auch einem Krieg mit militärischen Provokationen oder "Nadelstichen". Dort, wo man sich unmittelbar gegenübersteht, etwa in Syrien, bedarf es eines erheblichen Koordinationsaufwands (und manchmal auch beachtlicher Nervenstärke), um den direkten Konflikt und dessen Eskalation zu vermeiden.
Die Grenzlinien zwischen Kriegs- und Friedenszuständen werden immer poröser. Folgt man einem weitgefaßten Kriegsverständnis, dann ist Krieg inzwischen zu einem Normalzustand geworden. Die westliche Führungsmacht führt seit 2001 permanent Krieg. Die politisch Verantwortlichen des Landes bezeichnen ihn als Generationenkrieg, langen Krieg, unendlichen Krieg. Krieg ist für die USA zum natürlichen Zustand geworden, zum Way of Life, zur Raison d'etre. Das System braucht den Krieg, um noch funktionsfähig zu sein. Es ist einer "Kriegssucht" (Philip Giraldi) verfallen.

Krieg geht mit Kriegspropaganda einher, permanenter Krieg mit Kriegspropaganda in Permanenz. In Kriegen kommt es für gewöhnlich zu einer Quasi-Gleichschaltung der etablierten Medien. Und so ist der permanente Krieg möglicherweise der Hauptgrund für die seit Jahren zu beobachtende mediale Formierung. Unter einem Druck dieser Art wird der ohnehin schon enge Mainstream-Korridor zum Laufställchen. In einer solchen Konstellation kann nicht mehr über die Frage diskutiert werden, ob eine russische Bedrohung überhaupt existiert, sondern nur noch darüber, wie ihr am besten zu begegnen wäre.
Weil der äußere Frieden gefährdet ist, ist es auch der innere. Und weil der innere Frieden gefährdet ist, ist es auch der äußere. Es entsteht eine negative Wechselwirkung zwischen internationalen Spannungen, Konflikten und Kriegen auf der einen Seite und innerstaatlicher Repression, Illiberalität und Demokratie-Erosion auf der anderen.
Wenn die internationalen Spannungen wachsen, wenn tatsächlich Kriegsgefahr be- oder entsteht, dann verschärfen sich auch die innenpolitische Tonlage und Gangart. Die Guten werden von den Bösen, die Freunde von den Feinden geschieden. Die ohnehin schon niedrige Toleranzschwelle gegenüber Dissidenten sinkt weiter ab. Alternativen Kommunikationskanälen, so sie denn größere Resonanz finden, droht Ungemach.
Selbst wer eine mittlere oder vermittelnde Position einnimmt und sich bemüht, die Dinge differenziert zu beurteilen oder nach Gemeinsamkeiten Ausschau zu halten, kann in die Bredouille geraten und als unsicherer Kantonist geführt werden. "Neutralismus" oder "Äquidistanz" lauteten die entsprechenden Vorwürfe im ersten Kalten Krieg, heute spricht man etwas plakativer von Putin- oder Rußlandverstehern. Und wer gar das direkte Gespräch mit Vertretern der anderen Seite sucht und irgendwo in ihrer Begleitung erwischt wird, muß sich auf den Vorwurf der "Kontaktschuld" gefaßt machen.
Es ist eine böse, alte Tradition: Ganz früher war von Ketzern oder Hexen die Rede, im 19. Jahrhundert dann von Unruhestiftern, Aufrührern, Demagogen, Gottesleugnern oder vaterlandslosen Gesellen. In der Weimarer Republik sprach man von Erfüllungspolitikern, in der Bonner Republik von Verzichtspolitikern. Man diffamierte Andersdenkende als Kulturbolschewisten oder Salonkommunisten, verortete sie in einer Fünften Kolonne oder unter den nützlichen Idioten.
Man beschwor den Konsens und die Solidarität der Demokraten gegen die Verfassungsfeinde, empfahl Gesellschaftskritikern: "Dann geh doch nach drüben, wenn’s dir hier nicht paßt!", warnte vor den Sympathisanten des Terrors oder dessen geistigen Wegbereitern. Man sonderte die guten Realos von den bösen Fundis oder Chaoten. Man war (und ist) schnell bei der Hand mit Vorwürfen wie Rassismus, Antisemitismus oder Antiamerikanismus. Wer unbequeme Fragen stellt, bringt "Hate Speech" oder "Fake News" in Umlauf. Und wer besonderes Pech hat, wird über Nacht zum Populisten (ob rechts oder links), zum Querfrontler oder Verschwörungstheoretiker erklärt.
Es ist immer das gleiche, öde Spiel. Die eigenen Reihen schließen - Störenfriede ausgrenzen. Ein denkbar primitives Verfahren. Vermutlich hätte man es schon längst aufgegeben, wenn es nicht immer wieder so schöne Erfolge zeitigen würde.
Ulrich Teusch: "Der Krieg vor dem Krieg. Wie Propaganda über Leben und Tod entscheidet", Westend Verlag<<

Hinweise für den Leser

Einstellungstermin: 01.09.2024
Die PDF-Datei wird **kostenlos** zur Verfügung gestellt.

Rechtschreibregeln: Diese Chronik wurde nach den "alten Rechtschreibregeln" erstellt.

Zitate: Die zitierten Zeitzeugenberichte, Berichte von Historikern, Publikationen und sonstige Quellentexte werden stets mit offenen Klammern >> **...** << gekennzeichnet.
Bei Auslassungen **...** wurde sorgfältig darauf geachtet, daß der ursprüngliche Sinnzusammenhang der Zitate nicht unzulässig gekürzt oder verfälscht wurde.

Anregungen und Kritik: Für Anregungen bin ich stets dankbar. Sollten mir in dieser Chronik Fehler unterlaufen sein, bitte ich um Nachsicht und Benachrichtigung.

Urheberrechte: Alle Rechte vorbehalten. Diese Chronik ist ausschließlich für den privaten Gebrauch bestimmt.

Quellen- und Literaturnachweis

Die Quellenangaben kennzeichnen nur die Fundstellen. **Nach dem x wird der Buchtitel und nach dem Schrägstrich die Seite angegeben.**
Beispiel: (x335/79) = Finanz-Mächte. Kriminalgeschichte des Großen Geldes. COMPACT-Geschichte Nr. 20, Seite 79.

x335	Elsässer, Jürgen (Hg.): Finanz-Mächte. Kriminalgeschichte des Großen Geldes. COMPACT-Geschichte Nr. 20. Werder (Havel) 2018.
x339	Abdel-Samad, Hamed: Integration. Ein Protokoll des Scheiterns. München 2018.

Internet

x887	http://www.preussische-allgemeine.de/archiv-suche.html - Dezember 2016
x952	https://kritisches-netzwerk.de/forum/der-parteien-staat-gewaltenteilung-existiert-deutschland-nur-auf-dem-papier - November 2019
x1.000	https://www.kla.tv - März 2021
x1.005	https://www.stmichael-online.de/eurabia.htm - April 2021
x1.011	https://www.stmichael-online.de/opium.htm - April 2021
x1.014	https://kenfm.de – Juni 2021
x1.058	https://www.rubikon.news/artikel/das-wundermittel - Januar 2022
x1.082	https://eike-klima-energie.eu/2019/03/13/der-ausgeblieben-weltuntergang-was-ist-eigentlich-in-fukushima-los/ - März 2022
x1.087	https://horst-koch.de/klimasuender-a-kuenstle/ - April 2022
x1.088	https://horst-koch.de/deutschland-wohin-helmes/ - April 2022